

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

53. Sitzung vom 23. Mai 2014

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 38
		GR Mag Gerald Ebinger	S. 40
		GRin Anica Matzka-Dojder	S. 41
2. Fragestunde		Berichterstatter GR Franz Ekkamp	S. 42
1. Anfrage		Abstimmung	S. 43
(FSP - 01611-2014/0001 - KGR/GM)	S. 3		
2. Anfrage		8. 01349-2014/0001-GFW; MA 05, P 39:	
(FSP - 01607-2014/0001 - KFP/GM)	S. 7	Fortführung des Wien-Büros in Tokio	
3. Anfrage		2015-2017	
(FSP - 01602-2014/0001 - KSP/GM)	S. 10	Berichterstatter GR Franz Ekkamp	S. 43
4. Anfrage		Rednerin:	
(FSP - 01613-2014/0001 - KU/GM)	S. 12	GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 43
5. Anfrage		Berichterstatter GR Franz Ekkamp	S. 44
(FSP - 01612-2014/0001 - KVP/GM)	S. 15	Abstimmung	S. 44
3. AST/01637-2014/0002-KFP/AG: Aktuelle Stunde zum Thema "80 Millionen EUR Schaden und kein Ende - Linke Daueremos und FUZO-Chaos machen die Mariahilfer Straße kaputt"		9. 01218-2014/0001-GIF; GIF, P 3:	
Rednerin bzw Redner:		Jahresbericht 2013 über die Behandlung	
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 17	der eingebrachten Petitionen	
GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 19	Berichterstatterin	
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 20	GRin Mag Sonja Ramskogler	S. 44
GR Mag Jürgen Czernohorszky	S. 20	Rednerinnen bzw Redner:	
GR Mag Johann Gudenus, MAIS		GRin Mag Karin Holdhaus	S. 45
(zur Geschäftsordnung)	S. 21	GRin Dr Jennifer Kickert	S. 46
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 22	GR Mag Dr Alfred Wansch	S. 47
GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 22	GR Georg Niedermühlbichler	S. 49
GRin Birgit Hebein	S. 23	GR Manfred Hofbauer, MAS	S. 51
GR Dipl-Ing Martin Margulies		GR Anton Mahdalik	S. 53
(zur Geschäftsordnung)	S. 24	GR Mag Wolfgang Jung	S. 55
GR Anton Mahdalik	S. 24	GR Ing Udo Guggenbichler, MSc	S. 56
GR Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 25	GRin Dr Jennifer Kickert	S. 57
(zur Geschäftsordnung)		GR Mag Dr Alfred Wansch	S. 58
GR Petr Baxant, BA	S. 26	GR Gerhard Haslinger	S. 59
		GR Wolfgang Seidl	S. 60
		GR Dominik Nepp	S. 61
		GR Georg Niedermühlbichler	S. 63
		Berichterstatterin	
		GRin Mag Sonja Ramskogler	S. 63
		Abstimmung	S. 64
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 27		
5. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 27	10. 01398-2014/0001-GIF; MA 17, P 1:	
		ASKÖ – Landesverband WAT; Subvention	
6. Umstellung der Tagesordnung	S. 27	01399-2014/0001-GIF; MA 17, P 2:	
		Verein ZEIT!RAUM; Subvention	
		Berichterstatterin	
7. 01352-2014/0001-GFW; MA 05, P 40:		GRin Anica Matzka-Dojder	S. 64
Finanzierung der Neugestaltung des		Redner:	
Vorplatzes Forum Donaustadt; Nachdotation an die Wirtschaftsagentur Wien. Ein Fonds der Stadt Wien		GR Mag Wolfgang Jung	S. 65
Berichterstatter GR Franz Ekkamp	S. 27	Berichterstatterin	
Rednerinnen bzw Redner:		GRin Anica Matzka-Dojder	S. 66
GR Dr Wolfgang Ulm	S. 27	Abstimmung	S. 66
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 31		
StR DDr Eduard Schock	S. 32		
GR Mag Thomas Reindl	S. 35		
GR Mag Alexander Neuhuber	S. 37	11. 01199-2014/0001-GSK; MA 33, P 31:	
		Bahnhof Wien; Verkehrslichtsignalanlagen	
		und öffentlichen Beleuchtung; Sachkredit-	
		genehmigung	
		Abstimmung	S. 67

- | | | | |
|--|---|---|---|
| <p>12. 01318-2014/0001-GWS; MA 50, P 38:
Ermächtigung der MA 50 zu einer jährlichen Anpassung der Entgeltleistungen für übertragene Aufgaben an die Wohnservice Wien GesmbH
Abstimmung</p> | <p>S. 67</p> | <p>Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien
Berichterstatter GR Mag Thomas Reindl
Abstimmung</p> | <p>S. 70
S. 70</p> |
| <p>13. 01237-2014/0001-GKU; MA 07, P 10:
Verein Wiener Kulturservice; Subvention
01341-2014/0001-GKU; MA 07, P 14:
Verein Wiener Stadtfeste; Subvention
Berichterstatter GR Petr Baxant, BA
Rednerin bzw Redner:
GR Mag Gerald Ebinger
GRin Susanne Bluma
Abstimmung</p> | <p>S. 67

S. 67
S. 68
S. 68</p> | <p>18. 01027-2014/0001-GJS; MA 10, P 4:
Ersatzbau der städtischen elementaren Bildungs- und Betreuungseinrichtung, 20, Kapaunplatz 10; Erhöhung einer Sachkreditgenehmigung
01028-2014/0001-GJS; MA 10, P 5:
Ersatzbau der städtischen elementaren Bildungs- und Betreuungseinrichtung, 10, Klausenburger Straße 23; Erhöhung einer Sachkreditgenehmigung
01029-2014/0001-GJS; MA 10, P 6:
Ersatzbau der städtischen elementaren Bildungs- und Betreuungseinrichtung, 10, Quaringasse 13; Erhöhung einer Sachkreditgenehmigung
Berichterstatter GR Heinz Vettermann
Rednerin bzw Redner:
GRin Ing Isabella Leeb
GR Dietrich Kops
GR Mag Jürgen Czernohorszky
Abstimmung</p> | <p>S. 70

S. 70
S. 71
S. 71
S. 71</p> |
| <p>14. 01358-2014/0001-GKU; MA 07, P 15:
LINK.*Verein für weiblichen Spielraum;
Subvention
Abstimmung</p> | <p>S. 68</p> | <p>19. 01319-2014/0001-GGU; MA 60, P 36:
Good for Vienna gemeinnützige GmbH;
Vertragsgenehmigung TierQuarTier Wien
Berichterstatter GR Mag Gerhard Spitzer
Rednerin bzw Redner:
GRin Mag Karin Holdhaus
GR Ing Udo Guggenbichler, MSc
GR Erich Valentin
Berichterstatter GR Mag Gerhard Spitzer
Abstimmung</p> | <p>S. 70

S. 72
S. 72
S. 72
S. 74
S. 75</p> |
| <p>15. 01039-2014/0001-GKU; MA 07, P 17:
Klub der Wiener Kaffeehausbesitzer;
Subvention
Berichterstatter GR Petr Baxant, BA
Rednerin bzw Redner:
GR Mag Gerald Ebinger
GRin Marianne Klicka
Abstimmung</p> | <p>S. 68

S. 68
S. 69
S. 69</p> | | |
| <p>16. 01238-2014/0001-GKU; MA 07, P 26:
Verein Wiener Filmarchiv der Arbeiterbewegung; Subvention
Abstimmung</p> | <p>S. 69</p> | | |
| <p>17. 01539-2014/0001-MDLTG; P 43:</p> | | | |

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne die 53. Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Entschuldigt während des gesamten Tages sind GR Holzmann, GR Hursky und StRin Matiasek. Außerdem sind mir noch fünf Gemeinderätinnen und Gemeinderäte genannt worden, die nur einige Stunden weg sind.

Wir kommen gleich zur Fragestunde.

Die 1. Frage (FSP - 01611-2014/0001 - KGR/GM) wurde von Herrn GR Akkilic gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal gerichtet. *(Heuer wird das 50. Jahr des Arbeitskräfteabkommens mit der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien begangen. Viele MigrantInnen aus diesen Ländern haben viel zu unserem Wohlstand beigetragen. MigrantInnen aus diesen Ländern sind zu einem wesentlichen Bestandteil der Wiener Bevölkerung geworden, sodass ein Leben ohne sie in unserer Stadt unvorstellbar ist. Aus diesem Anlass sind in diesem Jahr bereits sehr viele Anerkennungsveranstaltungen in Wien geplant und durchgeführt worden. Dieses Jubiläum ermöglicht uns im Allgemeinen den Stellenwert der MigrantInnen in unserer Stadt zu unterstreichen und gibt uns die Möglichkeit, einen Einblick in die Migrationsgeschichte Wiens zu bekommen. Welche Bedeutung hat dieses Jubiläum für die Stadt Wien und was ist in diesem Zusammenhang geplant?)*

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Einen schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Gemeinderat!

Ich beginne mit dem berühmt gewordenen Zitat von Max Frisch: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es sind Menschen gekommen.“

In den vergangenen 50 Jahren haben wir sehr viele berührende Erzählungen von Menschen, die vor 50 Jahren gekommen sind, gehört. Wir haben ihre Erfahrungen mit ihnen geteilt. Es wurden Gedichte geschrieben wie zum Beispiel von Alev Tekinay oder Filme gemacht, die sehr berührt haben, wie der Film „Gurbet - In der Fremde“. All diese Filme erzählen eine Geschichte, die eine sehr gemischte Geschichte ist: Auf der einen Seite eine Geschichte von Hoffnung und Mut, auf der anderen Seite auch eine Geschichte von Einsamkeit und Diskriminierung, von Heimweh, aber auch von Aufstieg, sozialem Aufstieg, Wohlstand und Chancenungleichheit, sage ich jetzt einmal ganz bewusst.

Wenn wir auf diese Geschichte zurückblicken, dann sehen wir, dass wir dem Anwerbeabkommen, das wir vor rund 50 Jahren geschlossen haben, eben in dieser Stadt schon eine sehr, sehr große Bedeutung zumessen müssen. Denn diese Arbeitskräfte, die wir da geholt haben, die wir gebraucht haben, haben 20 Jahre nach dem Schrecken des Zweiten Weltkriegs dazu beigetragen, Wien so, wie wir es heute kennen, ein Wien im Wohlstand, aufzubauen und auszubauen.

Diese sogenannten GastarbeiterInnen, die jahrelang

FremdarbeiterInnen geheißen haben - also auch der Prozess von der Fremdarbeiterin, vom Fremdarbeiter zur Gastarbeiterin, zum Gastarbeiter war ja ein gesellschaftspolitisch sehr diskursiver -, haben wirklich viel geleistet. Ich möchte das an einem Beispiel veranschaulichen. Wenn wir heute durch diese Stadt gehen, ob wir über Brücken gehen oder ob wir Gebäude in den Straßen anschauen, dann sehen wir: Das ist entstanden durch die Arbeitskraft der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter! Ohne sie wäre all das nicht möglich gewesen.

Sie wurden auch geholt für die Produktion in Gewerbebetrieben und natürlich auch für den stark ansteigenden Bedarf im Dienstleistungssektor, wie Reinigung und Gastronomie. Es waren sehr schlecht bezahlte und körperlich wirklich schwere Tätigkeiten. Man kann sich heute oft gar nicht mehr die Umstände vorstellen, in denen die Menschen, als sie hierher gekommen sind, tatsächlich gelebt haben.

Ich habe mir das heute noch einmal angeschaut. Die durchschnittlichen Gehälter von GastarbeiterInnen damals, im Jahr 1983, waren 8 500 Schilling. Ein männlicher Nichtgastarbeiter, Österreicher, hat hingegen 10 000 Schilling verdient. Also auch damals hat man diese Einkommensdifferenzen schon sehr stark gemerkt. Wenn man das heute mit der aktuellen Arbeiterkammerstudie vergleicht, dann sieht man ganz eindeutig, dass nach wie vor 86 Prozent der Migrantinnen und Migranten maximal 1 399 EUR verdienen. Damit liegen sie natürlich nach wie vor weit zurück hinter jenen, die keinen Migrationshintergrund haben. Ich sage es jetzt einmal so.

Wenn wir uns also diese Geschichte anschauen, dann sind wir schon mit einem sehr wesentlichen Teil der Geschichte unserer Stadt konfrontiert. Diese 50 Jahre geben uns natürlich einen guten Anlass, auf der einen Seite auf die Leistungen der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter hinzuweisen. Aber es ist für uns als Stadt auch eine gute Gelegenheit, danke zu sagen und Anerkennung an diese Menschen zu geben, die den Mut hatten, ihre Heimat zu verlassen und auch in die Fremde aufzubrechen. Daher wird die Stadt Wien am 3. September - ich bitte Sie alle, sich diesen Termin schon einmal vorzumerken - zu einer Feier einladen, wo wir mit den Menschen gemeinsam einen Abend begehen wollen, der im Zeichen von Dank, Ehre und Anerkennung steht.

Es geht aber nicht nur um die geschichtliche Erinnerung in diesem Kontext, wo wir wirklich auch aufgerufen sind, diese Geschichte niederzuschreiben und diese Geschichte zu archivieren, es geht auch um die Gegenwart. Schauen wir uns einmal die Situation heute an. Ich rede nur von der ersten Generation der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, um auch zu verdeutlichen, dass GastarbeiterInnen gekommen und Menschen geblieben sind.

Es sind viele zurückgegangen, aber heute noch leben 156 000 Menschen aus Ex-Jugoslawien und 75 000 Personen mit türkischer Herkunft in Wien, die sogenannte erste Generation. Ihre Nachkommen - ihre Kinder, ihre Enkel, zum Teil auch ihre Urenkel - sind mittlerweile waschechte Wienerinnen und Wiener geworden. Im Vergleich zur ersten Generation ist dieser Generation

sehr wohl auch schon der soziale Aufstieg gelungen! Wir wissen, dass es noch immer keine vollständige Gleichstellung dieser Menschen gibt, aber sie sind ein selbstverständlicher Teil dieser Stadt. Ein Wien ohne sie wäre in Wirklichkeit nicht mehr denkbar.

Wenn ich auf die Geschichte reflektiere, dann schaue ich auch darauf, dass man sagen muss: Wir lernen auch aus dieser Geschichte. Diese Stadt, die Stadt Wien, hat sehr wohl aus der Geschichte gelernt, nicht nur die Politik, sondern auch die Institutionen.

So ist die Stadt Wien, nachdem sie gemerkt hat, dass dieses Denkmodell - die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, die Menschen kommen, aber sie gehen wieder zurück - nicht funktioniert hat, daraufhin eben hergegangen, hat sich dem Thema der Integration auch institutionell gewidmet und hat 1992 den Wiener Integrationsfonds ins Leben gerufen. 1996 gab es die erste Integrationsstadträtin, und vor zehn Jahren, 2004, hat die Stadt ihre Integrations- und Diversitätspolitik so weiterentwickelt, dass eine eigene Magistratsabteilung gegründet wurde, die MA 17.

Das alles war damit verbunden, dass wir in unserer Stadt die Erkenntnis gewonnen haben, dass wir nicht nur einzelne Integrationsmaßnahmen setzen können, sondern dass es wirklich eine Inklusionspolitik braucht, die die Menschen einbezieht, die diese Vielfalt anerkennt und aus dieser Vielfalt letztendlich auch einen Wert macht, einen Wert, den es zu handeln gilt und der immer unter dem Ziel der Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit steht.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke sehr für die Beantwortung. Wir kommen zur 1. Zusatzfrage. Sie wird gestellt von GR Akkilic. - Bitte.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Vielen Dank für die ausführliche Antwort und dafür, dass Sie am 3. September die Menschen dazu einladen, einen Anerkennungstag zu begehen.

Die Vergangenheit hat uns gezeigt, dass wir in der Migrations-, Integrations- und Inklusionspolitik einige Fehler begangen, aber auch sehr viel Gutes getan haben. Auf Grundlage dieser Verfehlungen und guten Sachen sind ja neue Institutionen entstanden, wie zum Beispiel das Forum wien.welt.offen. Das Forum wien.welt.offen macht eine sehr gute Grundlagenarbeit.

Sie haben gestern einige Ergebnisse präsentiert. Können Sie uns ausführlicher erzählen, welche Ergebnisse uns in Zukunft begleiten werden?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Nun, das Forum wien.welt.offen ist eine nur logische und konsequente Folge der Wiener Zuwanderungskommission. Warum logisch und konsequent? Weil wir gemerkt haben: In der Auseinandersetzung hat uns die Zuwanderungskommission, die vormalige Zuwanderungskommission sehr stark geholfen, einen entsprechenden Beitrag zur Versachlichung der Debatte zu leisten.

Wir haben mit dem Forum wien.welt.offen schon viele Projekte umgesetzt. Wir haben Empfehlungen dieser

ExpertInnenkommission umgesetzt, wie zum Beispiel im Expat Center der Stadt, oder auch das Öffnen für EU-BürgerInnen von unserer großartigen integrationsbegleitenden Maßnahme „Start Wien“.

Wir haben aber heute zum Beispiel auch das Sommerprogramm auf der Tagesordnung, wo wir uns eben im Sommer mit Schülerinnen und Schülern auseinandersetzen, die wir in ihrer Sprachenkompetenz noch mehr stärken wollen, wenn sie im September wieder in die Schule zurückgehen. Aber nicht nur das: Es geht ja auch um Selbstbewusstsein, um eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung und all das, was wir da anbieten.

Wir haben uns gerade im letzten Jahr sehr, sehr intensiv mit dem Thema der Mehrsprachigkeit auseinandergesetzt, auch der Förderung der Mehrsprachigkeit. Deutsch ist der Schlüssel zur Integration. Es werden in Wien 250 Sprachen gesprochen. Diese Sprachen so gut zu nutzen, dass sie auch dem Standort Wien nutzen, das ist ein Ziel. Dafür werden wir mit den Communities Erstsprachenzentren entwickeln.

Wir haben uns aber auch mit der Frage der Partizipation auseinandergesetzt: Wie gehen wir um in einer Gesellschaft, wo 25 Prozent der Menschen im wahlfähigen Alter kein Partizipationsrecht haben? Wie können wir hier als Kommune trotzdem mit den Menschen in BürgerInnenbeteiligungsverfahren et cetera auch partizipativ arbeiten?

Ein Beispiel, das wir ganz aktuell diskutieren, ist zu sehen: Wenn wir 50 Jahre Gastarbeiterinnengeschichte/Gastarbeitergeschichte schreiben und wenn wir wissen, dass knapp die Hälfte der Wienerinnen und Wiener eine Migrationserfahrung haben - das heißt, wie vielfältig diese Stadt ist -, dann ist nicht mehr die Frage der örtlichen Herkunft wesentlich für die Zukunft der Menschen in dieser Stadt, sondern es ist die Frage der sozialen Herkunft.

Um den sozialen Aufstieg für alle garantieren und eine tatsächliche Chancengleichheit herstellen zu können, geht es natürlich auch stark darum, zum Beispiel in Schulen, einer sozialen Indexierung nachfolgend, den Kindern entsprechende Mittel und Unterstützungen zu geben, damit sie tatsächlich den sozialen Aufstieg schaffen können, sodass es nicht mehr so ist, dass die Kinder den Bildungsstand und den sozialen Status der Eltern automatisch sozusagen weitertragen, weitererben. Das ist unsere große Herausforderung. Es muss unser Ziel sein, dass wir genau hier ansetzen und in Zukunft wirklich Chancengleichheit für alle erreichen.

Noch einmal: Wenn 50 Prozent der Menschen in dieser Stadt Migrationserfahrung haben, dann können wir es uns gar nicht leisten, auf 50 Prozent der Menschen sozusagen zu verzichten, weil wir nicht in ihre Zukunft investieren.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 2. Zusatzfrage stellt GR Blind. - Bitte.

GR Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Ich danke einmal für Ihre Ausführungen, möchte mich aber von dem Loblied, das Sie jetzt auch hier abgesungen haben, ein wenig wieder der Realität zuwenden,

nämlich dass die Geschichte der Migration in Wien und das 50-jährige Bestehen des Anwerbeabkommens auch relativ deckungsgleich mit einem 50-jährigen Integrationsversagen der Stadt Wien gleichzusetzen ist.

Sie haben es ja selber gesagt: Die Integrationsbemühungen haben erst 1992 mit der Schaffung des Integrationsfonds begonnen. Das ist jetzt nicht so wahnsinnig lang her, zumindest keine 50 Jahre. Etwas, was in dem Zusammenhang auffällt, ist, dass die Migranten der ersten Generation ein relativ hohes Maß an Integrationswilligkeit aufgewiesen haben, und zwar offenbar, ohne dass die Integrationsbemühungen der Stadt Wien gestartet wurden.

Man merkt jetzt zunehmend eine Segregation, und zwar nicht nur der neu zugewanderten Personen, sondern vor allem - was mich ganz besonders betroffen macht - der Personen mit Migrationshintergrund in der dritten und teilweise auch in der vierten Generation. Das ist für mich sehr erstaunlich, weil ja in der vierten Generation ein erfolgreicher Integrationsprozess an und für sich bereits abgeschlossen sein müsste. Das würde sich meines Erachtens von selbst verstehen.

Eines der Dinge, auf die wir das zurückführen, ist, dass gerade, wenn wir die türkische Community ansprechen, die Türkei in ihren Auslandsbemühungen einen relativ starken Zugriff auf diesen Personenkreis nimmt und ihn in ihrem Einflussbereich hält.

Jetzt wäre meine Frage an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin: Welche Maßnahmen wollen Sie setzen - und zwar anders als in der Vergangenheit, denn es scheint sich nicht bewährt zu haben, was bis jetzt geschehen ist -, um einen erfolgreichen gänzlichen Integrationsprozess und eine überwiegende oder ausschließliche Loyalität dieser Migranten der Republik Österreich und der Stadt Wien gegenüber sicherzustellen und sie aus ihrem ehemaligen oder niemals bestandenen Staatsverband zu lösen, wenn diese Leute teilweise vielleicht sogar schon Staatsbürger zweiter oder dritter Generation sind?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Nun - sehr tendenziöse Frage! Aber ich werde sie trotzdem sachlich beantworten.

Wenn wir uns die Geschichte der Integrationspolitik in diesem Land anschauen, dann blickt Wien auf die längste Geschichte von Integrationsmaßnahmen und Integrationspolitik zurück. Wie gesagt: 1992, und dann eine Institutionalisierung von mittlerweile sogar zehn Jahren!

Wenn man sich das im Bund anschaut: Solange auch Sie Regierungsverantwortung gehabt haben, war es ja nicht einmal möglich, daran zu denken, so etwas auch politisch zu verankern. Da hat das Jahr 2011 ins Land ziehen müssen, dass wir endlich einmal einen Staatssekretär für dieses Thema bekommen haben, denn es gibt hier ganz, ganz viel Verantwortung auch auf der Bundesebene. Ich neige wirklich dazu, immer wieder bei diesem Thema nicht polemisch zu werden, sondern diese Debatte wirklich versachlicht abzuführen. Denn alles andere bringt uns in unserer Gesellschaft nicht

weiter.

Hier auch ein ernstes Wort in die Richtung der Integrationsbiographien der Menschen: Wenn Sie gestern da gewesen wären, hätten Sie wieder einmal so ein Stück Geschichte erleben können, weil wir gestern - insgesamt waren es 2 000 Menschen, gestern waren viele von ihnen da - in der Stadt etwas gemacht haben, was ich für eine hohe Verantwortung von uns halte. Es haben nämlich diese neuen Wienerinnen und Wiener - Wienerinnen und Wiener sind sie schon sehr, sehr lange, zum Teil waren da gestern Menschen mit unterschiedlicher Aufenthaltsdauer von 11 bis 44 Jahren in unserer Stadt vertreten - gestern von uns Anerkennung und Gratulation dafür bekommen, dass sie sich für die österreichische Staatsbürgerschaft entschieden haben, schon sehr, sehr lange in dieser Stadt leben und jetzt auch ihre vollen Rechte haben.

Ich habe hier nur eine ganz unterschiedliche Position zu Ihnen. Ich sehe die Staatsbürgerschaft nicht als die Karotte am Ende eines langen Integrationsprozesses, sondern ich sehe den Erwerb der Staatsbürgerschaft als einen Teil des Integrationsprozesses.

Die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, die gekommen sind, haben natürlich am Anfang schon sehr, sehr lange gedacht, dass sie wieder zurück in ihre Heimat gehen werden. Sie haben sich aber dann doch entschieden, hierher zu kommen, hier auch ihre Familien herzuholen und sich hier ein neues Leben aufzubauen. Ich habe vorhin schon gesagt, waschechte Wienerinnen und Wiener sind aus ihren Kindern und aus ihren Enkeln geworden. Das ist gut so, und sie sind nicht mehr wegzudenken.

Wenn wir uns anschauen, mit welchen Diskriminierungen diese Menschen auch immer wieder verbunden oder konfrontiert worden sind, dann ist das schon auch erschreckend. Denn die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, die wir geholt haben, diese Menschen, die da gekommen und geblieben sind, sind relativ bald einmal, gerade von Parteien wie Ihrer, nicht mehr zu den gerufenen Arbeitskräften geworden, sondern die waren bald einmal die lästigen Fremden.

Diese Konfrontation zieht sich bis heute, und sie hat ihren Ursprung in Fremdenfeindlichkeit und im Auseinanderdividieren von Gesellschaften. Unsere Politik richtet sich daher nicht immer nur im Sinne der Integrations-, Inklusionspolitik an diese Menschen, sondern unsere Politik ist immer auch getragen von einer klaren Haltung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir werden in Wien nicht zulassen, dass auf dem Rücken dieser Menschen Politik gemacht wird, dass die Menschen, die sozial Schwachen, egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, verwendet werden für ein politisches Kleingeldmachen. Das geht einfach nicht, das haben sich diese Menschen nicht verdient. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage stellt GRin Mag Duzdar. - Bitte.

GRin Mag Muna **Duzdar** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Guten Morgen, Frau Stadträtin!

50 Jahre Arbeitskräfteabkommen mit der Türkei ist heute Thema unserer Fragestunde. Ich finde es gut, dass wir über GastarbeiterInnen Geschichte sprechen.

Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, haben ja schon viel über Migrantinnen und Migranten aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien gesprochen. Jetzt wissen wir natürlich, dass Migrationsgeschichte auch sehr stark geprägt wird von Zuwanderinnen und Zuwanderern aus der gesamten Welt, aus der ganzen Welt.

Meine Frage an Sie: Wie geht Wien mit der Migrationsgeschichte um, und wie heißt Wien Zuwanderer und Zuwanderinnen willkommen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Nun, aus der Geschichte lernen, hat bedeutet, mit diesem Integrationsfonds einzelne Integrationsmaßnahmen zu setzen. Aus der Geschichte lernen, hat aber auch bedeutet, über den Tellerrand zu schauen. Als wir die Zuwanderungskommission, das heutige Forum wien.welt.offen, gegründet haben, sind wir sehr, sehr schnell mit dem Thema der Willkommenskultur unterschiedlicher Länder konfrontiert worden: Wie gehen Einwanderungsländer wie Kanada oder auch Deutschland mit neu ankommenden Menschen um?

Uns war sehr, sehr schnell klar: Die Begleitung von Anbeginn an ist in Wirklichkeit der beste Start in eine gelungene Integrationsbiographie! Deshalb haben wir „Start Wien“ gegründet. In diesem „Start Wien“ geht es auf der einen Seite darum, die Kompetenzen der Menschen anzuschauen, um relativ rasch auch sozusagen ihre Kompetenzen zu verwerten, auch am Arbeitsmarkt zu verwerten, im Wettbewerb um die besten Hände und Köpfe.

Aber es geht natürlich auch darum, die Menschen sehr rasch in den Spracherwerb zu bringen. Wir wissen, wir haben heute eine Integrationsvereinbarung, wo ein bestimmtes Sprachlevel verlangt wird, wofür die Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer vier Jahre Zeit haben und wir als einziges Bundesland - als einziges Bundesland! - Sprachgutscheine ausgeben an diese neu zugewanderten Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern, wie Sie richtig sagen.

Und: Wir bieten sieben Module an, wo wir Orientierung in der Stadt geben. Das geht vom Arbeitsmarkt über die Bildung, die Bildungschancen der Kinder, bis hin zur rechtlichen Situation von Migrantinnen und Migranten. Aber ganz, ganz wesentlich geht es auch ums Zusammenleben, und auch das ist ein eigenes Modul. Die NeuzuwanderInnen bekommen einen Bildungspass. Mit diesem Bildungspass können sie sich dann auch sehr, sehr gut weiterbewegen in dieser Stadt: in Sprachmaßnahmen, in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder in aus- und weiterbildende Maßnahmen.

Das ist ein perfekter Start von Anbeginn an, den 90 Prozent der Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer auch tatsächlich in Anspruch nehmen. Damit sind wir mittlerweile vom früheren über den Tellerrand Schauen - zu schauen, wie es die anderen machen - zum Best-Practice-Beispiel der Europäischen Union geworden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die nächste Zusatzfrage stellt GRin Mag Anger-Koch. - Bitte.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Wir haben jetzt auch schon sehr viel gehört über die Anerkennung, die die Stadt Wien den Zuwanderern gibt. Wir haben gehört, dass wir eine gute Inklusionspolitik betreiben. Wir wissen auch, dass die Sozialleistungen im internationalen Vergleich in Wien und in Österreich auf einer relativ hohen Benchmark liegen. Das heißt, wir performen eigentlich sehr gut.

Trotz allem ist es aber so, dass wir wissen, dass viele Zuwanderer bis heute noch nicht wirklich integriert sind. Gerade bei der Erwerbstätigenquote der türkischen Frauen liegen wir eigentlich unter dem Durchschnitt, im Vergleich zu den EU-Migrantinnen, wo wir bei 63 Prozent liegen.

Jetzt meine Frage: Welche Maßnahmen setzt die Stadt Wien, um gerade bei der Erwerbstätigenquote türkischer Frauen weiterzuhelfen und das auch zu forcieren?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Wir haben ja den Wiener Integrations- und Diversitätsmonitor, wo wir genau diese Entwicklungen beobachten können. Alle zwei Jahre kommt er heraus, heuer im Herbst kommt der nächste heraus. Da sehen wir uns nicht nur den Zugang zur Erwerbsarbeit an, sondern auch, welche Erwerbsarbeit geleistet wird, in welchen Bereichen, und wie man das auch verschneiden kann mit den Bildungsabschlüssen der Menschen, die sehr oft leider nicht verwertet werden können.

Denn wir haben ja auch die Situation, dass wir viele, viele Migrantinnen haben - jetzt bleibe ich beim kleinen i -, die wirklich Bildungsabschlüsse in ihren Herkunftsländern haben, die sie hier nicht anerkannt bekommen können, weshalb sie automatisch in der Hilfstätigkeit arbeiten. Sie sind eine große Herausforderung für uns, weil wir ja in der Anerkennungspolitik nicht nur im universitären Bereich bleiben wollen, sondern es uns sehr wohl auch um Möglichkeiten der Anerkennung von gelernten Facharbeiterinnen und Facharbeitern geht. - Das ist die eine Sache.

Die andere Sache - und ich glaube, diese sprechen Sie noch mehr an - ist auch die, dass wir gerade in den sozial schwachen Familien viel Bildungsferne haben und natürlich auch eine Ferne von der Möglichkeit, der eigenen, persönlichen Möglichkeit, eine Sprache gut und schnell zu erlernen. Darauf haben wir reagiert: Wir haben gesagt, es geht uns nicht nur um den Spracherwerb, sondern es geht uns um eine Kombination aus Spracherwerb und Arbeitsmarktorientierung.

Daher haben wir - das ist eigentlich auch eine dieser Maßnahmen, die wir mit dem Forum wien.welt.offen entworfen haben - ein sogenanntes Frauen-College gegründet. In diesem Frauen-College haben wir ein Angebot vom Alphabetisierungskurs für Frauen bis hin zum Arbeitsmarkteinstieg für hochqualifizierte Frauen. Das ist wie eine Pyramide zu sehen, wo die Frauen je

nach ihrer eigenen, persönlichen Kompetenz einsteigen, nach Sprachenkompetenz und Arbeitsmarktkompetenz einsteigen, und dann auf der einen Seite sprachlich qualifiziert werden, aber auf der anderen Seite auch in den Arbeitsmarkt hinein orientiert werden. Wir haben heuer das erste Mal hier in unserem Gemeinderatssitzungssaal für dieses Frauen-College die Diplome vergeben.

In der Kombination mit der Basisbildung, die auf der Bundesebene damals noch von Bildungsministerin Schmied gemacht wurde, ist das eigentlich, glaube ich, eine wirklich hervorragende Möglichkeit hinsichtlich dieser Prozentsätze, die Sie beschrieben haben. Bei all der Kenntnis der Problematik auf Grund der Wirtschaftskrise auf unserem Arbeitsmarkt ist das, glaube ich, eine gute Lösung, um hier wirklich weiterzukommen und die Frauen dort hinzubringen, was für alle Frauen in dieser Stadt gilt: dass sie sicher und unabhängig leben können! Unabhängig heißt auch immer, einen eigenen Arbeitsmarktstatus zu bekommen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich danke für die sehr ausführliche Behandlung dieses so wichtigen Themas.

Wir kommen nun zur 2. Frage (FSP - 01607-2014/0001 - KFP/GM). Sie wurde von Herrn GR Mag Ebinger gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet. *(„605 560 EUR für ein Spitalsbett“! „Wien ist Österreich-Spitze“! Gesundheit ist kostbar - in Wien fast Luxus. Die Kosten für ein einziges Intensivstationsbett beliefen sich 2012 auf stolze 605 560 EUR. Im Burgenland kostet das „nur“ 367 424 EUR - so berichtet eine Tageszeitung in diesem Monat. Was sind die Gründe für diese großen Unterschiede?)*

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Danke, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr GR Ebinger!

Sie zitieren aus einer Zeitung zur Frage, wie teuer die Spitalsbetten in Wien sind. Sie vergleichen die Kosten für ein einziges Intensivbett Wiens, das hier mit 605 000 EUR angeführt wird, mit denen des Burgenlands und fragen, was die Gründe für die großen Unterschiede sind. Das ist insofern eine sehr gute Frage: Wenn man „Intensivbett“ schreibt oder „Intensivbett?“ fragt, dann könnte man ja meinen, Intensivbett ist Intensivbett, und daher ist es irgendwie eigenartig, wenn da Kosten in unterschiedlichen Bundesländern ganz unterschiedlich sind.

Intensivbett ist aber eben nicht Intensivbett! Das Leistungsspektrum des Wiener Fonds Krankenanstalten umfasst sowohl die Basisversorgung als auch die spezialisierte Versorgung von Patientinnen und Patienten mit komplexen Erkrankungen. Dabei erfolgt insbesondere die vollständige Mitversorgung der Bevölkerung der gesamten Ostregion bei speziellen Erkrankungen, die ganz hoch bepunktet und daher in der Behandlung auch besonders teuer sind, in Wien! Das ist auch insofern gut so, weil das Erkrankungen sind, die nicht so häufig vorkommen, sodass es sinnvoll ist, das zu bündeln, und

natürlich auch sinnvoll ist, das in speziellen Zentren zu bündeln.

Die Krankenanstalten in Wien betreiben den weitaus größten Teil aller Intensivbetten der höchsten Versorgungsstufe. Hier wurden Intensivbetten unterschiedlicher Versorgungsstufen verglichen. Die höchste Stufe heißt E3, das sind Intensivbehandlungsbetten für Erwachsene, die naturgemäß auch die höchsten Kosten verursachen. Die Intensivbetten für Erwachsene und jene der Kinder verursachen die höchsten Kosten, und rund 30 Prozent dieser Intensivbetten sind in Wien zu finden, wenn man das mit den anderen Bundesländern vergleicht.

Die Wiener Krankenhäuser erbringen Spezialleistungen, die im Burgenland nicht zur Verfügung stehen. Ich nenne hier nur Organtransplantationen oder Herzoperationen. Aber auch sonstige ganz spezielle Eingriffe, auch spezielle Behandlungen im Rahmen der Onkologie, wo auch Intensivbetten notwendig sind, werden dort nicht angeboten.

Lassen Sie mich vielleicht nur einen Wert nennen, der das sehr gut darstellt. Die Intensität der Behandlung auf Intensivstationen wird mit einem speziellen Wert gemessen. Dieser Wert ist in Wien bei 32,3 und liegt im Burgenland - und zwar ist er im Burgenland der allerniedrigste von ganz Österreich - bei 23,8. Da sieht man also, dass hier sozusagen ein Drittel weniger an Intensität drinnen ist, und daraus ergibt sich dann einfach auch der Kostenunterschied.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 1. Zusatzfrage stellt GR Mag Ebinger. - Bitte.

GR Mag Gerald **Ebinger** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Danke schön. - Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Ja, wenn das genau so wäre - ich will das ja nicht grundsätzlich in Frage stellen. Mir ist es schon bewusst, dass Wien einen guten Ruf und eine hervorragende Medizin hat. Das haben aber Graz und Innsbruck auch. Wenn es tatsächlich so ist, dann wäre es ja argumentierbar.

Wir reden jetzt nur von Intensivbetten. Dieser Artikel, der auf eine Anfrage von uns an den Herrn Gesundheitsminister zurückgeht, sagt aber auch aus, dass Normalbetten in Wien am teuersten sind. Sie kosten nämlich 816 EUR pro Tag. Im österreichischen Schnitt sind es 682 EUR.

Da hätte ich schon gerne von Ihnen gewusst - jetzt lassen wir alle diese Spezialbehandlungen, die es in Wien ohne Zweifel gibt, weg -, warum Normalbetten auch teurer als in allen anderen Bundesländern sind und ob es hier nicht vielleicht doch strukturelle Mängel gibt, also eine übertriebene Verwaltung, ich weiß es nicht. Oder vielleicht sind es auch die Gründe, dass wir das Pflegepersonal besser bezahlen als die anderen Bundesländer - was ich nicht glaube, leider. Denn dann würde ich sofort sagen, das ist in Ordnung, es kostet in Wien mehr, wenn das der Grund wäre.

Also meine Frage ist: Es sind alle Betten in Wien teurer, woran kann das liegen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Das liegt ganz

stark daran - und da geht es ja nicht nur um Intensivbetten -, dass auch Eingriffe und Behandlungen, die ein bisschen komplexer sind - weil Sie hier das Burgenland herangezogen haben -, in Wien stattfinden. Lassen Sie mich hier ein Beispiel nennen. Das sind jetzt Zahlen, aber diese zeigen hier einfach auch sehr gut den Unterschied.

Die durchschnittlichen LKF-Punkte - wir wissen, die wir im Gesundheitswesen tätig sind, danach werden die Leistungen abgerechnet - im Jahr 2012 von burgenländischen Patienten und Patientinnen in burgenländischen Krankenanstalten sind 1 933 Punkte. Das heißt, der Burgenländer, der im Burgenland ins Spital geht, hat Leistungen für 1 933 Punkte. Die burgenländischen Patienten, die in Wien behandelt werden, kommen durchschnittlich auf 3 047 Punkte! Da sieht man, dass sozusagen hinter der Leistung diesbezüglich etwas ganz anderes steht.

Man muss auch sagen, dass die Vorhalteleistungen, die wir in Wien dafür haben, dass wir sehr viel für die Ostregion abdecken, natürlich deutlich höhere als im Burgenland sind. Denn wenn nicht direkt im Burgenland eine Kleinigkeit passiert, wo man sagt, okay, ich fahre jetzt gleich ins nächste Spital, kommt man nach Wien. Ich finde, dieser Vergleich von durchschnittlich 1 900 Punkten, die Burgenländer in burgenländischen Spitälern sozusagen an Leistungen bekommen, versus deutlich über 3 000 Punkten zeigt das hier auch auf.

Einen anderen Punkt - und Sie haben es mit der Krankenpflege angesprochen - muss man schon auch ganz offen ansprechen. Sie wissen ja - und ich freue mich sehr, dass es uns bisher gelungen ist -, dass wir das Wiener Spitalskonzept 2030 quer über die Parteigrenzen hinweg akzeptiert haben und es hier umsetzen. Selbstverständlich geht es dabei darum: Wenn wir nicht mehr, wie jetzt, elf Krankenhäuser haben, sondern perspektivisch das AKH sozusagen als Leitkrankenhaus plus sechs Krankenhäuser in Wien dazu, haben wir da auch andere Overhead-Kosten, können wir damit auch betriebswirtschaftlich sinnvoller umgehen, können wir bessere Qualität zu besseren Preisen liefern.

Ich nenne immer dieses Beispiel, weil es so plakativ ist: Im Otto-Wagner-Spital haben wir 28 km Wege - das ist mehr als im ganzen 8. Bezirk -, die wir mit Personal, das im Krankenanstaltenverbund und daher natürlich in den Personalkosten ist, reinigen und so weiter müssen.

Aber auch das ist kein Geheimnis: Es gibt kein anderes Bundesland, das personell derart gut besetzt ist, wie das in Wien der Fall ist. Das liegt auf der einen Seite an der Struktur und wird sich ändern, indem wir Krankenanstalten machen, die nicht mehr im Pavillonsystem sind. Das wird sich nicht übermorgen ändern, aber perspektivisch mit der Umsetzung. Aber wenn ich Ihnen sage, dass Österreich-weit auf 100 Betten 41 Ärztinnen und Ärzte kommen, und in Wien sind es 55, dass Österreich-weit auf 100 Betten 92 Diplomkrankenschwestern oder -pfleger kommen und es in Wien 113 sind, dann sagt das schon sehr viel aus.

Darum sage ich es noch einmal: Das hat auf der einen Seite die Ursache darin, dass wir Strukturen haben,

die teuer sind auf Grund der Baulichkeit. Aber das hat auch damit zu tun, dass wir eine deutlich bessere Personalausstattung als sonst wo in Österreich haben. Ob das wirklich schlecht ist, würde ich sagen, kann man generell so nicht sagen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt GRin Korosec. - Bitte.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Frau Stadträtin, Sie kennen den Rechnungshofbericht 2013, AKH und Bundesländer. Da stellt der Rechnungshof fest, dass die Infrastrukturkosten im AKH besonders hoch sind. Und zwar geht es darum, dass hier viele Flächen vorhanden sind, die niemand mehr braucht, weil einfach die technische Entwicklung sich verändert hat und man nicht diese großen Flächen braucht.

Konkret ist es so: Im AKH gibt es 85 000 m², tatsächlicher Bedarf sind laut Rechnungshof 54 000 m². Das heißt, eine Reserve von 36 Prozent wird nicht genutzt. Der Rechnungshof hat die Empfehlung abgegeben, dass man hier einen Masterplan macht, um festzustellen, wie man das verwerten könnte. Die Stadt Wien hat dann gesagt, ja, ja, machen wir, und hat im Juli 2013 diese Kommission einberufen.

Mich würde jetzt interessieren - es ist fast ein Jahr vergangen -, liegt da ein Ergebnis vor? Und mit welchen Kostenverringerungen können Sie da rechnen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Frau Gemeinderätin!

Wie auch in der Stellungnahme der Stadt Wien und des AKH zu diesem Punkt steht - wie zu vielen anderen Fragen auch -, haben wir 2011 mit einer deutlichen Reform im AKH angefangen. Wir haben uns gerade im Bereich der Technischen Direktion, des ganzen infrastrukturellen Bereiches hier sehr verstärkt, weil wir im AKH Kosten auch daraus erzeugen, dass in der Vergangenheit nicht systematisch vorgegangen wurde bei der Frage: Wie entwickelt sich das AKH?

Das liegt auch daran - und deswegen sage ich noch einmal danke und freue ich mich noch immer darüber -, dass wir in einer der letzten Sitzungen gemeinsam beschlossen haben, dass das Ziel gemeinsame Strukturen für eine Betriebsführung sein müssen, weil die Interessen, die das AKH auf der einen Seite hat, bisher eben nicht immer kongruent waren mit denen, die die Med-Uni hatte, und umgekehrt. Wenn da sozusagen zwei Herren und zwei Finanziere sind, dann, würde ich sagen, ist das ein Ergebnis.

Der Rechnungshof stellt ja hier auch fest, dass erstens der medizinische Masterplan und der bauliche Masterplan bereits begonnen wurden und dass die Verstärkung der Technischen Direktion hier so fortzusetzen ist, wie es bereits eingeleitet ist.

Wir sind beim baulichen Masterplan sehr weit. Hier geht es insbesondere darum, und da bitte ich dann auch um Solidarität aller, wenn der eine oder die andere Professor/in kommt und sagt: „Ein Wahnsinn, mein Reich ist

nicht mehr irgendwo, sondern muss jetzt ins Haupthaus hinein!“ Ich bekomme schon viele solcher Briefe, weil jetzt sozusagen die Zeit der Fürstentümer vorbei sein wird und auch genau entlang dieser Empfehlungen des Rechnungshofes geschaut wird, welche Flächen insbesondere in den beiden Haupttürmen sinnvoll genutzt werden können, nach einer Masterplanung sinnvoll genutzt werden können.

Ich sage jetzt auch - wissend, dass es im Protokoll steht, und wissend, dass das eine öffentliche Sitzung ist - , es bedeutet dann nicht mehr „Wünsch dir was!“ Es bedeutet, dass dann Fragen dazu, wie groß Zimmer für bestimmte Berufsgruppen sind oder wie groß sozusagen andere räumliche Notwendigkeiten sind, standardisiert sind. So wie wir zum Beispiel beim Krankenhaus Nord auch die fixe Regel haben: Vom Bodenbelag bis zum Sessel hat der Primar bis zu anderen, die sozusagen hier Räumlichkeiten haben, genau dasselbe. Das ist auch die Zukunft der baulichen Masterplanung im AKH, und ich hoffe dann auf Solidarität, wenn wir da zum Umsetzen gelangen.

Aber um Ihre Frage ganz konkret zu beantworten: Wir sind sehr weit. Es ist aber dem AKH ganz besonders wichtig, hier die Med-Uni mit einzubeziehen, weil wir, auch im Sinne der zukünftigen Partnerschaft, nicht wollen, dass da etwas auf den Tisch gelegt wird, und dann ist es so.

Ich kann Ihnen sagen, die Debatten sind keine leichten, werden aber mit großem Engagement geführt. Ich bin sehr optimistisch, dass wir, wie es hier auch der Plan ist, im Laufe des heurigen Jahres ein Ergebnis haben, weil das ja auch die Grundlage ist, um mit dem Bund über die Investitionen zu verhandeln, die notwendig sind. Dabei denke ich, es ist eine sehr faire Position von Seiten der Stadt Wien: Wir verlangen nicht mehr als bisher, aber wir wollen weiterhin, dass sich bei den Investitionen der Bund so wie auch jetzt mit zumindest 40 Prozent beteiligt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke schön. - Die letzte Zusatzfrage zu dieser Frage stellt GR Mag Ebinger. - Bitte.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich muss doch noch kurz zurückkommen auf mögliche strukturelle Kosten und nehme jetzt, weil wir zuerst vom AKH geredet haben, das Krankenhaus Nord als Beispiel. Sie kennen alle diese Artikel: „Droht nächster Bauskandal?“, „Könnte eine Milliarde kosten.“, „Stadt räumt Probleme ein.“, „Krankenhaus Nord verzögert sich.“, vom 20. 5.

Ich lese das nur ganz kurz vor, bevor ich zur Frage komme: „Die streng vertraulichen Papiere, die der ‚Presse‘ vorliegen, passen nicht zu diesen Aussagen. Sie zeichnen vielmehr ein Bild von chaotischen Zuständen, Fehlplanungen, Misswirtschaft und massiv steigenden Kosten. Ein Papier trägt den Titel ‚Zustand des Projektes Krankenhaus Nord‘. Aus heutiger Sicht nicht mehr sichergestellt, von Seiten der begleitenden Kontrolle, dass die Projektziele hinsichtlich der Termine eingehalten werden. In Bezug auf die Kosten sind die Reserven

bereits weitgehend aufgebraucht. Im Klartext: Der Öffnungstermin wird nicht halten, die finanzielle Reserve für Baukostenüberschreitungen sind bereits zwei Jahre vor der angepeilten Fertigstellung fast verbraucht. Der KAV bestätigt die Authentizität des Papiers.“

Meine Frage an Sie: Kann es nicht doch sein, dass die höheren Kosten der Spitalsbetten auch zu einem gewissen Teil auf diese chaotischen Fehlplanungen, wie es hier steht, zurückzuführen sind?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Kollege Ebinger!

Ich lese auch ganz viel in der Zeitung. Heute habe ich etwas gelesen, was mich zum Schmunzeln gebracht hat - er ist jetzt leider nicht da -, nämlich dass Kollege Lasar sozusagen Sorge hat, dass das Krankenhaus nicht rechtzeitig fertig wird, und deshalb einen Baustopp vorschlägt. Das finde ich ja eigentlich den originellsten Vorschlag, dass man, wenn man Sorge hat, dass sich etwas verzögert, dann gleich nicht mehr weiterbaut. Aber ich nehme auch das zur Kenntnis.

Aber um diese Frage ganz klar und ganz eindeutig zu beantworten: Wir haben im Jahr 2009 auf Grund der Aussicht auf einen - Entschuldigung, Herr Kollege Lasar! Sie sind eh da. Ich schaue immer so auf Ihren Platz, und wenn ich Sie dann nicht sehe, fühle ich mich ganz einsam. Ich habe jetzt nicht nach hinten geschaut. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Aber jetzt ist es eh sehr gut.

Wir haben im Jahr 2009 eine Zusage zu einem Kredit von 300 Millionen EUR von der Europäischen Investitionsbank erhalten, mit der Verbindung darin, dass die Stadt Wien der Bauherr, der KAV der Bauherr für dieses Spital ist und dass wir es in der Art und Weise bauen, wie wir es jetzt bauen. Die Europäische Investitionsbank hat diesen Kredit nicht auf Zuruf vergeben, sondern war eine Woche hier, hat sich das Spitalskonzept 2030, die Strukturen ganz genau angeschaut, auch die Planung und sozusagen das aufgesetzte Projekt des Krankenhauses Nord.

Wir haben damals - und auch daran hat sich gar nichts geändert - immer gesagt, die Kosten für das Krankenhaus Nord - und so steht es auch auf der Homepage der Europäischen Investitionsbank und in jeder Pressaussendung von mir - sind 825 Millionen EUR, Preisbasis 31.12.2008. Wir haben bereits im Wirtschaftsplan des Jahres 2014, den der Gemeinderat 2013 beschlossen hat, selbstverständlich den Baupreisindex ausgewiesen. Es ist nicht so, dass nur das Semmerl teurer wird, sondern auch das Bauen wird teurer. Damit liegen wir, wie jeder von Ihnen sicher weiß - weil ich überzeugt davon bin, dass Sie das Budget und auch die Mehrjahresplanung des KAV genau studieren -, bei 954 Millionen EUR auf Grund der Baupreissteigerung.

Wir haben immer gesagt, dass wir im Juni des Jahres 2014 die Dachgleiche haben werden. Das hat sich geändert, denn wir hatten die Dachgleiche bereits Ende April 2014, machen aber, um bei dieser Zusage zu bleiben, die Feier zur Dachgleiche erst am 12. Juni des heurigen Jahres. Wir sind hier vollkommen im Zeitplan und voll-

kommen im Kostenplan!

Wir haben über 90 Prozent der Ausschreibungen und Vergaben getätigt, und wir haben - ja, das ist richtig - etwas mehr als die Hälfte der Reserven verbraucht. Ich frage Sie, wenn man es ernsthaft diskutieren und nicht nur polemisieren möchte: Wann, wenn nicht dann, wenn bereits 90 Prozent der Vergaben getätigt sind, soll man Reserven verbrauchen? Sie sind zu zwei Dritteln verbraucht, aber die Reserven sind ja ein Teil der Kosten, die wir hier vorgesehen haben.

Der wesentliche Punkt ist der - und Sie haben das, was Sie vorgelesen haben, richtig zitiert -: Es ist nicht irgendein feindliches Papier, sondern das, was der KAV tut. Das ist gut und richtig so, und das ist genau die einzige Vorgangsweise, die es uns möglich macht, dieses Projekt in aller Transparenz zu einem sehr guten Ende zu führen.

Wir haben nämlich eine begleitende Kontrolle, die natürlich den Auftrag hat, auf jedes Risiko hinzuweisen. Jetzt muss man einmal ganz wesentlich unterscheiden zwischen einem eingetretenen Schaden und dem Aufzeigen eines Risikos! Wenn es minus zehn Grad hat, habe ich zwei Möglichkeiten: Ich kann im Unterleiberl hinausgehen, dann werde ich mich wahrscheinlich verkühlen, oder ich kann dieses Risiko rechtzeitig erkennen, mich anziehen, auch Stiefeln und Mantel, dann werde ich mich wahrscheinlich nicht verkühlen. Wenn mir aber niemand sagt, dass es minus zehn Grad hat, dann habe ich keine Chance, auf das Risiko rechtzeitig zu reagieren.

Genau das ist das, was passiert: Die begleitende Kontrolle zeigt Risiken auf, und der Krankenanstaltenverbund reagiert auf diese Risiken. Was Sie hier vorgelesen haben, ist eine Ausschreibung des Krankenanstaltenverbundes auf Grund der aufgezeigten Risiken der begleitenden Kontrolle, auf Grund der Phase, in die wir jetzt mit diesem Projekt eintreten, wo der Rohbau fertig ist und der Innenausbau beginnt, wo 250 unterschiedliche Firmen daran beteiligt sind, wo es um die Koordinierungstätigkeit geht, um uns jetzt zu verstärken, damit diese Koordinierungstätigkeit gut funktioniert. Und zwar gut funktioniert im Sinne des Steuerzahlers und der Steuerzahlerin, fair funktioniert gegenüber den Auftragnehmerinnen und Auftragnehmern der Stadt Wien.

Aber es ist schon auch ganz klar, dass wir das Heft in der Hand haben. Das ist das, was jetzt gerade stattfindet, und das ist gut so.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke vielmals für die Beantwortung der 2. Frage.

Die 3. Frage (FSP - 01602-2014/0001 - KSP/GM) wurde von Frau GRin Schinner gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt gerichtet. (Am 13. Mai 2014 war der 1. Wiener Bientag. Bei der Wiener Bevölkerung hat dieser Bientag größtes Interesse ausgelöst und es ist auch Trend zu mehr Imkerei erkennbar. Was unternimmt die Stadt Wien, um Bienen und Imkerei künftig noch stärker zu fördern?)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsfr StRin Mag Ulli **Sima**: Einen schönen guten

Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es gab wirklich ein sehr, sehr großes Interesse bei unserem Bientag im Rathaus. Wir hatten mehr als 2 000 Besucherinnen und Besucher, die sich über Bienen und Honig und alles, was damit zu tun hat, informieren wollten. Es hat im Arkadenhof wirklich gesummt wie in einem Bienenstock, kann man sagen, und das trotz des ausnehmend schlechten Wetters, das wir an diesem Tag leider hatten.

Ich bin wirklich sehr angetan davon, und wir haben auch vor, das in den nächsten Jahren fortzusetzen, weil wir gesehen haben, dass das wirklich ein wichtiges Thema ist, das sehr viele Menschen, aber auch sehr viele Schülerinnen und Schüler besonders in der Stadt interessiert. Man konnte sich dort verschiedenste Dinge anschauen, vom Schaubienenstock über unsere Bienenhotels, also war sozusagen für alle Altersgruppen etwas dabei.

Was war das Ziel dieser Aktion? Wir wollen die Wienerinnen und Wiener ein bisschen sensibilisieren für die Bedürfnisse, die Bienen eben haben. Was kann ich zum Beispiel auf meinem eigenen Fensterbankerl machen, auf meinem Balkon, auf meiner Terrasse, in meinem Garten? Je nachdem, welche Möglichkeiten mir sozusagen zur Verfügung stehen, um attraktiven Raum für Bienen zu gestalten.

Wir wollten auch darüber informieren, was die Stadt Wien alles tut, um eben attraktive Räume und Möglichkeiten für Bienen und andere Insekten in der Stadt zu schaffen. Wie Sie wissen, sind Bienen ja lebensnotwendig für unser Ökosystem. Laut der Welternährungsorganisation sind zwei Drittel der wichtigsten Kulturpflanzen der Welt von Bestäubung durch Bienen abhängig.

Wer den Film „More than Honey“ gesehen hat, wird auch gesehen haben, dass es in China schon eigene Arbeitstruppen gibt, die nichts anderes tun, als Pflanzen zu bestäuben, weil es dort durch den massiven Pestizideinsatz in vielen Bereichen keine Bienenvölker mehr gibt, und das ist dramatisch! Wenn man das einmal mit eigenen Augen gesehen hat, dann weiß man, wie wichtig das ist, wie schützenswert das ist und wie wichtig es auch ist, in diesem Bereich wirklich Maßnahmen zu setzen.

Wir machen in diesem Bereich seit vielen Jahren schon viele Vorstöße; einerseits natürlich die ökologische Landwirtschaft, die Stadt Wien ist ja einer der größten Biobauern Österreichs. Wir bewirtschaften aber auch die Wiesen und Parkanlagen in Wien naturnah, wir verzichten auf Pestizide, wie Sie wissen. In den Blumengärten Hirschstetten gibt es schon seit zehn Jahren ein Bienenhaus, vier Bienenvölker und etliche Bienenwiesen.

Wir haben auch einen eigenen Insektenspielplatz für die Kinder geschaffen, um dieses Thema auch ein bisschen ins Bewusstsein zu rücken, dass eben diese fliegenden und krabbelnden Insekten nicht nur etwas Lästiges sind, vor dem man sich fürchten muss, sondern dass das auch wichtige Helferinnen und Helfer in der Landwirtschaft sind. Wir haben dort in Zusammenarbeit mit mehreren Imkern auch eine Wildblumenmischung mit

dreißig mehrjährigen Arten zusammengestellt.

Warum ist das so wichtig? Wichtig für Bienen und andere Fluginsekten ist es einfach, sozusagen zu jeder Jahreszeit Nahrung zu finden, und nicht, dass einmal alles blüht, und dann ist monatelang nichts. Das heißt, diese Kontinuität versuchen wir in der Stadt wirklich zu gewährleisten, indem wir unterschiedliche Pflanzen an unterschiedlichen Standorten einsetzen.

Wir haben es in den letzten Jahren bewusst gefördert, verstärkt auch Bienenvölker in der Stadt aufzustellen. Wien ist daher schon heute die Heimat von zahlreichen Bienenvölkern. Es gibt aktuell 600 Imker und Imkerinnen mit 5 200 Bienenvölkern.

Allein auf den Flächen, die jetzt der Stadt Wien gehören, stehen mehr als 450 Bienenstöcke. Dadurch gibt es auch einige lustige und ausgefallene Standorte, zum Beispiel am AKH, auf der Staatsoper, im Technologiezentrum der Seestadt Aspern, in der EBS Hauptkläranlage Wien oder am Zentralfriedhof, um nur einige davon zu nennen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke schön. - Die 1. Zusatzfrage stellt GRin Mag Holdhaus. - Bitte.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Vorsitzender! Guten Morgen, Frau Stadträtin! Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Na ja, es ist irgendwie vielleicht auch kein Zufall, dass drei Umweltverantwortliche hier im Rathaus aus Kärnten kommen, weil ich genauso wie Sie das Glück hatte, dass wir in Kärnten mit Blumenwiesen und in Blumenwiesen aufgewachsen sind. Für uns ist das etwas ganz Normales, was die Stadtkinder in Wien nicht so gut kennen. Sie kennen hauptsächlich gemähte englische Rasen und werden schon leicht nervös, wenn die eine oder andere Biene in ihre Nähe kommt.

Ich begrüße daher diese Offensive, die Sie derzeit starten, sowohl die Bienenoffensive als auch letztes Jahr die Schmetterlingsoffensive, die ja auch in eine ähnliche Richtung gegangen ist. Ich glaube, dass das sehr wichtig ist.

Zu den Initiativen der Stadt Wien, also wenn man jetzt hört, dass auch beim Helmut-Zilk-Park eine Blumenwiese geplant ist und dass es hier und da auf kleinen, vereinzelt Plätzchen immer wieder Blumenwiesen gibt, geht meine Frage in die Richtung, dass man natürlich als gutes Vorbild in dieser Frage vorangehen sollte und muss als Stadt Wien. Wenn man sich umschaute, sieht man relativ wenige Blumenwiesen. Selbst in Ihrer Broschüre, die jetzt herausgekommen ist, steht drin, dass ein englischer Rasen für die Bienen eine Hungerwüste ist.

Deswegen meine Frage: Wie viel Prozent der Grundflächen sind derzeit Blumenwiesen, und wie ist die Planung der Stadt Wien, hier gerade auch auf Grund dieser Offensive mehr Blumenwiesen in den öffentlichen Anlagen zu pflanzen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Eine genaue Prozentzahl kann ich Ihnen jetzt aus dem Kopf nicht nennen. Aber wir

haben seit über zehn Jahren eigentlich schon begonnen, viele naturnahe Bereiche auch in der Stadt zu lassen. Sie werden lachen, aber am Anfang war es notwendig, noch Schilder hinzustellen, weil die Leute bei uns angerufen und sich aufgeregt haben, dass wir den Rasen nicht gemäht haben.

Als Beispiel nenne ich nur den Gürtel-Mittelstreifen im 5. Bezirk. Oder auch im 20. Bezirk - ich sehe ein Nicken. Da gibt es also viele Bereiche, wo die Leute gefunden haben, wir sollen doch jetzt einmal kommen. Da haben wir dann Tafeln hingestellt und gesagt, okay, das ist eine Stadtwildnis, das ist absichtlich so belassen.

Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt, auch weil jetzt nicht nur das Bedürfnis der Bienen und der Schmetterlinge berücksichtigt wird, sondern weil auch die Stadtmenschen immer mehr das Bedürfnis nach naturnahen Flächen haben. Wir haben das jetzt also in vielen Bereichen, nicht nur auf der Donauinsel oder am Cobenzl oder in den Blumengärten Hirschstetten, sondern wirklich auch im innerstädtischen Bereich.

Aus dem Stegreif fällt mir jetzt zum Beispiel diese Naturwildnis bei der U-Bahn-Station im 5. ein. (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Margaretengürtel!*) Margaretengürtel, danke! Mir ist jetzt nur Kettenbrückengasse eingefallen, aber das stimmt nicht. Beim Margaretengürtel ist zum Beispiel einer dieser Bereiche.

Aber es gibt auch noch viele andere, wo wir das machen, eben weil es ganz wichtig ist; auch in unserem Netzwerk Naturprogramm, wo wir seit vielen Jahren mit den Bezirken kooperieren, wo wir eben versuchen, zum Beispiel für Fledermäuse, aber auch für Bienen Rückzugsflächen - unter Anführungszeichen - zu schaffen. Das funktioniert sehr, sehr gut. Wir haben dazu auch eine gute Kooperation mit den Bezirken.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke vielmals. - Die 2. Zusatzfrage stellt GR Mag Maresch. - Bitte.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Es ist im Moment auch international der Trend vorhanden, dass man sozusagen Bienen in der Stadt hält. Da gibt es gute Beispiele. Wien ist ein guter Platz für die Honigbiene. Jetzt gibt es natürlich auch andere Bienen, und zwar die Wildbienen. Was unternimmt die Stadt, um die Wildbienen nicht nur zu schützen, sondern auch zu fördern?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Kollege Maresch ist ja selber Imker. Das heißt, ich brauche ihm heute, glaube ich, gar nicht so viel zu erklären, denn ich habe den Verdacht, dass er sich bei manchen Themen vielleicht besser auskennt als ich, da er quasi ein Fachmann in diesem Bereich ist - übrigens sehr guten Honig macht, wenn ich das nur auch noch erwähnen darf.

Das Schöne ist, dass wir im großstädtischen Bereich sehr viele Sachen anbieten können. Wir haben im ländlichen Raum oft auch nicht mehr die Blumenwiesen der Vergangenheit, sondern sehr oft Monokulturen, wo du zwar eine Zeit lang blühende Rapsfelder hast, aber wenn diese abgeblüht sind, dann ist dort nichts mehr. Wir

haben in der Großstadt die Möglichkeit, in den Parkanlagen mit der Bepflanzung dafür zu sorgen, dass wir dort zu jeder Jahreszeit irgendeine Pflanze mit blühenden Büschen, und so weiter haben, dass wir zu jeder Jahreszeit eine Pflanze haben, die blüht. Wir haben so, glaube ich, wirklich ein größtmögliches Angebot und Möglichkeiten für alle Bienensorten.

Zu den Wildbienen: In Österreich gibt es nicht mehr sehr viele wilde Honigbienen. Die meisten sind ja schon quasi domestiziert und nicht mehr wirklich in der Lage, ohne Menschen weiterzuleben, weil sie nicht mehr genügend Nahrung und Wohnraum finden. Was wir versucht haben, ist, einfach den Lebensraum für solche Bienenvölker zu attraktiveren. Wir stellen sozusagen sehr viele, große Bienenhotels auf, wo wir diesen Wildbienen ein bisschen Schutz oder eine Möglichkeit geben, sich in der Stadt anzusiedeln, und versuchen dann auch, in der Nähe wirklich ein attraktives Nahrungsangebot, eben mit den genannten Wildblumensorten, zu finden.

Da sind 30 mehrjährige Blumenarten dabei, die von Imkern und Fachleuten ausgesucht wurden nach Nektargehalt, Duft, Farbe, was weiß ich, um den Bienen ein optimales Futter zu bieten. In dieser Kombination bin ich eigentlich recht zuversichtlich, dass wir es schaffen, einige Wildbienenvölker auch in einigen Bereichen der Stadt verstärkt wieder anzusiedeln und ihnen einen attraktiven Lebensraum zu bieten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die letzte Zusatzfrage stellt GRin Schütz. - Bitte.

GRin Angela **Schütz** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Frau Stadträtin!

Sie haben ja schon erwähnt, dass sich die Stadt Wien für den aktiven Bienenschutz einsetzen möchte und dafür Parkanlagen und Wiesen zur Verfügung stellen möchte, wobei man eben über die eine oder andere vorgeschlagene Fläche sicher diskutieren muss. Denn die Frage ist, ob zum Beispiel der Mittelstreifen des Gürtels wirklich dafür geeignet ist.

Auf der anderen Seite kämpfen wir täglich mit der Problematik von Miniermotten, Buchsbaumzünslern, aber auch der Varroamilbe. Jetzt würde mich Folgendes interessieren: Es gibt ja für die Varroamilbe auch thermische Behandlungen. Wird die Stadt Wien Geräte anschaffen, um dieser Situation Herr zu werden? Und auf der anderen Seite: Welche Produkte von Pflanzenschutzmitteln, und vor allem in welcher Menge, verwendet die Stadt Wien, um der anderen Problematik, wie Buchsbaumzünsler und Miniermotte, Herr zu werden?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Wir verwenden im Normalbetrieb überhaupt keine Pflanzenschutzmittel in den Parks. Das Einzige, was wir in den letzten Jahren gemacht haben, ist im Bereich der Kastanien, eben bei der Miniermotte. Ansonsten verwenden wir überhaupt keine Pflanzenschutzmittel.

Wir haben einige Versuche mit BT – Bacillus thuringiensis – laufen. Das ist ein Mittel, das auch in der biologischen Landwirtschaft eingesetzt werden darf, wo wir bei allen anderen Schädlingen eigentlich gute Erfolge

erzielt haben. Ansonsten sind gerade der Befall durch Buchsbaumzünsler oder ähnliche Ereignisse, die periodisch – je nachdem – alle fünf, sechs, sieben Jahre auftreten, eben Situationen, durch welche man einfach durch muss. Ich halte nichts davon, diesfalls in den Parkanlagen Pestizide einzusetzen. – Es ist wirklich unser Credo und unsere Grundüberzeugung, das grundsätzlich überhaupt nicht zu tun. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 3. Frage.

Wir kommen nun zur 4. Frage (FSP – 01613-2014/0001 – KU/GM), die von Herrn GR Dr Aigner gestellt wurde und an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet ist. (Im letzten Gemeinderat haben Sie ein Grobkonzept für ein eigenständiges Stützlehrersystem der Stadt Wien für eine gezielte Förderung von Schülern in Hauptfächern vorgestellt. Für das Fach Deutsch könnten die Ergebnisse des Wiener Lesetestes dafür wichtige Grundlagen liefern. Nunmehr hat der Stadtschulrat im Zuge des BIFIE-Debakels völlig überraschend angekündigt, dass die heurigen Testergebnisse nicht mehr ausgewertet werden. Damit führt sich der Lesetest weitgehend ad absurdum. Auch wenn immer mehr Bildungswissenschaftler mit guten Gründen die zunehmende „Testitis“ an den Schulen kritisieren, grenzt es doch an eine Pflanzerei, wenn nach Durchführung eines Testes die Auswertung unterbleibt und damit keinerlei Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen gezogen werden können. Wie sieht Ihr Konzept zur Reform des Wiener Lesetestes aus?)

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Sie fragen mich nach den Wiener Lesetests. – Einleitend muss meiner Ansicht nach auch festgehalten werden, dass die Wiener Lesetests selbstverständlich eine Maßnahme sind, die letztlich in der Kompetenz des Stadtschulrats für Wien liegen, von diesem initiiert wurden und entsprechend durchgeführt werden. Und der Stadtschulrat hat nun beschlossen – wie Sie ja richtig in Ihrer Anfrage festhalten –, diese Lesetests in der derzeit bestehenden Form nicht mehr fortzuführen.

Die Behauptung, die letztlich auch aus dieser Fragestellung hervorgeht, dass es keine Auswertung der Lesetests gibt, ist falsch. Hier ist einmal grundsätzlich festzuhalten: Der Wiener Lesetest unterscheidet sich schon sehr grundlegend von diversen Studien und Untersuchungen, sei es PEARL, sei es PISA, also Studien, die tatsächlich auf eine Vergleichbarkeit von Bildungsstandards auf europäischer oder auch auf nationaler Ebene abzielen. Die Wiener Lesetests hingegen sind ganz bewusst eine konkrete schulische Maßnahme. Letztere sind bekanntermaßen nicht standardisiert – wenn ich jetzt von den Diskussionen rund um die Zentralmatura absehe –, genauso wie Schularbeiten selbstverständlich eine schulische Maßnahme darstellen.

Als solche sind die Wiener Lesetests konzipiert. Sie sollen in erster Linie und ganz maßgeblich ein Diagno-

seinstrument für Lehrerinnen und Lehrer darstellen. Außerdem soll es dadurch vor allem auch eine individuelle Rückmeldung an Schülerinnen und Schüler geben: Wie stark bin ich im Lesen? Und das soll natürlich mit einer gewissen Vergleichbarkeit erfolgen. – Ich kenne als Vater nämlich auch durchaus die Problematik. Man stellt fest: Mein Kind kann zwar lesen, es kann vielleicht im Vergleich mit anderen schlechter lesen, aber wie gut es eigentlich lesen kann und wie das in Relation steht, weiß man nicht.

Daher ist das letztendlich ein zentrales Instrument, sodass auch die Kinder und die Eltern, vor allem aber die Lehrerinnen und Lehrer eine unmittelbare Vergleichbarkeit in Form einer standardisierten Überprüfung haben, die über den Klassenraum hinausgeht. Das ist mir ganz ganz wesentlich. Diese Auswertung findet statt, und es gibt eine entsprechende Rückmeldung auch an die Schülerinnen und Schüler.

Tatsächlich hat sich der Stadtschulrat entschlossen – nicht zuletzt auf Grund der bekannten Problematik mit dem BIFIE, auf die ich jetzt, glaube ich, nicht eingehen muss –, sich in diesem Bereich von der Kooperation mit dem BIFIE zurückzuziehen und bei diesen Tests mit einem anderen Institut zu kooperieren.

Worum geht es? – Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler erhalten ihr individuelles Testergebnis beim Wiener Lesetest, wobei auf dem Ergebnisblatt zur Interpretation der persönlichen Lesekompetenzen drei Kompetenzstufen angeführt sind. Die individuellen Ergebnisse sind, wie in den Jahren zuvor, Basis für die weitere Förderung. Diese individuellen Ergebnisse für die Schülerinnen und Schüler und für die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort gibt es auch weiterhin, denn diese sind der entscheidende Ansatzpunkt, um sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler letztlich zu dieser individuellen Förderung kommen können.

Unabhängig davon geht es um die Steigerung der Lesekompetenz. Und das ist mir auch wichtig: Die Lesetests sind nur ein Mosaikstein im Bereich der Maßnahmen rund um die Lesekompetenzen, die unverändert im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit in der Schule stehen. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Fördermaterialien entwickelt, die mit Hilfe von Expertinnen und Experten an den Schulen erfolgreich eingesetzt werden. Im Rahmen der gesetzlichen Novellierungen des Bundesschulaufsichtsgesetzes ist Qualitätsmanagement an den Schulen zu einem ganz wichtigen Aufgabengebiet geworden, und deshalb ist es für uns bei der Schwerpunktsetzung der pädagogischen Arbeit ganz wichtig, dass an jeder Wiener Schule auch im Zuge der SQA, also der Schulqualität Allgemeinbildung, letztlich dem Lesen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die gezielte Förderung für Kinder, die Unterstützung benötigen, wird selbstverständlich im nächsten Schuljahr fortgesetzt. Die in den letzten Jahren entwickelten Test- und Diagnosematerialien werden in neuer Form und mit einem neuen Partner – und das ist der wesentliche Punkt – als Fortführung des Wiener Lesetests zum Einsatz kommen.

Nach den Informationen des Stadtschulrats für Wien

wurden die entsprechenden Vorbereitungen bereits initiiert, und sobald diesbezügliche Planungsergebnisse vorliegen, wird der Stadtschulrat für Wien die entsprechenden Informationen selbstverständlich weitergeben, wie er es auch bisher getan hat.

Ich denke also, der zentrale Inhalt der Wiener Lesetests, nämlich Schülerinnen und Schülern und Eltern Orientierung zu geben sowie den Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit zu geben, individuell zu fördern, ist sichergestellt.

Und ich betone noch einmal: Es ist dies eine schulische Maßnahme, keine Testmaßnahme, aber ein Bildungstest ist natürlich so wie eine Schularbeit letztendlich auch ein Test, der eine Rückmeldung über die Bildungsstandards gibt. So waren die Lesetests konzipiert, und diesem Konzept folgend wird auch weiterhin.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Dr Aigner. – Bitte.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Vielen Dank!

Ich möchte vorausschicken, dass die Lesekompetenz – wie ich glaube – in unser aller gemeinsamem Interesse liegt und dass alle Maßnahmen, die dazu führen, dass die Kompetenzen in Lesen, Sprechen und Schreiben letztendlich auch in den Schulen noch stärker fokussiert werden, zu begrüßen sind.

Kurz noch zu Ihrer ersten Bemerkung betreffend die Kompetenzfrage. Es ist dies immer relativ schwierig für einen Mandatar. – Bei einer Klausur in Rust wurde letztes Mal ein Projekt vorgestellt, nämlich die sogenannte Gratisnachhilfe, die sich dann eher als Förderkursystem entpuppt hat, was aber auch egal ist. Federführend wurde dieses Projekt teilweise vom Herrn Bürgermeister und vom Stadtrat angekündigt. Und Ähnliches hat auch meine Recherche betreffend den Lesetest ergeben: Es hat eine gemeinsame Pressekonferenz gegeben, bei welcher der Bürgermeister, Sie und die amtsführende Präsidentin anwesend waren und der Schwerpunkt „Lesejahr“ für 2011 vorgestellt wurde. Damals wurde auch die Idee des Lesetests geboren beziehungsweise auf Schiene gestellt. Es hat geheißen, dass der Stadtschulrat die Durchführung übernimmt und das BIFIE sozusagen für die wissenschaftliche Begleitung zuständig ist. Die politisch verantwortlichen Initiatoren waren aber der Bürgermeister und Bildungsstadtrat. Und deswegen glaube ich, dass wir auch hier im Gemeinderat darüber reden sollten, noch dazu, da Sie auch mehrfach in Aussendungen auf die Ergebnisse des Lesetests eingegangen sind.

Zweite Vorbemerkung: Wenn man das jetzt nur mehr individuell auf die einzelnen Schüler bezieht, könnte man sehr wohl die Frage stellen, ob nicht der Deutschlehrer oder der Volksschullehrer selbst eh weiß, wie gut die Kinder lesen, denn er muss ja letztendlich die Leseleistung und Deutschkenntnisse seiner Schüler beurteilen. Wenn man also jetzt einen Lesetest macht, aber nur mehr ein individuelles Feedback daraus zieht, weiß ich nicht, welchen Mehrwert das letztlich haben soll!

Bei der Konzipierung des Lesetests-neu ist die Frage

des Partnerinstituts ein Punkt. Zweitens wurde auch von den Schulen vielfach kritisiert, dass der Test erst in der 4. und in der 8. Schulstufe stattfindet. In der 4. Schulstufe ist die Volksschule bald zu Ende und in der 8. ist die Pflichtschule bald zu Ende. – Meine Frage daher: Nimmt man diese Neukonzipierung jetzt zum Anlass, diese Tests eventuell um ein Jahr vorzuziehen, damit man im verbleibenden Jahr in der jeweiligen Schulstufe auf Basis der Testergebnisse noch gezielt Fördermaßnahmen setzen kann?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Wenn man ein Modell neu aufzusetzen versucht, ist natürlich grundsätzlich immer alles zu hinterfragen, gar keine Frage! Es hat aber auch gute Gründe gegeben, warum man sich schließlich trotz alledem auf die 4. und 8. Schulstufe verständigt hat, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil es diesbezüglich gerade auch auf internationaler Ebene tatsächlich Anknüpfungspunkte zu einer Vergleichbarkeit gibt.

Ich habe das schon mehrmals hier in diesem Kreis betont: Ein Manko des österreichischen Bildungssystems – und jetzt gehe ich nicht auf Ganztagschule und gemeinsame Schule ein – ist, dass es hier standardisierte Überprüfungen der Qualität der Arbeit nicht gegeben hat. Das war und ist international gang und gäbe, wurde in Österreich aber überhaupt erst in den letzten Jahren mit Bildungsstandardtestungen eingeführt.

Es ist, wie gesagt, international gesehen in jedem Bildungssystem gang und gäbe, dass es internationale Standards gibt, wobei ich jetzt gar nicht von erfolgreich oder nicht erfolgreich rede. Und damit diese Maßnahmen international vergleichbar sind und bewährte Testungen übernommen werden können, setzen wir diese in der 4. und 8. Schulstufe an. Warum? – Es ist ja auch nicht unbekannt, dass sich Bildungssysteme in ihrer Gliederung unterscheiden. In manchen Systemen sind es drei Jahre und dann sechs Jahre. Ein wichtiger Level bei uns sind die 4. Schulstufe beziehungsweise die 8. Schulstufe.

Das war uns auch ganz besonders wichtig, denn man muss ja nicht unbedingt das Rad völlig neu erfinden. Das braucht man auch in vielen Bereichen nicht. Auch die Bildungsstandards sind, wie ich es jetzt ausdrücken möchte, keine spezielle Erfindung Österreichs, sondern eben in vielen Ländern gang und gäbe, und diese sind ein wichtiges Diagnoseinstrument für Erfolge im Unterricht und die Wirksamkeit von pädagogischen Maßnahmen. Daher war es eine grundsätzliche Überlegung, die Tests in der 4. und in der 8. Schulstufe durchzuführen, um letztlich im Bedarfsfall erfolgreiche Diagnoseinstrumente übernehmen und auf etwas aufbauen zu können, was sich international durchaus bewährt hat, und nicht das Rad neu erfinden zu müssen.

Es war dies also keine singuläre Entscheidung, sondern man sieht, wenn man sich Bildungsstandards und Standards für Lesetests ansieht, dass diese letztlich in diesen Schulstufen angesetzt werden. Ich glaube, auch das ist wichtig, denn ansonsten kommen wir immer wieder dazu, was auch Sie einfordern, dass es diesbezüg-

lich Vergleichbarkeit auf einem internationalen Level gibt, damit man sozusagen über den Tellerrand hinaus vergleichen kann. – Das war die Grundüberlegung, und das neue Modell ist in Ausarbeitung, und es werden sicherlich, wie ich schon gesagt habe, verschiedenste Varianten in diesem Bereich zum Einsatz kommen.

Ich denke, es ist aber auch klar und wird von niemandem in Frage gestellt – und darüber diskutieren wir ja heute auch –, dass entsprechende Umsetzungsfragen auch mit bestimmten Kompetenzen verbunden sein müssen. Diesbezüglich hat es seitens des Stadtschulrates die Entscheidung gegeben, sich von einem Partner zu trennen und mit einem neuen Partner, aber durchaus auf Basis der Erfahrungen des bisherigen Partners zu arbeiten. Das BIFIE hat in diesem Bereich durchaus auch gute Arbeit geleistet, und darauf soll aufgebaut werden, das soll aber mit einem neuen Partner entsprechend umgesetzt werden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die nächste Frage stellt GRin Ing Leeb. – Bitte.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Kollege Aigner hat es vorhin auch schon angesprochen: So richtig Kindesweglegung können wir im Zusammenhang mit diesem Thema nicht betreiben. Wir besprechen das hier jetzt ja sehr offen, wofür ich dankbar bin.

Sie haben davon gesprochen, dass das ein wichtiges Diagnoseinstrument ist, und auch die individuelle Auswertung soll Basis für die weitere Förderung sein. Das heißt: Können wir davon ausgehen, dass die eingesetzte „SOKO Lesen“, die dafür zuständig war, dass man die Ergebnisse verbessert und die entsprechenden Maßnahmen setzt, auch in Zukunft diese Ergebnisse der „Nichtauswertung“ – denn offensichtlich wird ja doch ausgewertet – zur Verfügung gestellt bekommt und dass die Förderung für das nächste Jahr im gleichen beziehungsweise hoffentlich auch verbesserten und evaluierten Umfang weitergeht? Können wir davon ausgehen?

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ja.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Gut. – Dann kommen wir zur nächsten Zusatzfrage. Sie wird von GR Nepp gestellt. Bitte schön.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Sie haben vorher selber gesagt, dass diese Auswertung die Lehrer und die Schüler bekommen, um sich entsprechend zu verbessern. Sie als Bildungsstadtrat haben aber auch die Aufgabe, Maßnahmen zu setzen, um das Niveau zu heben.

Daher frage ich Sie: Sie setzen zwar dauernd Maßnahmen, aber woher wissen Sie eigentlich, ob das die richtigen Maßnahmen sind, wenn Sie selber nicht wissen, was bei diesem Lesetest herausgekommen ist?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Der entscheidende Faktor – ich glaube, das erkennen durchaus auch Sie, denn das sagt jeder irgendwann einmal – für entsprechenden Unterrichtserfolg und Fördererfolg ist klarer-

weise der Lehrer vor Ort und nicht der Stadtrat in seinem Büro, wo immer es angesiedelt ist, und daher soll selbstverständlich jede Diagnosemaßnahme vor allem ganz maßgeblich dem Lehrer helfen, festzustellen, in welchem Bereich es letztlich Förderbedarf gibt.

Unserer Aufgabe ist es dabei – ich bin zu Beginn meiner Beantwortung der Frage darauf eingegangen –, die entsprechenden didaktischen Möglichkeiten auszuloten und entsprechende Unterrichtsmaterialien zu erarbeiten. Und ich glaube, gerade in diesem Bereich hat die „SOKO Lesen mit den Crash-Kursen Lesen, mit den diversen Sonderfördermaßnahmen an den Schulen in Kooperation mit diesen und letztlich mit den vielen Leseaktivitäten, die zum Beispiel auch in einem dichten Netzwerk seitens der Wiener Büchereien initiiert wurden, gute Arbeit geleistet. Das konnten wir auch bei den bisherigen Testungen feststellen, und daher ist der wesentliche Zweck der Lesetests natürlich, den Lehrern ein Instrument zu geben, um feststellen zu können, wo die Schüler stehen, und zwar auf Basis einer international standardisierten Testung, und herauszufinden, welche Schüler man speziell fördern muss.

Unsere Aufgabe ist es, dann dafür zu sorgen, dass die Schüler die Förderung bekommen, und das tun wir im Rahmen des Wiener Bildungssystems.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke vielmals. Damit ist die 4. Frage behandelt.

Wir kommen zur 5. Frage (FSP – 01612-2014/0001 – KVP/GM). Sie wurde von Frau GRin Mag Anger Koch gestellt und ist an den Herrn Bürgermeister gerichtet.

[Die Ausrichtung des Song Contest 2015 stellt Österreich vor große Herausforderungen, entspricht doch aktuell keine Location den Anforderungen. Besonders unangenehm ist die Situation für Wien – verfügt die Bundeshauptstadt mit bald zwei Millionen Einwohnern mit der Wiener Stadthalle über ein einer Metropole nur unzureichendes Angebot. Die Diskussion über den Bau einer neuen Halle, den die ÖVP seit Jahren fordert, ist in Wien nicht neu. Vor neun Jahren kündigten Sie den Bau einer neuen Mehrzweckhalle an, 2008 schon wollten Sie davon nichts mehr wissen. Nunmehr scheinen Sie (siehe „Kurier“ vom 16. Mai 2014) zumindest wieder umzudenken. Wien braucht eine solche Mehrzweckhalle – in erster Linie für den Wiener Sport, aber auch zur Ausrichtung größerer kultureller Veranstaltungen. Werden Sie dafür Sorge tragen, dass Wien infrastrukturmäßig zu anderen europäischen Metropolen aufschließen kann und eine neue Mehrzweckhalle in Wien verwirklichen?]

Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Ich denke, dass wir uns nicht in einer Art Präludium über die politische Botschaft von Conchita Wurst unterhalten müssen, weil ich den Eindruck habe, dass wir hier im Wesentlichen übereinstimmen. Damit können wir uns gleich der Kernfrage zuwenden.

Im Hinblick auf den nächsten Song Contest bedauern Sie, dass auch Wien – so wie das restliche Österreich – keine vernünftige Location anbieten kann. – Nun, ich freue mich, dass Sie die Anforderungen für die Ausrichtung

eines solchen Song Contests schon kennen! Ich kenne sie noch nicht, und das war auch der Grund, warum ich versucht habe, diesen Wettlauf der Landeshauptleute von Mörbisch bis Unterpremstätten etwas zu unterbrechen und darauf hinzuweisen, dass es hierfür einen klar definierten Veranstalter gibt und dass dieser Veranstalter einmal sagen soll, was er für eine derartige Veranstaltung braucht, die mit Sicherheit nicht unter dem Niveau von Kopenhagen liegen kann. Das wird der ORF, der unbestreitbar dieser Veranstalter ist, auch tun. Er wird diese Anforderungen definieren, und dann werden wir schauen, ob man mit einer Halle, die 16 000 Personen fasst, auch auskommen kann.

Das muss man in aller Ruhe im Hinblick auf alle Rundumvoraussetzungen, die es gibt, erörtern. Es geht ja nicht nur um die Besucherzahlen, sondern dabei geht es natürlich auch um das technische Equipment, es geht um die Logistikfragen, um Fragen der Unterbringung und des Hotelangebotes. Das sind sehr viele Punkte, aber ich denke, dass Wien die Aufgaben, die sich im Zusammenhang damit stellen, letztlich durchaus erfüllen kann.

Die Frage einer Mehrzweckhalle würde ich gesondert sehen, denn selbst wenn wir sagen, dass wir jetzt eine neue Halle brauchen oder jemand anderer, beispielsweise Mateschitz in Salzburg, eine neue Halle finanziert, wird eine Halle, die für eine solche Veranstaltung geeignet ist, bis zum Zeitpunkt des Song Contests nicht fertig sein. Im Hinblick darauf werden wir entweder die Veranstaltung wieder an Kopenhagen geben, die das Ganze ja offensichtlich ganz gut hingekriegt haben, oder wir werden diese Aufgabe lösen. – Ich bin absolut für Zweiteres, und ich bin auch absolut davon überzeugt, dass wir diese Aufgabe tatsächlich lösen werden. Wir haben schon ganz anderes gelöst.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke, Herr Bürgermeister. Die 1. Zusatzfrage stellt GRin Mag Anger-Koch. – Bitte schön.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Danke, Herr Bürgermeister.

Unsere Forderung betrifft ja nicht nur den jetzigen Anlassfall im Zusammenhang mit Conchita Wurst und dem Song Contest, sondern wir haben diesbezüglich ja schon öfters einen Antrag eingebracht. Einen davon möchte ich kurz hier erwähnen. Wir haben diesen voriges Jahr eingebracht, und uns geht es dabei um eine Multifunktionshalle, die auch für sportliche Events geeignet ist, und nicht nur um eine Location für die Austragung des Song Contests.

Voriges Jahr hatten Sie am 27. April einen Parteitag, bei dem auch ein Antrag Ihrer Funktionäre und Funktionärinnen gestellt wurde, dass eine Multifunktionshalle in Wien errichtet werden soll, welche technisch und infrastrukturell auf dem neuesten Stand ist.

Der Sieg beim Song Contest ist nun der Anlass, dass Österreich nächstes Jahr an der Reihe ist, den Song Contest auszutragen. Meine Frage: Wird es je eine Standortstudie für eine Mehrzweckhalle geben, in der auch die verkehrstechnischen Kriterien überprüft werden?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bür-

germeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Ich bin überzeugt davon, dass anhand entsprechender Adaptierungsarbeiten der Wiener Stadthalle eine völlig funktionsfähige Halle mit all den notwendigen Begleiterscheinungen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden kann, und zwar auf höchstem technischen Niveau.

Ich sage noch einmal: Die Veranstaltung selbst haben wir nicht durchzuführen. Veranstalter ist der ORF. Aber wir werden das in guter Zusammenarbeit durchführen. Zumindest nach den ersten Definitionen des ORF kommt eine Freiluft-Location nicht in Frage, sonst könnten wir ja zum Beispiel auch die Donauinsel anbieten. Das wäre ja auch eine entsprechende Überlegung! Ich fürchte allerdings sehr, dass die Akteure eines derartigen Song Contests bei Regen, der ja bedauerlicherweise gelegentlich vorkommen soll, insbesondere rund um das Stadtfest ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Nein, das war ohne Hohn! Das war eher ein Befund! – Ich meinte nur, dass die Akteure eines derartigen Song Contests bei einer Freiluftveranstaltung ein bisschen komisch dreinschauen täten, wenn es regnet, und dass das vermutlich medial auch nicht gerade großartig verkaufbar wäre.

Ich bin aber überzeugt davon, dass wir mit einer entsprechend adaptierten Stadthalle durchaus den hohen Anforderungen des Veranstalters gerecht werden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die nächste Zusatzfrage stellt GR Mahdalik. – Bitte.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wir reden ja über den eventuellen Bau einer Mehrzweckhalle, unter anderem für den Song Contest. Dieser ist eine sehr traditionsreiche Veranstaltung wie etwa auch das Donauinselfest. Dieses haben wir heute auch auf dem Programm. Und auch das Wiener Stadtfest ist eine Traditionsveranstaltung.

Unter diese Rubrik fällt aber auch der Neustifter Kirrtag, und darum haben wir uns heute nach dem Motto „Wir sind Kirrtag!“ landfein gemacht. Außerdem habe ich einen Gemischten Satz von Mayer am Pfarrplatz mitgebracht, damit die Schwarzen auch mittrinken können; die roten Bioweine habe ich nicht gefunden, aber die GRÜNEN sind auch keine Kostverächter. Und ich habe auch Gläschen zur Verfügung gestellt. (*Der Redner stellt eine Flasche Wein und zwei Gläser auf sein Pult.*) Ich habe auch von Zahel noch einen Wein mitgebracht. Der Gemischte Satz von Weingut Cobenzl war leider aus, was mir sehr leid getan hat, weil der wirklich mörderisch ist!

Grund dieses weiten Bogens ist folgender: Wir sponsern das Donauinselfest großzügig, wir sponsern das Stadtfest großzügig, und das soll uns recht sein! Das sind schöne Veranstaltungen im Sinne der Bevölkerung. Nur für einen Neustifter Kirrtag haben wir nicht einmal 25 000 EUR übrig! – 70 000 EUR kostet die ganze Veranstaltung: Die Heurigenwirten wird das Ganze 25 000 kosten, 16 000 EUR für die Exekutive, 4 000 EUR für die Wiener Linien Umleitung und 5 000 EUR für private Security.

Wir haben bewusst heute keinen Antrag eingebracht – vorbereitet wäre er gewesen –, damit die Roten

um 16 Uhr oder um 17 Uhr rechtzeitig zum Jubeln ins Festzelt kommen. – Ich möchte auch betonen, wenn mir das der Herr Vorsitzende noch erlaubt, dass ich auch meine ... (*GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Gibt es auch einmal eine Frage?*)

Der Herr Vorsitzende hat noch nichts gesagt, weil er wahrscheinlich auch gerne einen Gemischten Satz trinkt! Ich werde heute auch meine folkloristischen Anträge beim Tagesordnungspunkt Donauinselfest betreffend berittene Polizei und Auflassung der Grillzonen nicht einbringen. Um zeitökonomisch vorzugehen, bin ich heute handzahn, streichelweich und konstruktiv.

Darum schlage ich vor, dass sich alle vier Fraktionen nachher zusammenstellen – ich habe natürlich noch mehr Gläser und mehr Flaschen im Talon – und außerhalb der Tagesordnung ohne Antrag beschließen, dass wir dem traditionsreichen Neustifter Kirrtag 25 000 EUR zur Verfügung stellen und uns dann alle dort treffen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Daher die Frage: Können wir ins Geschäft kommen? (*Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Das Einzige, was ich mir wünsche, ist, dass die Flasche zu bleibt, weil Menschen, die hier Alkohol getrunken haben, ein Problem machen könnten. – Bitte, Herr Bürgermeister!

Bgm Dr Michael **Häupl**: Zunächst einmal: Wir können das gerne draußen tun, um nicht irgendwelche Gepflogenheiten des Hauses zu verletzen.

Zweitens ist Mayer am Pfarrplatz nicht in Neustift und Zahel schon gar nicht, aber wir wollen nicht so pingelig sein! (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Drittens freue ich mich, dass sie vom Weingut Cobenzl keinen Gemischten Satz mehr bekommen haben, denn das heißt, dass er ausverkauft ist, und wie wir alle miteinander wissen, ist der beste Wein der verkaufte und bezahlte Wein. Daher sehe ich darin kein rasendes Unglück.

Die Abschlussveranstaltung der Bundes-SPÖ findet in der Stadthalle statt, und diese ist nicht gerade ein Zelt, darauf haben wir uns gerade vorhin verständigt, sondern eine sehr ordentliche Location, und wenn um 17 Uhr einige Mandatäre der Sozialdemokratie fehlen, wird das bei den Tausenden, die dort sind, gar nicht auffallen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

So gesehen bin ich Ihnen für Ihre Rücksichtnahme dankbar. Aber strapazieren Sie sich nicht, das ist nicht wirklich das Problem!

Das soll dem aber keinen Abbruch tun, dass wir nachher einen Schluck trinken, wenigstens bin ich dann außer Obligo, weil ich sagen kann, dass ich auch mit den Freiheitlichen einmal ein Glaserl Wein getrunken habe, und weil Sie mir dann in der öffentlichen Diskussion nicht dauernd vorwerfen können, das nicht getan zu haben.

Womit wir ins Geschäft kommen können, ist, dass ich Ihnen sage, dass ich das Geld für die Exekutive, also die 16 000 EUR, auftreiben werde, damit das dort kein Problem ist. – Und das war es dann. (*Beifall bei SPÖ, FPÖ und ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Daher kommen wir zur letzten Zusatzfrage in dieser Fragestunde. Diese

stellt GRin Mag Anger-Koch. – Bitte.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Das ist ja jetzt ratzfatz gegangen!

Ich kann leider nicht mit Wein bezirzen, dass jetzt eine Mehrzweckhalle in Wien kommt. Aber ich kann mich in einer Sportdress herstellen, und ich möchte noch einmal fragen, ob das für Wien in Frage kommt. Sie haben ja auch damals, als wir uns für die eventuelle Austragung der Olympischen Spiele beworben haben, gesagt, dass die Sportinfrastruktur im Allgemeinen in Wien verbessert werden soll und auch muss.

Es gibt jetzt zum Beispiel zwei Infrastrukturstätten, nämlich das Stadion des Wiener Sportklubs, die älteste Fußballanlage in Wien, und auch das Schwimmsportzentrum, im Hinblick auf welches wir auch schon eine Studie durchführen lassen haben: Wie schaut es jetzt mit dieser Infrastruktur aus? Wird man da in Zukunft etwas tun?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Meine beiden Zusagen von damals werden selbstverständlich erfüllt, gar keine Frage! Soweit ich weiß, ist das Leichtathletikzentrum auch schon fertig, und das Schwimmsportzentrum wird gleichfalls fertig sein.

Darüber hinaus gibt es ganz interessante Überlegungen im Hinblick auf den gesamten sportmedizinischen Bereich, der natürlich auch mit entsprechenden Sportanlagen verbunden sein muss. Diesbezüglich sind wir auch in sehr guter Diskussion mit der Universität, denn die UTA ist da natürlich auch dabei und gehört letztlich auch dazu.

Natürlich werden wir darüber nachdenken, wie wir auch andere Sportanlagen so fit machen können, dass man sich wieder um große internationale Bewerbe bewerben kann. Ich füge jetzt aber gleich hinzu: Selbstverständlich habe ich die Vorstellungen betreffend eine Mehrzweckhalle nicht aufgegeben, aber: Hier Anträge stellen, ist das eine, einen halbwegs brauchbaren gesellschaftlichen Konsens dafür herzustellen, ist das andere.

Wir haben selbstverständlich auch mit der Wirtschaftskammer diese Frage besprochen, und ich erinnere mich an die saloppe Antwort, die mir ja von meinem Humorniveau her durchaus gefallen hat, nämlich: Wenn ihr übriges Geld habt, dann macht es, ansonsten lasst es bleiben! – Ich verstehe das auch. Aber es können sich durchaus auch Dinge ändern, und das soll man bei den Überlegungen nicht hintanstellen, und man soll den Bau von entsprechenden Sportanlagen im Prinzip auch nicht vergessen.

Grundsätzlich lehne ich aber eines ab – das wollte ich auch noch sagen –: Ich will kein Faro haben. Dort wurde dieses berühmte Stadion für die Fußball-Europameisterschaft im Süden Portugals errichtet, und dann hat dort ein einziges Spiel stattgefunden. Jetzt spielt dort irgendein Unterligaverein, dieses Stadion rostet vor sich hin und wird kaputt. – Das halte ich für völlig sinnlos!

Es hat auch Song Contests gegeben, für welche eine riesige Halle für diese einzige Veranstaltung errichtet

wurde, und seither hat dort keine weitere Veranstaltung, nicht einmal ein Parteitag der dort regierenden Partei stattgefunden, und Letztere sind ja normalerweise in der Auswahl ihrer Locations zum einen sehr wählerisch, zum andern aber sozusagen ästhetisch nicht besonders anspruchsvoll. Sie hätten ihren Parteitag durchaus dort veranstalten können, aber nicht einmal das ist geschehen.

Das tun wir nicht! Und ich möchte auch sehr bewusst hier sagen: Wir werden uns nicht bewerben, wenn die Entscheidung fallen sollte, dass in mehreren europäischen Städten die Fußball-Europameisterschaft ausgetragen wird, weil mir die Investition eines dreistelligen Millionenbetrags in eine entsprechende Adaptierung des Wiener Stadions für ein einziges Spiel doch nicht wirklich ökonomisch vernünftig zu sein scheint. Das lässt sich nämlich durch gar nichts gegenrechnen! Und es werden sich eine Reihe sehr renommierter Städte, wenn sich diese Vorstellung des Präsidenten der UEFA durchsetzt, nicht bewerben und werden nicht daran teilnehmen.

Daher noch einmal zusammenfassend auch zu der Mehrzweckhalle: Wenn unsere Analysen, sei es aus dem Sportbereich, aus dem Kulturbereich, aber auch aus dem Kongresstourismusbereich, ergeben sollten, dass sich eine veränderte Beurteilungssituation darstellt, das heißt, dass sich eine solche Halle tatsächlich entsprechend nutzen lässt, bin ich selbstverständlich bereit, darüber zu reden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Herr Bürgermeister! Ich danke für die Beantwortung der 5. Frage.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der Klub der Wiener Freiheitlichen hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „80 Millionen EUR Schaden und kein Ende – Linke Dauerdemos und Fuzo-Chaos machen die Mariahilfer Straße kaputt“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich ersuche den Erstredner, Herrn GR Mag Gudenus, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst kurz eine Replik auf die Ankündigung des geschätzten Herrn Bürgermeisters, die Veranstaltung des Neustifter Kirtags mit diesen 16 000 EUR zu unterstützen: Ich sage ein Dankeschön auch im Namen der Veranstalter des Neustifter Kirtags! Wir Freiheitlichen werden schauen, dass wir die Summe, die notwendig ist, um die Verkehrsbetriebe zu entschädigen, durch private Spenden aufreiben können, damit diese traditionelle Veranstaltung weiterhin stattfinden kann. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir kommen zum eigentlichen Thema, zur Mariahilfer Straße, und zu all den Problemen, die auch daraus resultieren, dass diese Mariahilfer Straße jetzt umgebaut wird. – Es ist schön, dass Frau Stadträtin und Vizebürgermeisterin Vassilakou auch hier ist, um sich die Kritik der Opposition anzuhören und zuzuhören, wenn dann die Mandatare der GRÜNEN darauf eingehen werden.

Am Montag hat der Spatenstich für den Umbau der Mariahilfer Straße stattgefunden. Und die Mariahilfer Straße steht ja seit fast einem Jahr als Musterbeispiel für rot-grüne Ignoranz gegenüber dem Bürger, für Arroganz, für Abgehobenheit und für ein völlig fehlendes Demokratieverständnis. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Sie, geehrte Frau Vizebürgermeisterin, haben zu diesem Thema gesagt: „Manchmal wird ein Traum wahr.“ – Ich kann mir gut vorstellen, dass Sie dieses Thema und das sehr knappe Ergebnis der Umfrage vor zwei Monaten als Traum bezeichnen, aber für viele Bürger und vor allem für die wirtschaftstreibenden Geschäftsleute, die davon betroffen sind, ist das ein reiner Albtraum, der leider durch die grüne Politik, unterstützt von der SPÖ, ins Land gezogen ist.

Bereits jetzt klagen Geschäftsleute über einen Umsatzrückgang von bis zu 30 Prozent, in manchen Extremfällen bis zu 70 Prozent, und während der Umbauphase wird sich das Ganze nicht verbessern oder entschärfen. Nein! Das Ganze wird sich leider noch steigern, auch was den Umsatzrückgang betrifft. Schätzungsweise spricht man bereits von über 60 Millionen EUR, die hier verloren gegangen sind, und diese Summe könnte bis zum Ende des Umbaus auf bis zu 100 Millionen EUR anwachsen. – Das ist also ein sehr teurer Spaß auf Kosten der Geschäftsleute, aber auch ein teurer Spaß auf Kosten der Bürger, die den Umbau durch ihre Steuer- und Gebührenzahungen leider mittragen müssen!

Gerade heutzutage klagen wir über steigende Arbeitslosigkeit. Wir haben vor einigen Wochen, Anfang Mai, als die SPÖ auf dem Rathausplatz aufmarschiert ist, um den Tag der Arbeit zu feiern, gehört, dass es ein Plus von 17,7 Prozent Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr gibt. Und auf der Mariahilfer Straße müssen leider die Geschäftsleute auf Grund der Umsatzeinbußen weitere Leute kündigen. Das kann doch keine verantwortungsvolle Politik sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist keine Politik im Sinne des Arbeitsmarktes! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Wenn Sie es einen Traum nennen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, wenn Leute ihren Arbeitsplatz verlieren und Geschäfte vielleicht sogar zusperren müssen, dann sage ich, das ist doch ein Schlag ins Gesicht der Wienerinnen und Wiener! Sie von den GRÜNEN träumen vielleicht. Verschonen Sie uns aber bitte vor Ihrer Traamtänzerei, verschonen Sie uns vor Ihrem Aufmarsch am Montag beim Spatenstich, bei dem Würstel gegrillt wurden!

All das ist zwar vielleicht sehr lustig und macht viel Spaß. Aber wenn man sich dann anschaut, wie viele Bürger ohne Job auf der Straße stehen, wie viele Bürger im rot-grünen Wien in die Armutsfalle geraten, wie viele Bürger darunter leiden, dass die Gebühren immer weiter steigen, wie Sie aber gleichzeitig Würstel grillen, auf Kosten der Wienerinnen und Wiener ein Friday Nightskating veranstalten und auf der Mariahilfer Straße ein Bobbycar-Rennen veranstalten, dann ist das wirklich ein Schlag ins Gesicht der Bürger! Man muss gegenüberstellen: Die GRÜNEN amüsieren sich auf Kosten der

Steuerzahler, und viele Menschen können sich leider den nächsten Tag nicht mehr leisten, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Der Herr Bürgermeister hat von der heutigen Schlusskundgebung der SPÖ gesprochen: Wir Freiheitliche hatten gestern auf dem Viktor-Adler-Markt unsere Schlusskundgebung, und eine verzweifelte junge Mutter von drei Kindern ist an mich herangetreten und hat mir Fotos von ihrer Wohnung gezeigt, in der alle Wände von Schimmel befallen sind, und hat mir gesagt, dass sie allerdings von Wiener Wohnen keine neue Wohnung bekommt. – Das sind die wahren Probleme der Wienerinnen und Wiener! Das sind die echten Probleme, die leider nicht gelöst werden!

Aber dann gehen die Grünen und die Roten her und grillen Würstel und veranstalten auf Kosten der Steuerzahler Bobbycar-Rennen und Dauerdemos auf der Mariahilfer Straße. – So kann das nicht weitergehen! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Ich will gar nicht darauf eingehen, wie undemokratisch das ganze Vorgehen rund um diese Pseudo-Umfrage vor einigen Monaten war. Das knappe Ergebnis spricht ja Bände! Wenn man die Wirtschaftstreibenden eingebunden hätte, dann wäre die Umfrage ganz klar gegen diese Mahü-neu ausgegangen. Aber das ist vergossene Milch, überhaupt keine Frage. Das Projekt wird durchgezogen.

Auf jeden Fall aber werden auf dieser Mariahilfer Straße-neu Dauerdemonstrationen stattfinden, bei welchen sich rote und grüne Vorfeldorganisationen austoben können, und es werden wieder einmal die fleißigen Bürger und die Leistungsträger zur Kasse gebeten werden, wenn beispielsweise Geschäfte ruiniert werden. Vorigen Samstag gab es einen Vorgeschmack auf das, was wir in den nächsten Wochen und Monaten erwarten können: Randalierende Horden der Vorfeldorganisationen der SPÖ und der GRÜNEN, die für Dauerdemos sorgen, ziehen durch die Straßen, und es wird am laufenden Band Gewalt ausgeübt. *(Gemeinderäte der FPÖ zeigen Plakate von Demonstrationen mit der Aufschrift: „Rot-grüne Schande!“)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da hört sich der Spaß wirklich auf! Der Spaß hört sich wirklich auf, wenn Geschäftslokale zerstört werden, wenn Polizisten verletzt werden, wenn mit Stahlkugeln in Steinschleudern hantiert wird und Wurfgeschosse durch die Luft fliegen. Da hört sich der Spaß wirklich auf, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist nicht mehr lustig! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)* Das ist nicht mehr lustig! Wir haben das ja schon beim Akademikerball in den letzten Jahren gesehen, als friedliche Ballbesucher drangsaliert, bespuckt und beschmissen wurden und auch die Polizei darunter leiden musste, dass der Schwarze Block von den GRÜNEN eingeladen wurde, nach Wien zu kommen und zu randalieren. Das ist nicht mehr lustig, und es darf nicht sein, dass die neue Mariahilfer Straße als Aufmarschgebiet für den Schwarzen Block, für die Sozialistische Jugend oder für die Grüne Jugend missbraucht wird! Das

darf nicht sein! Da hört sich der Spaß wirklich auf. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Demonstrationsfreiheit ist ein Grundrecht, und dazu stehen wir! Es ist aber doch bezeichnend, dass auf der einen Seite Bürger friedlich demonstrieren, dass auf der anderen Seite aber rot-grüne Freunde gewalttätig versuchen, diese friedlichen Demonstrationen zu verhindern, und Straftatbestände erfüllt werden. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Wer war gewalttätig?)*

Das ist wirklich bezeichnend! Und dann werden die friedlichen Demonstranten plötzlich als Faschisten dargestellt. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Von wem?)* Wer auch immer das ist! *(Zwischenruf.)* Die Demonstration wurde genehmigt! *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Und dann kommen gewalttätige Linke, und dann wird auch noch der Polizeieinsatz, der maßvoll und richtig war, seitens der Sozialistischen Jugend kritisiert! Das kann es ja wohl nicht sein! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Das wahre Gesicht zeigt sich auch seitens dieser Offensive gegen Rechts, bei welcher viele Ihrer Freunde dabei sind. Bei der Pressekonferenz gestern oder vorgestern forderte die Offensive gegen Rechts die Streichung des Strafrechtsparagrafen „Landfriedensbruch“. Na klar! Damit sie ungestört sind und ... *(GR Johann Herzog: ... randalieren können! – Weiterer Zwischenruf von GRin Martina Ludwig-Faymann.)* Sie waren sicherlich nicht dabei! Aber viele Freunde aus Ihrem Dunstkreis waren dabei! *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ja natürlich! Es wurde die Streichung des Paragraphen „Landfriedensbruch“ gefordert, außerdem soll der Paragraph „Sprengung einer Versammlung“ aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden. Das schlägt doch dem Fass den Boden aus, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Dann hat noch eine junge Dame behauptet, sie sei schwanger gewesen und hätte ihr Kind verloren, worauf eine Vertreterin der Arbeiterkammer Wien, Frau Selma Schacht, gesagt hat: Es geht nicht darum, ob man verifizieren kann, dass die junge Dame schwanger war und ihr Kind verloren hat oder nicht. – Der Punkt dabei ist, dass sich keiner gewundert hat, dass so etwas passieren könnte. Mit solchen Methoden wollen wir nichts zu tun haben! Wir stehen zum Demonstrationsrecht auf legale Art und Weise! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Abschließend möchte ich Ihnen sagen: Lernen Sie Demokratie, lernen Sie die richtige Anwendung von Grundrechten, und lassen Sie die Steuerzahler mit Ihren Phantasieprojekten in Ruhe! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates nur ein Mal zu Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten beschränkt ist. Als nächster Redner hat sich Herr GR Dr Aichinger gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Mei-

ne sehr geehrten Damen und Herren! Meine sehr geehrten Damen und Herren und Freunde auf der Galerie! Herzlich willkommen zu einer Aktuellen Stunde!

Die Mariahilfer Straße ist eine Neverending Story, meine Damen und Herren. Wir haben schon einige Male über dieses Thema diskutiert. Hier soll ein Projekt verwirklicht werden, das gegen die Bevölkerung umgesetzt wird beziehungsweise in dessen Umsetzung nur wenige Bevölkerungsteile mit einbezogen wurden. Wir wissen das. Wir haben das einige Male besprochen, und nach langem, langem Drängen der Opposition kam es zu einer Bürgerbefragung. – Okay, wir nehmen natürlich auch diese Bürgerbefragung zur Kenntnis. Das ist ein demokratisches Recht, und wir werden auch die Entscheidung zur Kenntnis nehmen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ihr nehmt sie nicht zur Kenntnis!)*

Kollege Maresch! Nehmen auch Sie zur Kenntnis, dass in dieser Befragung demokratische Ergebnisse enthalten sind, die Sie nicht umsetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Worum geht es? Es wurde ganz einfach gefragt: „Soll es zu einer Fußgängerzone und Begegnungszone kommen: Ja oder Nein?“ Und es hat auch zwei Unterfragen gegeben, nämlich ob es, wenn es zu einer Fußgängerzone kommt, Radfahrer geben soll und ob es Querungen geben soll. Ich sage bewusst noch einmal: Es wurde gefragt, ob es Querungen – im Plural, in der Mehrzahl – geben soll.

Wir haben eindeutige Ergebnisse. 53 Prozent wünschen sich die Fußgängerzone. Bei dieser Befragung durften Teile der Bevölkerung nicht mitmachen, nämlich vor allem die betroffenen Unternehmer. Auch das muss noch einmal gesagt werden. Diese leiden im Großen und Ganzen wirklich am meisten darunter, und diese sind nicht befragt worden.

Zweiter Punkt: Die Frage der Querungen wurde eindeutig von der Bevölkerung beantwortet. 75 Prozent sind für Querungen, meine Damen und Herren, aber Sie zieren sich ganz einfach, das umzusetzen! Es hat Gespräche bei der Frau Vizebürgermeisterin gegeben, und sie hat den Klubobleuten definitiv versprochen, bis Ende April ein Konzept der Querungen vorzulegen. – Es ist aber nichts geschehen! Sie hat das im Großen und Ganzen an eine Expertenkommission ausgelagert, von welcher letztlich unzureichende Möglichkeiten geschaffen wurden. Es kann nämlich nicht sein, dass nur eine halbe Querung aufgemacht wird. Ich betone bewusst „halbe Querung“, denn wenn bei der Querung ganz einfach entsprechende Einbahnregelungen getroffen werden, dann ist diese Querung eigentlich nur eine Pseudo-Variante.

Verantwortlich, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sind Sie und nicht die Experten! Man kann natürlich Experten einbeziehen, aber politische Verantwortung trägt in diesem Falle die Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Verkehr und vor allem – das möchte ich auch betonen – für BürgerInnenbeteiligung. Sie trägt überhaupt die Verantwortung, dass mit den Bürgern anders umgegangen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir erwarten uns wirklich

schleunigste Klärung, wo diese Querungen sind und wie diese umgesetzt werden. Diese müssen dann auch funktionieren. Es darf der Verkehr in den Bezirken nicht nur zusammengestoppelt werden, es darf nicht nur Umleitungen geben, dass die Menschen im Kreis fahren müssen und sozusagen nicht zu ihren Wohnungen beziehungsweise Arbeitsplätzen kommen.

Ganz kurz noch ein Punkt, meine Damen und Herren: Diese Befragung hat aber auch ergeben, dass wir uns committed haben, dass wir ein Gesetz betreffend BürgerInnenbefragungen in die Stadtverfassung aufnehmen wollen. Diese Besprechungen waren bis jetzt aber leider sehr unergiebig. Wir wollen nämlich, dass in Zukunft klar geregelt ist, wie solche Befragungen vorgenommen werden. Es soll nicht nur so wie diesmal der Presse- und Informationsdienst eine Meinungserhebung vornehmen, sondern es muss ganz klar sein: Wer wird gefragt? Wer kann eine solche Befragung initiieren? Über welche Themen kann befragt werden?

In diesem Zusammenhang geht leider gar nichts weiter. Ich appelliere daher an die Regierungsparteien, diesbezüglich unbedingt weiter zu tun, weil das ganz einfach notwendig ist!

Meine Damen und Herren! Schließlich noch zu den Demonstrationen: Es ist, glaube ich, unwidersprochen und klar, dass Demonstrationsfreiheit das höchste Gut und ein Grundrecht ist, an dem nicht gerüttelt werden soll. Man muss aber gerade jetzt in der Phase des Umbaus in der Mariahilfer Straße damit sehr sensibel umgehen!

Dort werden viele Gegenstände, Baumaterial und Schutt herumliegen, und ich glaube, es wird sehr problematisch sein, dort Demonstrationen abhalten zu lassen. Es wird daher auch an der Stadtregierung liegen, all das mit der Polizei zu besprechen, damit es zu keinen problematischen Demonstrationen und zu Ausschreitungen kommt, denn das hat sich diese Stadt und haben sich vor allem die Bürger und Bürgerinnen und die Unternehmer auf der Mariahilfer Straße nicht verdient. – Ich danke schön, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Mag Maresch zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Die Mariahilfer Straße wird umgebaut. Es gibt zwei Begegnungszonen und eine FußgängerInnenzone. Die Befragung hat eine Entscheidung gebracht, und der Spatenstich fand letzte Woche statt. – Das heißt, im Grunde genommen sind alle Parameter, dass da etwas weitergeht, erfüllt.

Ich finde es daher eigenartig, wenn man im Nachhinein sagt, dass alles so schlimm ist. Von der FPÖ erwarte ich mir nichts anderes. Die FPÖ agiert immer unter dem Deckmantel des Demonstrationsrechts, dann geht es immer gegen irgendwen, und wenn es jemanden gibt, der die Identitären kennt, dann ist es Kollege Gudenus! Er kann nicht sagen, ich weiß nicht, wer das ist! –

Ich meine, das ist eine Scheingeschichte. Er weiß genau, wer das ist! *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Jetzt komme ich aber zur ÖVP. Die Rolle der ÖVP hat sich in Wirklichkeit bei der Geschichte rund um die Mariahilfer Straße geoffenbart. Es zeigt sich nämlich die Situation gerade so wie jetzt: Der Herr Stadtrat steht dort oben, er ist Zuschauer, und er schaut zu, wie ihm die FPÖ die Hosen auszieht. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: So ein Blödsinn!)* Die FPÖ treibt die ÖVP vor sich her. Und was tut die ÖVP? Sie laviert, einmal hin und einmal her. Einmal sagt sie, ja, eine FußgängerInnenzone ist gut. Dann sagt sie wieder, nein, eine FußgängerInnenzone ist nicht gut. Das Gleiche gilt für Querungen. Es ist immer ein Hin und Her. Ergebnis: Spaltung der ÖVP-Mariahilf. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Warum spaltet sich die ÖVP-Mariahilf, meine Kollegen? Warum spaltet sie sich? – Ganz einfach: Weil ein Teil von euch nicht will, dass ihr gegen etwas auftrittet, wofür sie sowieso sind!

Noch einmal: Kollege Aichinger! Schaut euch in Wirklichkeit einmal an, was ihr in eurer eigenen ÖVP-Mariahilf angerichtet habt! Es gibt eine Spaltung! Ihr geht jetzt her und – Entschuldigung! – mosert gegen die Mehrheitsentscheidung der Bevölkerung und sagt, das geht nicht! Die Querungen sind ein Problem!

Wir haben zwei Querungen umgesetzt, eine von Mariahilf nach Norden und eine von Neubau nach Süden. Das wollte die Bevölkerung, und das wird auch angenommen. Die Expertenmeinungen waren deswegen wichtig, weil sonst im Grunde genommen einfach keine Grundlagen da waren, außer: Ich will! Ich will! Ich will! – Die großen Massen hat die ÖVP überhaupt nicht bewegt. Ihr habt eine bei der Nationalratswahl draufbekommen, obwohl ihr das Thema behandelt habt. In Wirklichkeit habt ihr die Frage hochstilisiert zu: Für oder gegen uns bei der Mariahilfer Straße.

Und ihr habt verloren. Ihr habt auch die Radfahrerfrage verloren. Da denke ich mir ganz im Ernst: Liebe ÖVP! Lasst euch nicht von der FPÖ treiben, sondern macht wirklich ÖVP-Politik anstatt FPÖ-Politik! – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Mag Czernohorszky zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Jürgen **Czernohorszky** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte dort zu reden beginnen, wo Johann Gudenus aufgehört hat, nämlich dort, wo sich der Spaß aufhört: Der Spaß hört sich auf bei der Aushöhlung der Demokratie! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Genau! – GR Johann Herzog: Richtig!)*

Demokratie als eines der höchsten Güter unserer Gesellschaft, und zwar Demokratie verstanden als System, in dem alle Menschen nicht nur die gleichen Rechte haben, sondern alle Menschen auch die gleiche Würde haben und in dem wir allen Menschen die gleiche Würde auch zubilligen.

Demokratie ist nicht einfach da. Demokratie muss erkämpft werden, und sie muss auch verteidigt werden. Es

ist die Pflicht von Demokratinnen und Demokraten, wachsam zu sein und couragiert gegen jene aufzutreten, die die Demokratie aushöhlen, in Frage stellen, gefährden. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ich sage Ihnen gleich, wer das ist!

Eine solche Gefährdung der Demokratie sind zum Beispiel Organisationen wie die Identitären. Es ist dies eine neofaschistische Organisation, die es nicht gerne hat, in die Nähe von Nazis gebracht zu werden. Wenn man sieht, wer dabei ist, weiß man aber sofort, woher der Wind weht!

Zum Beispiel die Veranstaltung am Samstag: Rechtsextremisten aus ganz Europa und natürlich auch aus Österreich haben aufgerufen mitzumachen. Die Kontakte sind ganz klar. Da gibt es zum Beispiel Ludwig Reinthaler mit intensiven Kontakten zur neonazistischen AfB. Er führte die Liste die „Bunten“ an, und die „Bunten“ wurden nach NS-Verbotsgesetz daran gehindert, für eine Wahl in Wels anzutreten.

Da gibt es zum Beispiel Leute, deren politischer Ziehvater der verurteilte Küssel ist. Diesen kennen Sie aus der Wehrübungszeit Ihres Parteivorsitzenden! Da gibt es Leute aus der Nähe der „Alpen-Donau-Info“, eines rechtsextremen und aggressiv antisemitischen Blocks, der Sprachrohr von Neonazis war.

Übrigens war eine der Mitinitiatorinnen der Gegen-demo nicht auf der Demo. Warum? – Es gab Morddrohungen gegen sie auf der Facebook-Seite der Identitären. Dort kann man übrigens in diversen Kommentaren Sätze nachlesen wie: „Man sollte euch einfach ganz emotionslos mit einer 10-EUR-Bauhausaxt den Schädel einschlagen.“ – Das ist alles andere als harmlos! Da hört sich der Spaß auf! Das ist ein Angriff auf unsere Demokratie! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Dagegen aufzutreten, ist nicht nur das Recht, sondern das ist die Pflicht von DemokratInnen. Und damit das ganz klar ist: Ich spreche von gewaltfreiem Protest. Ich und wir haben gegenüber Gewalt jeder Art null Toleranz. Das ist genau der Wesenszug jener Demokratie, die wir verteidigen wollen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

So viel zu den Ereignissen am Samstag. Aber jetzt kommt es: Es ist auch eine Gefährdung der Demokratie, wenn solche Dinge verharmlost und als Anlass genommen werden, um in „Haltet den Dieb“-Manier jene zu kriminalisieren und zu verunglimpfen, die aufrecht für unsere Demokratie und gegen Faschismus auftreten! (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Und wenn Sie uns, die Sozialdemokratie – das haben Sie gerade getan! –, in die Nähe von Gewalt und in die Nähe von strafrechtlichen Ereignissen bringen, dann ist das Verleumdung, und ich bitte Sie, das wieder zurückzunehmen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Dass Sie sich auf die Seite der Hetzer und der Identitären stellen, das passt ja ganz gut! (*Zwischenruf von GR Johann Herzog.*) Das ist so! RFJ-Burgenland gratuliert zu einer gelungenen Veranstaltung. Der Vorsitzende der Identitären Alexander Markovics, war sogar auf der Landstraßer FPÖ-Liste bei der letzten Bezirksvertre-

tungswahl. Herr Kops! Die haben Sie angeführt!

Die FPÖ selbst ist eine Organisation aus Hetzern. Und die FPÖ selbst bietet Platz für Leute – Stichwort: strafrechtliche Ereignisse –, die mit Demokratie ihre Schwierigkeiten haben. (*Zwischenruf von GR Armin Blind.*) Ah, da regt sich der Richtige auf!

Den Spitzenkandidaten zur EU-Wahl Mölzer haben Sie zurückgezogen. Warum? – Weil er die EU mit dem NS-System verglichen und mit einem „Negerkonglomerat“ gleichgesetzt hat. Barbara Rosenkranz, Spitzenkandidat zur Landtagswahl in Niederösterreich, wurde verurteilt wegen ... (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Nein, sie wurde nicht verurteilt, sie hat das Verbotsgesetz in Frage gestellt. John Gudenus wurde verurteilt wegen Verleugnung des Holocaust, John Gudenus, nicht Johann Gudenus! Johann Gudenus war einer von denen, die 2011 der „Aula“ zum 60-jährigen Geburtstag gratuliert haben. (*GR Mag Wolfgang Jung: Na so was!*)

Ich setze fort: Abg Winter, früher Stadträtin in Graz, verurteilt wegen Herabwürdigung religiöser Lehren; Karlheinz Klement, FPÖ-Nationalratsabgeordneter, rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung; Werner Königshofer, FPÖ-Nationalratsabgeordneter, rechtskräftig verurteilt wegen übler Nachrede, und so weiter, und so fort.

Wäre jetzt ein Jahr früher, dann hätte Ihre Presseaussendung zu dieser Auseinandersetzung übrigens Ihr Pressesprecher Stefan Gotschacher gemacht, von dem Sie sich trennen mussten, nachdem er auf seiner Facebook-Seite Zitate aus einem Lied der Waffen-SS veröffentlicht hat. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Gibt es ein Urteil? – Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Diese Beispiele könnte man beliebig lange weiterführen. Es reicht aber, um folgende Feststellung zu machen: Ja. Auch die FPÖ ist eine Gefährdung für die Demokratie, die wir verteidigen! Und ich kann Ihnen garantieren: In dieser Auseinandersetzung werden wir keinen Fuß breit zurückweichen! (*Beifall und Bravo-Rufe bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wir stehen für eine andere Gesellschaft, nämlich die Welt derjenigen, die am 8. Mai das Fest der Freude feiern, anstatt zu trauern. Diese Welt ist unsere Welt! Das ist unser Wien, auf das wir stolz sind und das wir gegen Hetzer wie Sie verteidigen! (*Anhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr GR Mag Gudenus hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. – Bitte schön.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich bringe zur Geschäftsordnung eigentlich eine tatsächliche Berichtigung. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Es gibt keine tatsächliche Berichtigung zur Geschäftsordnung!*) Dann spreche ich zur Geschäftsordnung.

Ich verlange einen Ordnungsruf für Kollegen Czernohorszky, der gesagt hat, die FPÖ sei eine Gefährdung der Demokratie. – Die FPÖ ist eine demokratisch gewählte Partei, die sich nichts zu Schulden kommen lassen hat. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Das darf es in unserem Haus nicht geben! Eine Gefährdung für die Demokratie sind solche, die versuchen, Leute, die fried-

lich demonstrieren, mit Gewalt und Steinschleudern daran zu hindern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist die echte Gefährdung der Demokratie, und ich verlange einen Ordnungsruf. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Klubobmann! Ich werde mir das Wortprotokoll ausheben lassen und nachlesen, und wenn diese Äußerung tatsächlich gefallen ist, werden wir den Ordnungsruf dementsprechend nachholen.

Als nächster Redner hat sich Herr GR Dr Aigner gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Die Rede meines Vorredners bringt eigentlich recht gut das doch sehr eigenartige Demokratieverständnis mancher Mandatare oder mancher Parteien zum Ausdruck. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Offenkundig gibt es den Grundsatz: Wer ein Demokrat ist oder wer zu erlauben ist, das bestimmen einige wenige. Und ich darf Sie schon daran erinnern, dass es in einem Rechtsstaat nicht Sache eines Politikers ist, darüber zu befinden, ob gesellschaftliche Gruppierungen, ganz egal, welcher Provenienz, zu erlauben sind. Das tun bei uns nämlich die Behörden, und ich meine: Lassen wir es bei den Behörden! Dort werden Gesetze vollzogen! Und es sollen diesbezüglich keine politischen Wertungen getroffen werden.

Und wenn Sie hier eine demokratische Partei als Gefahr für die Demokratie bezeichnen, dann glaube ich eher, wenn man das ein bisschen transkribiert: Die FPÖ ist vielleicht eine Gefahr für die SPÖ in dieser Stadt! Das meine ich auch, und ich finde, das ist auch sehr gut so! *(Beifall bei der FPÖ. – GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Herr Aigner sucht offenbar Platz auf einer Liste für die nächsten Wahlen.)*

Nein! Ich bin auf keiner Liste. Ich bin hier auf der Rednerliste und sonst nirgends! *(Beifall bei der FPÖ.)* Frau Kollegin! Nehmen Sie zur Kenntnis: Es gibt auch Mandatare und Politiker, die nicht nur in Listenkategorien denken, sondern die für Grundsätze einstehen. Und ich zähle mich zu diesen! *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Es wäre auch interessant, weil der Bogen bei der Fragestellung heute ja schon ein bisschen breiter gespannt wurde: Wie stehen Sie denn zu anderen Systemen in Staaten, mit denen wir gerade Beitrittsverhandlungen führen, beispielsweise immer noch mit der Türkei? Wie stehen Sie dazu, wie dort mit Demonstrationen umgegangen wird? – Es wäre wirklich einmal schön, wenn vielleicht auch die SPÖ im Europawahlkampf sagt, dass das eigentlich mit Demokratie und europäischen Werten gar nichts zu tun hat! Ich bin schon sehr gespannt, wenn Herr Ministerpräsident Erdogan auch uns einen Besuch abstattet und bei uns auftritt. Wir hatten ja schon einige Demonstrationen aus diesem Eck, bei denen es auch zu Beschimpfungen Israels, und so weiter kam und sehr wohl auch unsere Werte in Zweifel gestellt wurden.

Ich glaube, das Demonstrationsrecht ist einfach viel

zu wichtig, als dass man Demonstrationen zum Schlachtfeld macht. Eine Demo hat friedlich zu sein, und es gibt eigentlich für niemanden eine prinzipielle Rechtfertigung, dass man Demonstrationen so ausarten lässt wie bei uns. Und es ist sehr wohl eigenartig, dass immer der linke Block glaubt, gerechtfertigt zu sein und alles tun zu können. Ich glaube, wenn man das Demonstrationsrecht verteidigt – und wir müssen dieses verteidigen –, dann muss man immer dazusagen: Freiheit ist vor allem die Freiheit der Andersdenkenden! *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Das, was Sie teilweise betreiben, geht bereits auch in Richtung Totalitarismus. – Aber damit lasse ich es. Ich wollte eigentlich zur Mariahilfer Straße sprechen. Ich meine, es ist wirklich sehr schade, dass in Zeiten so knapper Kassen so viel Geld für ein grünes Prestigeprojekt hinausgeschmissen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Mariahilfer Straße war eine ausgezeichnet funktionierende Einkaufsstraße, die ihrer Bedeutung aber in vielfältiger Hinsicht gerecht geworden ist: Sie ist ja nicht nur eine Einkaufsstraße, sondern es wohnen dort Menschen, es arbeiten dort Menschen, es gibt viele kleine Geschäfte. Und die Mariahilfer Straße hat sozusagen auch ihre Verkehrsfunktion sehr gut wahrgenommen. Es gab breite Gehsteige. Man ist dorthin ja nicht freiwillig mit dem Auto gefahren. Ich bin mein Lebtag nie dorthin mit dem Auto gefahren, weil es nicht notwendig war. Man hat den U-Bahn-Bau überstanden. Das war auch eine sehr heikle Zeit.

Aber anstatt dass man diese Mariahilfer Straße so belässt oder vielleicht im Rahmen dessen verbessert, wie sie bisher war, geht man her und macht daraus eine Skater-Meile! Man macht dort eine Spaßmeile und nimmt in Kauf, dass Geschäfte Schaden nehmen. Die Menschen, die dort wohnen, haben es dann vielleicht ruhiger, aber ich weiß nicht, ob die Totenstille oder der Lärm von der Straße wirklich die Lebensqualität ist, die sie anstreben.

Gleichzeitig müssen wir im Gesundheitsbereich massiv auch Kosten sparen. Wenn man anschaut, wie das AKH baulich beisammen ist, dass dort das Verwaltungspersonal fehlt, dass das Krankenhaus Nord mit Sicherheit um einiges mehr kosten wird, denke ich, diese 50, 60, 70 Millionen EUR könnte man viel besser in das Gesundheitswesen stecken und für viele andere Bereiche ausgeben, als einem Koalitionspartner für sein Prestigeprojekt in die Hände zu spielen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* Diesen Vorwurf muss man der SPÖ machen. Ich frage mich, ist eine 10-Prozent- oder 11-Prozent-Partei wirklich so wichtig, dass man so viel Geld für eine eigentlich sinnlose Aktion ausgibt. Und ich sage: Nein! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich musste hier mit etwas Erstaunen jetzt drei Parteivertreter beobachten, die sich zu einem nicht ganz

unsensiblen Thema in Rage geredet haben. Keiner der beteiligten Parteienvertreter hat allerdings ob der Aktualität eine Seite angesprochen, die auch in der Demokratie eine große Rolle spielen muss: Wer im Mai in der Mariahilfer Straße und Umgebung öfters zu Hause oder zugegen war, weiß, mit welchem Chaos man dort gerechnet hat, wenn Demonstrationen stattgefunden haben. Es gab frustrierte Autofahrer, man hat verängstigte Fußgänger angetroffen, die sich ob gewisser Protestierender mit eigenartigen politischen Forderungen hier nicht immer nur wohlgeföhlt haben. Keiner von Ihnen hat auch diese Seite angesprochen: Zu verdanken ist dies einer rechten wie linken – und ich betone das hier ganz eindeutig – Demo-Community, die das Protestieren zum Selbstzweck gemacht hat und wahrscheinlich zum Freizeitvergnügen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Bitte, wie viele rechte Demos hat es 2013 gegeben?!)* – Einige, auch einige. *(GR Mag Wolfgang Jung: Laut Polizei 2013 keine einzige!)* – Ich glaube, Herr Kollege Jung, wir können uns doch in diesem Haus gemeinsam darauf einigen, dass wir, bevor wir über Quantität sprechen, über Qualität sprechen und dass wir solchen extremen Gruppen grundsätzlich keine Unterstützung anvertrauen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist nicht die Politik, die wir brauchen. Wir brauchen Konsens, wir brauchen Zusammenhalt in der Stadt, aber sicher keine ständige Polarisierung. Aber so hat es hier auch wieder gewirkt. Und damit geht in unserer Stadt Wien leider viel zu wenig an Positivem weiter.

Lassen Sie mich ganz deutlich sagen: Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut. Es ist das höchste Gut einer Demokratie, dafür müssen wir einstehen, das müssen wir verteidigen. Aber es gehört auch richtig dosiert und vor allem so eingesetzt, dass es auch im Sinne aller Beteiligten ist. Ein Demonstrationsrecht hat auch damit zu tun, dass man nicht eine Straße ganz einfach in Misskredit bringen kann, dort letztendlich auch Mitarbeiter und Geschäftsleute ständig belästigt, die auch ihre Interessen, auch ihre Grundrechtsinteressen gewahrt haben wollen.

Ich kann sagen, dass wir auch als ÖVP ganz klar für diese Demonstrationsfreiheit eintreten und auch davon Gebrauch gemacht haben. Beispielsweise dadurch, dass diese rot-grüne Stadtregierung die Parkraumbewirtschaftung und die 150 000 Menschen, die dagegen unterschrieben haben, einfach ignoriert hat. Wir haben Protestmaßnahmen gesetzt, aber so gesetzt, dass damit keine Gegend dauernd blockiert war, in keiner Art und Weise ein Gebiet drangsaliert worden ist, sondern so, dass wir uns ganz effektiv auch hier mit unserer anderen politischen Meinung Gehör verschafft haben. Auch so kann man Demonstrationen ausrichten. Das ist zumindest das Verständnis, wie wir es als ÖVP hier auch an den Tag legen und realisieren, sehr geehrte Damen und Herren.

Es muss einfach eine Balance zwischen unterschiedlichen Grundrechten gegeben sein, aber auch das Grundrecht der Erwerbsfreiheit und das Grundrecht der Bewegungsfreiheit. Und ich sage das ganz offen: Es haben mir einige Bewohnerinnen und Bewohner von

Innenbezirken gesagt, dass sie Probleme hatten, weil sie eine Fernreise angetreten haben, sie mussten zum Bahnhof fahren, konnten dort nicht hinfahren, weil durch eine Demonstration wieder einmal eine Straße längere Zeit gesperrt war. Das ist sicherlich auch nicht jene Art von Grundrechtsverständnis, für das Sie, sehr geehrte Damen und Herren, hier eintreten.

Ich habe mir die gesamten Demonstrationen ausgehoben, die in der Innenstadt, am Ring, et cetera stattgefunden haben. Am Ring waren es etwa 80 jedes Jahr, auf der Mariahilfer Straße gibt es jede Woche etwa ein bis zwei Demonstrationen. Das hat schon eine gewisse nachhaltige Wirkung auf diese Menschen, die auch dort ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen, die dort leben müssen, und die natürlich hier auch entsprechend Interessen zu vertreten haben.

Aber lassen Sie mich zur Mariahilfer Straße als grundsätzliches Projekt sprechen, denn sie ist hier doppelt belastet. Die Mariahilfer Straße hat durch diesen Pilotversuch schon an Umsätzen eingebüßt, und durch den Umbau haben wir auch einen großen Verlust von etwa 60 Millionen EUR bei den Geschäftsstraßen zu befürchten. Und ich kann Ihnen noch eines sagen: Diese Probleme gibt es, auch wenn das der Kollege Maresch immer wieder ignoriert, weil er ganz gerne seine Kernklientel bedienen will, die immer kleiner wird. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Unsere Klientel wird nicht immer kleiner!)* Aber eines sei Ihnen auch gesagt: Die langfristigen Leerstände, denken Sie nur an Slama oder Hintermayer, sind ein Problem. Die Parkgaragen haben einen Frequenzrückgang von bis zu 30 Prozent. Die Trafikanten, die ein Indikator für Laufkundschaft sind, müssen schon wegen Frequenzrückgang Mitarbeiter entlassen. Und es sind natürlich auch Ausbauentscheidungen von Geschäften zurückgestellt worden.

Es wird einige Gewinner geben, die Mehrzahl, meine Damen und Herren, sind Verlierer. 60 000 Menschen arbeiten auf dieser Straße, finden dort eine sichere Stelle, und auch die haben ein Recht darauf, dass ihre soziale Sicherheit auch in Hinkunft gewährleistet ist. Und daran sollten wir gemeinsam arbeiten, nämlich auch mit entsprechenden Querungen auf der Mariahilfer Straße. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Hebein zu Wort gemeldet. Ich erteile das Wort. *(GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt erzählt sie uns wieder die Geschichte von der Schwangeren, die sie verbreitet hat!)*

GRin Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Abgeordneter Jung! *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Sie sind jetzt nicht am Wort, ob es Ihnen gefällt oder nicht.

Demonstrations- und Versammlungsfreiheit sind Grundrechte, die sind nicht verhandelbar, werte FPÖ. Nicht verhandelbar! Wir reden über Grundrechte, dass es Ihnen nicht gefällt, ist schon länger bekannt. Sie haben ja immer wieder Anträge gestellt, dass die Mariahilfer Straße zu einer Tabuzone wird. Und Sie ignorieren völlig die Urteile des Verfassungsgerichtshofes, unlängst wieder an Hand von zwei Beispielen: anhand von *(GR Johann Herzog: Gewaltfreie Demonstrationen!)* WKR

und anhand der Ring-Veranstaltung. Eindeutige Feststellung: Demonstrationen müssen für andere sichtbar sein. Und das, was Sie wollen, ist, linke Demonstranten zu verbieten. Das hätten Sie gerne. (GR Johann Herzog: *Gewaltfreie Demonstrationen!*) Andersdenkende verbieten, völlig egal. Ob Rechtsextreme marschieren, ob Burschenschaften marschieren, das ist Ihnen egal, das hätten Sie ja gerne. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Friedlich und legal!*) Das ist Ihre, Ihre Politik. Und was passiert, haben wir am Samstag gesehen. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Steinschleuderpolitik, das ist Ihre Politik!*)

Der Rechtsextremismus hat verschiedene Gesichter. Die Identitären, darüber kann man schon Bücher schreiben, sind total vernetzt mit der Neonazi-Szene und auch mit der FPÖ. Was steht in „Der Funke“: „Die Identitären sind eine Hoffnung für Europa, eine Rückkehr zur Volksherrschaft, welche auch Gewalt nicht scheut, die aber großer Politik zu neuer Macht verhelfen soll.“

Das sind die Menschen, die Sie verteidigen. Sie sind eine Gefahr für unsere Demokratie. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Sie verteidigen Steinschleuderer! Widerlich!*) Und noch eine ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): So, Frau Kollegin. Ich darf Sie kurz unterbrechen.

GRin Birgit **Hebein** (*fortsetzend*): Hoffentlich nicht mich?!

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): In diesem Fall muss ich Sie unterbrechen. Sie haben jetzt sehr – wie soll ich sagen – intensiv von sich gegeben, dass eine politische Partei in diesem Haus eine Gefahr für die Demokratie ist. (GR Mag Wolfgang Jung: *Ist sie auch!*) Ich halte das ... (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.*) – Sie wissen ja gar nicht, was ich sagen will, Herr Kollege. Ich ersuche alle Redner dieser Debatte, sich vielleicht wieder ein bisschen zu beruhigen, die Debatte ruhig zu führen. Ich glaube, es würde unserem Hause nicht schaden. – Danke. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Sie bekommen selbstverständlich noch Zeit gutgeschrieben, Frau Kollegin.

GRin Birgit **Hebein** (*fortsetzend*): Ob Ihr Vorgehen korrekt war, kann ich jetzt nicht beurteilen, aber ich sage in aller Klarheit: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Und ich bedanke mich bei jedem und jeder Einzelnen, die am Samstag friedlich demonstriert haben. Wir sind stolz darauf, dass es so Menschen wie sie gibt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich möchte den Bogen noch weiter spannen, weil sich viele, viele Menschen gefragt haben, was hier am Samstag passiert ist. Wie kam es zu diesen Bildern, zu den Videos, zu den AugenzeugInnenberichten, dass hier auch nach diesen Berichten die Polizei nicht korrekt agiert hat. (GR Mag Wolfgang Jung: *Das sagen Sie!*) Die Frage, die sich vielen stellt, lautet: Wie kommt es, dass Bilder erscheinen, wo auf einem Demonstranten vier Polizisten sitzen? (GR Mag Wolfgang Jung: *Ja, wenn man um sich schlägt wie ein Wahnsinniger!*) Wie kommt es, dass Pfefferspray von Polizisten auf friedliche De-

monstrantInnen geworfen wird? Wie kommt es, dass Jugendliche verhaftet werden? (*Anhaltende Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Das sind Fragen, die gehören alle sachlich geklärt. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Widerlich!* – GR Mag Wolfgang Jung, *auf eine Tafel deutend, auf der Personen abgebildet sind, die Polizisten angreifen: Schauen Sie sich das an!*)

Deshalb möchten wir vor allem die Polizisten und Polizistinnen stärken, die sich immer und immer wieder korrekt verhalten, wir möchten aber genauso, dass die Polizei, die nicht rechtens gehandelt hat, ebenso sachlich verfolgt wird. Wir wollen hier nicht zur Tagesordnung übergehen. Und ich empfehle Ihnen dringend, auch das Interview mit Reinhard Kreissl zu lesen, dem wissenschaftlichen Leiter des Institutes für Rechts- und Kriminalsoziologie, der eine Einschätzung getroffen hat, die uns alle betrifft. Eine Einschätzung, die besagt, dass seiner Meinung nach hier auch die Wiener Polizei keine Deeskalationsstrategien hat, dass die Wiener Polizei auch eher den Protest als potenziellen Bürgerkrieg sieht. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Sicher!*) Das müssen wir in unserer Demokratie ernst nehmen. Hier geht es um unsere Rechtsstaatlichkeit.

Versuchen wir eine sachliche Aufklärung der Vorhergebnisse, was passiert ist, ziehen wir daraus Schlüsse. Und ich betone noch einmal: Die Gefahr, die besteht, diese Gefahr geht von der FPÖ aus. – Vielen Dank. (*Beifall bei den GRÜNEN.* – GR Mag Wolfgang Jung: *Die Steinschleuderer sind alle links, Frau Kollegin!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren, bevor der nächste Redner kommt, hat sich zur Geschäftsordnung Herr GR Dipl-Ing Margulies gemeldet. – Bitte schön.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich verstehe, dass es manchmal nicht einfach ist, auf der vorsitzenden Position alle Wortmeldungen wirklich wahrzunehmen. Aber ich verwehre mich dagegen, das Amt des Vorsitzenden zu missbrauchen. Während seitens der FPÖ in den letzten 5 Minuten gezählte 73 Zwischenrufe kamen, sodass man zum Teil die Rednerin nicht einmal verstanden hat, wurde seitens des Vorsitzenden die Rednerin unterbrochen und gesagt, sie möge sich bitte zurückhalten. (GR Johann Herzog: *Nicht die Rednerin, uns alle!*) Ich halte das für empörend und ersuche im Sinne der Geschäftsordnung, dieses Thema in der nächsten Präsidiale zu besprechen. – Danke sehr. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Gut, Herr Kollege, wenn Sie das so sehen, soll es so sein.

Als nächster Redner hat sich Herr GR Mahdalik zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS, *sich auf den in einer kurzen Lederhose zum Rednerpult schreitenden GR Anton Mahdalik beziehend: Schärdinand!*)

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren!

Ich habe meine Vorrednerin auch nicht verstanden, phonetisch zwar schon, aber der Inhalt ist mir fremd

geblieben. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und wie heißt es so schön: Der Faschismus von heute ist der Antifaschismus. – Da dürfte etwas dran sein. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich glaube, es ist schon ein bisschen was dran, denn bei jedem schwindligen Kiffer, jedem linken Gewalttäter, jedem anarchistischen Randalierer, der marodierend durch die Straßen zieht und behauptet: „Na, ich bin ein Antifaschist, ich bin ein Antifaschist!“, um seine kriminellen Energien auszuleben, sagen wir „Nein!“ dazu, die anderen sagen „Ja!“ dazu. Das ist halt der Unterschied, deswegen sagen wir auch nicht, ihr seid eine Gefahr für die Demokratie, sondern, ihr seid demokratisch gewählt, ihr habt's eure Ansichten, lasst uns bitte unsere Ansichten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die ganzen kriminellen Aspekte der Dauerdemos auf der Mariahilfer Straße und in weiten Bereichen der Inneren Stadt wurden ja schon in den Wortmeldungen der letzten Minuten aufgearbeitet. Eine Zahl, auch amtlich: Im letzten Jahr hat es über 260 Demonstrationen in diesen Bereichen gegeben. Die waren alle von Links, von Grün, von Rot, von Kommunisten, von Kiffern, von was weiß ich, wem – keine einzige rechte Demo. Und mit diesen Demos ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: O ja, die FPÖ hat gegen die Mariahilfer Straße demonstriert!)* – das war eine Platzkundgebung - *(GR Mag Rüdiger Maresch: Platzkonzert!)* ... haben wir zumindest ein bisschen Kundschaft auf die Mariahilfer Straße gebracht, die ihr mit einer chaotischen Testphase geleert habt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Diese Dauerdemos haben ja enormen Schaden verursacht, darüber haben die Medien auch schon berichtet: 65 Millionen EUR in den letzten 5 Jahren, Mariahilfer Straße, umliegende Bereiche der Bezirke 6 und 7 sowie im 1. Bezirk, Ringstraße, wo ja auch oft Tohuwabohu herrscht oder wo 12, 13 Leute einen Rasen verlegen oder sonst für oder gegen irgendetwas demonstrieren und Millionenschäden für die Wirtschaft verursachen.

Wir, Kollegin Hebein, denn soweit habe ich es schon verstanden, wir wollen überhaupt niemanden und überhaupt nichts verbieten, sondern wir sagen ganz einfach, die Leute sollen dort demonstrieren, wo die Adressaten ihrer Forderungen sitzen: Wenn sie halt unbedingt die Freigabe von Cannabis erreichen wollen, dann sollen sie es der Regierung erzählen, dem Parlament, dem Bundeskanzler, am Ballhausplatz, am Parlaments-Vorplatz. Dort stört es überhaupt niemanden, tausende Autos fahren vorbei, die Öffentlichkeitswirksamkeit ist gegeben, die Geschäftswelt wird nicht gestört, der Verkehr wird nicht gestört, es gibt keine Staus, es gibt keine erhöhten Schadstoff- und Feinstaubbelastungen. Es wäre also allen damit gedient, und die Linken könnten auch dort randalieren, wenn sie überhaupt wollen. Also, nichts verbieten, keine Demos, sondern nur die Dauerdemos kanalisieren, die halt die Geschäftswelt und viele andere schädigen.

Denn die Mariahilfer Straße hat ja unter mannigfaltigen Problemen zu leiden: rund 55 Millionen Schaden, jetzt ohne die Demos, nur durch die Umsatzrückgänge während der nicht ganz geglückten Testphase. Dabei beginnt erst jetzt der Umbau, und da werden sich die

Verluste natürlich noch steigern. Wie es dann nachher, wenn die Fuzo fertig ist, ausschauen wird, wissen wir alle miteinander nicht. Ich habe die Befürchtung, dass die Mariahilfer Straße nicht sonderlich attraktiv sein wird für zahlende Gäste, für Leute, die wirklich ein Geld herbringen, denn man kennt ja das Publikum teilweise schon, jetzt mehr im unteren Teil oder im mittleren Bereich: Die Punks, die auf den Bankerln herumlungern, sind zwar immer sehr freundlich, aber wenn man jeden Tag fünf, sechs Mal angesprochen wird, ob man nicht ein paar Euro hat, dann wird das mit der Zeit ein bisschen langweilig und störend. Dazwischen kommt noch der „Augustin“-Verkäufer und, und, und, dann gibt's noch Bettler. Das Ganze ist für das zahlende Publikum nicht sehr erfreulich. Darum wage ich zu bezweifeln, dass das nachher wirklich eine blühende Landschaft sein wird, wo die Kinder spielen, wo sich die Leute niederlassen – damit meine ich Leute, die auch arbeiten, Steuern zahlen und das Geld dann nachher wieder in die Wirtschaft investieren –, und nicht nur linke Gestalten dort herumlungern, die andere Gäste oder Anrainer auch abschrecken.

Deshalb sagen wir: Der Umbau ist jetzt einmal eine beschlossene Sache, da können wir nichts dafür, das habt dann ihr zu verantworten. Aber bitte Gespräche mit der Innenministerin führen und die geschäftsschädigenden und umweltschädigenden Dauerdemos auf der Mariahilfer Straße und in der Inneren Stadt künftig zu minimieren. – Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsordnung hat sich Herr GR Dipl-Ing Schicker gemeldet. – Bitte schön.

GR Dipl-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte grundsätzlich festhalten, dass die Vorsitzführung auch bei einer schwierigen Diskussion wie dieser so zu führen ist, wie sie geführt wurde. Ich möchte das ausdrücklich festhalten.

Punkt 2 allerdings: Wir haben heute in der Früh bei der Begründung der Aktuellen Stunde als Sozialdemokraten zur Kenntnis nehmen müssen, dass man uns die Nähe zu Verbrechern, die Nähe zur Aggressivität in Demonstrationen unterstellt. Dieses ist falsch und ist auch begründet worden vom Erstredner der Sozialdemokraten – richtig begründet worden. Ich kann aber nicht zur Kenntnis nehmen und ersuche daher, Herr Vorsitzender, auch hier zu prüfen, ob ein Ordnungsruf gerechtfertigt und notwendig ist, wenn man ans Rednerpult tritt – egal, wie man gekleidet ist – und sagt, dass der neue Faschismus der Antifaschismus ist. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Das geht nicht, und ich ersuche, dass der Herr Mahdalik dafür einen Ordnungsruf erhält. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ich gebe es zu, ich habe in angestiftet! – Anhaltende Zwischenrufe.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren, ich werde mir auch die von Ihnen angesprochene Rede durchlesen und dann dementsprechend entscheiden.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR

Baxant. – Bitte sehr.

GR Petr **Baxant**, BA (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie!

Es geht um ein unglaublich wichtiges Thema, im Grunde geht es ja um die Grundfeste unserer Demokratie und unserer Gesellschaft. Es wurde bei dieser Diskussion von anderen Gemeinderäten unterstellt, man hätte sie nicht verstanden. Ganz ehrlich, ich habe heute den Kollegen Gudenus nicht ganz verstanden, phonetisch sehr wohl, inhaltlich nicht, weil er sich zum Teil widersprochen hat. Das ist für einen FPÖ-Politiker eigentlich nicht üblich, weil ihr normalerweise gute Kommunikatoren seid, aber er hat sich im Grunde widersprochen und eigentlich ist seine Botschaft nicht angekommen. Ich kenne mich eigentlich nicht aus. Einerseits, und das ist dann auch vom Kollegen Mahdalik unterstützt worden, sagt ihr, okay, das Demonstrations- und Meinungsäußerungsrecht ist ein unglaublich wichtiges Recht, das darf man nicht angreifen, aber man muss es gescheit dosieren (*GR Mag Wolfgang Jung: Friedlich!*) – das war auch das Wording vom Kollegen Stiftner. Und das Wording vom Kollegen Mahdalik war jetzt: Man muss das Demonstrationsrecht gescheit kanalisieren. – Das heißt, wird es angegriffen, ist es ein Eingriff in ein ganz wichtiges Grundrecht, das sich übrigens damals im Jahr 1848 Menschen bei der bürgerlichen Revolution erkämpft haben, auf die sich unter anderem einige von Ihnen auch berufen.

Das freie Meinungsäußerungsrecht und das Demonstrationsrecht sind, wie die Frau GRin Hebein schon gesagt hat, einfach nicht verhandelbar, da gibt es keine Interpretationsspielräume. (*Zwischenruf von GR Mag Johann Gudenus, MAIS.*) Denken wir das zum Beispiel weiter, was Sie gesagt oder vorgeschlagen haben. Wenn man zum Beispiel die Mariahilfer Straße oder ein Gebiet in der Stadt ausnimmt und es dort verbietet, seine freie Meinungsäußerung auszuüben, dann ist das im Grunde ein schwerster Eingriff – das würde natürlich vom Verfassungsgerichtshof gekippt werden – in die freie Meinungsäußerung, also in Grundrechte, in Bürgerrechte (*GR Johann Herzog: Wer hat das verlangt?*), die 1848 unter anderem von Burschenschaftern und bürgerlichen Kämpfern erkämpft wurden. Das heißt, Sie widersprechen sich ständig, Sie sind quasi auch ideologisch nicht wirklich sattelfest. Und das (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Du hast ja keine Ahnung!*) sollten Sie schon sein, wenn Sie sich mit so etwas beschäftigen.

Es ist mir ein Anliegen, dass die Dinge, die wir hier verhandeln, nicht etwas sind, womit man sich spielt. Das ist ja im Grunde etwas, wofür tausende Menschen gekämpft haben, wofür zum Teil tausende Menschen über Jahrzehnte und Jahrhunderte auch gestorben sind. Ich glaube, und da gebe ich meinem Kollegen Czernohorszky absolut recht: Wir sollten uns diesbezüglich nicht spielen und uns wirklich auf die Gefahren konzentrieren, die tatsächlich unsere Demokratie in Misskredit bringen, gefährden, vielleicht ein bisschen abschwächen. Ich möchte es nicht unbedingt bei einer einzelnen Partei

belassen, ich glaube, das ist auch ein bisschen zu eng gegriffen. Aber denken wir an die gesamten Einflüsse auf unsere Kinder, an das unglaublich rückständige Bildungswesen, an unsere Boulevard-Medien, die meiner Meinung nach tagtäglich unsere Gesellschaft vergiften, und so weiter, und so fort.

Im Grunde es gibt sehr viele Gefahren, aber die Gefahr für die Demokratie geht ganz sicher nicht von Demonstranten und Demonstrantinnen aus. (*GR Johann Herzog: Wenn sie Gewalt ausüben, dann schon!*) Die Gefahr für die Demokratie geht sehr wohl natürlich von Menschen aus, die Gewalt ausüben, Gewalt jeglicher Art. Und ich glaube, Sie geben mir recht, wenn ich sage, dass ja auch zum Beispiel gegen den WKR-Ball demonstriert werden soll dürfen, da sind wir uns, glaube ich, einig. Wir sind uns auch einig, dass gewalttätige Demonstrationen, auch gegen einen WKR-Ball oder meinetwegen gegen eine Legalizer-Demonstration, vollkommen falsch sind und in eine Demokratie nicht hineingehören. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Menschen Gewalt anwenden, und wenn man vielleicht vorher schon weiß, dass sie Gewalt anwenden, dann gibt es in einer Demokratie und in einer Gesellschaft wie der unsrigen natürlich auch Institutionen und Einrichtungen, die dafür sorgen, dass Gewalttäter von friedlichen Demonstranten und Demonstrantinnen getrennt werden. Diese Institution nennt sich Polizei, die hat natürlich die Staatsgewalt inne, und dazu bekennen wir uns natürlich alle. Das heißt, bitte hören Sie einfach auf damit – wir sind alle viel zu intelligent, wir sind alle demokratisch gewählte Mandatäre und Mandatarinnen –, uns zu unterstellen, wir schicken irgendwelche Gewaltdemonstranten, um gegen Ihre Gäste auf dem WKR-Ball zu demonstrieren oder diese anzuspucken oder was auch immer. Es stimmt einfach nicht, das wissen Sie genauso wie ich. Für die friedliche Demonstration ist natürlich der Veranstalter zuständig. Wenn gewalttätige Demonstranten und Demonstrantinnen kommen, zum Teil aus Deutschland, zum Teil weiß man das schon, ist nicht die SPÖ zuständig (*GR Mag Wolfgang Jung: Aber die Rote Falken!*) – auch nicht die Sozialistische Jugend zuständig und sind auch nicht die Kinder von den Roten Falken verantwortlich, die Vier- bis Sechsjährigen, Herr Jung –, sondern es ist eindeutig die Exekutive zuständig. Und dort gehört die Kritik hin. Jede deutsche Stadt, jede deutsche Kleinstadt und jede deutsche Gemeinde schafft es, Demonstrationen zu organisieren, bei denen Gewalttäter von friedlichen Demonstranten getrennt werden, bei denen die Botschaft der Demonstranten und Demonstrantinnen auf jeden Fall ankommt – bei der Öffentlichkeit und auch bei den Medien –, und wo sich die ganze Gesellschaft einig ist, dass man mit Randalierern und mit Gewalttätern eigentlich überhaupt nichts zu tun haben möchte. Anscheinend schafft das unsere Exekutive jetzt zwei Mal nicht. Das ist ein Problem bei der Exekutive, lassen wir das Problem dort, wo es ist, bei der Exekutive und vor allem bei der Führung der Exekutive.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Kollege, ich bitte um den Schlusssatz, die Redezeit ist schon längere Zeit abgelaufen.

GR Petr **Baxant**, BA (*fortsetzend*): Zur Mariahilfer Straße ist schon sehr viel gesagt worden, ich möchte nur dazusagen, auch zur FPÖ/ÖVP: Bitte sprechen Sie nicht mehr so viel über die Wirtschaft, Sie verstehen das einfach nicht. Man hat es ja gesehen in der schwarz-blauen Zeit, die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, die Schulden sind hinaufgegangen, Sie kennen sich damit nicht aus ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende, seien Sie so lieb.

GR Petr **Baxant**, BA (*fortsetzend*): ... und übrigens haben zwei Drittel der Selbstständigen für die „Mariahilfer Straße neu“ gestimmt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Eine turbulente Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien zwölf und des Klubs der Wiener Freiheitlichen zehn eingelangt sind.

Vor Sitzungsbeginn sind von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien fünf und des Klubs der Wiener Freiheitlichen ein Antrag eingelangt. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben, die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 7 bis 9, 11 bis 13, 16, 18 bis 25, 27 bis 30, 32 bis 35, 37, 41 und 42 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt gegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurden nach entsprechender Beratung die Postnummer 40 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummern 40, 39, 3, 1, 2, 31, 38, 10, 14, 15, 17, 26, 43, 4, 5, 6 und 36. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Es gelangt daher nunmehr die Postnummer 40 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Finanzierung der Neugestaltung des Vorplatzes Forum Donaustadt. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Ekkamp, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Franz **Ekkamp**: Herr Vorsitzender! Geschätzte Damen und Herren! Nach einer etwas hitzig geführten Diskussion in der Aktuellen Stunde ersuche ich um sachliche Diskussion beim Verhandlungsschwerpunkt und natürlich auch um Zustimmung zu diesem Geschäftsstück.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für den Appell. – Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Ulm, wobei ich anmerken darf, dass die Erstredner jeder Fraktion 40 Minuten zur Verfügung haben. Ich erteile Kollegen Ulm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshaupt-*

stadt Wien): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Berichterstatter! Herr Vorsitzender!

Wir haben es hier mit einem Akt zu tun, der, gelinde gesagt, interessant ist. Es handelt sich um die Zurverfügungstellung einer Bardotation in der Höhe von 6,7 Millionen EUR an die Wirtschaftsagentur der Stadt Wien, und zwar geht es um die Finanzierung von verkehrsorganisatorischen Bauvorhaben am Dr-Adolf-Schärf-Platz.

Dem Akt, der aus lediglich knappen drei Seiten besteht, ist viel mehr nicht zu entnehmen. Er ist, freundlich formuliert, komprimiert, weniger freundlich formuliert lässt er die Gemeinderäte unwissend sterben. Ich kann dem Akt entnehmen, dass es an sich Aufgabe der Stadt wäre, für diese verkehrstechnischen Maßnahmen am Adolf-Schärf-Platz aufzukommen. Sie wissen, das ist neben dem Donauzentrum ein zentraler Platz im 22. Bezirk. Es gibt dort eine Menge Straßenbahnen- und auch Busstationen. Es ist die Stadt Wien dafür zuständig, diese Finanzierungen zu machen, aber in diesem Fall soll es anders sein.

In diesem Fall soll der Auftrag zu diesen Umbauarbeiten von der Wirtschaftsagentur kommen und deshalb soll auch diese Bardotation in der Höhe von 6,7 Millionen EUR erfolgen. Begründet wird es damit, dass die Wirtschaftsagentur Rechtsicherheit über die Bereitstellung der Finanzmittel für die Umgestaltung des Vorplatzes braucht, um das Projekt, das dahintersteht – und das ist ein Riesenprojekt, das ist nämlich das Forum Donaustadt – weiterentwickeln zu können.

Diese Begründung überrascht mich einigermaßen: Die Wirtschaftsagentur braucht Rechtsicherheit dafür, dass notwendige Verkehrsmaßnahmen vor dem Donauzentrum passieren. – Reicht der Wirtschaftsagentur nunmehr eine Zusicherung der Stadt Wien, dass man das machen wird, nicht mehr aus? Warum macht das die Stadt Wien nicht selbst? Und was genau wird jetzt mit diesen 6,7 Millionen finanziert?

Es geht aus dem Akt ganz einfach nicht hervor. Wir wissen es nicht. Und was passiert, wenn das nicht genau 6,7 Millionen EUR ausmacht, diese Verlegung von Bushaltestellen, Straßenbahnhaltstellen und was da noch alles dazugehört? Wenn das mehr ausmacht, wird dann noch etwas nachgeschossen an die Wirtschaftsagentur? Wenn es weniger ausmacht, bekommen wir etwas zurück? Und wer braucht diese verkehrstechnischen Maßnahmen dort überhaupt? Braucht die die Stadt Wien oder braucht das das Forum Donaustadt? Wenn sie das Forum Donaustadt braucht, sollte es wohl das Forum Donaustadt bezahlen. Wenn es die Stadt Wien braucht, ja, warum lässt man es über die Wirtschaftsagentur machen? Warum vergibt die Stadt Wien nicht, so wie in allen anderen Fällen, die Bauarbeiten für diese notwendigen organisatorischen Maßnahmen? Und man fragt sich natürlich, erfolgt die Bardotation deshalb, damit die Leistungen dort nicht ausgeschrieben werden müssen?

Aber das ist ja eigentlich das viel kleinere Projekt auf diesem Dr-Adolf-Schärf-Platz. Das große Projekt ist natürlich die Errichtung dieses Forum Donaustadt. Wir hätten ohne diesen Akt von diesem Liegenschaftsverkauf und dieser Liegenschaftsentwicklung im Ausmaß von

270 Millionen EUR niemals erfahren, wenn es diese Bardotation nicht gäbe. Der Gemeinderat wird nicht informiert. Und da geht es nicht um kleine Beträge, sondern da geht es um ein Investitionsvolumen von 270 Millionen EUR.

Wie dieses Projekt nun aussehen soll, wissen wir nicht. Es gibt genau einmal einen kleinen Absatz, ganz am Anfang von diesem Drei-Seiten-Akt, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Wirtschaftsagentur gemeinsam mit der Swiss Town Consult im Wege eines PPP-Modells diese Liegenschaft entwickeln wird.

Jetzt möchte ich gar nicht so sehr auf die Kritikpunkte des Bezirks eingehen, auf die Kritikpunkte, die auch schon durch die Medien gegangen sind – dass dort eine Menge unentgeltliche Parkplätze vor dem Donauzentrum verloren werden und man nicht weiß, ob die Autofahrer dann in der Tiefgarage ausreichend versorgt werden –, sondern mir geht es in erster Linie darum, dass dieser Gemeinderat hier wieder dieses Selbstverständnis aufbringt, das selbstverständlich sein sollte, nämlich, dass man über große Immobilientransaktionen informiert wird und über die auch mitreden möchte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es kann ja nicht sein, dass man uns über ein 270-Millionen-Projekt am Rande informiert, wir wesentliche Liegenschaftsverkäufe nicht vorgelegt bekommen und die einzigen Liegenschaftsverkäufe, um die wir uns kümmern dürfen, im Wesentlichen darin liegen, dass wir den Verkäufen von Kleingärten zustimmen dürfen. Zufälligerweise gibt es am Montag wieder einen Wohnbauausschuss, und dort steht dann drinnen, worüber die Gemeinderäte befinden dürfen, nämlich ob Kleingärten verkauft werden dürfen, in der Größenordnung von 103 000 EUR, 90 000 EUR, 74 000 EUR, 119 000 EUR, 46 000 EUR, 51 000 EUR. Das ist das, was die Mächtigen in dieser Stadt wollen, dass wir uns ausschließlich mit solchen Verkäufen auseinandersetzen, aber nicht mit den wirklich wichtigen, die diese Stadt und diese Bürger so betreffen. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Jawohl!)*

In der Stadtverfassung steht: Grundstücke der Stadt Wien, die verkauft werden, müssen durch den Gemeinderat gehen, brauchen die Bewilligung des Gemeinderates. – Diese Bedeutung will man dem Gemeinderat nicht geben. Daher hat man sich einen Trick einfallen lassen. Man verkauft einmal an eine gemeindeeigene Firma, an eine gemeindeeigene Wirtschaftsagentur, an eine GmbH, die zu 100 Prozent im Eigentum der Gemeinde steht und sagt: Es ist ja nichts passiert. Der Gemeinderat soll dem Verkauf zustimmen, es bleibt ja in der Familie, es bleibt ja bei der Gemeinde. – Und wenn diese Firma dann weiterentwickelt oder weiterverkauft, dann wird der Gemeinderat nicht mehr gefragt.

Jetzt könnte man sagen: Na, wenn das sonst bestens vorbereitet würde und ein bestmögliches Ergebnis erzielt werden kann, dann ist das halt irgendwie eine besondere Art und Weise des Verwaltungshandelns. – Sehr geehrte Damen und Herren, so wie die Mächtigen in dieser Stadt es machen, ist es für uns absolut unakzeptabel. Sie verkaufen nämlich ohne Bieterverfahren. Sie verkaufen

an jemanden, der Ihnen gerade über den Weg läuft. Wir kennen ja die Beispiele von PPP-Modellen aus der Vergangenheit. Sie lehnen es ab, eine Ausschreibung zu machen. Sie lehnen es ab, Ihr Grundstück zum besten Preis zu verkaufen. Das ist für mich nicht nur politisch nicht nachvollziehbar, ich werde Ihnen jetzt auch gleich belegen, dass es rechtswidrig ist.

Die gesamte Verwaltung hat gemäß § 73b der Wiener Stadtverfassung ihr gesamtes Verhalten auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Das gilt nicht nur für die Verwaltung im engeren Sinn, sondern das gilt auch für mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Fonds, Stiftungen und Anstalten, somit jedenfalls für die Wirtschaftsagentur Wien. Und jetzt habe ich einige Rechtsvorschriften gefunden, aus denen sich für mich eindeutig ableiten lässt, dass bei Eingehen von PPP-Modellen wie auch beim Verkauf von Liegenschaften Bieterverfahren notwendig sind. Diese Bestimmungen finden sich zwar nicht in einem Landesgesetz. Das hat der Kollege Neuhuber das letzte Mal leider vergeblich eingefordert, das wollen Sie nicht haben. Aber diese Bestimmung findet sich zumindestens in einem Bundesgesetz. Solche Leitsätze finden sich in den Berichten des Rechnungshofes und finden sich auch in Mitteilungen der Europäischen Kommission im Amtsblatt. Ich darf Sie auf § 4 Abs 4 des Bundesimmobiliengesetzes aufmerksam machen. Dort heißt es wörtlich: Veräußerungen oberhalb einer Bagatellgrenze, bei Nichtvorliegen konkret im Gesetz ausgezählter Ausnahmen, dürfen nur im Rahmen eines Ausbietungsverfahrens erfolgen.

Der Bundesgesetzgeber hat schon gewusst, warum er diese Vorschrift vorsieht. Das Kontrollamt weist uns immer wieder auf diesen Missstand hin, dass Sie auf Ausschreibungen verzichten und dass sie keine Bieterverfahren machen. Es gibt vom Rechnungshof immer wieder diese Kritik, und Sie wollen sie nicht hören. Aber ich werde es Ihnen auch nicht ersparen und weise Sie auf die Leitsätze des Rechnungshofes zu diesem Thema hin. Ich verweise auf die Reihe Bund 2006/9/4, wo es heißt: Beim Verkauf von Liegenschaften sind die Grundsätze eines Bieterverfahrens anzuwenden, um alle am Markt befindlichen Interessenten anzusprechen und das Erlöspotenzial bestmöglich ausschöpfen zu können.

Ein ähnlicher Rechtssatz findet sich auch in der Reihe Bund 2008/6/1. Dort heißt es: Durchführung einer umfassenden Interessentensuche zur Erzielung einer größtmöglichen Anzahl von Angeboten und damit Nutzung für ein optimales wirtschaftliches Ergebnis im Sinne des Wettbewerbs. – Eindeutige Aussagen des Rechnungshofes.

Und auch auf europäischer Ebene finden wir eine solche Empfehlung, und zwar von der Kommission im Amtsblatt Nr C 209 vom 10. Juli 1997, in dem es heißt: Empfohlen wird der Verkauf nach einem hinreichend publizierten, allgemeinen Bieterverfahren ähnlich einer Versteigerung und die darauffolgende Veräußerung an den Meistbietenden. – Ja, nicht weiter überraschend. Selbstverständlich, jeder verantwortungsvolle Politiker sollte sich daran halten und nach dieser Handlungsanleitung handeln.

Nachdem ich jetzt glaube, Ihnen die Rechtswidrigkeit erläutert zu haben, wenn Sie auf so eine Ausschreibung und auf so ein Bieterverfahren verzichten, mache ich darauf aufmerksam, dass immer dann – die Rechtswidrigkeit alleine muss noch nicht unbedingt eine Konsequenz haben, wie man ja auch in den letzten Jahren immer wieder bei den verschiedenen Projekten gesehen hat –, wenn es zu einem Schaden kommt – und den Schaden haben wir ja immer wieder, den haben wir beim Media Quarter Marx in der Größenordnung von 10 Millionen EUR, den haben wir bei TownTown in der Größenordnung von 5 Millionen EUR, den haben wir in der Kriau in der Größenordnung von vielen Millionen Euro –, sich die Frage stellt, wie dieses Verhalten strafrechtlich zu beurteilen ist und ob auch Schadensersatzansprüche gestellt werden.

Jetzt komme ich wieder zum konkreten Projekt, zum Forum Donaustadt. Wir wissen nichts davon. Es wird dann wahrscheinlich wenig überraschend als Gegenargument kommen: Aber in der Wirtschaftsagentur sitzt doch die Frau Präsidentin Jank, die könnte man doch fragen, oder noch der eine oder andere, der Nahebeziehung zur ÖVP hat. – Ich werde das sicher nicht machen, denn für mich als Gemeinderat ist hier der Stadtrat oder die Stadträtin verantwortlich. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich werde sicher keinen Funktionär der Wirtschaftsagentur in eine für ihn unangenehme Situation bringen. Denn, was soll mir der sagen? – Der ist zur Verschwiegenheit verpflichtet, der ist seiner Wirtschaftsagentur verpflichtet. Da kommt einer von außen daher und will jetzt etwas über interne Vorgänge erfahren. – Ich werde hier keine Aktion setzen, um diese Personen in eine Situation zu bringen, die sie möglicherweise zu einer rechtswidrigen Handlung verleitet.

Was ich machen kann, das ist, ins Firmenbuch zu schauen: Forum Donaustadt Beteiligungen GmbH. – Da entnehme ich bei diesem PPP-Modell zumindest einmal ein Beteiligungsverhältnis. Und dieses Beteiligungsverhältnis sagt: Wirtschaftsagentur Wien 45 Prozent, STC-Swiss Town Consult 55 Prozent. – Okay, das ist einmal zumindest ein bisschen etwas, wenn auch nicht viel. Denn ich habe keine Ahnung, was jetzt passiert. Erfolgt die Finanzierung in dem Verhältnis? Werden in dem Verhältnis Kredite aufgenommen? Erfolgt in dem Verhältnis die Partizipation an Gewinn und Verlust? Wird in dem Verhältnis die Liegenschaft verkauft, dass man im Verhältnis 45 zu 55 Liegenschaftseigentümer wird? – Wir wissen es schlicht und einfach nicht, weil Sie uns über PPP-Modelle grundsätzlich keine Auskunft geben. Weil Sie sagen, da handelt es sich um einen ausgegliederten Rechtsträger und Fragen dazu beantworten wir dem Wiener Gemeinderat nicht. Da geht es um Projekte in der Größenordnung von 100 Millionen EUR, das geht den Gemeinderat nichts an, der soll sich um den Verkauf von Kleingärten kümmern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber wir Gemeinderäte haben einen Verbündeten – keinen Verbündeten bei den wirklich Mächtigen in diesem Haus, die die Exekutive und den Stadtsenat stellen, nein –, im Kontrollamt, jetzt Stadtrechnungshof. Da gibt es ganz interessante Kontrollamtsberichte, die uns PPP-

Modelle aufzeigen, in denen einiges schiefgelaufen ist. Mir ist ja gleich aufgefallen, als ich diesen Akt der Partner Swiss Town Consult bekommen habe, dass ich doch gerade erst in einem Kontrollamtsbericht über so ein PPP-Modell gelesen habe. Wobei ich gleich sagen muss, dass ich über diesen konkreten Partner nichts Negatives sagen kann. Ich kenne ihn nicht, und über diesen Partner wurde auch nichts Negatives in einem Kontrollamtsbericht berichtet. Aber er ist Partner in einem PPP-Modell, das auffällig geworden ist, und zwar im PPP-Modell TownTown. Dort ist nämlich etwas ganz Komisches passiert, nicht bei der Swiss Town Consult, sondern bei einem anderen Partner der Stadt Wien. Die Stadt Wien tritt dort übrigens mit den Wiener Stadtwerken auf und ist im Jahr 2001 schon so ein Modell eingegangen. Und im Jahr 2009 hat einer der privaten Partner seinen Anteil verkauft – wogegen ja nichts einzuwenden ist –, es hat eine Donau-Finanz gekauft.

Und jetzt wird es interessant, nämlich aus zwei Gründen. Erstens einmal, weil der Kaufpreis von den Wiener Stadtwerken gekommen ist. Und da frage ich mich natürlich schon, warum suche ich mir diesen privaten Investor aus, wenn der nichts investiert, wenn ich seine Investition investieren muss? – Das finde ich einigermaßen seltsam, und das sollte man sich vielleicht noch genauer anschauen.

Jedenfalls haben die Wiener Stadtwerke ihr eigenes PPP-Modell mit 9,23 Millionen EUR finanziert, haben sich dafür Genussrechte einräumen lassen, in gleich hohem Ausmaß. Leider Gottes war die wirtschaftliche Entwicklung nicht so, wie man es sich vorgestellt hat, und diese Genussrechte mussten auf 3,7 Millionen EUR abgeschrieben werden. Und das Kontrollamt – damals war es noch das Kontrollamt – stellte – ich glaube, es war die Sitzung vom Dezember des Jahres 2013 – einen Verlust in der Größenordnung von 5,47 Millionen EUR bei den Wiener Stadtwerken fest.

So weit, so unerfreulich. Es gibt aber noch einen zweiten, sehr unangenehmen Aspekt dazu. Und zwar sagen die Stadtwerke eigentlich in überraschender Offenheit gegenüber der Presse: Die Donau-Finanz erhält lediglich eine Verwaltungsgebühr, alle darüber hinausgehenden Gewinne und Verluste werden an die Wiener Stadtwerke durchgeleitet. – Das finde ich ja sehr interessant, welcher Partner das ist, welcher Investor das ist. Ich sage Ihnen, wer im eigenen Namen auftritt, aber auf fremde Rechnung wirtschaftet, ist ein Treuhänder – das ist die Definition – oder ein Strohhalm – das ist vielleicht der ein bisschen weniger elegante Name dafür. Im Prinzip ist gegen diese Form des wirtschaftlichen Agierens nichts einzuwenden. Nur muss trotzdem die Stadt Wien immer wissen, wer ihr Partner ist, warum sie mit dem Partner ein Geschäft macht und ob sie vielleicht nur deshalb einen Treuhänder hineinnimmt, damit sie Aufträge nicht ausschreiben und damit der Stadtrechnungshof nicht prüfen muss.

Ich habe zu diesem sehr auffälligen Modell Anfang dieses Jahres eine Anfrage an die Frau Vizebürgermeisterin gestellt. Ich habe gefragt, welche Ziele die Stadt Wien bei diesem Projekt verfolgt, nach welchen Überle-

gungen man den privaten Partner ausgewählt hat und welchen Wissensstand sie ganz konkret hatte. Ich wollte auch wissen, warum die Stadtwerke die Investition ihres Investors finanzieren, ob es die Aufgabe der Stadtwerke ist, hier als Darlehensgeber aufzutreten und Bankgeschäfte zu machen, wie es zum Verlust gekommen ist und wie sie jetzt als politisch verantwortliche Stadträtin gedenkt vorzugehen.

Die Antwort, die gekommen ist, zeugt also auch von der Wertschätzung des Gemeinderates. Sie war lapidar. Die Kernsätze sind: Die vorliegenden Fragen beziehen sich auf Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die gegenständliche Anfrage kann daher nicht beantwortet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, Kollegen Gemeinderätinnen, Kollegen Gemeinderäte von allen vier Fraktionen, wir gehören in gewisser Weise zusammen, wir bilden dieses Stadtparlament. Wir können uns doch nicht alles vom Stadtsenat und von den Stadträten gefallen lassen. Wir haben doch eine Verantwortung (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*) Der Grund, warum wir gewählt werden, ist, dass wir die Regierenden kontrollieren, dass wir hier unsere Aufgabe im demokratischen Puzzle wahrnehmen. Wir sind ja wohl nicht nur zum Abnicken da.

Und eine ganz ähnliche Situation hatten wir ja auch beim Media Quarter Marx. Manche haben dieses PPP-Modell verfolgt, andere vielleicht weniger – ein Debakel der Sonderklasse. Es ist so, dass uns hier die Stadt Wien bis heute nicht erklären konnte, warum mit bestimmten Partnern ein Projekt entwickelt wurde, und nachweislich nicht wusste, wer dann tatsächlich ihr wirtschaftlicher Partner ist – nämlich der Herr Aliyev beziehungsweise ein Familienmitglied aus der Familie Aliyev. Dass man die Consultatio bemühen musste, um zu erfahren, wer der eigene Partner bei diesem Projekt ist, das schlägt ja wirklich fast dem Fass den Boden aus und zeigt, wie notwendig es ist, dass wir uns als Gemeinderäte nicht alles gefallen lassen, was von oben kommt, sondern dass wir unseren Finger in die Wunde legen und sagen: So geht es nicht!

Ich habe ja auch zu dem Thema Media Quarter Marx eine Anfrage gerichtet. Ich habe den Bürgermeister gefragt, was sich ja auch das Kontrollamt immer wieder fragt, wie zum Beispiel beim Ernst-Happel-Stadion, als dort im Jahr 2006 verkauft wurde: Es ist nicht nachvollziehbar, wie man zum Partner kommt und wie man zum Käufer kommt.

Ich habe daher auch den Bürgermeister gefragt: Warum hat sich die Stadt Wien über die Wirtschaftsagentur beim Media Quarter Marx für ihren privaten Partner entschieden? – Sie wissen, die privaten Partner waren – da kann man auch den Namen nennen, er ist ja durch alle Medien gegangen – der Herr Wala, ehemaliger höchster Repräsentant der Nationalbank, und Personen aus der Glücksspielbranche und aus dem Betrieb von Tennishallen. Warum die jetzt entweder besonderes Know-how oder besondere Investitionskraft für ein Medienquartier haben sollen, ist mir nicht nachvollziehbar. Ich brauche daher eine Erklärung von der Stadt Wien, aber es ist natürlich auch für die Stadt Wien nicht erklärbar gewe-

sen, und deswegen hat man es auch nicht erklärt. Man konnte mir nicht einmal beantworten, ob dort jetzt privates Know-how oder ob privates Kapital gesucht wurde. Ich habe auch gefragt, ob man von Seiten der Stadt Wien – Stadträtin, Bürgermeister, wer auch immer, ein Organ der Stadt Wien – wusste, wer der wahre wirtschaftliche Partner ist, die Familie Aliyev. Und ich habe gefragt, ob sich die Wirtschaftsagentur an diesem Projekt nur deshalb mit 40 Prozent beteiligt hat, und nicht mit einer Mehrheitsbeteiligung, damit das Kontrollamt keine Prüfmöglichkeit hat.

Das ist auch noch nicht so lange her, diese Frage wurde mir Ende vergangenen Jahres beantwortet: „Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Da die gegenständliche Anfrage in weiten Teilen über die Wahrnehmung der Eigentümer beziehungsweise Ingerenzrechte der Stadt Wien hinausgeht und sich auf die privatrechtliche Tätigkeit von eigenständigen juristischen Personen bezieht, ist sie insofern unzulässig. Mit freundlichen Grüßen der Bürgermeister.“

Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden so lange Liegenschaftsverkäufen, PPP-Modellen, der Entwicklung von Liegenschaften nicht zustimmen, so lange sich hier nichts ändert. Wir können uns das nicht gefallen lassen, wir können es auch nicht verantworten. Mittlerweile sind 50 Prozent der kommunalen Daseinsvorsorge – unser ureigenes Tätigkeitsgebiet – an ausgegliederte Rechtsträger überantwortet: Strom, Gas, Beförderung im öffentlichen Verkehr, soziale Betreuung alter Menschen, Wirtschaftsförderung. Wir haben kein Fragerecht zu den Stadtwerken, zu Wienstrom, zu Wiengas, zu den Wiener Linien, zum Fonds Soziales Wien, zu den Pensionsheimen, zu Public-Private-Partnership-Modellen.

Das muss uns zutiefst widerstreben, aber das widerspricht auch der Stadtverfassung. Denn die Stadtverfassung sieht vor, dass der Gemeinderat das oberste Organ der Gemeinde ist, und nicht das unterste Organ der Gemeinde (*Beifall bei der ÖVP und von GRin Mag Dr Barbara Kappel.*), und das höchste Kontrollorgan über die gesamte Finanzgebarung. Ja, wie sollen wir die gesamte Finanzgebarung kontrollieren, wenn wir nicht einmal Anfragen zu 270-Millionen-Projekten stellen dürfen?

Wie Sie wissen, wurde auch der Bürgermeister mit diesem Umstand konfrontiert, und er hat in einer der letzten Landtagssitzungen gesagt: Ja, Herr Landtagsabgeordneter, das sehe ich schon ein, da liegt wirklich ein systemischer Webfehler vor, da passt etwas nicht mehr in unserer parlamentarischen Demokratie und man wird sich irgendetwas einfallen lassen. – Ich habe einen konkreten Vorschlag gemacht. Ich habe gesagt, man braucht überhaupt nichts anderes machen, als dass wir die gleichen Rechte bekommen, die auch Nationalratsmitglieder gegenüber der Bundesregierung haben. Wir brauchen nichts anderes als den gleichen Paragraphen in der Wiener Stadtverfassung, wie er in der Bundesverfassung steht. In Art 52 der Bundesverfassung ist das Fragerecht der Abgeordneten eindeutig geregelt, und da steht drinnen, dass sich dieses Fragerecht nicht nur auf die Verwaltungsagenden der Bundesregierung bezieht,

sondern selbstverständlich auch auf alle Unternehmungen – also ausgegliederte Rechtspersönlichkeiten, an denen der Bund mit mindestens 50 Prozent beteiligt ist, und die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen. Es können auch weniger als 50 Prozent sein, immer dann, wenn es eine Beherrschung von Unternehmungen gibt.

Sie bräuchten überhaupt nichts anderes zu machen, als den Artikel der Bundesverfassung eins zu eins, wie er dort steht, in die Stadtverfassung zu übernehmen. Und wir könnten wieder erhobenen Hauptes und aufrechten Ganges als Gemeinderäte durch diese Gänge wandeln und uns auch dem Bürger stellen, weil wir unsere Aufgabe wahrnehmen könnten. *(Beifall bei der ÖVP und von GRin Mag Dr Barbara Kappel.)*

Die Situation haben wir nicht erst seit dem heutigen Geschäftsstück, nicht erst seit dem Media Quarter Marx, nicht erst seit TownTown. Darüber hat bereits das Kontrollamt im Jahr 2006 berichtet. Damals ist es um den Verkauf des Ernst-Happel-Stadions gegangen. Auch hier hat uns das Kontrollamt eindeutig gesagt, dass nicht nachvollziehbar ist, wieso es zu keinem Bieterverfahren gekommen ist, warum zu billig verkauft wurde, warum genau diese Investoren ausgesucht worden sind, warum Kaufpreise gestundet werden, warum Nebenabreden akzeptiert werden, die für die Stadt Wien schlecht sind. Und es wurde festgehalten, dass das Geschäft in vielerlei Hinsicht kaufmännisch an juristischer Sorgfalt beziehungsweise den üblichen Gepflogenheiten im Immobilienwesen entbehrt.

Was soll man denn bitte noch sagen? Wir als oppositionelle Gemeinderäte stellen uns heraus und versuchen, auf das Thema aufmerksam zu machen. Wir bekommen auch Unterstützung, die Unterstützung vom Stadtrechnungshof, der dasselbe sagt: Wir haben Bestimmungen in einem Bundesgesetz. Wir haben Bestimmungen auf europäischer Ebene. Der Rechnungshof sagt uns das in seinen Leitsätzen ganz eindeutig, aber Ihnen, den Mächtigen, SPÖ und Magistrat, ist es egal. Sie wollen einfach die ganze Macht haben. Sie halten nichts von Ausschreibungen. Sie halten nichts von Bieterverfahren. Sie wollen weiter mit PPP-Modellen arbeiten, ohne den Gemeinderäten ein Fragerecht zuzugestehen. Und ich sage Ihnen: So lange Sie Bieterverfahren bei Liegenschaftstransaktionen nicht akzeptieren, keine Fragen zu PPP-Modellen beantworten und den Gemeinderat durch verschiedene Konstruktionen bei Liegenschaftsverkäufen umgehen, so lange setzen Sie sich natürlich dem Verdacht aus, dass gar nicht der Bestbieter zum Zug kommen soll, sondern dass derjenige zum Zug kommt, der Ihr Wunschkandidat ist, dass Sie selbst alle Leistungen im Zusammenhang mit so einem Projekt vergeben wollen, unter Umgehung des Vergaberechts, und dass Sie nicht nur Wirtschaftspolitik machen wollen, sondern dass Sie selbst wirtschaften wollen, was Sie nachweislich nicht können. Sie zeigen, dass Ihnen an Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit nichts liegt und dass Sie sich der Kontrolle, die in unserem parlamentarischen Verfassungssystem vorgesehen ist, einfach entziehen wollen. Einer solchen Politik werden wir selbst-

verständlich bis auf Weiteres – das scheint mir lange zu sein –, so lange es zu keinem Umdenken kommt, nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Margulies. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe der sehr sachlichen Rede des Kollegen Ulm aufmerksam zugehört und kann ihm durchaus versichern, dass viele Dinge, die von ihm erwähnt wurden, nicht nur in unserer Oppositionszeit, sondern auch jetzt weiterhin in der Regierung ein wesentliches Anliegen von uns sind. Man erkennt das vielleicht daran, dass die zentralen Beispiele, die vom Kollegen Ulm genannt wurden – inhaltlich will ich jetzt nichts dazu sagen –, Beispiele waren, deren Ursprung sich in Zeiten der Alleinregierung befindet. Bei vielen dieser Beispiele haben die GRÜNEN dagegen gestimmt. Aber es ist natürlich Aufgabe einer verantwortungsvollen Regierungspartei, immer dann, wenn man in ein Projekt einsteigt, zu versuchen, das dann ordnungsgemäß, sinngemäß und auch wirtschaftlich sinnvoll zu Ende zu führen.

Ich möchte noch auf eine grundsätzliche Unterscheidung eingehen. Ich war ein bisschen irritiert und habe mir gedacht: Wow, dieser Lernprozess bei der ÖVP! Würde ein bisschen mehr von diesem Lernprozess auch in die Bundespartei hineingetragen, wären viele, viele Ausgliederungen zum Schaden vieler Österreicher und Österreicherinnen erspart geblieben. Aber ich würde gern ein klein wenig unterscheiden. TownTown gehört den Wiener Stadtwerken. Da kann ich eher nachvollziehen, warum da ein anderer Investor mitmacht, warum das nicht selbstständig abgewickelt wird, wird ja als Teil von der Stadt Wien auch nachher von der Stadt Wien genutzt.

Bei Media Quarter Marx reden wir auch noch nicht über die inhaltlichen Geschichten, oder jetzt beim Forum Donaustadt, da geht es um Immobilienentwicklung, um Medienentwicklung. Es gehört nicht ursächlich zum Aufgabengebiet der Stadt Wien, das selbst zu betreiben. Es ist vielmehr Aufgabengebiet der Stadt Wien, die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das dann sinnvoll betrieben werden kann. Das ist meines Erachtens tatsächlich anders zu sehen bei der Frage von PPP-Entwicklungen.

Vielleicht ein Punkt zum Forum Donaustadt. Kollege Ulm hat darauf hingewiesen, dass ich in diesem Zusammenhang die Wirtschaftsagentur erwähnen werde. Aber es ist ja nicht so, dass diese Grundstücke jetzt gerade erst an die Wirtschaftsagentur veräußert werden. Das hatte eine sehr lange Vorlaufzeit. Das wurde sehr wohl hier im Gemeinderat diskutiert, nämlich die Frage CATP, die Frage der Kooperation bei der Entwicklung dieses Platzes mit chinesischen Investoren; wobei ich übrigens nicht nur aus Menschenrechtsgründen – das war sehr oft unsere Kritik daran – sehr froh darüber bin, dass wir jetzt eine andere Kooperation gewählt haben. Das ist die eine Ebene. Das wurde im Gemeinderat diskutiert und beschlossen.

Es gibt noch einen anderen Grund, weshalb ich ein bisschen irritiert darüber bin. Ich verstehe ja, dass die Bezirks-ÖVP und möglicherweise auch andere Parteien im Bezirk der Meinung sind: Was machen wir mit dem Platz? Aber auf einem der bestgelegenen, hochwertigsten Grundstücke direkt an einer U-Bahn gelegen einen Parkplatz, einen Gratisparkplatz zu machen?! – Entschuldigung, also ich hoffe, dass wir dort an einer Entwicklungsachse der Stadt Wien ein hochwertiges Projekt entwickeln. Dagegen spricht hoffentlich nichts, und es wurde über diese Projekte in der Wirtschaftsagentur immer wieder diskutiert.

Kollege Ulm! Ich verstehe viel von der Kritik, insbesondere auch von der Kritik der Antwortschreibern. Aber gerade, was die Wirtschaftsagentur betrifft, muss ich Ihnen Folgendes sagen: Ich kann mich an Oppositionszeiten erinnern, als die GRÜNEN de facto die Einzigen waren, die noch zu Zeiten von Bernd Rießland immer wieder gegen Projekte und Berichte, Rechnungsabschlüsse, Wirtschaftspläne gestimmt haben, manchmal auch die FPÖ. Und schon Bernd Rießland hat es geschafft, mit einer sehr offenen Art auf alle zuzugehen, dass, glaube ich, 95 Prozent oder 99 Prozent inklusive der Wirtschaftsplan und Rechnungsabschluss einstimmig beschlossen wurden, und diese Tradition wurde von Gerhard Hirczi fortgesetzt.

Genau so erfolgt auch die Diskussion über die Projekte. Bei all der Kritik, die es immer wieder im Bereich der Stadt Wien gibt, würde ich sagen, dass die Wirtschaftsagentur letztendlich der Bereich der Stadt Wien ist, wo immer wieder Kompromisse gesucht werden. Wenn da Projekte in die Hand genommen werden, dann versucht man, wirklich alle Player bestmöglich offensiv einzubinden. Und dazu gehören nicht nur die Frau Jank, sondern selbstverständlich auch alle anderen Vertreter und Vertreterinnen der ÖVP in der Wirtschaftsagentur. Dazu gehört auch ein Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur, der sehr offen immer auch die ÖVP informiert. Wobei ich froh bin, dass wir mit beiden eine gute Gesprächsbasis haben, aber diese Nähe zu den GRÜNEN gibt es bei keinem der beiden Geschäftsführer in der Wirtschaftsagentur. Ich glaube jedenfalls, dass wir uns dieses gute Verhältnis in der Wirtschaftsagentur erhalten sollen.

Warum eigentlich jetzt diese Entscheidung? Ich glaube, das ist ein Stück Weiterentwicklung in der Planungssicherheit, die wir eigentlich haben sollten bei so einem Riesenprojekt. Sie haben recht, 270 Millionen EUR, das ist ja kein Klacks. Das kann man meines Erachtens tatsächlich nicht entwickeln, ohne die Sicherheit zu haben, dass es am Vorplatz zu einer sinnvollen Entflechtung der unterschiedlichen Verkehrsströme kommt, zu einem sinnvollen Umbau. Kann sein, möglicherweise hätte ein Beschluss, dass es die Stadt Wien macht, wirklich gereicht. Aber dann hätten wir die Geldströme von der MA 19, Ressort Maria Vassilakou, von Renate Brauner und von den Bezirken gehabt. Was in diesem Zusammenhang versucht wird, ist, zu bündeln, und das im Sinne der Gemeinde Wien. Man sollte vielleicht beachten, dass diese Entwicklungsgesellschaft in diesem Be-

reich einen Vorteil gegenüber der Gemeinde Wien hat: Sie kann sich die Mehrwertsteuer als Vorsteuer gutschreiben lassen; was tatsächlich bedeutet, dass im Gegensatz zur Selbstabwicklung durch die Gemeinde Wien es zu einer Kostenersparnis in der Größenordnung von knapp 16,6 Prozent kommt.

Kollege Neuhuber, Sie werden darauf reagieren, ich habe kein Problem damit. Ich habe auch überhaupt kein Problem damit, dass wir uns auch danach noch sachlich damit auseinandersetzen. Ich würde nur darauf hinweisen wollen, dass nicht jedes PPP-Modell von vornherein ein böses ist. Sie haben schon oft genug PPP-Modellen zugestimmt, mit gutem Recht, und ich glaube – und da spanne ich jetzt den Bogen sehr wohl zurück –, ja, wir sollten gemeinsam weiter daran arbeiten. Wir sind nicht die Alleinregierenden. Wir stehen zu unserem Koalitionspartner. Und Sie wissen aus vielen Koalitionen, dass man nicht alle Wünsche, die man selber hat, umsetzen kann. Das wissen Sie, da müssen wir uns nicht gegenseitig anschwindeln, das weiß jeder, der schon einmal in einer Koalition war. Und vielleicht ist es so, dass man sich täglich darüber Gedanken machen muss, ob man bleibt oder nicht. Für uns ist die Situation momentan klar. Wir können als GRÜNE in dieser Stadt so viel bewegen, dass es für uns, diese rot-grüne Koalition, tatsächlich eine Erfolgsgeschichte ist.

Ja, es gibt Punkte, bei denen wir uns noch nicht durchgesetzt haben. Aber ich teile die Kritik von Ihnen, dass es möglich sein muss, nicht als Oppositions- oder Regierungspartei, sondern als Mandatar oder Mandatarin in diesem Haus mitzusprechen, mitzureden, zu überprüfen, all diese Punkte, die Sie vorgebracht haben. Ich teile das. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, und ich sage das in aller Offenheit. Was ich jedoch schade finde – und jetzt spanne ich den Bogen zurück –, ist, dass dieses Projekt Forum Donaustadt, das meines Erachtens tatsächlich eine Erfolgsgeschichte für diese Stadt und für den 22. Bezirk ist, genommen wird, um mit Kritik an anderen Projekten, mit nicht nachvollziehbarer Kritik an der Wirtschaftsagentur damit zu punkten. Ich finde, das hat sich dieses Projekt nicht verdient. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr StR DDr Schock. Ich erteile es ihm.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Kollege Margulies hat gerade gemeint, diese ganzen Skandalprojekte seien lauter rote Projekte, die GRÜNEN hätten damit gar nichts zu tun. Es sei sogar die Handschrift der GRÜNEN, dass ohne Skandale regiert wird. Aber, Herr Kollege Margulies, Sie haben ja dann am Schluss auch gemeint: Wir stehen zu unserem Koalitionspartner. Und wie das aussieht, haben wir ja alle in der Praxis gesehen: Ihr helft den Roten, einfach alles zuzudecken. Beim Skylink etwa, als der Kollege Ellensohn überhaupt nichts mehr von einem Skandal gesehen hat, aber auch hier beim Media Quarter Marx. Herr Margulies! Meine Damen und Herren von den GRÜNEN! Ihr seid nichts anderes als die Steigbügelhalter, die Berufs-

zudecker der SPÖ in diesem Haus, nichts anderes. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber es geht ja in diesem Tagesordnungspunkt um das Forum Donaustadt, ein Public-Private-Partnership-Modell, wobei da zu 55 Prozent die Swiss Town Consult als privater Partner der Stadt beteiligt ist. Kollege Ulm hat hier in seinem ausführlichen Beitrag ja bereits Probleme genannt – vor allem, dass Parkplätze vernichtet werden. Aber auch die völlig fehlende Information dieses Gemeinderates, die das Selbstverständnis dieses Hauses hier berührt, und überhaupt wie die Frau Brauner damit umgeht.

Meine Damen und Herren, Kollege Ulm hat ja auch angesprochen, wie die Stadt, das Finanzressort, mit dem Bieterverfahren umgeht, dass Bieterverfahren und Ausschreibungen umgangen werden; kurz, wie hier die Finanzstadträtin mit der Rechtsstaatlichkeit, aber vor allem auch mit der Transparenz im Finanzausschuss und in diesem Gemeinderat umgeht.

Es ist ja in der Präsidiäle vereinbart worden, das ein bisschen umfassender zu diskutieren, auch andere Projekte zu beleuchten. Kollege Ulm hat ja bereits andere Public-Privat-Partnership-Modelle der Stadt hinterfragt, etwa TownTown im 3. Bezirk oder eben auch das Media Quarter Marx. Meine Damen und Herren, das Media Quarter Marx ist ja geradezu ein Beispiel dafür, wie die Frau Brauner vorgeht bei der Auswahl ihrer privaten Partner. Etwas, das vom Kollegen Ulm ebenfalls schon kritisiert wurde, ist die Ahnungslosigkeit der Frau Brauner, wenn sie die privaten Partner aussucht, und vor allem ihre völlige Weigerung, den Gemeinderat darüber zu informieren sowie die völlige Weigerung, das Frage-recht ernst zu nehmen und hier Fragen zu beantworten.

Meine Damen und Herren, es liegt dazu ein ganz aktueller Rechnungshofbericht vor. Dieser Rechnungshofbericht ist schon im Jänner im Finanzausschuss behandelt worden, und es weigert sich die Mehrheit hier, nämlich Rot und Grün, diesen Rechnungshofbericht hier im Gemeinderat auf die Tagesordnung zu stellen. Im Jänner war das im Finanzausschuss! Da fragt man sich natürlich: Warum weigert sich hier die Mehrheit, das zeitgerecht ins Plenum zu bringen?

Meine Damen und Herren, der Grund ist kein anderer, als dass die Frau Brauner bis zuletzt versucht hat, diese Prüfung durch den Rechnungshof zu verhindern. Es ist das Ganze daher ein Skandalfall, der an den Skylink erinnert, als die Frau Brauner diese Prüfung durch den Rechnungshof verhindern wollte. Die Prüfer sind ausgeschlossen worden, sind zuerst von der Stadt Wien vom Flughafen ausgeschlossen worden, sind plötzlich vor verschlossenen Türen gestanden. Da frage ich mich, meine Damen und Herren: Ist es wirklich ein Zufall, dass das immer gerade im Finanzressort passiert? Dass es immer die Frau Brauner ist, die versucht, die Prüfer des Rechnungshofes auszuschließen, nämlich am Flughafen am Skylink seinerzeit?

Dort hat es ja eine gigantische rote Freunderlwirtschaft gegeben und als Folge davon dann ein wirtschaftliches Desaster und einen Schaden für den Steuerzahler. Dabei hat die Frau Brauner am Flughafen bis zuletzt

versucht – damit das alles nicht auffliegt, damit das unter die Decke gekehrt werden kann –, die Prüfer auszuschließen. Es hat damals eines mutigen Rechnungshofpräsidenten bedurft, der sich das nicht gefallen hat lassen, der damals den Verfassungsgerichtshof angerufen und Druck in der Öffentlichkeit erzeugt hat, bis schließlich dann das Bundesgesetz geändert wurde.

Meine Damen und Herren, wenn man sich das genau anschaut, dann sind das genau hier die Parallelen zu Media Quarter Marx. Die Frau Brauner hat aus dem Skylink überhaupt nichts gelernt. Sie hat wieder versucht, den Rechnungshof einfach auszuschalten, die Prüfung zu verhindern. Meine Damen und Herren, genau das schreibt der Rechnungshof in diesem Bericht, der im Jänner im Finanzausschuss war, der schubladisiert worden ist und bisher nicht ins Plenum kommt. Darin schreibt der Rechnungshof schwarz auf weiß, ich darf das zitieren:

„Trotz mehrmaliger Urgenz des RH legten die Wirtschaftsagentur Wien und das ZIT die angeforderten Unterlagen nicht vor und ließen die Einsichtnahme in diese nicht zu.“ Ich zitiere weiter aus diesem Rechnungshofbericht, meine Damen und Herren: „Die Vorlage einer Anlage eines Präsidiumsbeschlusses der Wirtschaftsagentur Wien erfolgte zum Teil geschwärzt.“ – Die Wirtschaftsagentur hat da zum Teil geschwärzt.

Meine Damen und Herren, jetzt frage ich Sie: Wohin ressortiert denn die Wirtschaftsagentur? Wer ist denn die Präsidentin der Wirtschaftsagentur? Es ist die Vizebürgermeisterin, die Stadträtin Brauner. Da interessiert es mich natürlich, aber auch uns alle in diesem Haus, und auch das hat der Kollege Ulm ja angesprochen: Wie weit war die Stadträtin da involviert? Wie weit war Frau Brauner involviert bei dem Versuch, den Rechnungshof auszuschließen?

Genau das, meine Damen und Herren, habe ich auch im Jänner im Finanzausschuss gefragt. Und weil die Stadträtin keine Antwort gegeben hat, habe ich die Frage dann in der Landesregierung wiederholt. Ich habe die Stadträtin ganz einfach gefragt: Haben Sie davon gewusst? Waren Sie informiert über diesen Versuch, die Prüfer auszuschließen? Und, meine Damen und Herren, es waren von der Frau Brauner dazu keine Antworten zu bekommen. Die Stadträtin ist dieser Frage ausgewichen, im Finanzausschuss aber auch in der Landesregierung. Sie hat diese Fragen nicht beantwortet, sie ist auch jetzt wieder nicht da.

Jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren: Wie schlecht muss das Gewissen einer Stadträtin in Wirklichkeit sein, einer Stadträtin, die nicht einmal mehr die Fragen beantwortet? (*Zwischenruf von VBgmin Mag Renate Brauner.*) – Frau Brauner! Sie kommen genau zum richtigen Zeitpunkt. Wie schlecht muss Ihr Gewissen sein, Frau Brauner, dass Sie all diesen Fragen ausweichen? Kommen Sie heraus an dieses Pult und rechtfertigen Sie sich vor diesem Gemeinderat, Frau Brauner! (*Beifall bei der FPÖ. – Widerspruch bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren, die Frau Brauner ist ja genau zum richtigen Zeitpunkt gekommen (*GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: Sie war die ganze Zeit da!*), denn genau

jetzt ist ihr aufgefallen, dass man eigentlich diesen Anteil der Stadt am Media Quarter Marx verkaufen muss. Sie will jetzt plötzlich 40 Prozent möglichst schnell verkaufen – nur ein Schelm, meine Damen und Herren, wer dabei Verdacht schöpft. Das ist der Frau Brauner erst jetzt aufgefallen, wo der Verfassungsgerichtshof schon entschieden hat.

Das ist ja auch die Parallele zum Skylink damals. Der Verfassungsgerichtshof hat entschieden, dass das geprüft werden kann, dass der Rechnungshof das natürlich prüfen kann, dass die Wirtschaftsagentur beziehungsweise die Frau Brauner den Prüfern den Zutritt gewähren muss. Und jetzt, meine Damen und Herren, wo der Rechnungshof bereits zu prüfen begonnen hat, jetzt ganz plötzlich will die Frau Brauner alles verkaufen, hat die Frau Brauner plötzlich den Entschluss gefasst, 40 Prozent der Stadt zu verkaufen. Meine Damen und Herren, wirklich nur ein Schelm, der dabei misstrauisch wird?

Dann kann der Rechnungshof vielleicht noch bei der Wirtschaftsagentur prüfen, ohne Zweifel, vielleicht noch bei der ZIT. Die ZIT, meine Damen und Herren, gibt es ja nicht mehr. Interessanterweise hat die StRin Brauner ja auch die ZIT, die dafür verantwortlich war, aufgelöst. Auch die ZIT ist von der Frau Brauner ganz schnell, Hals über Kopf jetzt aufgelöst worden, erst in den letzten Tagen, in den letzten Wochen, aber bei Media Quarter Marx kann nach diesem Verkauf der Rechnungshof ganz sicher nicht mehr prüfen, meine Damen und Herren. Denn ein privater Eigentümer wird sich ja zu Recht dann dagegen verwahren, dass der Rechnungshof plötzlich an die Tür klopft.

Frau Stadträtin, ich hab daher auch diese Frage an Sie gestellt: Wie können wir da die Einschränkung der Rechnungshofprüfung verhindern? Was haben wir für Möglichkeiten? Können wir zum Beispiel als Bedingung in einen Kaufvertrag hineinschreiben, dass der private Käufer dann die Prüfung weiterhin zulässt? Ich habe auch diese Frage wieder an Sie gerichtet, Frau Stadträtin: Welche rechtliche Möglichkeiten haben Sie, den Rechnungshof weiterhin prüfen zu lassen? Und, Frau Brauner, auch darauf habe ich wieder keine Antwort erhalten von Ihnen, die Sie jetzt in der letzten Bank hinten sitzen. Es gab keinen einzigen Vorschlag dazu, was wir tun können, damit eine Prüfung des Rechnungshofes, die ja bereits läuft, nicht abgewürgt wird, sondern auch nach einem Verkauf weiter fortgesetzt werden kann. Meine Damen und Herren, es war wieder nur Schweigen der Stadträtin, im Finanzausschuss und in der Landesregierung, eisiges Schweigen; und ein Schelm, meine Damen und Herren, wer nichts Böses dabei denkt.

Frau Stadträtin, kommen Sie doch hervor von der letzten Bank! Merken Sie denn nicht, dass gerade Ihre Geheimniskrämerei der Anlass, der Grund ist für die wilden Spekulationen, die es da jetzt gibt? Ich fordere Sie daher auf: Hören Sie auf mit dieser Geheimniskrämerei! Kommen Sie an dieses Pult und sagen Sie diesem Gemeinderat endlich die ganze Wahrheit, Frau Brauner! *(Beifall bei der FPÖ)*

Meine Damen und Herren, es gibt auch aktuelle Gründe, warum der Frau Brauner das Ganze so unangenehm ist. Es ist das ja ein brandaktueller Skandal. Es hat nämlich erst in den letzten Wochen, in den letzten Monaten hier einen mysteriösen Todesfall im Umkreis dieses Projektes gegeben. Es handelt sich dabei um ein mutmaßliches Opfer des Herrn Aliyev. Und diese Opfer des Herrn Aliyev, der ein privater Partner der Frau Brauner ist, haben dazu eine Pressekonferenz gegeben, meine Damen und Herren, und zwar interessanterweise ausgerechnet im Media Quarter Marx, genau dort hat diese Pressekonferenz stattgefunden. Und das Brisante an diesem Skandal der Frau Brauner ist, dass hinter dem privaten Partner der Finanzstadträtin der Herr Aliyev steht.

Meine Damen und Herren, da sind wir wieder genau beim Geschick der Finanzstadträtin, die auch Kollege Ulm angesprochen hat, wie sie nämlich hier mit Private Partnership vorgeht, wie Sie hier mit PPP-Modellen umgeht. Das muss man sich vorstellen, meine Damen und Herren! Da hat die Stadt Wien, da hat die Frau Brauner bei einem Projekt einen privaten Partner, gegen den die Staatsanwaltschaft Wien laufend ermittelt, nämlich wegen Erpressung, wegen Mordes und wegen Geldwäsche wegen diesem Projekt, meine Damen und Herren. Es besteht nämlich der dringende Tatverdacht, meine Damen und Herren, dass das Wiener Media Quarter Marx mit illegalen Geldern finanziert wurde, dass bei genau diesem Projekt der Frau Brauner Geldwäscherei betrieben wurde. Das muss man sich einmal vorstellen!

Meine Damen und Herren, der Herr Aliyev hat dazu sogar ein Buch verfasst, nämlich mit dem Titel „Tatort Österreich“. Ein eigenes Kapitel widmet er darin dem Media Quarter Marx und beschreibt darin minutiös, wie er dieses Projekt mit der Frau Brauner eingefädelt hat. Herr Aliyev behauptet in diesem Buch, dass er das der Frau Brauner zuerst langsam schmackhaft gemacht hat, dass er sie dann voll in seine Pläne eingeweiht hat. Der Herr Aliyev sagt, dass er die Frau Brauner dann am Rande eines Eishockeymatches hier in Wien voll in seine Pläne eingeweiht hat. Und mittlerweile, meine Damen und Herren, ist ja in der Öffentlichkeit bekannt, dass hinter dem Media Quarter Marx, diesem Projekt der Finanzstadträtin, der Herr Aliyev steht, der in seiner Heimat bereits verurteilt wurde und gegen den auch die Staatsanwaltschaft Wien laufend ermittelt. Das sind die privaten Partner der Stadt Wien, das sind die privaten Partner der Frau Brauner, meine Damen und Herren!

Ich wollte daher – und das ist das Recht eines Gemeinderates und Stadtrates in diesem Haus – von der Stadträtin ganz einfach wissen und habe natürlich auch diese Frage im Finanzausschuss und in der Landesregierung wieder an sie gerichtet: Frau Stadträtin, es gibt diese Aussage des Herrn Aliyev, dass er Sie von Anfang an, von 2007 an eingeweiht hat. Nehmen Sie dazu Stellung! – Ich habe gefragt: Seit wann haben Sie in Wirklichkeit davon gewusst? Ich wollte von ihr einfach wissen, ob die Darstellung des Herrn Aliyev so stimmt, ob es stimmt, dass die Frau Brauner alles bereits 2007 von Aliyev erfahren hat.

Meine Damen und Herren, für diesen Gemeinderat ist ja auch die Frage interessant, was die Stadträtin dann in der Folge getan hat, um Schaden von der Stadt abzuwenden. Es ist ja eine eminente Aufgabe dieses Gemeinderates, die finanzielle Kontrolle in diesem Haus auszuüben. Darauf ist ja bereits hingewiesen worden, meine Damen und Herren. Was hat die Frau Brauner getan, um Schaden von der Stadt Wien abzuwenden? Genau diese Fragen habe ich an sie gerichtet. Wann haben Sie davon erfahren, und was haben Sie unternommen, Frau Brauner, um Schaden von der Stadt abzuwenden – den wirtschaftlichen Schaden, aber vor allem auch den wahnsinnigen Schaden für das Ansehen der Stadt, für das Image der Stadt, wenn sich das Finanzressort hier als Eigentümervertreterin der Stadt mit dem Herrn Aliyev bei einem PPP-Modell in ein gemeinsames Bett legt?

Und, meine Damen und Herren, wie zu erwarten, habe ich von der Frau Stadträtin keine Antwort erhalten, weder im Finanzausschuss noch in der Landesregierung. Meine Damen und Herren, nur ein Schelm, wer bei alledem Schlechtes denkt, wer Verdacht schöpft? Frau VBgmin Brauner, merken Sie denn nicht, Sie sind hier mit Ihrer Geheimniskrämerei, mit Ihrem Versteckspiel da hinten selbst schuld daran, dass jetzt wild spekuliert wird? (*Beifall bei der FPÖ.*) Sie sind schuld daran, Frau Brauner, dass jetzt spekuliert wird über illegale Finanzierungen, über illegale Parteienfinanzierung, über illegale Geldflüsse auch in Richtung der Sozialistischen Partei in Wien. Ich fordere Sie daher auf, Frau Brauner: Sie haben heute hier die Chance, das auszuräumen. Kommen Sie endlich an dieses Rednerpult, kommen Sie hier heraus, Frau Brauner, und sagen Sie hier vor uns die ganze Wahrheit! Dieser Gemeinderat hat ein Recht darauf, Frau Brauner! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Reindl. Ich erteile es ihm.

GR Mag Thomas **Reindl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Gemeinderat hat vor allem auf eines ein Recht, nämlich dass die Dinge so diskutiert werden, wie sie sind, und dass wir uns hier nicht minutenlang die freiheitlichen Verschwörungsgroteske und Weltverschwörungstheorien anhören können. (*Heiterkeit bei GRin Mag Nicole Berger-Krotsch.*) Mit diesem Schwachsinn, den Sie von sich geben, würden Sie es in den USA nicht einmal zu einem C-Movie schaffen. Ich lehne diesen ganzen Zannober, den Sie da von sich gegeben haben (*GR Mag Wolfgang Jung: Zinnober!*) – Zinnober, danke für die Korrektur –, auf das Schärfste ab; wenn Sie sich nämlich hier herstellen, uns als die Geldwäscherpartei darstellen und behaupten, dass wir Leute ermorden, dass wir nur vertuschen, dass wir uns nicht an die Gesetze halten, dass wir Rechtsbrecher sind. (*GR Mag Wolfgang Jung: Es geht um Aufklärung!*)

Entschuldigen Sie, Herr StR Schock, ich meine, in welchem Land leben Sie? In welcher Stadt leben Sie? (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Gehen Sie wieder nach

Kiew oder zu den Russen! Dort können Sie alles so erzählen, denn dort ist das so. (*GR Mag Wolfgang Jung: Die kommen ja zu Ihnen!*) Auf alle Fälle möchte ich auch nicht, dass ein Leuchtturmprojekt für die Donaustadt so wie es das Forum Donaustadt ist, durch solche unsinnigen Ausdrücke, wie sie gefallen sind, dazu missbraucht wird, um hier einfach politisches Kleingeld – was heißt Kleingeld? –, unsichtbares Kleingeld zu wechseln. Es nimmt doch niemand ernst, was hier gesagt wird. (*GR Mag Wolfgang Jung: Da geht es nicht um Kleingeld, Herr Kollege!*)

Wenn Sie hier behaupten, es hätte keiner von dem Projekt gewusst, so muss ich sagen: Entschuldigung, 2008 ist der städtebauliche Wettbewerb mit einem Siegerprojekt abgeschlossen worden. Das heißt, er ist 2005/2006 gestartet worden – wahrscheinliches alles im geheimen Kämmerchen, wo keiner gewusst hat, dass dieser Städtewettbewerb stattfindet. 2009 ist das städtebauliche Leitbild verabschiedet worden – wahrscheinlich auch ganz im Geheimen, sodass kein Mensch weiß, was dort beim Forum Donaustadt geplant ist. 2010 wurde der Sieger des Realisierungsprojekts präsentiert – auch im Geheimen, vermute ich jetzt, sodass niemand weiß, was da passiert.

Ich kann mich noch gut erinnern: Es hat schon verschiedenste Investoren gegeben, zum Beispiel aus China. Da war ein China-Zentrum geplant, ein Projekt, an dem die ÖVP federführend mitgeholfen hat, das aber auf Grund der Wirtschaftskrise nichts geworden ist. Wir haben jetzt ein sehr, sehr gutes Projekt, das ein Leuchtturm für den Bezirk ist, das ein Zentrum schafft, das der Bezirk braucht, das sich der Bezirk verdient hat. Wir werden dort über 3 000 neue Arbeitsplätze schaffen – Jobs durch Hotel, Handel und Gastronomie –, 150 Wohnungen errichten und bis zu 800 Arbeitsplätze während der Bautätigkeit schaffen. Das ist Investition in die Wirtschaft, in die Beschäftigung zum Wohle Wiens, zum Wohle der österreichischen Wirtschaft und des Bauhandels und des Baunebengewerbes.

Umweltstandards sind sehr hoch bei den Gebäuden, die gebaut werden sollen: Alle Gebäude sollen den Blue-Building-Standards entsprechen und einiges mehr. Es wird, wie ich schon gesagt habe, ein Vorzeigeprojekt werden, ein modernes, tolles Stadtzentrum für die Donaustadt, die logische Fortsetzung der Entwicklung, die es entlang der Donau bereits rund um die UNO-City gibt. Es ist also ein weiterer Meilenstein dieser Entwicklung. Ich sage aber auch gleich, wir Donaustädter sind ungeduldig. Wir wünschen uns, dass auch auf der Parkfläche am Schrödingerplatz eine entsprechende Entwicklung stattfindet. Projekte hat es schon viele gegeben.

Was ich auch erwähnen möchte: Es heißt ja, die „armen“ Parker würden dort jetzt diese Gratisparkplätze verlieren. – Erstens wird es 480 Tiefgaragenplätze geben. Jetzt gibt es dort 350 öffentliche Plätze. Es sind also um 130 Parkplätze mehr, die dort geschaffen werden. Die Wirtschaftsagentur war geschickt, hat im September und im Oktober 2013 durch eine Verkehrsplanungsfirma bei den dort Parkenden eine Umfrage und eine Erhebung durchgeführt. Es stellte sich heraus, dass 60 Pro-

zent der Parkplatznutzer aus Wien kommen und davon 70 Prozent aus dem 21. und 22. Bezirk und 30 Prozent aus Niederösterreich, und von diesen mehr als die Hälfte aus Gänserndorf.

Ein Drittel aller dort Parkenden hat das Ziel, in die Innenstadt zu fahren, ein weiteres Drittel will ins Donauzentrum einkaufen oder arbeiten gehen, und ein gutes Drittel benutzt den Parkplatz mehrmals. Ein gutes Drittel ist auch nur ein bis drei Stunden auf dem Parkplatz, das sind also Kurzparker, und ein knappes Viertel bleibt in Wirklichkeit sechs bis zwölf Stunden.

Also, wir haben am Stadtrand Park-and-ride-Anlagen ausgebaut, wir haben ein Angebot geschaffen. Wir werden auch an diesem Standort 480 Tiefgaragenplätze und über 550 Radabstellplätze zur Verfügung stellen. Es stimmt also nicht, wenn man sagt, die armen Parker! – Wir haben die U2 bis zur Donaustadt verlängert. Wir haben dort das Verkehrskonzept, dass man von jedem Punkt in der Donaustadt in spätestens 15 Minuten bei der U-Bahn ist. Nebenbei: Das Öffi-Netz in der Donaustadt ist größer als jenes in Graz. Da sind tolle Dinge, tolle Ergebnisse, das spricht für sich. Wir haben dort einen hervorragenden Öffi-Anschluss.

Die 7 Millionen EUR, die wir jetzt beschließen wollen, sind für die Umweltgestaltung gedacht. Bisher ging es bei diesem Projekt ja um die reinen Projektkosten, aber es geht auch um das Umfeld. Wir haben dort einen Autobusterminal, wir haben dort eine Straßenbahn, wir müssen auch den Zugang zum Donauzentrum über U-Bahn, Straßenbahn und Bus attraktiver gestalten; und ich bin als Donaustädter der Stadt Wien und auch der Wirtschaftsagentur und vor allem auch der Frau Finanzstadträtin sehr dankbar dafür, dass da über die Wirtschaftsagentur alles aus einem Guss und aus einer Hand geplant wird. So können wir sichergehen, dass, wenn die Gebäude fertig sind, auch das Umland fertig ist.

Ich möchte noch ein paar Worte zu meinem Vorredner sagen, nämlich zu der Kritik an der Frau Vizebürgermeisterin. Also, Kollege Schock, es ist eine Märchenstunde. Wenn Sie heute hier behaupten, die SPÖ würde den Rechnungshofbericht zurückhalten, der im Jänner im Finanzausschuss berichtet wurde, dann reden Sie wider besseres Wissen (*StR DDr Eduard Schock: Wo ist er?*), oder Sie sind ein ganz ein neuer Abgeordneter da. Sie wissen ganz genau, dass die Rechnungshofberichte zwei Mal im Jahr diskutiert werden, ein Mal im Gemeinderat und ein Mal im Landtag. (*StR DDr Eduard Schock: Weil Sie das wollen! Aber nur weil die Mehrheit das will!*) Das wissen Sie doch, oder wissen Sie es nicht?

Sind Sie ein so junger, neuer Abgeordneter, dass Sie keine Ahnung davon haben, wie die Vorgangsweise seit Jahrzehnten ist? Dann verzeihe ich Ihnen diese Aussage. Wenn Sie es aber wider besseres Wissen sagen – dann sind Sie, ich sage es jetzt nicht, sonst bekomme ich einen Ordnungsruf –, dann sagen Sie die Unwahrheit zum Zwecke des negativen Populismus. Und das verurteile ich auf Schärfste. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Auch was den Skylink betrifft: Die Stadt Wien hat beim Skylink überhaupt nichts blockiert. Auch das wissen

Sie ganz genau. Der Flughafen Wien ist eine an der Börse notierte Aktiengesellschaft. Das wissen Sie. Oder sind Sie ein so junger, frischer Abgeordneter, dass das für Sie neue Informationen sind? (*StR DDr Eduard Schock: Eine private Firma, wo ein sozialistischer Bezirksrat Generaldirektor ist!*) Dann würde ich es ja verstehen. Sie sind aber schon lange hier im Haus. Sie sagen, Sie sind Wirtschaftsfachmann. Dann erklären Sie mir, warum ein börsennotiertes Unternehmen ... (*StR DDr Eduard Schock: Er ist ja nur deshalb Generaldirektor geworden, weil er ein braver Roter ist!*)

Es ist kein Widerspruch, wenn ein sozialistischer Bezirksrat Generaldirektor ist. Das zeigt nur, welche tolle Leute auch da bereit sind, etwas für die Allgemeinheit zu tun, indem sie sich engagieren. Sie verdächtigen das negativ. Aber damit will ich mich gar nicht auseinandersetzen. Ich könnte Ihnen auch eine Liste von Politikern Ihrer Partei vorlegen, die Funktionen in irgendwelchen Firmen haben; und dann könnten wir auch philosophieren, warum sie was geworden sind in einigen Bundesländern, zum Beispiel wo Sie bis vor Kurzem in der Regierung waren. Gott sei Dank nicht mehr, sage ich auch dazu. (*GR Johann Herzog: Änderung ist nicht überall möglich!*)

Kommen wir zurück. Der Flughafen Wien ist ein börsennotiertes Unternehmen. Ja, auch die Stadt Wien ist beteiligt. Ja, es gibt einen Syndikatsvertrag, darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Aber warum hat die Prüfung nicht stattgefunden, Herr Schock? Sie sagen, weil Wien blockiert hat. – Überhaupt nicht wahr! Sondern weil die Rechtsgrundlage nicht da war. Es war notwendig, dass das Bundesverfassungsgesetz geändert wird. Das hat der Bundesgesetzgeber gemacht, und ab dem Moment hat der Rechnungshof prüfen können.

Sagen Sie nicht, die Stadt Wien hätte das blockiert. Ich will mir wieder keinen Ordnungsruf einhandeln, aber ich zweifle schon langsam an Ihrer Wirtschaftskompetenz, Herr Schock. (*StR DDr Eduard Schock: Sie haben den Rechnungshof ausgesperrt! Er ist am Flughafen vor der Tür gestanden, obwohl alle wissen, dass er prüfen darf!*) Natürlich wird der Rechnungshof nicht hereingelassen zu prüfen, wenn er nicht prüfen darf. Das weiß der Rechnungshof, das wissen alle, die hier herinnen sitzen, bis auf Sie, Herr Dr Schock. Sie haben keine Ahnung, weil Sie keine Wirtschaftskompetenz und kein wirtschaftliches Wissen haben. Es ist erschreckend, wirklich. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Beim Media Quarter Marx ist es genauso wie beim Skylink. Auch da war es von den rechtlichen Voraussetzungen her nicht möglich, dass der Rechnungshof prüft. (*StR DDr Eduard Schock: Der Verfassungsgerichtshof hat ja festgestellt, dass er prüfen darf, und trotzdem hat ihn die Frau Brauner nicht reingelassen!*) – Herr Dr Schock, sind Sie Jurist? Ist der Herr Dr Schock Jurist? Es ist auch egal. Ich meine, entschuldigen Sie, wenn es eine Rechtsfrage ist, ob etwas A oder B ist, gibt es einen Schiedsrichter. Das war in diesem Fall der Verfassungsgerichtshof, und der hat entschieden, A ist richtig, das heißt, man darf prüfen. (*StR DDr Eduard Schock: Der Rechnungshof ist richtig und die Frau Brauner ist falsch,*

das hat der Verfassungsgerichtshof festgestellt!) – Nein, das ist ja vollkommen falsch. Was Sie erzählen, ist ja nicht richtig.

Noch einmal: Ich sage, der Verfassungsgerichtshof hat das festgestellt. Er hat festgestellt, dass die Stadt Wien richtig reagiert hat, indem wir schon Unterlagen hergegeben haben – das möchte ich auch sagen –, obwohl wir es nicht machen hätten müssen. Dass wir richtig reagiert haben, hat auch der Verfassungsgerichtshof gesagt. Sie haben all diese Urteile, Sie haben sie von der Frau Stadträtin bekommen, aber offenbar haben Sie sie nicht gelesen. Das sei Ihnen selbst überlassen.

Alles in allem, meine Damen und Herren, glaube ich, wir sollten nicht zulassen, dass so ein tolles Projekt gefährdet wird durch irgendwelche Anschuldigungen, die hier in den Raum gestellt werden. Wir sollten das nicht so einfach hinnehmen. Ich habe auch versucht, die Wirtschaftskompetenz von manchen Mitgliedern hier ein bisschen ins rechte Licht – im wahrsten Sinn ins rechte Licht – zu rücken. Ich bitte Sie um Zustimmung zum vorliegenden Geschäftsstück. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Neuhuber. Ich erteile es ihm.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Zuerst ein paar Worte zu meinen Vorrednern. Kollege Reindl! Nein, Kleingeld wird hier wirklich nicht gewechselt. Wir reden über 270 Millionen EUR. Ich glaube nicht, dass das irgendjemand hier als Kleingeld bezeichnen würde. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es ist immer wieder dasselbe, und das ist eigentlich etwas, das mir nach vielen Jahren hier langsam echt auf den Nerv geht: Was auch immer wir als Opposition bekritteln, immer werden wir als Miesmacher hingestellt. Jedes Mal heißt es, wir würden den Wirtschaftsstandort in den Dreck ziehen, wir würden ein bestimmtes Projekt schlechtreden.

Nein, wir reden insbesondere keine Projekte schlecht. Wir wissen ja noch gar nicht, wie es ausgehen wird. Es geht schlicht und einfach darum, wie hier die Investorensuche vor sich gegangen ist, meine Damen und Herren. Das ist im Prinzip das Einzige, das hier kritisiert wird. Also bitte hören Sie auf mit diesem Reflex, wir würden irgendetwas schlechtreden. Geheim war das natürlich nicht. Ja, über das städtebauliche Leitbild und die Entstehung wissen wir alle, Kollege Reindl. Aber, geheim war die Investorensuche. Und, meine Damen und Herren, das ist ein Muster. Das zieht sich durch wie ein dunkelroter Faden.

Wir haben das erst vor Kurzem gehabt. Da haben Kollege Ulm und ich wieder zum Thema Krieau gesprochen. Wir haben es bei Media Quarter Marx gehabt, wir haben es bei TownTown gehabt, beim Viertel Zwei – bei großen Immobilienprojekten ist es immer wieder dasselbe Muster: Durch PPP-Modelle wird dem Gemeinderat die Kontrolle entzogen und wir wissen überhaupt nichts mehr über diese Modelle.

Kollege Margulies, auch dir sei gesagt: Nehmen wir Viertel Zwei, ein abgeschlossenes Projekt. Was ist jetzt

beim Viertel Zwei? Wer hat dort wo wie viel verdient? Was ist letzten Endes für die Stadt Wien dort herausgekommen über Ihre indirekten Beteiligungen? Kann mir das irgendwer sagen? Nein. Und da komme ich schon noch einmal auf den Kollegen Ulm und seine prinzipielle Kritik zurück, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Das können wir uns doch in unserem Selbstverständnis hier alle nicht gefallen lassen! Wir dürfen abstimmen über Kleingärten, aber wenn es um dreistellige Millionenbeträge, riesige Immobilienprojekte geht, tappen wir völlig im Dunkeln, und ich meine das wirklich so.

So ist es auch bei diesem Projekt. Wir haben nicht die Widmung oder das Projekt selber, aber die Vorbereitungen dazu. Wir wissen nur, wie das Beteiligungsverhältnis aussieht, weil wir sinnerfassend lesen und im Firmenbuch nachschauen können. Firmenbuch, 5545, sonst wissen wir nichts. Wie ist die Gewinnverteilung? Wie wird das Eigenkapital für ein 270-Millionen-EUR-Projekt aufgebracht? Glaubt ihr, das Eigenkapital kommt zu Fuß? Heute braucht man mindestens oder ungefähr 30 Prozent für eine Finanzierung. Das heißt, man braucht rund 80 Millionen EUR Eigenkapital. Wurde da die Frage stellt, ob der Projektpartner, die Swiss Town, dieses Eigenkapital hat? Oder woher kommt es? Wird es frisch gedruckt? Ich weiß es nicht. Ich stelle mich nicht blöd, jedenfalls nicht blöder, als ich bin. Meine Damen und Herren, wir wissen es alle nicht. Ich weiß es nicht und Sie wissen es auch nicht.

Lassen uns diese großen Immobilienprojekte alle kalt? Ist es uns völlig egal, wie das letzten Endes für die subsidiären Firmen der Stadt Wien beziehungsweise für deren Beteiligungen ausgeht? Vielleicht lässt es Sie kalt, meine Damen und Herren von Rot und auch ein bisschen von Grün. Mich lässt es nicht kalt. Ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Lieber Kollege Margulies! Ja, natürlich sind das alles Projekte, deren Ursprung noch mehr oder weniger auf die Zeit der SPÖ-Alleinregierung zurückgeht. Aber, um jetzt wieder beim Forum Donaustadt zu bleiben: Damals, 2006, ging es bei dem Akt hier im Gemeinderat um ein ganz anderes Projekt, das muss man der Ehrlichkeit halber dazusagen. Damals ging es um 31 500 m² für dieses chinesisch-österreichische Zentrum. Damals wurde für das folgende Projekt ein Kaufpreis von 280 EUR pro Quadratmeter fixiert. Multipliziert ergibt das logischerweise 8,834 Millionen EUR.

Und jetzt bin ich wieder beim Nichtwissen, meine Damen und Herren. Vielleicht wissen Sie es, aber dann sagen Sie es uns, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und GRÜNEN: Wie wird das jetzt bei dem neuen Projekt, dem Forum Donaustadt sein? Rechnen wir das jetzt noch nach dem alten österreichisch-chinesischen Projekt ab, sprich, mit einem Kaufpreis von 8,834 Millionen EUR? Oder wird jetzt der Kaufpreis dreieinhalb Mal so groß, weil ja auch das Projekt, was die Nutzfläche betrifft, jetzt dreieinhalb Mal so groß wird?

Noch einmal, ich tappe im Dunkeln, meine Damen und Herren, und auch Sie tappen im Dunkeln. Das kann Ihnen doch bei zwei- und dreistelligen Millionenbeträgen,

um die es hier geht, bei der Klammtheit der Budgets der öffentlichen Hand und auch des Landes Wien, die wir heute haben, doch nicht wurscht sein! Meine Damen und Herren, wir ringen sonst um jeden Euro Einsparungen – bei Förderungen, beim Heizkostenzuschuss, bei den Ärmsten und bei den nicht so Armen. Und die großen Beträge im zwei- und dreistelligen Millionenbereich sind uns völlig „conchita“. Da schaut keiner drauf, das ist zumindest Ihnen, meine Damen und Herren, völlig egal. Uns ist es nicht egal. Ich finde es beschämend, dass wir als Gemeinderäte darüber überhaupt nicht mehr informiert werden. Wir wissen nichts über die Interessentensuche und über die Kaufpreisgestaltungen bei all diesen Großprojekten. Es ist immer dasselbe Muster.

Ob das Forum Donaustadt, wie du gesagt hast, Kollege Margulies, eine Erfolgsgeschichte wird? Also wenn du schon jetzt von einer Erfolgsgeschichte sprichst, dann ist deine Messlatte relativ niedrig angesetzt. Es ist weder gewidmet noch ist dort der erste Bagger gefahren. Da gibt es eine Projektdarstellung im Internet. Wenn das eine Erfolgsgeschichte ist, dann waren auch Skylink und der neue Großflughafen in Berlin eine Erfolgsgeschichte, meine Damen und Herren.

Schauen wir einmal, was herauskommt. Eine Erfolgsgeschichte nach meinem wirtschaftlichen Verständnis, meine Damen und Herren, ist es dann, wenn die Stadt Wien einen marktadäquaten Kaufpreis für den Grund bekommen hat, an der Entwicklung beteiligt ist und in einem partnerschaftlichen, marktadäquaten Bereich auch an der Entwicklung mitverdient hat. Genau dort haben wir nämlich immer wieder das Problem. Ihr Muster, meine Damen und Herren von der SPÖ, ist verschleiern. PPP-Modelle bedeutet für Sie ausgliedern, dem Zugriff und der Frage des Gemeinderates entziehen. Ich habe es Ihnen schon einmal gesagt – der Herr Bürgermeister hat dann, als er im Saal war, darüber gelacht und applaudiert –: Sie privatisieren nämlich im negativen Sinne. Sie privatisieren die Gewinne und sozialisieren damit das Risiko. Das ist Ihre Vorstellung von PPP-Modellen.

Ich sage ihnen noch einmal als Immobilienfachmann – ich verstehe ein bisschen was davon, da können Sie sich in der Branche umhören –: Sie verschleiern öffentlichen Grund in dieser Stadt, meine Damen und Herren. Das müssen sie sich vorhalten lassen. Wir kommen Ihnen noch auf die Schliche! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Dr Kappel. – Bitte schön.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Jetzt ist aus diesem angekündigten Schwerpunkt und der wirtschaftspolitischen Debatte doch eine Spezialdebatte zum Thema Forum Donaustadt geworden, weil es offenbar sehr viel Diskussions- und Aufklärungsbedarf gibt. Auch ich würde mich gerne dazu äußern. Wir, die Freiheitliche Fraktion, schließen uns sehr stark den grundsätzlichen Ausführungen des Herrn GR Ulm an, weil wir uns schon sehr viele Gedanken darüber ge-

macht haben, dass Verkäufe ohne Bieterverfahren gegen das Bundesgesetz verstoßen, nämlich, wie sie völlig richtig gesagt haben, wegen § 4 Abs 4 des Bundesimmobiliengesetzes. Daher muss hier ganz klar eine Änderung und eine Neubetrachtung vorgenommen werden.

Ein zweiter Punkt: Das Fragerecht der Abgeordneten muss selbstverständlich in der Stadt oder in der Gemeinde Wien genauso gegeben sein wie das Fragerecht der Abgeordneten zum Nationalrat laut Bundesverfassungsgesetz, Art 52. Dieser Punkt ist in die Stadtverfassung aufzunehmen! Der Herr Bürgermeister hat das ja schon als „systemischen Webfehler“ bezeichnet. Heute habe ich dazu auch beim Herrn Margulies seine indirekte Zustimmung zur Kenntnis genommen, nämlich, dass er vielleicht bereit wäre, bei der Korrektur dieses systemischen Webfehlers mitzuarbeiten. Wir werden das auf jeden Fall tun. Ich sehe, die ÖVP wird das auch tun.

Also lassen Sie uns doch das gemeinsam tun! Beheben wir diesen systemischen Webfehler! Stellen wir den Art 52 Bundesverfassungsgesetz auch für die Betriebe der Gemeinde Wien und für die Gemeinde Wien in die Stadtverfassung! Dann wird es ein Fragerecht geben, es wird mehr Transparenz geben, und wir können uns solche Diskussionen ersparen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Dass zum Thema Forum Donaustadt tatsächlich vieles intransparent verlief, kann man nun wirklich nicht bestreiten. Ich bin Beiratsmitglied in der Wiener Wirtschaftsagentur, und das Forum Donaustadt ist eines der Leuchtturmprojekte der Wiener Wirtschaftsagentur. Es kann ein sehr gutes Projekt werden, das möchte ich gar nicht bestreiten. Toni Mahdalik, der den Bezirk in dieser speziellen Sache vertreten hat, und ich haben schon vor zwei Jahren versucht, uns vor Ort ein Bild zu machen. Wir haben gesagt, aha, das ist ein großes Projekt, das wollen wir uns näher anschauen, und das haben wir auch getan. Wir haben sowohl mit der Wirtschaftsagentur als auch mit dem Projektpartner, den Sie angesprochen haben, Kontakt aufgenommen. Das Projekt wurde uns präsentiert, und nach ausführlichsten Erklärungen haben wir diesem dann im letzten Jahr hier im Gemeinderat zugestimmt.

Letzte Woche im Finanzausschuss haben wir diesem Poststück, das wir heute behandeln, nicht zugestimmt – auf Grund der Tatsache, dass wir keine Information darüber hatten. Völlige Intransparenz. Wir stimmen zwar „nur“ über 6,7 Millionen EUR ab – das ist sehr viel Geld, aber im Verhältnis zu den 270 Millionen EUR für das Gesamtprojekt ist das natürlich weniger –, aber, wie gesagt, die Information, die wir haben, reicht uns nicht für 6,7 Millionen EUR aus. Wir würden dem zustimmen, und wir wären auch heute noch bereit gewesen, zuzustimmen. Dieses Forum ist ein gutes Projekt beziehungsweise es kann ein gutes Projekt werden, aber wir haben die Information nicht bekommen. Deshalb stimmen wir heute diesem Tagesordnungspunkt nicht zu. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bin dankbar – und ich weiß, da stimme ich nicht ganz mit meiner Fraktion überein –, wir sind dankbar, dass der Bundesgesetzgeber, sprich, der Verfassungsgerichtshof, im letzten Jahr entschieden hat, dass der

Rechnungshof nicht nur Projekte prüfen möge, an denen der Bund mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist, sondern auch jene mit geringerer Beteiligung. Nur so war eine Prüfung des Skylink oder Check-in 3, wie es jetzt heißt, möglich, was hier zu sehr viel Gesprächs- und Diskussionsstoff geführt hat. Diese Diskussion und dieses Gespräch waren notwendig, weil wir mehr Transparenz brauchen. Wir brauchen mehr Transparenz hier in diesem Gemeinderat und wir brauchen generell in Österreich auf Bundesebene mehr Transparenz bei allen Vergabeverfahren und bei allen Bieterverfahren, wenn es sich dabei um öffentliche Projekte handelt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was die leidige Erfahrung betrifft, die heute angekündigt wurde, mit den zwei Anfragen an Frau StRin Brauner, die du, Kollege Ulm, gemacht hast, nämlich zu TownTown und zu Media Quarter kann ich nur beipflichten. Auch ich habe schon Anfragen gemacht – da ging es insbesondere um die Wiener Stadtwerke Holding und um die AVZ –, und auch ich habe dieselbe lapidare Antwort bekommen, die natürlich in keiner Weise zufriedenstellend war, nämlich, dass es sich hierbei um ausgegliederte Rechtsträger handelt und dass die Frau Stadträtin in keiner Weise genötigt beziehungsweise gezwungen ist und es auch nicht ihre Pflicht ist, eine Antwort auf diese Fragen zu geben.

Ich halte das für falsch. Ich bin überzeugt davon und verfechte es, dass der Gemeinderat auf Ebene der Gemeinde das wichtigste Organ ist und dass Gemeinderäte dieses Fragerecht haben sollen. Sie sollen auch Antworten auf diese Fragen bekommen und nicht einfach im Dunklen gelassen werden.

Heute wurden ja die Kleingärten angesprochen, die auch wichtig sind, aber für die Gebärung der Stadt eben nur in einem geringeren Ausmaß. Es ist wichtig, dass die Gemeinderäte da herangezogen werden und das volle Auskunftsrecht haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich würde diese Debatte aber gerne nützen, um auf ein allgemeines Wirtschaftsthema einzugehen, das mich persönlich sehr beschäftigt. Ich habe auch im Europawahlkampf oft etwas dazu gesagt. Es ist ein Thema, das auch zum großen Bereich der Projekte der Gemeinde Wien oder der Unternehmen der Gemeinde Wien gehört, nämlich die Abwanderung von Unternehmen aus Wien.

Hier ist im letzten Jahr eine Umfrage der Wirtschaftskammer Wien bei Wiener Industrieunternehmen sehr emotional diskutiert worden. Das Ergebnis dieser Umfrage war, dass 66 Prozent der befragten Unternehmen gesagt haben, sie sind mit der Gebühren- und Abgabensituation in Wien nicht einverstanden, was bedeutet, die Gebühren und Abgaben sind einfach zu hoch. 66 Prozent haben gesagt, dass die Lohnkosten und die Lohnnebenkosten zu hoch sind, und 55 Prozent der befragten Unternehmen haben ebenso gesagt, dass die Bürokratie eine ausufernde ist, sodass Arbeitsplätze verloren gehen und der Standort wenig attraktiv ist.

Wir haben jetzt feststellen müssen, dass innerhalb eines Jahres über 12 000 Arbeitsplätze verloren gingen, weil eben solche Unternehmen – nämlich genau die, die sich mit diesen Kritikpunkten geäußert haben – gesagt

haben, wir lagern aus oder wir sperren zu in Wien. Wir sprechen von 12 684 Jobs! Da sind die 70 Jobs noch nicht dazugerechnet, die im nächsten Jahr verloren gehen werden, wenn die Firma Niemetz aus Wien Landstraße ins Umland von Wien abwandert, weil Wien für sie kein attraktiver Standort mehr ist. Eines dieser Unternehmen, die Jobs aus Wien hinausverlagert haben, war Siemens mit 100 Jobs im IT-Bereich. Das war der Anfang. Panzerbauer Steyr in Simmering zog nach: 210 Jobs. Niedermeyer mit 200 Jobs; DiTech: 255 Jobs; und selbst „Der Standard“ hat 25 Jobs abgebaut.

Das bedeutet, die Rahmenbedingungen passen nicht mehr. Das ist unser Kritikpunkt, den wir schon sehr häufig angeführt haben: Es muss sich lohnen, in Wien zu wirtschaften; denn nur, wenn es sich lohnt, zu wirtschaften, werden Arbeitsplätze geschaffen, kann es Beschäftigung geben. Und, wenn es keine Beschäftigung gibt, dann steigt auch die Armut. Die 150 000 Mindestsicherungsempfänger vom letzten Jahr wurden hier ja schon zahlreich diskutiert.

Dass Wien eine Armutsquote von ungefähr 25 Prozent der Beschäftigung hat, wenn man vom Armutsmarker von 1 090 EUR für 2014 ausgeht, und dass das mit Abstand die größte Armutsquote unter allen österreichischen Bundesländern ist, wird geflissentlich verschwiegen. Darüber redet man natürlich nicht so gern. Was ist der Treiber für Armut? Beschäftigungslosigkeit. Und was macht Beschäftigung? Wirtschaftswachstum. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die Wirtschaftswachstum ermöglichen. Wenn wir kein Wirtschaftswachstum haben, werden wir in Wien keine Arbeitsplätze schaffen können und dann wird es auch keine Beschäftigung geben.

In drei Bundesländern war das Wirtschaftswachstum beziehungsweise die Wirtschaftsleistung im letzten Jahr in Österreich am niedrigsten. Sie werden wissen, dass Wien eines dieser Bundesländer, neben Niederösterreich und Kärnten, ist. Das ist ein Indikator, der vieles mit sich bringt, nämlich, dass die Kaufkraft nachlässt und die Arbeitslosigkeit steigt. Wien hatte im April wieder die höchste Arbeitslosigkeit aller österreichischen Bundesländer, und hohe Arbeitslosigkeit bringt Kaufkraftnachteile! Wien ist im österreichischen Bundesländervergleich hinsichtlich der Kaufkraft im letzten Jahr erstmals hinter Niederösterreich und Salzburg auf die dritte Stelle zurückgefallen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, in der Mercer-Studie!)* Die sagt vielleicht etwas anderes, aber hinsichtlich der Kaufkraft ist Wien zurückgefallen, und auch bei den Lehrstellen hinkt Wien hinten nach.

Das bedeutet, die Standortindikatoren könnten gut sein, sind aber schlecht, und deshalb haben wir gesagt, wir fordern einen Beschäftigungs- und Wachstumspakt für Wien, damit sich dieses Umfeld wieder in eine Richtung bewegt, dass es sich für Unternehmen lohnt, zu wirtschaften, Beschäftigung und Arbeitsplätze zu schaffen und somit die Arbeitslosigkeit und auch den Grad der Armut zu senken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Welches könnten die ersten Schritte für einen solchen Pakt für Wachstum und Beschäftigung in Wien sein? Wir haben gesagt, da, wo Unternehmen und Bürger Kritik anbringen, müsste etwas geschehen, nämlich

eine Aussetzung des Valorisierungsgesetzes oder die Abschaffung der U-Bahn-Abgabe, um die Lohnnebenkosten zu senken. Ich weiß schon, dass das nicht alles ist. Die Lohnnebenkosten in Österreich – das wissen Sie sicherlich alle – gehören mit 49,4 Prozent zu den höchsten in ganz Europa. Das heißt, die Hälfte eines Bruttogehaltes kommt nicht zum Arbeitnehmer hin. Da müssen wir runter. Die Wiener U-Bahn-Abgabe ist ein kleiner Teil davon, aber auch ein kleiner Teil ist wichtig. Hier kann die Stadt ansetzen und diese Abgabe abschaffen. Sie ist aber nicht abgeschafft worden, sondern diese Abgabe ist im letzten Jahr verdreifacht worden. Sie können sich noch erinnern, wir haben das mehrfach kritisiert.

Aber auch die Ansiedelung von großen Produktionsbetrieben, insbesondere in den Stadterweiterungsgebieten – und da ist unsere Raumplanung gefordert –, ist ein wesentlicher Punkt.

Dann bitte ich Sie auch, zu überdenken, ob denn diese Sanktionen, welche die Bundesregierung gegen Russland ausspricht, gut sind. Sie haben sicherlich nachgelesen: Allein im 1. Quartal 2014 gab es 30 Prozent Umsatzrückgang bei den Geschäften im 1. Bezirk in Wien und 10 Prozent Umsatzrückgang bei den Hotels. Ich bitte Sie, nachzudenken und zu überdenken, ob das eine vernünftige Vorgehensweise ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Unser Pakt für Wachstum und Beschäftigung für Wien zieht aber auch eine Menge anderer Maßnahmen nach sich, die ich in aller Kürze noch punktiert vorschlagen möchte. Wir werden die einzelnen Punkte in den nächsten Sitzungen noch detailliert erörtern und werden in der nächsten Zeit auch parlamentarische Maßnahmen zu diesen Punkten setzen.

Der erste Punkt dieses Beschäftigungs- und Wachstumspaktes ist ein Sonderinvestitionsprogramm der Stadt.

Der zweite Punkt dieses Beschäftigungs- und Wachstumspaktes ist ein Hilfspaket für die Wiener Wirtschaft.

Der dritte Punkt ist die Entlastung der Steuerzahler zur Stärkung der privaten Nachfrage durch Weitergabe der Gewinne der Stadt. Wie zum Beispiel die Strompreissenkung, die wir angekündigt haben, welche aber nie umgesetzt wurde, die Gaspreissenkung und die Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses, der so wichtig ist, damit auch die Ärmsten der Armen – und der nächste Winter kommt bestimmt – wieder einen Lichtblick haben.

Und der vierte Punkt, den wir in unserem Pakt für Wachstum und Beschäftigung für Wien vorschlagen, ist die Reduktion der Mieten, denn auch hier sehen wir, dass das ein Weg ins Unsoziale ist. Hier wollen wir, dass die Gemeinde gerade im sozialen Wohnbau nachschärft, um den Ärmsten der Armen zu helfen.

Meine Damen und Herren! Sie werden von unserem Pakt für Wachstum und Beschäftigung in den nächsten Monaten noch viel hören. Es wird sicherlich Gelegenheiten geben, insbesondere im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte, das zu diskutieren, und ich freue mich schon sehr darauf, mit Ihnen diese Punkte zu erläutern.

(Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Man hat diesen Tagesordnungspunkt zum Anlass genommen – ich glaube, von der Rednerliste her wird die Kollegin Matzka-Dojder dann einen Antrag einbringen –, dass wir jetzt einmal auch über etwas ganz anderes kurz reden, nämlich über das Hochwasser in Südosteuropa, also in Kroatien, Serbien, Bosnien, und es freut mich ganz besonders, dass es hier gelungen ist, einen Vierparteien-Antrag einzubringen.

Warum? – Wir haben uns bemüht, wir haben einen Antrag vorbereitet, der Herr Bürgermeister hat auch schon vor zwei Tagen gesagt, er möchte eine Hilfe haben. Es gibt einfach Themen, da sollte man die Polemik außer Acht lassen. Da geht es nicht darum, dass der eine einen Antrag hat, da stimmen die nicht zu, und die anderen haben einen Antrag, da stimmen vielleicht die anderen nicht zu, sondern hier geht es wirklich ums Eingemachte. Es freut mich daher sehr, dass dieser Antrag von allen vier Parteien eingebracht wird, dass die Stadt Wien hier 400 000 EUR Soforthilfe für die betroffenen Gebiete gibt.

Es gibt auch eine große Hilfsbereitschaft in ganz Österreich. Auch meine Partei organisiert selbst Hilfstransporte. Viele Organisationen von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die auch aus diesen Gebieten kommen, organisieren schon laufend solche Transporte, und ich glaube, das ist auch wirklich notwendig, denn es hat doch sehr arme Gebiete betroffen.

Ich selbst bin Projektleiter eines EU-Projekts in Banja Luka, aber für ganz Bosnien-Herzegowina. Und wenn wir jetzt nur von diesem Land reden, so besteht da schon eine große Mitverantwortung für die EU, denn das Land ist ja so, wie es ist, in Wirklichkeit nicht lebensfähig. Man muss sich nur vorstellen, welche Bürokratie dort herrscht. Es gibt ja diesen Kommissar, der über allem drüber sitzt, es gibt eine Landesregierung, wo es für jeden Ministerposten sowohl einen kroatischen als auch einen serbischen und einen bosnischen Minister gibt, es gibt eine Föderation zwischen Bosniern und Kroaten, wo es wieder Minister gibt für alles doppelt, und es gibt die Republika Srpska, wo es wieder alles gibt. Und dann gibt es einen Ältestenrat. Also es ist schrecklich! In Wirklichkeit hat dieses Land in der jetzigen Form – da sage ich jetzt meine persönliche Meinung – keine Zukunftschancen.

Ihr könnt euch alle erinnern, wo Häuser angezündet wurden, ich glaube, in Tuzla, von der Jugend, weil sie keine Arbeit hat. Die, die dort eine Arbeit haben, verdienen vielleicht 600 EUR, wenn sie nicht irgendwelche speziell korrupten Menschen sind. Die, die keine Arbeit haben, die haben auch keine Aussicht auf irgendeine Arbeit. Da gibt es nicht so ein Sozialsystem wie bei uns, und wenn halt etwas kaputt ist, dann haben wir eine Versicherung, eine Haushaltsversicherung. Das gibt es ja dort alles nicht. Wer soll das alles zahlen? Mit nichts

kann man nichts zahlen.

Allein 2 000 Häuser sind dort weggerutscht, Existenzen sind weggerutscht. Ein Viertel von Bosnien-Herzegowina ist unter Wasser. Von all den Tieren wollen wir jetzt gar nicht reden. Allein in Slawonien haben sie jetzt 300 Hunde gerettet, nur in diesem hinteren Teil von Slawonien. Da ist ja nur der eine Teil betroffen. Da sind zum Teil Dämme gebrochen, da ist das Wasser binnen Minuten meterhoch gestiegen. Was da an Haustieren verendet ist! Jetzt tauchen sie hinunter in die Fluten, um die angeketteten Kühe loszumachen und die Kadaver hinaufzubringen.

Also das sind ja alles Existenzen, die hier gefährdet wurden, die Existenzen eines Viertels eines Volkes bei Serbien. Und Slawonien ist auch nicht der reichste Teil von Kroatien, sondern ganz im Gegenteil, neben Lika mit Sicherheit der ärmste Teil von Kroatien.

Deswegen ist es mir persönlich auch ein großes Anliegen, wie gesagt, in meinem Projekt ein bisschen Hilfe zu geben. Man kommt sich ja fast schäbig vor, wenn man so als gut situiertes Österreicher da nach Banja Luka fährt und mit Leuten dort redet und weiß, dass die alle nichts haben. Und nicht nur nichts haben, sondern – und das ist es, was ich der EU ankreide – eigentlich auch keine Chance haben, dass sich irgendwas ändert in Zukunft. Da gehört dringend etwas gemacht.

Wir haben jetzt gehört, Serbien kann aus irgendeinem Fonds Geld kriegen von der EU, Bosnien kann angeblich Geld kriegen von der EU. Da habe ich aber in der Zeitung gelesen, da wird erst geprüft, wie die Schäden sind, das kommt erst im August. Die Soforthilfe ist wichtig! Ich weiß, viele von Ihnen machen das auch in anderen Organisationen, wir auch.

Trotzdem freue ich mich, dass wir hier die Parteipolitik außer Acht gelassen haben und einen Vier-Parteien-Antrag für eine Soforthilfe der Stadt Wien formuliert haben. – Danke schön. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Für alle, die sich jetzt wundern, warum das bei diesem Tagesordnungspunkt, eigentlich nicht ganz geschäftsordnungskonform, an der Tagesordnung ist, will ich nur für's Protokoll und auch für die, die es nicht wissen, sagen, dass in der Präsidiale vereinbart wurde, dass bei diesem Tagesordnungspunkt auch zu diesem Thema, einem sehr traurigen Thema, gesprochen werden kann, auch wenn es nicht unbedingt etwas mit dem Geschäftsstück zu tun hat. Welcher Antrag dazu eingebracht wird, wird uns jetzt gleich die Frau GRin Matzka-Dojder sagen. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Anica **Matzka-Dojder** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch ich bin sehr dankbar, dass ich bei diesem Poststück das Wort ergreifen darf. Auch ich, Herr Kollege Ebinger, bin sehr froh, dass wir in diesem Gremium zu diesem Beschluss gekommen sind, einen gemeinsamen Resolutionsantrag einzubringen.

Der Herr Bürgermeister hat schon am Montag in der Landeshauptleutekonferenz diese Initiative ergriffen. Ich

habe heute in der Früh oder schon davor mit dem Herrn Bürgermeister gesprochen, und er hat gesagt, ja, Wien hat sich entschlossen, diese 400 000 EUR als Sofortmaßnahme zur Verfügung zu stellen, und er war der Meinung, dass man bezüglich der Hilfe jetzt weder von den Bundesländern noch von den politischen Parteien irgendwelche Überholmanöver veranlassen soll, sondern dass wir hier gemeinsam, so wie es einer demokratischen Institution, so wie es Politikern und Politikerinnen mit sozialem Gewissen zusteht, den Menschen in dieser Tragödie in der Nachbarschaft sofort Hilfe leisten sollen. Der Bürgermeister hat gesagt, von vielen Ländern werden – und viele Länder haben es schon getan – Trupps entsandt, die jetzt dort unter schwierigsten Bedingungen schauen, mit Sofortmaßnahmen diesen Menschen unter die Arme zu greifen.

Es sind sehr viele Menschen zu Tode gekommen, wie der Herr Kollege Ebinger gesagt hat, und sehr viele Menschen haben schon zum wiederholten Male ihre Existenzgrundlage verloren. Kaum haben sich die Regionen bemüht, dort Arbeitsplätze zu errichten, sind sie durch diese Katastrophe wieder zerstört worden.

Ich danke allen, die sich an dieser Hilfe beteiligen, egal, in welcher Form. Ich war am Wochenende mit vielen Menschen in der Zentrale des Arbeiter-Samariter-Bundes im 15. Bezirk. Sie können sich nicht vorstellen, was sich dort abgespielt hat, denn die Menschen aus diesen Regionen hatten viel bessere Informationen, als wir sie durch Medien erhalten haben. Viele haben mich persönlich angerufen, wissend, dass ich schon damals in diesen Kriegswirren die Projekte koordiniert habe, und haben gefragt, wohin sie sich wenden sollen. In dritter Generation hier lebende Menschen haben gesagt, meine Großeltern sind in Obrenovac oder meine Eltern.

Und da habe ich etwas erlebt, was wirklich auch eine Chance ist in dieser großen Tragödie: Unabhängig von allen ethnischen oder religiösen Gruppen haben sie gemeinsam dort Sachen gesammelt für die Opfer der Flut in Südosteuropa. Der Arbeiter-Samariter-Bund hat ihnen sofort Räume und Infrastruktur zur Verfügung gestellt, die Volkshilfe hat sofort Lager eingerichtet, wo die Menschen, die völlig unkoordiniert, aber mit besten Absichten Sachen gebracht haben, diese abgeben konnten, damit – wie Sie gesagt haben, Herr Kollege Ebinger – sofort irgendwelche Hilfe vor Ort gebracht werden kann. Man hat persönliche Appelle gekriegt von den betroffenen Menschen. Es haben Angehörige, die in Wien leben, angerufen und haben gesagt, sie wissen nicht, was sie tun sollen. Das Wasser steigt, und es ist niemand da.

Es ist auch ganz, ganz wichtig, dass wir hier nicht irgendwie politisches Kleingeld daraus schlagen wollen, sondern mit einem gemeinsamen Resolutionsantrag die Stadt in dieser Soforthilfe unterstützen. Vielen Dank an alle Fraktionen, vielen Dank, dass ich mich hier an Sie alle wenden darf. Ich kenne viele Menschen, ich bin persönlich sehr betroffen.

Ich möchte aber von dieser Stelle aus und heute schon an alle appellieren: Soforthilfe ist wahnsinnig wichtig, damit diese Tragödie gemildert wird, damit den Men-

schen geholfen wird, aber vergessen wir nicht, dass diesen Menschen durch diese Katastrophe wirklich für lange Zeit ihre Existenzgrundlage zerstört wurde und dass sie Hilfe auch später brauchen werden. Ich werde gemeinsam mit den Künstlerinnen und Künstlern nicht nur aus diesen Regionen, aber auch aus diesen Regionen, die sich bei mir gemeldet haben und gefragt haben, wie sie sich einbringen können, sicherlich schauen, dass ich ihnen eine Auftrittsmöglichkeit für Benefizveranstaltungen ermögliche, und ich danke meinem Klub, der sich sofort bereit erklärt hat, mich dabei zu unterstützen.

Es sind jetzt natürlich 17 europäische Länder in diese Sofortmaßnahmen eingebunden, aber ich bin der Meinung, dass das auch ein Teil Europas ist und dass wir als eine reiche Region einfach nicht zuschauen können, wie die Menschen an ihrem Schicksal verzweifeln. Deswegen begrüße ich das wirklich von ganzem Herzen. Vielen Dank! Ich hoffe, Sie werden auch zu diesen Konzerten oder was immer es da geben wird, kommen und uns damit auch auf diese Art und Weise unterstützen, dass wir für diese hunderte oder tausende Menschen, die sehr betroffen sind, aber auch was tun wollen, eine Plattform schaffen, wo sie nachhaltig helfen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, vielen Dank für diese großartige Unterstützung. Hiermit bringe ich diesen Resolutionsantrag aller vier Fraktionen im Gemeinderat ein. Vielen Dank für die Unterstützung! *(Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und von GRin Mag Dr Barbara Kappel.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Franz **Ekkamp**: Herr Vorsitzender! Geschätzte Damen und Herren!

Wie es so üblich ist bei einem Geschäftsstück, das zentral diskutiert wird und bei dem der Berichterstatter sehr aufmerksam zuhören muss und der Bogen etwas weiter gespannt werden darf – und das ist auch gut so, glaube ich –, möchte ich schon einige Bemerkungen zu dem machen, was hier von den einzelnen Rednerinnen und Rednern gesagt worden ist, ohne persönlich Namen zu nennen. Das entspricht auch einer gewissen Qualität dieses Hauses.

Man kann durchaus kritisieren, ich meine, es ist sogar gut in einer Demokratie, wenn die Parteien unterschiedliche Auffassungen haben und dass auf sachliche Art und Weise diskutiert wird. Man muss aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es Mehrheiten gibt, und Mehrheiten entscheiden auch in einer Demokratie. Mir ist da einiges aufgefallen bei der Argumentation. Soweit es sachlich ist, ist es auch in Ordnung, wenn es aber persönlich wird, wenn man versucht, irgendwelche Abgeordneten oder Mitglieder der Stadtregierung persönlich zu diffamieren oder zu beleidigen, dann ist das nicht in Ordnung, geschätzte Damen und Herren. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber eine politische Verantwortung gibt es schon!)* Dann sollte man durchaus einen anderen Weg wählen, einen Weg, der eben der Würde dieses Hauses entspricht.

Mir ist aufgefallen, von Rednern der ÖVP zum Beispiel, dass zwar nicht persönliche Angriffe gekommen

sind, sondern Kritik zum PPP-Modell. Ja, es ist ein Weg, wie man etwas finanzieren kann in der Zukunft. Ich kann mich noch erinnern an eine Zeit – ich bin schon sehr lange in diesem Haus –, da gab es eine SPÖ-ÖVP-Stadtregierung, und ich weiß, der damalige Vorsitzende des Planungsausschusses – ich kenne ihn persönlich sehr gut, aber ich nenne keine Namen; viele werden ihn noch immer kennen –, der hat das PPP-Modell gelobt, gelobt, gelobt, gelobt. *(Zwischenruf von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.)* Na ja, das Problem ist – aber das wurde auch im Finanzausschuss und in anderen Bereichen schon des Öfteren diskutiert –, wenn es ein PPP-Modell gibt, dann sind Private dabei, und ob sich Private so kontrollieren lassen, das ist eine andere Frage. – Eine Bemerkung.

Eine zweite Bemerkung geht an die FPÖ, geschätzte Damen und Herren. Wenn man einen Pakt für Wachstum fordert, dann ist das durchaus okay. Das wird wahrscheinlich jeder unterschreiben und nichts dagegen haben. Ich glaube, es gibt keine Partei hierherinnen in diesem Haus, die nicht für mehr Wachstum ist. Wir kennen aber gewisse Rahmenbedingungen, die Wien gar nicht so beeinflussen kann. Und jetzt muss man nachdenken, wie man das vorantreiben will.

Auf der einen Seite fordert man die Abschaffung, die Beendigung der Valorisierung, also immer dort, wo die Stadt zuständig ist. Erst vor Kurzem habe ich wieder einen Brief betreffend die Kfz-Haftpflichtversicherung bekommen. Da steht drinnen – das ist halt einfach so –, dass um 2,4 Prozent automatisch erhöht wird, obwohl die Gesamtinflation nicht so hoch war, sondern nur in der Kfz-Branche. Aber darüber wird nicht geredet.

Man soll auch nicht vergessen, wenn man die sogenannte U-Bahn-Steuer abschafft, dass dieses Geld, das hier eingenommen wird, direkt in Aufträge für die Wiener Wirtschaft fließt und dadurch auch wieder Arbeitsplätze gesichert werden.

Und wenn man fordert, dass die Energie billiger werden soll, dann möchte ich schon daran erinnern – man kann alles fordern, man kann auch fordern, dass zum Beispiel Diesel oder Benzin billiger wird –, da gibt es einen Wettbewerb, da gibt es natürlich auch die Möglichkeit, einen Anbieter zu wechseln. Ein reiner Wettbewerb.

Wenn man solche Forderungen aufstellt, dann soll man doch auch nachdenken, wie das in einer Zeit war, wo man selbst Verantwortung gehabt hat. Ich kann mich noch erinnern, dass gerade im Bereich der Energien Energiesteuern zwischen 2000 und 2007 zwei Mal erhöht worden sind. Das muss man auch dazusagen.

Gleichzeitig fordert man ein Sonderinvestitionsprogramm oder ein Hilfspaket für die Wirtschaft. Ist in Ordnung. Aber wie soll man das finanzieren, wenn man gleichzeitig die Einnahmen reduziert? Das ist ein großes Problem, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dass Wien nicht so schlecht sein kann, zeigt sich zum Beispiel daran, dass wir eine hohe Beschäftigungsquote haben – ersparen Sie mir jetzt Vergleiche oder einen Benchmark mit anderen Bundesländern; das wird wahrscheinlich bei der Rechnungsabschlussdebatte passieren –, dass wir eine hohe Wertschöpfungsquote

besitzen in Wien und dass wir in Wien das höchste Bruttoregionalprodukt aller Bundesländer haben. Das zeigen auch die Betriebsansiedlungen. Wenn Wien so schlecht wäre, würden sich doch keine internationalen Betriebe mehr ansiedeln. Erst jetzt wieder haben wir einen neuen Rekord mit 133 neu angesiedelten internationalen Betrieben. Das sind weitaus mehr als 50 Prozent in ganz Österreich. Und dass Wien um faktisch 25 000 pro Jahr wächst, zeigt auch, dass Wien nicht so unattraktiv sein kann.

In diesem Sinne – jetzt mache ich es ganz kurz – ersuche ich trotzdem um Zustimmung zu diesem Geschäftsstück.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der Postnummer 40 der Tagesordnung die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist mit der Regierungsmehrheit so beschlossen.

Es liegt ein Beschluss- und Resolutionsantrag der GRe Matzka-Dojder, Reindl, Wehsely, Akkilic, Margulies, Vana, Aichinger, Ebinger und Gudenus bezüglich der Hochwasserhilfe der Stadt Wien vor. Hier sollen 400 000 EUR als Soforthilfe für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig, und der Antrag ist angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 39 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Fortführung des Wien-Büros in Tokio für 2015 bis 2017. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Ekkamp, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Franz **Ekkamp**: Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Dr Kappel. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Die Gemeinde Wien betreibt seit dem Jahr 1991 ein Wien-Büro in Tokio, welches in den Räumen der Österreich Werbung in Tokio untergebracht ist. Die Dotierung dieses Büros für insgesamt drei Jahre, sprich, für den Zeitraum 2015 bis 31. Dezember 2017, wurde im letzten Finanzausschuss beschlossen. Unsere Fraktion hat dieser Dotierung nicht zugestimmt. Wir haben der Dotierung auch schon vor drei Jahren nicht zugestimmt, und zwar aus ganz bestimmten Gründen, die ich Ihnen hiermit gerne erläutern möchte.

Vielleicht noch dazu als Information, die sehr wesentlich ist. Dieses Büro wurde elf Jahre lang, nämlich von 1991 bis 2012, also bis 1.1.2012, von der Wirtschaftskammer und der Gemeinde Wien gemeinsam dotiert. Die Wirtschaftskammer Wien ist mit 2011 aus dieser Dotierung mit der Begründung ausgestiegen, dass der Schwerpunkt jetzt zu sehr auf touristischen Aktivitäten läge und das würde für eine Dotierung seitens der Wirtschaftskammer nicht ausreichen.

Die allgemeine Aufgabenstellung dieses Wien-Büros in Tokio ist folgende: Die touristische Vermarktung und

Verkaufsförderung Wiens in Japan, die Planung, Durchführung und Mitwirkung bei gesellschaftlichen Veranstaltungen und die Förderung des direkten Absatzes von Produkten der Wiener Wirtschaft in Japan. Das Dotierungsvolumen beträgt 900 000 EUR, auf 3 Jahre heruntergebrochen, sind das 300 000 EUR pro Jahr.

Für den Wien-Tourismus ist Japan zweifellos ein wichtiger Markt, denn 2,4 Prozent des Nächtigungsvolumens im letzten Jahr in Wien kamen aus Japan. Sie wissen, das Nächtigungsvolumen 2013 betrug 12,7 Millionen, davon entfallen, wie soeben erwähnt, 2,4 Prozent aus Japan.

WienTourismus insgesamt – vielleicht noch zur Erläuterung – betreibt Marketing in 23 Ländern und hat dafür ein Budget von 13,6 Millionen EUR. Neu und der Hotspot des Marketings des WienTourismus ist Südkorea mit enormen Wachstumsraten. Das ist also der Hoffnungsmarkt in Südostasien. Ich werde dazu auch in der strategischen Berichterstattung, warum wir nicht der Meinung sind, dass dieses Büro dotiert werden soll, eingehen.

Japan ist, wie gesagt, ein Markt im Auslandsfokus des WienTourismus. Japan ist auch ein Markt, der in der Auslandskooperation von WienTourismus von Austrian Airlines unterstützt wird. Es gibt insgesamt 18 Länder, in denen das Marketingbudget von WienTourismus durch Austrian Airlines unterstützt wird. Austrian Airlines tragen dabei immer 60 Prozent des Volumens. Auch für Tokio tragen sie 60 Prozent des Volumens, allerdings nicht für dieses Büro.

Gehen wir noch einmal auf die Gästestatistik ein. Diese Statistik zeigt, dass Japan aus unserer Sicht und aus einer strategischen Zielführung nicht der richtige Markt ist, um ein solches Wien-Büro zu rechtfertigen. Zu hinterfragen ist, ob ein solches Büro überhaupt notwendig ist. Auf der Website der Österreich Werbung, die ich mir genauestens angeschaut habe, war über das Wien-Büro nicht wirklich etwas zu finden. Für 900 000 EUR für 3 Jahre hätte ich mir eigentlich etwas mehr erwartet.

Wenn Sie sich die Gästestruktur in Wien anschauen – ich sagte schon, 12,7 Millionen Nächtigungen gab es im vergangenen Jahr –, so werden Sie sehen, dass 67 Prozent der Gäste aus Europa kommen. 18 Prozent davon sind aus Österreich und 20 Prozent aus Deutschland. Okay, Wien ist in Österreich, und in Deutschland hat WienTourismus, also die Gemeinde Wien, kein Büro. 20 Prozent der Gäste kommen von dort, 67 Prozent der Gäste aus dem Rest Europas.

Von außerhalb Europas – auch eine sehr interessante Sichtweise – kommen die meisten Gäste Wiens aus Russland. Ich sprach zuerst schon die Problematik der Sanktionen an. Bitte vergessen Sie nicht, 709 000 Gäste in Wien kamen im letzten Jahr aus Russland, das sind 6 Prozent. (*Zwischenruf von GR Dr Kurt Stürzenbecher.*) Russland wird bei der Wien-Betrachtung ausdrücklich nicht als Europa gesehen. Nochmals, 6 Prozent der Gästeübernachtungen kommen von russischer Seite, und ist somit die größte Gruppe außerhalb Europas. Dort jedoch gibt es kein Büro. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Russland gehört aber schon zu Europa!*) Es gehört zum Teil dazu, wird aber in der Statistik des WienTourismus

als außereuropäisch gerechnet, und deshalb tue ich das auch hier, weil es sonst kein guter Vergleich wäre.

Von den 12,7 Millionen kommen 658 000 Gäste aus den USA. Das ist mit 5 Prozent der Nächtigungen die zweitgrößte Nächtigungsgruppe.

Wie wir sehen können, ist Europa mit 67 Prozent an Nächtigungen ohnedies die wichtigste Gruppe. Von außerhalb Europas kommen 6 Prozent aus Russland und 5 Prozent aus den USA.

Lassen Sie uns jetzt Asien betrachten. Die drittstärkste Gästegruppe sind Japaner. 306 000 Japaner waren im letzten Jahr hier. Damit ist Japan bis jetzt noch der stärkste Markt in Asien, allerdings mit abnehmender Tendenz. Die Zuwachsrate der japanischen Gäste – das geht aus der Statistik von Wien-Tourismus für 2007 bis 2013 hervor – lag im Zeitraum von 2007 bis 2013 bei 12 Prozent. Die Zuwachsrate der südkoreanischen, aber auch der chinesischen Gäste lag in diesem Zeitraum wesentlich höher. Im letzten Jahr konnten in Wien 208 000 Nächtigungen chinesischer Gäste vermerkt werden. Das ist ein Anteil von 1,6 Prozent, das heißt, um 0,8 Prozent geringer als die der japanischen Gäste. Die Zuwachsrate der chinesischen Gäste liegt allerdings bei 176 Prozent, weshalb man vielleicht andenken sollte, ein Büro in China zu eröffnen – wenn überhaupt.

Nicht zu vergessen, die Südkoreaner. Selbst für Tourismus-Direktor Kettner ist Südkorea der große Hoffnungsmarkt. Südkorea hatte im letzten Jahr insgesamt 208 000 Nächtigungen in Wien, das bedeutet, 1 Prozent der Nächtigungen, mit einer Zuwachsrate von 231 Prozent. Man kann sagen, dass dies tatsächlich ein strategischer Wachstumsmarkt ist und deshalb als solcher zu betrachten ist.

Aus diesem Grunde sagen wir: Die strategische Ausrichtung ist falsch. Es ist nicht zielführend, ein Wien-Büro in Tokio zu haben. Wenn man schon ein Büro in Asien haben möchte, sollte man dieses in Südkorea oder in China eröffnen. Das entspricht aber auch nur einem kleinen Teil der Gäste, die nach Österreich kommen. 67 Prozent der Gäste sind Europäer, davon 20 Prozent Bundesdeutsche und 18 Prozent Österreicher. Deshalb sollte hier der Fokus liegen, und hier sollten die Marketing-Aktivitäten gesetzt werden. Wir brauchen kein Wien-Büro in Tokio. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Franz **Ekkamp**: Frau Vorsitzende! Geschätzte Damen und Herren!

Ich denke, bei diesem Geschäftsstück handelt es sich um eine Weiterführung einer durchaus erfolgreichen Aktion im Tourismus. Wenn man sich die Zahlen ansieht und Vergleiche anstellt, dann muss man, glaube ich, zu dem Schluss kommen, dass man das weiterführen muss. Ein Ausstieg gerade aus einer Gesellschaftsgruppe aus Asien wäre für die Wiener Wirtschaft, insbesondere für die Tourismusbranche, durchaus ein schlechter Weg.

Wenn man sich vor Augen führt – man kann natürlich immer mit Prozentzahlen agieren –, dass es weit über 300 000 Nächtigungen in Wien aus dem japanischen

Bereich gibt, und wenn man noch einmal genau analysiert, dass 57 Prozent dieser Besucherinnen und Besucher in Vier-Sterne-Hotels absteigen und 23 Prozent dieser Besuchergruppe sogar in Fünf-Sterne-Hotels absteigen, dann sagt das mehr aus als ein paar Vergleichszahlen mit Prozentsätzen.

Und wenn man noch einmal gegenrechnet, was denn der Einsatz für, sagen wir, 300 000 EUR im Jahr ist, wenn man ein Produkt, sprich, die Dienstleistung bei uns als Besucherin und Besucher bewirbt für die schöne Stadt in Wien, und kommt dann auf einen Nettonächtigungsumsatz von 18 Millionen, dann, glaube ich, spricht dieses Verhältnis von 300 000 zu 18 Millionen doch eine eindeutige Sprache.

Natürlich steigen – das ist auch schon von der Vorrednerin gesagt worden – die Zahlen gerade in diesem Bereich weiter, aber es schließt ja das eine das andere nicht aus. Das heißt, dass man auch in anderen Bereichen noch intensivieren muss und auch Werbung machen wird. Aber eines wäre ganz schlecht: Dass man gut gehende Bereiche einfach abschneidet. Wenn es nicht mehr funktioniert, dann muss man sowieso nachdenken über Veränderungen. Aber gut gehende Bereiche sollte man weiter bewerben – zum Wohle unserer Arbeitsplätze in der Stadt, zum Wohle auch der Wiener Wirtschaft.

Ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters, also der Postnummer 39, die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Dies ist mehrstimmig, mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP, so angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Bericht über die Behandlung der im Jahr 2013 eingebrachten Petitionen. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Mag Ramskogler, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Mag Sonja **Ramskogler**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie!

Ich freue mich, dass wir heute den ersten Bericht des Petitionsausschusses diskutieren dürfen. Ich möchte hier betonen, dass es erstmalig und einmalig ist, dass wir so einen Bericht vorliegen haben. Wir alle freuen uns sehr, dass er auch so viele Petitionen beinhaltet – es sind 49 an der Zahl –, und ich denke, dass der Ausschuss in einer konstruktiven Arbeit immer wieder versucht hat, hier auch konstruktive Ergebnisse zu erzielen.

Es ist natürlich so, dass nicht alle Petitionen zu 100 Prozent erfüllt wurden. Nichtsdestotrotz haben wir mit vielen Einholungen von Stellungnahmen und auch einigen Ladungen von Petenten versucht, objektiv alle Petitionen gleichwertig zu behandeln und auch alle Petitionen dementsprechend hier vorkommen zu lassen.

Ich bitte um eine konstruktive Diskussion und freue mich über eine sachliche Auseinandersetzung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Holdhaus.

Ich erteile es ihr.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Gerade 17 Monate jung ist unser Wiener Petitionsgesetz, und insofern ist das, wie Sie gerade erwähnt haben, heute für das Petitionsrecht in Wien schon ein besonderer Tag, weil eben heute das erste Mal ein Jahresbericht präsentiert und auch zur Kenntnis genommen wird.

Endlich, sage ich, dürfen die Wienerinnen und Wiener Petitionen an die Wiener Stadt- beziehungsweise Wiener Landesregierung richten. Dafür möchte ich mich bei Rot und Grün bedanken, bedanken dafür, dass sie dieses eingeführt haben, obwohl sie es lange eigentlich gar nicht wollten. Denn wenn man bedenkt, dass es in Wien jetzt seit 17 Monaten ein Petitionsrecht gibt, auf Bundesebene schon seit über 30 Jahren, glaube ich, in dieser Form, dann hätte es das eigentlich schon früher geben sollen. Aber lieber spät als gar nicht. Und insofern freuen wir uns, dass es endlich geklappt hat, gerade und insbesondere – dafür möchte ich mich bei meiner eigenen Fraktion sehr herzlich bedanken – auf Grund der Hartnäckigkeit und der immer wieder gestellten Forderung der ÖVP. Im Besonderen bedanke ich mich hier bei dir, lieber Fritz, und bei auch beim Kollegen Ulm für die Vorarbeit und natürlich auch bei der FPÖ, die hier auch immer wieder das Petitionsrecht in Wien eingefordert hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bedanken möchte ich mich ad personam auch beim ehemaligen Gemeinderat und heutigen Abgeordneten zum Nationalrat Harald Troch und seiner Nachfolgerin und jetzigen Ausschussvorsitzenden, Frau Ramskogler, für die, wie Sie schon gesagt haben, sehr konstruktive Zusammenarbeit und sachliche Vorsitzführung, die ich, auch wenn ich noch nicht so lange in diesem Ausschuss bin, doch diejenigen Male, die ich schon dabei sein durfte, kennen lernen konnte.

Es gab auch Bemühungen, die Opposition mehr einzubinden – das war ja auch ein Vorsatz von Ihnen, Frau Kollegin Ramskogler, den Sie bei Antritt Ihrer Vorsitzführung geäußert haben, dass Sie die Opposition mehr einbinden möchten –, umso mehr – das muss ich jetzt leider doch erwähnen –, war ich doch etwas überrascht über die jüngste Aussendung, in der Sie gesagt haben, dass das Petitionsrecht weder ein Wunschkonzert noch ein Instrument – ach, Verzeihung, das war die Frau Kickert, das waren nicht Sie; ich korrigiere –, wo jedenfalls erwähnt wurde, dass das Petitionsrecht weder ein Wunschkonzert noch ein Instrument für die Opposition sei, gegen die Wiener Stadtregierung vorzugehen.

Umso trauriger, sage ich jetzt einmal, dass es von den Kollegen der Grünen Fraktion kam, weil immerhin ihre Fraktion ja auch das Ressort für Bürgerbeteiligung inne hat. Ich denke mir, dass gerade das Petitionsrecht sehr wichtig ist und eigentlich eher ein Wunschkonzert sein soll, oder wie auch immer man es nennen mag, bei dem der Bürger und die Bürgerin die Möglichkeit und das Recht haben, Wünsche an die Stadt oder an das Land

zu richten.

Insofern ist vielleicht der Begriff Petition gar nicht der richtige, denn der widerspiegelt nämlich genau diese Haltung, dass man eine Bittschrift abgibt oder ein Gesuch (*Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.*), aber nicht, dass man sich von der Stadtregierung oder von der Landesregierung etwas wünscht. Das wäre ja eigentlich das Richtige, denn immerhin ist der Bürger hier nicht der Bittsteller, sondern der Bürger und die Bürgerin oder der Wiener und die Wienerin sind eigentlich diejenigen, die das gute Recht haben, dass wir als Abgeordnete das umsetzen, was sich die Bürger wünschen, und nicht umgekehrt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn man hier wieder so ein bisschen durchhört, dass die Stadtregierung keine Kritik verträgt oder dass alles, was an sie gerichtet wird, immer gleich eine Kritik ist, dann ist das genau diese Haltung, die eben auch die Wienerinnen und Wiener leider Gottes immer wieder und noch immer erkennen. Ich zitiere hier eine Aussage von einem Petenten, der gesagt hat: „Von unserer Petition wurde nun Abstand genommen. Es scheint, der Petitionsausschuss hat sein Minimum getan, um nicht als obsolet zu gelten. Leider ist in der Wiener Stadtpolitik weiterhin nicht die Sache, sondern die Partei im Vordergrund.“

Ich denke, gerade hier sollten wir gemeinsam daran arbeiten, dass der Petitionsausschuss eben sachlich agiert und sachlich handelt, und nicht jede Forderung oder jeder Wunsch parteipolitisch von der Stadtregierung abgetan wird.

Dass wir alle bereit sind, uns weiterzuentwickeln, zeigt die Novelle, die wir demnächst, nämlich im nächsten Landtag, einbringen werden, die gerade in die Richtung von mehr Transparenz geht durch die Veröffentlichung der Stellungnahmen, durch die Veröffentlichung der Beantwortung und auch durch den Jahresbericht. Hier glaube ich, dass wir schon einen guten Schritt in die richtige Richtung gehen. Auch dass man innerhalb eines Jahres 500 Unterschriften zusammenbringen muss, ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt. Oder auch zum Beispiel, dass der Petent schon sehr frühzeitig die Information bekommt, ob er eben mit seinem Anliegen hier an der richtigen Stelle ist oder nicht.

Lustigerweise fand vor genau einem Jahr, am 23.5.2013, die erste Ausschusssitzung statt, und zwar damals schon mit 10 Petitionen. Insgesamt – das wurde schon kurz gesagt – wurden 49 Petitionen eingebracht, davon haben 22 im Jahr 2103 die nötigen 500 Unterstützungserklärungen zusammengebracht.

47 Stellungnahmen wurden eingeholt, 16 Petitionen abschließend behandelt, und 3 Petenten wurden eingeladen. Die Vorsitzführung hat betont, dass es toll ist, dass schon drei Petenten da sind. Ich würde mir wünschen, dass es mehr sind. Also von mir aus können es in Zukunft ruhig noch mehr Petenten sein, die die Möglichkeit haben, persönlich ihr Anliegen vorzubringen.

Ich möchte mich hier auch bei den Petitionswerbenden – auch wenn sie jetzt nicht da sind, aber vielleicht sitzt doch der eine oder andere auch beim Internet – dafür bedanken, dass sie sozusagen nicht aufgeben, ihre

Anliegen an die Stadt Wien oder an das Land Wien zu richten. Ich appelliere an die Wienerinnen und Wiener, sich nicht entmutigen zu lassen und weiterhin vom Petitionsrecht ganz stark Gebrauch zu machen.

In diesem Sinne möchte ich mich noch einmal abschließend auch bei der MA 26 und bei der MA 62 für die ausgesprochen gute Arbeit und den schönen ersten Bericht bedanken und freue mich auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit. Vielleicht kann sich der Petitionsausschuss ja auch noch ein bisschen in die Richtung entwickeln, dass auch die Opposition ein bisschen mehr Möglichkeiten hat, sich hier konstruktiv einzubringen. – Danke. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Anton Mahdalik.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren und ZuhörerInnen auf der Zuschauergalerie! Wir kennen uns ja größtenteils persönlich aus den unterschiedlichsten Anliegen.

Heute haben wir also den Bericht über das erste Arbeitsjahr des Petitionsausschusses vorliegen. Dazu ein bisschen eine Ergänzung zu den aufgezählten Zahlen von Frau Kollegin Holdhaus. Wir haben von den insgesamt 22 in Behandlung genommen Petitionen 16 abgeschlossen. Und weil es in vielen unterschiedlichen Publikationen – so nenne ich das jetzt einmal – immer so dargestellt wird, dass es nur bei zwei Petitionen Empfehlungen gegeben hätte, möchte ich schon der Form halber erwähnen, dass bei vier weiteren Petitionen die Behandlung abgeschlossen werden konnte, weil die Anliegen dieser Petitionen zum Teil oder sogar vollständig übernommen werden konnten. Also wenn wir jetzt die Frage in einer Positiv-Negativ-Skala einschätzen, dann können wir sagen, von 16 Petitionen wurden 6 positiv, nämlich wirklich im Sinne der PetitionswerberInnen, umgesetzt, und das sind immerhin 37,5 Prozent. Wenn man zusätzlich bedenkt, dass Petitionen an den Gemeinderat ja hauptsächlich zu Verfahren oder zu Entscheidungen gerichtet werden, für die in der Politik oder in der Verwaltung schon eine bestimmte Entscheidung getroffen worden ist, also sich gegen etwas richten, dann muss man das in diesem Lichte betrachtet schon auch als Erfolg sehen. Vor allem dann, wenn unter zehn Petitionen, die ich jetzt noch nicht behandelt habe, eine ist, die etwas eingefordert hat, was bereits rechtlich besteht, also bestätigt bekommen hat, das Recht ist da und wird nicht geändert, und eine Petition die Einhaltung von Bestimmungen in einem Bauverfahren kritisiert beziehungsweise angezweifelt hat und festgestellt werden musste, dass diese Bestimmungen sogar durch die weisungsungebundene Bauoberbehörde Wien bestätigt worden sind. Das heißt, in Summe sind acht Petitionen abgeschlossen worden, ohne die Ziele, die in der Petition vertreten worden sind, so umsetzen zu können, wie die Petentinnen und Petenten sich das gewünscht hätten.

Dazu möchte ich jetzt ausführen, was aus meiner Sicht das Petitionsrecht kann und können soll. Das Petitionsrecht ist aus meiner Sicht kein Instrument, um ver-

mutete Rechtswidrigkeiten aufzudecken oder zu untersuchen. Falls bei der Behandlung einer Petition so etwas auftauchen sollte, hat der Ausschuss natürlich das Recht, Empfehlungen auszusprechen, aber das Instrument dafür ist die unabhängige Staatsanwaltschaft.

Das Petitionsrecht ist auch kein Instrument, um den ordnungsgemäßen Ablauf von Verfahren der Verwaltung zu prüfen. Dafür gibt es den Stadtrechnungshof, den Rechnungshof, es gibt dazu auch den Kontrollausschuss des Gemeinderates. Das ist ein Irrtum, der, finde ich, in der Definition offensichtlich sehr häufig vorkommt.

Das Petitionsrecht ist weiters auch kein Instrument der direkten Demokratie, wie so oft behauptet wird. Es ist zwar ein Recht, in Form dieses neu bestehenden Petitionsgesetzes an einen neu gegründeten Ausschuss ein Anliegen, eine Idee und eine Kritik einzubringen, aber unter direkter Demokratie verstehe ich Instrumente, die in Entscheidungsverfahren Sachfragen entscheiden. Das ist das Instrument des Petitionsrechtes nicht. Zur Klarstellung: Ein Referendum, Initiativrechte oder Volksentscheide sind Instrumente der direkten Demokratie. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir in der öffentlichen Diskussion nicht immer alles miteinander vermischen würden, schon gar nicht dann, wenn es sich um ungerechtfertigte Kritik am Petitionsausschuss handelt.

Also das Petitionsrecht ist, wie gesagt, ein Instrument für die BewohnerInnen Wiens, ihre Anliegen, Wünsche und Kritik zu allen Angelegenheiten der Verwaltung der Gemeinde inklusive der Bezirke einzubringen, und ich bin froh, dass wir diese Form der Behandlung vor einem Jahr eingeführt haben, dass wir neben dem bestehenden demokratischen Grundrecht auf Petitionen in Wien eine zusätzliche spezielle Form geschaffen haben.

Und ja, Frau Kollegin Holdhaus, ich stehe dazu, dass der Petitionsausschuss kein Wunschkonzert ist, nicht im Sinne von „Sie wünschen, wir tanzen.“ Das, was der Petitionsausschuss machen soll, ist, diese Anliegen, egal, von wem sie stammen, und egal, wie elaboriert sie ausgeführt sind, aufzunehmen, zu beraten und zu sehen, was davon im Sinne der gesamten Stadt, im Sinne der Allgemeinheit umsetzbar ist. Das heißt nicht, dass ich die Anliegen von Einzelpersonen oder von Gruppen nicht anerkenne, es geht nur auch darum – und das ist meine Aufgabe als Politikerin –, diese Anliegen abzuwägen gegenüber auch anderen Anliegen oder auch anderen öffentlichen Bedürfnissen und Vorteilen in der Stadt.

Selbst wenn die Frau Holdhaus zitiert hat, dass leider nicht die Sache, sondern nur die Partei im Vordergrund stünde, dann weise ich das von meiner Seite her ganz strikt zurück. Ich behandle tatsächlich jedes Anliegen, egal, von wem es eingebracht wird, so objektiv wie möglich. Wir haben im Petitionsausschuss sogar sehr bald, nämlich, soweit ich mich erinnere, in der zweiten Sitzung, die Petition betreffend eine Befragung der gesamten Bevölkerung des 6. und 7. Bezirks zur Mariahilfer Straße mit einer Empfehlung abgeschlossen. *(Zwischenruf von GR Armin Blind.)* Nein, war es nicht! Das war im Mai des betreffenden Jahres. Wann haben wir den Beschluss gefasst? Im Dezember letzten Jahres. Also das war sechs Monate später. Das heißt, die Empfehlung des

Petitionsausschusses ist bereits sechs Monate vor dem tatsächlichen Beschluss getroffen worden.

Jetzt kann man nicht unbedingt sagen, dass die Stoßrichtung der Petition vielleicht einem Teil meiner Parteimeinung entsprochen hätte. Egal! Wir haben das beraten, und wir haben eine Empfehlung ausgesprochen, weil wir im Sinne der Sache diese Empfehlung für gerechtfertigt erachtet haben. Bei anderen Empfehlungen ist es klarer zu machen. Diese Empfehlungen sind in diesem Bericht noch nicht enthalten, aber wir emanzipieren uns auch schön langsam oder kriegen ein Gefühl dafür, was für Empfehlungen auch an andere ausführende Stellen ausgesprochen werden können.

Ich möchte noch auf zwei ganz spezifische Vorwürfe eingehen, die in der Diskussion auch immer eingebracht werden. Das eine ist, der Petitionsausschuss arbeite im Geheimen. Wir haben relativ bald in der Arbeit des Ausschusses festgestellt, dass es mit der Veröffentlichung der Stellungnahmen nicht so funktioniert, wie es eigentlich sein sollte. Nichtsdestotrotz hatten wir – ich nenne es jetzt einfach einmal „Dilemma“ – uns an die Geschäftsordnung des Gemeinderates zu halten. Die Lösung aus diesem Dilemma ist die Novelle des Petitionsgesetzes, und die wird in einem Monat beschlossen. Aber aus der Tatsache, dass wir uns an die bestehende Geschäftsordnung des Gemeinderates halten, einen Vorwurf zu machen und zu sagen, es wäre ein Geheimverfahren, finde ich weit hergeholt, denn aus meiner Sicht sollten sich auch die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen der Opposition an die Geschäftsordnung halten.

Und ein weiterer sehr beliebter Vorwurf ist, dass Petitionen abgeschmettert worden wären. In jeder dieser abschließenden Beantwortungen von Petitionen gibt es eine Begründung. Es kann durchaus sein, dass die Begründung nicht der Meinung oder der Auffassung der Petenten und Petentinnen entspricht. So ist das. Aber zu sagen, die Begründung oder die Meinung, die ein Ausschuss mehrheitlich getroffen hat, wäre ein Abschmettern oder wäre sozusagen ein unbegründetes Nicht-einmal-Behandeln, finde ich, ehrlich gesagt, nichtig, finde ich unfair. Sie können sagen, ich stimme Ihrer Begründung nicht zu, ich stimme Ihren Ansichten nicht zu. Aber es gibt keine abschließende Beantwortung, in der nicht gesagt worden wäre, warum, aus welchem Grund die Behandlung der Petition abgeschlossen wird, warum keine weitere Behandlung erfolgt. Das ist die Arbeit des Petitionsausschusses.

Wir werden weiterhin versuchen, in Zusammenarbeit mit allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten im Ausschuss so ernsthaft und lösungsorientiert wie möglich an die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger heranzutreten. Mit diesem Versprechen schließe ich auch am besten. – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Dr. Wansch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dr. Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal auf der Galerie und vor den Bildschirmen!

Ihre Teilnahme bereichert unsere Sitzung und unsere

Debatte, besonders auch zum vorliegenden Tagesordnungspunkt, und ich kann Ihnen einleitend sagen, die rot-grüne Stadtkoalition will, dass wir nur ein Mal im Jahr hier im Gemeinderat die Möglichkeit haben, über Petitionen zu debattieren, die restliche Debatte findet ausschließlich im Ausschuss statt. Sie haben von der Frau Kollegin Kickert die Interpretation der Geschäftsordnung gehört, nämlich eine Interpretation der Geschäftsordnung, dass es tatsächlich Geheimverfahren im Ausschuss sind, und daran wird auch die diskutierte bevorstehende Novelle des Petitionsgesetzes nichts ändern, denn hier wurde nur ein Minimalkonsens gefunden, und ich werde Sie im Lauf meiner Rede noch einladen, unseren weitergehenden Anträgen zur Novellierung des Petitionsgesetzes zu folgen.

Aber eine Frage drängt sich auf, wenn man die Wortmeldungen der Frau Berichterstatterin und der Frau Kollegin Kickert gehört hat. Mir drängt sich die Frage auf: Was ist eigentlich das Schlimmste für eine Politikerin oder für einen Politiker? Dann ist man versucht zu sagen: Na ja, dass er Wahlen verliert. Da sage ich, nein, das ist nicht das Schlimmste, denn das ist das Ergebnis des Grundfehlers. Der Grundfehler einer Politikerin oder eines Politikers ist, wenn er den Bezug zum Volk verliert. *(Beifall bei der FPÖ.)* Dann ist er nämlich in Gefahr, dass er sich nicht mehr Volksvertreter nennen kann *(Zwischenrufe und ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*, sondern dann ist er nur noch Vertreter von eigenen Interessen oder Interessen seiner Partei. Und wenn das Regierungspolitikerinnen und -politikern passiert, dann dient ihr Werken nur noch der Machterhaltung um jeden Preis. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Da kennt die FPÖ sich gut aus!)*

Und wie merkt man, dass Politikerinnen und Politiker den Bezug zum Volk verloren haben? Indem man sich ihre Presseaussendungen anschaut. Und da zitiere ich jetzt aus einer Presseaussendung des SPÖ-Klubs vor drei Tagen: „Ramskogler - SPÖ und Kickert - Grüne: Petitionsrecht ein voller Erfolg!“

Meine Damen und Herren! Diese Aussage schlägt dem Fass den Boden aus. Ich zitiere für alle hier im Raum, wenn sie diese Aussage „Petitionsrecht ein voller Erfolg“ hören, die Stimme von Wienerinnen und Wienern, im Konkreten von der Homepage der „Aktion 21“ vom 21. Mai 2014. Unter der Überschrift „Obrigkeitliche Frotzelei“ stellt Helmut Hofmann unter Berufung auf den aufgetauten Volkszorn über obrigkeitliche Präpotenz und Ignoranz, der bereits vor 166 Jahren, also 1848, zum Aufstand der Bürgerinnen und Bürger geführt hat, wörtlich fest: „Das alleine ist es aber nicht, was den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt die Zornesröte ins Gesicht treibt. Es ist der Umgang mit den Petitionen, der das Fass zum Überlaufen bringen wird, wenn sich nicht radikal etwas ändert.“

Wer hat nun recht, meine Damen und Herren? Die euphorische Aussage der rot-grünen Stadtpolitik oder die kritische Beurteilung eines Bürgers aus seinen Erfahrungen mit der Behandlung von Petitionen heraus?

Die Antwort ist einfach, die Antwort steht in dem vorliegenden Bericht. Die nackten Zahlen belegen, dass laut

Bericht im Jahr 2013 26 Petitionen behandelt wurden. Bei 20 Petitionen ist die Bearbeitung eingestellt, wie es im Bericht heißt, und diese Einstellung der Bearbeitung in der Regel gegen die Stimmen der FPÖ. Und in der Regel, und da lasse ich mich jetzt nicht auf diese statistische Spielerei und Prozentrechnung ein, und in der Mehrzahl ohne die beabsichtigten Anliegen der Bürger.

Wie erleben das jetzt die Wienerinnen und Wiener, die Bürger, dieses Verfahren? Das beginnt damit, dass Unterschriften mit viel Aufwand und Idealismus mühsam gesammelt und bei der zuständigen Magistratsabteilung eingereicht werden. Und dann hört man nichts, nichts, keine Einladung, keine Information, einfach nichts. Nach sieben Monaten bekommen sie ein Schreiben von der zuständigen Stadträtin Sandra Frauenberger, wo halt drinnensteht, dass die weitere Verhandlung eingestellt wurde. Das ist rot-grüne Transparenz, das ist rot-grüne Bürgernähe! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt kann man aber positiv denken, weil man ein positiver Mensch ist, und sagen, ja, aber in den sieben Monaten, die da vergangen sind, wird ja im Sinne des Bürgeranliegens eine Menge gearbeitet worden sein. Da schauen wir uns auch wieder den Bericht an und machen eine einfache mathematische Rechnung: Es hat im Jahr 2013 vier Sitzungen des Ausschusses gegeben, weil ich die konstituierende Sitzung nicht als Arbeitssitzung rechne. Eine Sitzung musste als von der FPÖ beantragte Sondersitzung stattfinden, weil monatelang keine Sitzung einberufen wurde. Obwohl 18 Petitionen zur Behandlung angestanden sind, musste eine Sondersitzung des Petitionsausschusses beantragt werden. Also sagen wir als Ergebnis: Vier Sitzungen. Wir sagen, eine Sitzung - aus Erleben wissen wir das - dauert zirka zwei Stunden. Dann rechnen wir 4 mal 2 sind 8 Stunden, 8 Stunden mal 60 Minuten sind 480 Minuten, und jetzt 480 Minuten durch 26 Petitionen, die bearbeitet wurden, wie es im Bericht steht, da sagt der Taschenrechner oder der Kopfrechner, das sind 18 Minuten je Petition.

Meine Damen und Herren! In 7 Monaten ist das Bürgeranliegen, wo mühsam hunderte, tausende Unterschriften gesammelt worden sind, 18 Minuten bearbeitet worden! Wie ist das möglich? Wie läuft das Verfahren ab? Um eine Vorstellung zu geben: Die Anträge der FPÖ auf Einladung der Petitions werber zur Präsentation ihrer Petitionen, ihrer Anliegen, wird ganz einfach mit der Mehrheit abgelehnt. Damit erspart man sich sehr viel Zeit, indem man dem Bürger, den Bürgerinnen die Möglichkeit nimmt, ihr Anliegen zu präsentieren. Dann sagt man, ja, wenn man schon nicht die Möglichkeit gibt, dass sie erklären, was ihre Absichten und Argumente sind, dann stellen wir ihnen doch die Stellungnahmen zur Verfügung. Im Bericht, ich habe mir die Zahl jetzt nicht gemerkt, wird ganz stolz angemerkt, welche hohe Zahl von Stellungnahmen von Stadträten, Bezirken und anderen Stellen eingeholt wurde. Dann stellen wir es doch zur Verfügung und geben den Petitions werbern die Möglichkeit, zu diesen Stellungnahmen ihre Äußerungen zu machen. Auch diese Anträge der FPÖ werden abgelehnt, Rot-Grün fährt drüber. Und dann bleibt tatsächlich am Ende nur noch übrig: Nach insgesamt 18 Minuten ist

das Petitionsanliegen erledigt.

Das ist geschehen, damit Sie auch ein Gefühl bekommen, wovon wir sprechen, weil so ein bisschen die Rede war: Ja, was sind denn Petitionen eigentlich und welche Gegenstände sollen sie haben, können sie haben? Es sind Petitionen dabei wie die Nominierung des Otto-Wagner-Spitals als UNESCO-Welterbe, die im Vorfeld von mehr als 70 000 Personen unterstützt wurde, noch immer jene mit den meisten Unterstützern ist und ohne Einladung der Petitions werber, ohne Zurverfügungstellung der Stellungnahmen einfach beendet wurde.

„Rettet Grinzing“, UNESCO-Welterbe, dasselbe Schicksal.

„Wirkungsvoller Schutz für historische Bauten und das Ortsbild in Schutzzentren“, eine ganz wichtige, wesentliche Initiative, weil man jeden Tag in den Zeitungen lesen kann, wie Wiener Kulturgut unwiederbringlich in den Ortskernen zerstört wird - beendet.

„Aufhebung der Sperre eines Fußweges auf den Schafberg“, der so genannte „Mauserlweg“ - beendet.

„Verbot des Straßenstrichs in der Brunner Straße“ - beendet.

Jede Petition wurde ohne Einladung der Petitions werber und ohne ihnen Gelegenheit zu geben, zu begründen, beendet.

Dasselbe passiert „In der Wies'n gegen Monsterbauten“. Und im Frühjahr des heurigen Jahres ereilte die Petition „Kein weiteres Hochhaus in Kaisermühlen“ dasselbe Schicksal, ebenso die Petition „Servitut Leopoldsdorf“, die Petition „Zur Änderung der Wiener Bauordnung“. Sie sehen, ganz egal, in welchen lebenswichtigen, sehr bürgernahen Bereichen, dort, wo die Bürger jeden Tag damit konfrontiert sind, wird nach 18 Minuten die Bearbeitung beendet.

Ich sage Ihnen, da steckt ein rot-grünes System dahinter. Da kommen wir jetzt dann so ein bisschen auf die Diskussion: Was ist die Petition? Ist die Petition Demokratie oder was ist das? Ich sage, das System lautet: Die rot-grüne Mitmachfalle, meine Damen und Herren! Die rot-grüne Mitmachfalle, kurz gefasst, bedeutet: Mitreden - ja, Mitentscheiden - niemals. Und das Ganze, diese Mitmachfalle nennen wir dann Partizipation. Die Bürger werden mit Partizipationsmodellen jeder Art beschäftigt: Es gibt Partizipationsmasterpläne, es gibt Hochglanzbrochüren, es werden Roadshows und Workshops veranstaltet, es werden Stadtpsychologinnen beschäftigt. Es wird von intensiven Vorarbeiten zu Bürgerbezirksbefragungen erzählt, wo man dann wieder aus nicht nachvollziehbaren Gründen Rechtsgutachten von Verfassungsrechtsprofessoren einholen muss. Am Ende ist das Ganze natürlich auf Kosten der Wienerinnen und Wiener! Dabei wäre es so einfach, meine Damen und Herren, besonders meine Damen und Herren bei den Roten und Grünen: Bekennen Sie sich ganz einfach zur Forderung der FPÖ nach vorbehaltloser Bürgerbeteiligung und Bürgermitbestimmung! Seien Sie bereit ... *(Beifall bei der FPÖ.)*

Seien Sie bereit, die Menschen in die politischen Entscheidungsprozesse einzubinden! Unterstützen Sie in der Landtagsitzung im Juni die entsprechenden Anträ-

ge, Zusatzanträge der FPÖ zur Novellierung des Petitionsgesetzes, diese Novellierung mit dem Ziel, dass das Petitionsrecht zum wirkungsvollen Recht der Bürgerinnen und Bürger gemacht wird, ihre Anliegen an die politischen Entscheidungsträger heranzutragen! Damit ist es aber noch nicht abgetan, dass man es herantragen darf, das wäre dann diese „Bittschrift“, sondern Petition ist so zu verstehen, dass die Anliegen mit dem verbindlichen, und ich betone „verbindlichen“ Zweck und Ziel herangezogen werden, dass sie in die Entscheidungsfindung einfließen. Ich sage, das ist die Möglichkeit, das müssen wir gemeinsam schaffen, das sind wir den Wienerinnen und Wienern schuldig! Insbesondere wenn wir jetzt schauen und wissen, dass Petitionen wie beispielsweise die Petition „Rettung des Steinhof-Ensembles“, die Petition zur „Nutzung des Westbahnhof-Geländes“, die Petition „Nein zum Hochhausprojekt Hotel Intercontinental“ und zu dem „Bauprojekt Eislaufverein“ - da gibt es ja mehrere Petitionen -, und die Petition „Rettet den Stefflblick“ entweder in Bearbeitung oder gerade in der Phase der Unterschriften- und Unterstützungssammlungen sind.

Wir müssen es schaffen und es würde bei der bestehenden Rechtslage schon gehen, dass die Petitionswerber dieser Petitionen eingeladen werden und ihre Argumente sagen können, und dass sich die Politik für die Anliegen der Bürger Zeit nimmt und nach Wegen sucht, die Anliegen der Bürger zu berücksichtigen.

Dann sage ich Ihnen zum „Wunschkonzert“. Das ist eine sehr schöne Geschichte und war dauernd in den Aussendungen: „Petition ist kein Wunschkonzert.“ Da sage ich Ihnen eines: Rot und Grün teilen uns mit, dass Bürgerbeteiligung, Petitionen, aber besonders Petitionen kein Wunschkonzert sind. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass das sehr wohl ein Wunschkonzert ist und ich sage Ihnen, wie ich das verstehe: Die Bürgerinnen und Bürger tragen ein Wunschstück an das Orchester heran. Wenn das Orchester das Stück spielen kann, sinnbildlich gesagt, wenn die rechtlichen Bedingungen passen und vorliegen, und wenn das Stück für das restliche Publikum nicht unzumutbar ist und das restliche Publikum sich auch nicht gegen das Stück ausspricht, meine Damen und Herren, dann hat das Orchester dieses Stück zu spielen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Deshalb sage ich: Wunschkonzert statt rot-grünem Trauermarsch!

Meine Damen und Herren hier im Saal, auf der Galerie und vor dem Bildschirm! Die FPÖ wird weiterhin Schulter an Schulter mit den Bürgerinitiativen und den Wienerinnen und Wienern dafür kämpfen, dass es in Wien Bürgerbeteiligung und Bürgermitbestimmung statt rot-grüner Bürgerbeschäftigung gibt, verbindliche Volksabstimmungen statt rot-grüner Pseudobefragungen! Ich danke Ihnen vielmals! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Niedermühlbichler. Ich erteile es ihm.

GR Georg **Niedermühlbichler** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Abg. Kickert hat schon sehr schlüssig darauf

hingewiesen, was der Petitionsausschuss leisten kann und was das Petitionsrecht ist. Das möchte ich nicht noch einmal wiederholen, weil ich alles, was sie gesagt hat, unterstützen kann. Ich muss jetzt natürlich auf meinen unmittelbaren Vorredner, den Kollegen Wansch, eingehen, der natürlich das Petitionsrecht, und das ist für eine Oppositionspartei durchaus auch legitim, für sich, für Ihre Partei und Ihre Politik ausnutzen möchte. Wo ich allerdings die Grenze sehe, ist, wenn man dann das Petitionsrecht, aber auch die Petitionswerberinnen und Petitionswerber damit missbraucht. Da spielen wir nicht mit, denn Sie haben jetzt diesen Orchestervergleich so schön gemacht und haben bei diesem Vergleich, glaube ich, fünf oder sechs Mal das Wort „wenn, wenn, wenn“ in den Mund genommen und genauso ist es. Das heißt, es ist eben nicht einfach, dass wir, wenn wir eine Petition bearbeiten müssen, genau das, was sich die Petitionswerber wünschen, einfach umsetzen können. *(GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc.: Die Bürger!)*

Der Kollege Wansch hat hier auch die nackten Zahlen erwähnt, was mich jetzt wenig wundert, weil wenn man keine Inhalte dazu hat, dann kann man nur nackte Zahlen aufzählen. Ich versuche, hier auch ein paar Inhalte zu den Petitionen einzubringen *(Aufregung bei GR Mag. Wolfgang Jung.)*, um die Statistik ein bisschen ins rechte Licht zu rücken. Wenn Sie sagen, es wurden viele Petitionen einfach abgeschmettert, dann möchte ich schon darauf hinweisen, welche Petitionen es hier auch gibt. Es gibt zum Beispiel die Petition „Das Kreuz muss bleiben.“ Wir haben eine Stellungnahme eingeholt, wo der zuständige Stadtrat mitgeteilt hat, dass das gesetzlich geregelt ist. Jetzt frage ich Sie: Was sollen wir hier noch tun? Es gibt eine Petition „Stoppt das Nikolo-Verbot.“ Wir haben eine Stellungnahme eingeholt, aber das hätte ich vorher selbst beantworten können: Es gibt kein Nikolo-Verbot. Also was sollen wir da stoppen, was sollen wir bei dieser Petition tun? Es gibt aber auch eine Petition „Free WLAN in ganz Wien“, wo wir die Antwort bekommen haben: Ist im Aufbau, und man sieht das ja auch jede Woche in den Medien, zuletzt in Floridsdorf, dass hier stetig weitergearbeitet wird. Was sollen wir in diesem Bereich hier jetzt noch weiter künstlich behandeln? Daher sind es natürlich viele Petitionen, die schon in Umsetzung sind, umgesetzt sind oder einfach, wo der Inhalt der Petition nicht zutreffend ist. Dann wird das natürlich, und das kann der Petitionsausschuss dann machen, beendet.

Es gibt aber andere Petitionen, mit denen wir uns sehr wohl sehr ausführlich befasst haben. Wir haben uns sehr ausführlich befasst, und da nehme ich jetzt die FPÖ davon aus, denn die FPÖ befasst sich mit keiner einzigen Petition ausführlich ... *(Aufregung bei der FPÖ.)* Ihr Standardsatz bei jeder Petitionsausschusssitzung ist, und Kollege Wansch, Sie wissen das: Wir verlangen die Einladung des Petitionswerbers, wir verlangen die Feststellung des Minderheitenrechts. Sie setzen sich mit den Petitionen nicht auseinander! Wir setzen uns mit den Petitionen schon auseinander *(Aufregung bei GR Mag. Wolfgang Jung.)*, und wir lesen die Petitionen durch. Daher verbringen wir mit jeder Petition sicher auch mehr

als 18 Minuten. Wenn Sie sich darauf beschränken, im Petitionsausschuss die Petitionen zu behandeln, dann ist das Ihr Problem. Wir machen das nicht. Wir beschäftigen uns vorher damit, überlegen uns ganz genau: Was brauchen wir noch? Und wenn in einer Petition sehr klar drin ist, wie schon die angeführten Petitionen ... (*Weitere Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) Herr Kollege Jung, Sie sind nicht einmal im Petitionsausschuss! Ich weiß nicht, was Sie da immer mitzureden haben! Ich würde mir wünschen, dass Sie einmal bei einer Debatte ruhig sind, weil Sie wirklich nicht von allem eine Ahnung haben können (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich habe das schon gesagt, dass wir bei Petitionen, die sich selbst erklären, den Petitionswerber nicht einzuladen brauchen. Wenn ich das durchlese und weiß, um was es geht, dann kann ich es behandeln (*Aufregung bei der FPÖ.*). Wir laden die Petitionswerber dann ein, wenn wir das Gefühl haben, dass wir eben noch Informationen benötigen, weil wir uns im Gegensatz zu Ihnen vorher mit den Petitionen beschäftigen und nicht erst in der Sitzung selbst. Daher gehen wir verantwortungsvoll damit um. Aber was wir nicht können, und das hat die Kollegin Kickert ja sehr gut erklärt, ist, wir können natürlich nicht all das, was die Petitionen und Petitionswerber wollen, eins zu eins erfüllen. Wir haben eine Petition „Autofreier Ring am Sonntag.“ Sind Sie jetzt dafür, dass die Petition umgesetzt wird? Ja, selbstverständlich werden Sie es wahrscheinlich nicht sein. Sie sagen es aber nicht einmal, weil Sie als Opposition das natürlich einfach machen und sagen, wir geben jedem das Gefühl, dass wir auf seiner Seite sind. Das sind Sie aber nicht, und das wissen die Menschen auch draußen! (*GR Ing Udo Guggenbichler, MSc: Die Menschen wissen ganz etwas anderes!*)

Ich möchte hier zur Petition „Kaisermühlen“ etwas sagen, weil ich sie als Berichterstatter auch behandle und einbringen durfte. Wir haben die Petitionen am 25. Juni in Behandlung genommen. Wir haben eine Stellungnahme des Wohnbaustadtrates, der Verkehrsstadträtin und des Bezirksvorstehers des 22. Bezirkes eingeholt und wir haben den Petitionswerber geladen, um die Fragen, die wir noch haben, genau zu klären. Was auch bezeichnend ist, ist, dass die Fragen an den Petitionswerber von der SPÖ-Fraktion gekommen sind, die wir auch vorab geschickt haben, von den GRÜNEN gekommen sind, aber auch von der ÖVP. Und da möchte ich mich auch bei der ÖVP für die sehr konstruktive Zusammenarbeit bedanken, obwohl sie natürlich auch andere Interessen hat. Von wem ist im Vorfeld keine Frage gekommen, damit sich der Petitionswerber vorbereiten kann? Sie dürfen drei Mal raten! Von der FPÖ! Warum? Weil sich die FPÖ mit dieser Petition im Vorfeld gar nicht beschäftigt hat und nicht beschäftigen will. Daher haben Sie mit Ihren 18 Minuten für sich selbst wahrscheinlich recht. Wir, alle anderen arbeiten wesentlich mehr an einer Petition und das wissen Sie auch.

Wir haben dann nachher, nachdem wir den Petitionswerber angehört haben, noch nachberaten und es ist dann ein Antrag vom Kollegen Aichinger von der ÖVP gekommen, man möge noch eine Stellungnahme der

Architektenkammer einholen. Auch das haben wir gemacht. Und dann sind wir nach einer weiteren Behandlung der Petition zur Auffassung gelangt, dass, nachdem das Flächenwidmungsverfahren schon im Laufen ist, wir hier nichts Weiteres mehr tun können und haben das hier auch beendet. Das ist ein normaler Ablauf.

Ich könnte jetzt auch noch über andere Petitionen reden, die wir so behandelt haben. Aber es ist halt einmal so, und da ist es natürlich für eine Regierungspartei schwieriger, das zu erklären, als es für eine Oppositionspartei ist, dass wir ja all das, was wir nicht umsetzen können, auch erklären müssen, warum das nicht möglich ist. Eine Petition ersetzt, das hat die Kollegin Kickert auch schon gesagt, natürlich in keinster Weise die direkte Demokratie. Das kann auch gar nicht sein, weil man mit 500 Unterschriften nicht sagen kann, das muss jetzt eins zu eins umgesetzt werden. Wir haben auch Petitionen, wo die einen das und die anderen das Gegenteil wollen. Wo sollte man da hinkommen? Natürlich ist, und das nimmt uns keiner ab, Politik Gestaltung und dazu da, dass wir Entscheidungen treffen. Dass die Entscheidungen, die wir treffen, nicht immer allen gefallen, ist sonnenklar, denn sonst hätte ja eine Partei, wenn sie alles perfekt machen würde, bei allen Menschen an die 100 Prozent Zustimmung. Das wird es natürlich nicht geben, denn es gibt auch unterschiedliche Auffassungen, nicht nur hier im Haus, sondern eben auch in der Bevölkerung: Die einen wollen das, die anderen wollen was anderes. Wir setzen uns hier damit auseinander.

Ich möchte zur Kollegin Holdhaus - ich habe mich bei der ÖVP schon bedankt - aber schon eines sagen: Wenn sie meint, PolitikerInnen sind gewählt, um zu tun, was sich die Bevölkerung wünscht, also dieses „Wünsch dir was“ - dieser Ansicht bin ich nicht eins zu eins, denn ich glaube, das wäre eine Verwechslung mit der Verwaltung. Wir sind dafür gewählt, wofür wir im Wahlkampf einstehen. Wir sind für unsere Programme gewählt. Wir sind für das gewählt, was wir wollen. Wir Sozialdemokraten zum Beispiel sind für die unbedingte Daseinsvorsorge. Wir wollen keine Gemeindebauten verkaufen. Hier sind wir uns mit der Mehrheit der WienerInnen auch eins, wie eine Befragung gezeigt hat, wo über 80 Prozent der Menschen klar gesagt haben, dass sie eben keinen Verkauf der Gemeindebauten und keinen Verkauf des Wassers wollen.

Wenn das so wäre, Kollegin Holdhaus, dann muss ich Sie halt fragen, und das müssen Sie sich gefallen lassen: Wenn die Politik das zu tun hätte, was die Bevölkerung will, und die Bevölkerung will, und das wissen wir, keinen Verkauf der Gemeindebauten, und die ÖVP verlangt es trotzdem, also da passt das dann nicht ganz zusammen. Natürlich ist das Ihr Programm. Dazu können Sie auch stehen. Wir haben ein anderes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe ja gesehen, dass sich nach mir noch eine Armada von FPÖ-Abgeordneten gemeldet hat, die sicher dazu auch noch einiges sagen wird. Ich werde mir das anhören und wenn es notwendig ist, werde ich mich dazu vielleicht dann auch noch melden. Ich glaube allerdings nicht, dass es notwendig sein wird, weil ich davon ausgehe,

dass es, so wie beim Kollegen Wansch und wie es halt die Art und Weise der FPÖ ist, wahrscheinlich inhaltlich nichts Neues geben wird, weil sich die FPÖ inhaltlich mit diesen Themen ja gar nicht beschäftigen will, weil das ja viel zu mühsam für eine Oppositionspartei ist. Das gestehe ich Ihnen durchaus auch zu. (*Zwischenruf.*) Ihre Art der Politik ist es, auf den Tisch zu hauen. Ihre Art der Politik ist es, glauben zu machen, dass Sie für alle und für jeden sind. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

Ich bin überzeugt davon, dass das Petitionsrecht, das wir jetzt noch weiter positiv entwickeln werden, auch im nächsten Jahr ein Erfolg sein wird. Ich bedanke mich bei allen, die dazu beigetragen haben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Hofbauer. Ich erteile es ihm.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Kollegen des Gemeinderates! Sehr geehrte Besucher auf der Besuchergalerie!

Ich möchte dem Kollegen Niedermühlbichler jetzt gleich einmal auf seine vorhergehende Ausführung antworten. Er kann beruhigt sein, die FPÖ hat sich intensiv und wird sich auch weiter intensiv schon im Vorfeld des Petitionsausschusses mit den Petitionen auseinandersetzen, wahrscheinlich mehr als Rot-Grün zusammen das jemals tun wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir diskutieren heute im Gemeinderat den Bericht des Petitionsausschusses aus dem Jahr 2013. Ich möchte die Gelegenheit aber auch dazu nutzen, das bestehende Petitionsgesetz einigermaßen zu hinterleuchten und zu hinterfragen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, wir sind uns in diesem Haus alle einig, dass das Petitionsrecht ein Grundrecht und somit ein wesentliches Instrument der Bürgerbeteiligung ist. Das Petitionsrecht bietet eine der wenigen Möglichkeiten der Wienerinnen und Wiener, Anliegen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern dieser Stadt kund zu tun. Es ist somit nach unserer tiefsten Überzeugung ein notwendiges Werkzeug direkter Demokratie. Umso mehr, meine Damen und Herren, verwundert es, dass dieses wesentliche Instrument der Bürgerbeteiligung trotz Ankündigung im rot-grünen Regierungsübereinkommen aus dem Jahre 2010, nicht zuletzt auf Druck der Freiheitlichen, erst mit Beginn des Jahres 2013 endlich auch in Wien eingeführt worden ist. Dass die Einführung des Wiener Petitionsgesetzes dringend notwendig war, lässt sich anhand der überwältigenden und anscheinend auch für Rot-Grün überraschenden Anzahl von bisher eingereichten Petitionen eindeutig belegen. Die Notwendigkeit des Petitionsgesetzes lässt sich unter anderem aber auch dadurch belegen, dass heute zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Bürgerinitiativen, welche vom Petitionsrecht schon Gebrauch gemacht haben, auf der Besuchergalerie anwesend sind, um der heutigen Debatte zu folgen. So wurden bis zum heutigen Tage von politikinteressierten Bürgern dieser Stadt zirka 60 Petitionen eingereicht, 60 Petitionen zu den unterschiedlichsten Themenberei-

chen, teilweise aus den unmittelbaren Lebensbereichen der jeweiligen Einreicher, aber durchaus auch Themen, welche ganz Wien betreffen. All diese Petitionseinreicher haben sich die Mühe und die Arbeit angetan, ihre Anliegen entsprechend zu dokumentieren und Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Wie wir alle wissen, ist ja das mit einigem Aufwand verbunden, da zur Bearbeitung einer Petition eben 500 Unterschriften notwendig sind.

Dies alles ist von den Petitionseinreichern in der Hoffnung und auch in der tiefen Überzeugung passiert, dass die Anliegen, welche mittels Petition festgeschrieben und zwecks Behandlung eingereicht wurden, von den entsprechenden politischen Gremien ernst genommen und auch entsprechend bearbeitet werden. Leider, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wurde diese Erwartung der bisherigen Petitionseinreicher größtenteils nicht erfüllt. Wir Freiheitliche stehen natürlich auch außerhalb des Petitionsausschusses in intensivem Kontakt mit Bürgerinitiativen und Petitionseinreichern und haben in diesen zahlreich geführten Gesprächen übereinstimmend mitgeteilt bekommen, dass die Bürger und Bürgerinnen über die Behandlung ihrer Petition durch die politischen Verantwortlichen in dieser Stadt mehr als enttäuscht sind. Die meisten Petitionseinreicher, und das wurde uns, wie gesagt, übereinstimmend fast von jedem so erzählt, haben den Eindruck gewonnen, dass es sich bei dem derzeitigen Petitionsgesetz nur um eine Vortäuschung von Bürgerbeteiligung handelt und man sich anscheinend vor dem Willen der eigenen Bevölkerung im Rathaus fürchtet. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn man sich die Verfahrensprozesse der bisherigen Petitionen auch ein wenig anschaut und hinterfragt, dann kann man diesen Volkszorn durchaus auch verstehen und nachvollziehen. So werden bisherige Petitionsverfahren durch die rot-grüne Stadtregierung, auch wenn dem heute schon mehrfach widersprochen worden ist, als eine Art Geheimverfahren angelegt, in denen die Petitionsanliegen kurz und bündig abgewürgt und die Bürger und Bürgerinnen in die Verfahrensprozesse wenig bis gar nicht eingebunden werden. Auf Grund des massiven Drucks der Freiheitlichen wurde von den Regierungsverantwortlichen nach über einem Jahr ein dringender Handlungsbedarf zur Verbesserung des Wiener Petitionsgesetzes erkannt. Es wurde heute auch schon angesprochen, dass es derzeit einen Initiativantrag unter der Überschrift „Um die Arbeit mit den Petitionen effektiver, transparenter und unbürokratischer zu gestalten, bedarf es nach einjähriger Praxis einiger Änderungen.“ gibt. Wenn man sich diesen Initiativantrag anschaut, dann finden wir darin durchaus auch einige unterstützungswerte Änderungen. So steht unter anderem in diesem dringend notwendigen Antrag zur Verbesserung des Wiener Petitionsgesetzes, dass bei Petitionen, die weniger als 500 Unterschriften erreicht haben, der Petitionsausschuss entscheiden kann, ob diese Petition die Voraussetzungen nach § 1 Abs 1 erfüllt. Ja, das ist durchaus eine sinnvolle Änderung, da kann man gar nichts dazu sagen. Des Weiteren soll laut Antrag ebenfalls ergänzt werden, dass der Petitionsausschuss Petiti-

onen, welche die Voraussetzungen erfüllen, ohne Verzug in Behandlung zu nehmen hat. Na ja, da kann man schon wieder diskutieren. Also meines Verständnisses nach wäre das der normale Umgang mit Petitionen, wenn die eingelangt sind, dass sie ohne Verzögerung behandelt werden. Aber okay, soll so sein. Mit diesem Gesetzestext wird dann vielleicht einmal endlich die endlose Verschleppung und Verzögerung von neuen Petitionen unterbunden.

So soll auch nach dieser Gesetzesänderung in Kraft treten, dass Stellungnahmen, welche vom Petitionsausschuss eingefordert werden, künftig nach Einlangen öffentlich auf der Petitionsplattform im Internet publiziert werden. All dies sind Änderungen, welche durchaus Sinn machen, von uns Freiheitlichen schon lange gefordert wurden, zur Verbesserung des Petitionsrechtes beitragen und damit dem Instrument der Bürgerbeteiligung zu Gute kommen. Es stellt sich aber schon die Frage, wieso diese Stadtregierung für diese Änderungen, welche nun in einem Initiativantrag niedergeschrieben worden sind, ein Jahr Zeit benötigt hat. Wir Freiheitliche werden dem Antrag bei Vorlage zur Abstimmung auf jeden Fall unsere Zustimmung geben, da es sich dabei um einen Schritt in die richtige Richtung handelt.

Aber, meine Damen und Herren, auch nach Inkrafttreten der zuvor angesprochenen Änderung weist das Petitionsgesetz laut unserem Verständnis von Bürgerbeteiligung noch gravierende Mängel und gravierendes Potenzial zur weiteren Verbesserung auf. So wurde von den bisher zirka 60 eingereichten Petitionen nur bei sage und schreibe drei Petitionen durch den Ausschuss beschlossen, den Einbringer beziehungsweise die Einbringerin zur näheren Erörterung der Petition in den Ausschuss einzuladen. Deshalb, und da bin ich jetzt gleich bei der ersten freiheitlichen Forderung, die wir noch gerne in diesem Gesetz auch stehen hätten, fordern wir Freiheitliche unter anderem die rechtsverbindliche Pflicht zur Einladung der Petitionseinbringer zur Präsentation ihrer Petitionsanliegen sowie die Möglichkeit der nachstehenden Erörterung in den Sitzungen des Petitionsausschusses. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte das auch ganz einfach begründen. Ich glaube, da werden Sie mir auch recht geben - ich bin mir zwar nicht sicher, aber ich hoffe es doch -, denn es ist doch oft so, dass Argumente im persönlichen Gespräch einfach besser kommuniziert werden können. Die Möglichkeit der persönlichen Präsentation durch den Petitionseinbringer würde sicherlich auch, davon bin ich fest überzeugt, zur Beschleunigung der Verfahren beitragen, da die eine oder andere Unklarheit gleich beim Präsentieren des Petitionsanliegens durch den Petitionseinbringer ausgesprochen und geklärt werden kann.

Somit komme ich schon zur zweiten freiheitlichen Forderung, nämlich dass der Petitionseinbringer bei Einladung des Petitionsausschusses auch das Recht auf Begleitung durch Vertrauenspersonen beziehungsweise Experten hat, um seine Argumente vor dem Ausschuss besser argumentieren zu können. Bisher - wie Sie wahrscheinlich wissen - schaut es so aus, dass sich ein Petitionseinbringer nur als Einzelperson vor dem Ausschuss

präsentieren darf, was eher einem Tribunalcharakter als einem Dialog mit dem Bürger auf gleicher Augenhöhe entspricht. Wie bereits ausgeführt, sollen ja Stellungnahmen, welche vom Ausschuss eingefordert wurden, sofort nach dem Einlangen im Internet publik gemacht werden.

Und damit gleich zur nächsten freiheitlichen Forderung, zur Verbesserung des Petitionsgesetzes. Es muss dem Petitionseinbringer rechtlich auch die Möglichkeit zugesichert werden, sich zu so einer im Internet veröffentlichten Stellungnahme auch schriftlich äußern zu können. Diese schriftliche Äußerung des Petitionseinbringers soll natürlich im Sinne der transparenten Behandlung von Petitionen ebenfalls im Internet publik gemacht werden.

Meine Damen und Herren, durchaus auch im Sinne der Beschleunigung von Petitionsverfahren wäre es nach unserer Überzeugung durchaus sinnvoll, über Stellungsfristfristen für Stadträte, Magistratsabteilungen, Bezirksvorsteher, Bezirksvertretungen und sonstiger Stellen nachzudenken und diese Fristen, das ist ganz wichtig, auch im Gesetzestext zu verankern. Wir von der FPÖ könnten uns da durchaus einen Zeitrahmen von maximal einem Monat vorstellen, weil ich glaube, dass das eine zumutbare Frist ist. Es wäre sicher auch nicht schlecht, wenn wir das noch in die Gesetzesvorlage reinbringen würden.

Ein weiterer Punkt zur Annäherung zu einem guten Petitionsgesetz wäre die Adaptierung der Berichtszeiträume des Petitionsausschusses gegenüber dem Gemeinderat. Derzeit, wie wir es heute miterleben dürfen, wird der Bericht über die Behandlung der im Vorjahr eingebrachten Petitionen dem Gemeinderat ein Mal jährlich, so zum Beispiel heute, zur Kenntnis gebracht. Um auch hier im Sinne eines transparenten Petitionsverfahrens effektiver und vor allem bürgernäher zu sein, wäre es unserer Ansicht nach notwendig, in jeder Sitzung des Gemeinderates einen Tagesordnungspunkt mit der Überschrift „Bericht des für Petitionen zuständigen Stadtrates“ vorzusehen. Dies würde den Bürgern und Bürgerinnen, und das bestätigt sich ja heute an der zahlreichen Besucheranzahl, es handelt sich ja um eine öffentliche Sitzung, die Möglichkeit geben, sich als Zuhörer über den aktuellen Stand der Petitionen zu informieren und andererseits auch den Gemeinderäten die Möglichkeit einer Debatte so wie einer Antragstellung bieten.

Meine Damen und Herren, es ist sehr erfreulich, dass die FPÖ in ihrem Kampf um die Herstellung eines vollwertigen und wirkungsvollen Petitionsrechtes für die Bürger in Wien zahlreiche Unterstützungen und Zuspruch aus der Bevölkerung erhält. Wir werden diese Aktivitäten wie zum Beispiel die Petition „Rettung des Petitionsrechtes in Wien“, wo momentan gerade Unterschriften, wie ich gehört habe, sehr erfolgreich gesammelt werden, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten unterstützen. Darauf können sich die Menschen in dieser Stadt zu 100 Prozent verlassen! *(Beifall bei der FPÖ. – Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, möchte

ich noch einmal auffordern, die von mir angeführten Verbesserungsvorschläge und die freiheitlichen Forderungen in den bestehenden Initiativantrag auch einzuarbeiten und das Ganze noch einmal zu überdenken. Wir von der FPÖ-Wien stehen auf jeden Fall jederzeit für konstruktive Gespräche gerne zur Verfügung, für konstruktive Gespräche, die das Wiener Petitionsrecht verbessern. Wir würden mit der Einarbeitung unserer Forderungen auf jeden Fall der Wiener Bevölkerung ein Petitionsrecht zur Verfügung stellen, das diesen Namen auch tatsächlich verdient. Es wäre höchst an der Zeit. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich darf bekannt gegeben, dass Herr GR Mag Kasal seit 14.30 Uhr und Frau GRin Mag Feldmann ab 15 Uhr entschuldigt sind.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdaliq. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdaliq** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Werte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Röhrich! Sehr geehrter Herr Hadinger!

Engagierte Bürger wie Sie sind der Grund, warum ich glaube, dass sich Rot und Grün mit der Einrichtung des Petitionsausschusses selbst ein Ei gelegt haben. Weil Grün jetzt nicht mehr in der Opposition ist, wo alles gefordert wurde, was gut und teuer ist - wenn eine Bürgerinitiative auf den Plan getreten ist, wurde sie auch aktiv unterstützt, alles kein Verbrechen, sondern gutes Recht jeder Partei und auch begrüßenswert -, aber wenn man dann selber in der Regierung ist, sind die Bürgerinitiativen ein bisschen ... *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Na, aber das kommt schon noch. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist ja Verhöhnung!)* Ich verhöhne nie jemanden! *(Aufregung bei den GRÜNEN.)* Das macht man in Eßling nicht. Aber die Bürgerinitiativen hat man jetzt am G'nack g'habt, die sind lästig, lassen sich nicht abwimmeln, sind gut informiert, besser als ich jedenfalls und besser als die meisten da im Haus, weil sie sich mit einem speziellen Thema befassen, sich dort reinlesen und den Verantwortlichen manchmal einen Schritt voraus sind von den Informationen her. Von den Mehrheiten oder von den Rechten, die ihnen von der Stadtverfassung eingeräumt werden und wurden, sind sie leider immer ein paar Schritte zurück, aber dazu später.

Jetzt hat Rot-Grün gesagt, wir machen einen Ausschuss. Es ist ja an sich auch nichts Böses, einen Ausschuss zu gründen, das ist vielleicht so ähnlich wie ein Arbeitskreis, und die GRÜNEN können sagen, unsere Handschrift ist erkennbar, wir machen Bürgerbeteiligung jetzt sichtbar und haben einen eigenen Ausschuss gegründet. Die Fehlannahme dabei war, dass die Grünen und Roten gemeint haben, die Bürgerinitiativen werden sich mit den wenigen Rechten zufrieden geben, die ihnen eingeräumt werden, wobei nicht einmal das Recht, dass jeder Petitionswerber vorspricht, enthalten war. Natürlich sind die Bürger, die sehr viel Geld und sehr viel Zeit in ihre Arbeit investieren, irgendwann draufgekommen, dass sie im Grunde eigentlich beschäftigt und eingehalten werden. Und zum Schluss sagen die Bürger

natürlich oder auch wir sagen manchmal, die Petitionen werden abgewürgt.

Die Frau Kollegin Kickert, die ich ja nicht persönlich dafür verantwortlich mache, sondern sie exekutiert quasi die Anweisungen, die Linie der rot-grünen Regierung, hat gesagt, es gibt für jede Petition, die zu den Akten gelegt wurde, die abgewiesen wurde, eine fundierte Begründung. Das mag alles aus Sicht der Regierung sein. Die Mehrheit findet immer eine Begründung. Und ihr werdet sicher auch eine Begründung dafür finden, warum der 73 m hohe Turm beim Eislaufverein super ist. Ihr findet eine Begründung, warum die Danube Flats sehr super sind und warum die Wohnbebauung am Steinhof, die das Otto-Wagner-Ensemble aus unserer Sicht und aus der Sicht von über 80 000 Bürgern auf Dauer zerstören wird, überhaupt am supersten ist. Mit Begründungen ist man immer schnell bei der Hand. Aber die Bürger dürfen ihre fundierten Begründungen, warum sie die Petition gestartet haben, nicht vorbringen. Darum neige ich eher zu der Variante, dass die Petitionen abgewürgt werden. Ich muss halt ein bisschen vorsichtig sein, sonst krieg' ich wieder einen Ordnungsruf oder die Aufforderung zum Ordnungsruf vom Rudi Schicker. Die werden halt aus meiner Sicht wegadministriert, was um keinen Deut besser ist.

Aber die Bürger dürfen sich nicht wundern, dass sie nicht eingebunden werden, obwohl es einen Petitionsausschuss gibt. Nicht einmal die Opposition wird in wichtige Novellierungen wie jetzt beispielsweise in die Bauordnung eingebunden. Da hat es irgendwann im Herbst eine Pressekonferenz von Schicker und Ellensohn gegeben.

Da wurde verkündet, dass das und das geplant ist, worauf einmal lange nichts geschehen ist. Also von einer Information, dass wir irgendwelche Zetteln am Tisch gekriegt haben, waren wir alle weit entfernt. Irgendwann einmal sind dann die geplanten Novellierungen der Bauordnung im Internet veröffentlicht worden. Aber dass wir irgendwo von Anfang an eingebunden wurden und man sagt: Habt ihr irgendwelche Ideen? Welchen Paragraphen hättet ihr geändert? Schaut euch das einmal an, unser Positionspapier, was passt euch dran, was passt euch nicht? Keine Rede davon! Das hat sich auch mit dem grünen Regierungseintritt nicht geändert. Das wird alles hinter verschlossenen Türen ausgemuschelt. Dann wird es im Internet veröffentlicht, dann wird es den Klubs zugeschickt, dann wird es im Ausschuss beschlossen, und dann wird es im Landtag durchgedrückt. Ich kann darin keine Bürgerbeteiligung erkennen und leider auch keine Oppositionsbeteiligung. Wir sind ja dazu da, hier die Bürger zu vertreten, auch jene Bürger, die mit euren Zielen für die Stadtplanung, für die Änderung der Bauordnung vielleicht nicht einverstanden sind. Ihr nehmt den Bürgern im Petitionsausschuss das Recht zu reden und ihr nehmt der Opposition leider auch hier nicht das Recht zu reden, aber bei wichtigen Weichenstellungen mitzuwirken.

Da bin ich schon bei dem Thema, was den Schutz der Siedlungsgebiete betrifft. Da hat sich ja auch schon vor zwei Jahren zum Schutz des Ortsbildes eine sehr

engagierte Bürgerinitiative, die „Aktionsgemeinschaft Aspern“, gegründet. Das Programm, das sie entworfen haben, die Forderungen, die sie zusammengeschrieben haben, treffen natürlich nicht nur auf Aspern zu, auf Eßling, auf alle anderen Ortsteile vom 22. sowieso, es betrifft aber auch den 21., den 23., die ganzen peripheren Bezirke, wo gewachsene Ortsgebiete durch wirklich monströse Bauen, durch maximale Ausnutzung der Bauordnung, der Bauklasse I in der bestehenden Bauordnung, auf Dauer zerstört werden. Die GRÜNEN kommen dann meistens mit der Begründung: Ja, wir brauchen leistbaren Wohnraum und wir brauchen Wohnraum und, und, und. Es ist immer leistbarer Wohnraum und mit dem wird alles gerechtfertigt, von der Zerstörung des Steinhof-Ensembles bis zum möglichen Verlust des UNESCO-Welterbes für die City oder zu Lasten der Anrainer im Seidler-Ensemble in Kaisermühlen mit dem Projekt Danube Flats. Unter diesem Titel wird alles gerechtfertigt, was schlecht und teuer ist, aus unserer Sicht architektonisch schlecht. Und leistbarer Wohnraum wird in den meisten Fällen auch nicht geschaffen, sondern die Danube Flats, Steinhof - ein paar Sozialwohnungen werden als Feigenblatt schon dabei sein, aber der Rest wird eher hochpreisig sein.

Genau das Gleiche wird beim Sportklub-Platz passieren. Es wird ja dann erst saniert, wenn ein roter oder ein stadteigener oder ein SPÖ-naher Wohnbauträger einige Wohnungen in Bestlage dort an der Alseile errichtet. Dann wird vielleicht saniert oder der Sportklub-Platz schimmelt weiter vor sich hin.

Die „Aktionsgemeinschaft Aspern“ hat das Asperner Siedlungsbaugesamt zusammengefasst und in mehreren großen Bürgerversammlungen zuerst ausgearbeitet und dann auch beschlossen. Das ist aber quasi ort- und zeitlos. Ich möchte nur zwei, drei kleine Forderungen daraus vorlesen. Worauf ich hinaus will: Diese Forderungen sind nichts Unmögliches. Wir wollen keinen Baustopp, wir wollen nicht nur ebenerdige Bauten, sondern es soll natürlich gebaut werden. Wir wissen natürlich, dass Wien wächst, aber es soll so gebaut werden, dass die Siedlungsgebiete nicht zerstört werden, weil diese gewachsenen Siedlungsgebiete auch ein Grund für die Attraktivität von Floridsdorf, Donaustadt und Liesing ist, warum so viele Leute hinziehen und warum wir heute im 22. schon 165 000 Einwohner haben.

Wenn ich schon dabei bin: Es werden ja wirklich nicht nur im Siedlungsgebiet monströse Projekte geplant, sondern jetzt auch in der Berresgasse ein Stückel weit weg schon von der U-Bahn, also nicht wirklich im Nahbereich. Das ist schon gut einen oder eineinhalb Kilometer weg von der U-Bahn. Und wer die Ziegelhofbauten kennt, Quadenstraße, Ziegelhofstraße, diese Plattenbauten aus den 60er und 70er Jahren, zehn Stock hoch - genau das Gleiche soll jetzt am gegenüberliegenden Feld realisiert werden, wo in den letzten Jahren rundherum Kleingärten und Gartensiedlungsgebiete aufgeschlossen wurden. Den Anrainern wurde damals in die Hand versprochen, sie haben es natürlich nicht schriftlich, dass, wenn dort das Feld einmal zugebaut wird, sich natürlich die Bauklassen, die Baukörper an den beste-

henden Strukturen orientieren werden, was jetzt mitnichten der Fall ist. Jetzt kommen 9 bis 10 Stockwerke dort hin, 3 300 Wohnungen. Wie das verkehrsmäßig ablaufen soll, frage ich einmal die Grünen und die Roten, weil die Breitenleer Straße jetzt schon immer zu ist, die Hausfeldstraße und, und, und, die Tangente auch. Also das müsst ihr uns auch einmal vorhupfen.

Aber zurück zu einigen Forderungen für die kleinteiligen Siedlungsgebiete. Das Asperner Siedlungsbaugesamt sieht unter anderem vor, dass eine Gebäudekategorie, eine Bauklassenkategorie im § 75 der Wiener Bauordnung festgeschrieben werden soll, die bis jetzt noch nicht existiert, nämlich eine Gebäudehöhe von 6,50 m für Siedlungsgebiete zur Sicherung des örtlichen Stadtbildes. Wir wollen auch den § 69 und auch den § 85 der Wiener Bauordnung novelliert haben. Dort sind nämlich die Bestimmungen zum Schutz des Ortsbildes, die alle miteinander zahnlos sind, festgeschrieben. Und dass die MA 19 eine Vorgabe ist, das wissen wir seit vielen Jahren. Sie macht den Mund dort auf, wo sie schweigen sollte und schweigt dort, wo sie sich zu Wort melden sollte.

Wir hätten auch im § 134a der Wiener Bauordnung einen Schutz vor Verletzungen des örtlichen Stadtbildes als Anrainerrecht vorgesehen. Vielleicht redet man noch mit uns außer im Ausschuss, wo ihr es dann durchdruckt's, und dann im Gemeinderat, da wird überhaupt nichts mehr geredet. Da können wir zwar noch monieren, was uns alles fehlt. Aber vielleicht tritt irgendein Verantwortlicher der Damen und Herren von Rot und Grün an unsere Verantwortlichen für die Bauordnung heran und fragt, ob wir vielleicht nicht auch noch etwas einfließen lassen wollen. Wollen tun wir sicher, aber vielleicht das eine oder andere auch im Interesse der Bevölkerung, die sich von den Monsterbauten bedroht sieht. Das würde euch nicht schlecht zu Gesicht stehen, nicht zuletzt im Hinblick auf die nächste Wahl. Weil nur, indem ihr stadteigenen oder stadtnahen Wohnbauträgern günstige Grundstücke verschafft, damit dort Gewinnmaximierung - auch wenn es bei Genossenschaften ein bisschen verquer klingt, aber im Grunde ist es nichts anderes - zu Lasten der Anrainer, zu Lasten des bestehenden Ortsbildes betrieben wird, sagen wir, hat Rot-Grün mit der Einrichtung des Petitionsausschusses das Ziel um viele, viele Kilometer verfehlt. Es soll jetzt zwar ein bisschen etwas repariert werden, aber an der Grundtendenz, dass die Bürger beschäftigt werden anstatt eingebunden - direkt-demokratisch, hat die Kollegin Kickert erwähnt, werden sie nicht. Manchmal werden sie eingebunden so wie auf der Mariahilfer Straße, aber dann wird die ganze Geschichte von vorne bis hinten frisiert und das Ganze ist wieder für die Wettit-Tant'.

Ich hätte von den GRÜNEN in der Regierung doch mehr erwartet als Vortäuschung von Bürgerbeteiligung als Bürgerbeschäftigung, weil in Opposition gescheit daherreden und nachher nicht einmal 10 Prozent von dem umsetzen, was ihr immer gefordert habt's, ist eine schwache Geschichte! Von den Roten erwartet sich keiner mehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort

gemeldet ist Herr Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Uns ist gesagt worden, wir beschäftigen uns nicht eingehend mit den Petitionen. Sie erleben es ja, wir tun es doch. Wir beschäftigen uns auch mit denen, die Sie nicht wollen, die Ihnen nicht so angenehm sind und dann entsprechend auch abgeschmettert werden. Da habe ich ja leider im Bezirk oder hat mein Bezirk schlechteste Erfahrungen mit der SPÖ gemacht. Der Grundsatz, den wir in Liesing immer hören „Alles für's Rathaus, nichts für Liesing.“, hat sich auch da wieder einmal bewährt.

Petitionen, ja, wir haben heute schon einen kurzen historischen Exkurs in diese Richtung gehabt. Mir gefällt das Wort auch nicht, sage ich. Das Wort Petitionen stammt aus der Kaiserzeit und aus der unterwürfigen Untertanenmentalität, wo man damals ein Mal im Monat zum Kaiser pilgern durfte und kniefällig im wahrsten Sinn des Wortes auf den Knien eine Petition übergeben konnte. Und wenn man schaut, wie die Petitionen unserer Bürger im Rathaus behandelt werden, dann hat man das Gefühl, da hat sich noch nicht allzu viel geändert. Die Kaiser sind halt die Bezirkskaiser und der Bürgermeister in dieser Situation.

Da gab es aber dann auch 1848 eine sogenannte Sturmpetition, bei der die Bürger sehr, sehr nachdrücklich ihren Willen bekundet haben. Heute brauchen wir nicht mehr das Rathaus stürmen, heute gibt es andere Varianten, vielleicht eine der Varianten am nächsten Sonntag, wo Sie den Willen der Bürger dann vielleicht etwas stürmischer erleben werden. Da reden wir dann weiter drüber. Vielleicht werden Sie dann gegenüber dem Souverän etwas demütiger, denn der Souverän sind nicht Sie und ist auch nicht die Rathausführungsmannschaft. Der Souverän ist und bleibt bei uns noch der Bürger, Gott sei Dank, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Damit die Bürger, die sich hier bemüht haben und, wie schon gesagt wurde, wirklich viel Zeit und Opfermut eingesetzt haben, informiert sind wie die Geschichte läuft, werden wir auch oder haben wir die heutige Stunde hier aufgezeichnet und werden sie den Petitionseinbringern auch zur Verfügung stellen, damit sie sehen, wie hochmütig der Eingangsredner der SPÖ über sie hinweggefahren ist und welche Argumente hier gebracht werden. Leider, das muss man echt sagen, haben sich die GRÜNEN vorher auch wirklich anders geriert. Aber was tut man nicht alles, um ein ganz klein bisschen mitregieren zu dürfen.

Ich komme jetzt auf einige Petitionen aus dem Bereich Liesing, aus meinem Bezirk. Da ist zum Beispiel das Projekt „In der Wies'n“, das für Liesing eine wichtige Zukunftsplanung bedeutet und auch nicht entsprechend behandelt wurde. Wir haben dort einen Masterplan vermisst wie überhaupt für alle diese Entwicklungsbereiche in Liesing. Wir bauen ja jetzt wieder 550 Wohnungen in der Kaltenleutgebner Straße. Wir bauen 50 Wohnungen am Eingang der Straße, die sind schon fertig. Wir bauen in Rodaun. Überall dort aber ohne einen zusammenge-

hörigen Masterplan, ohne entsprechende Planung an die Verkehrsanbindung, ohne entsprechende Vorsorgen für Schulen und, und, und. Und das Verkehrschaos wird entsprechend größer. Nicht viel besser schaut es im Bereich Wiesen aus. Dabei hat man dafür sogar eine eigene Studie beim sogenannten LBIHPR Implementati-on in Auftrag gegeben, die ja auch einiges gekostet hat, ich glaube, 40 832 EUR und 32 Cent. So genau wurde das berechnet. Man hat sich aber im Wesentlichen nicht an diese Studie gehalten.

Es fehlt uns auch ein Verkehrskonzept, ein vernünftiges. Man ist den Errichtern sehr entgegengekommen, denn die Eins-zu-eins-Stellplatzverpflichtung für jede Wohnung wurde aufgeweicht. Dabei wissen Sie ganz genau, dass heute auf eine Wohnung nicht ein Stellplatz, sondern mindestens 1,3 bis 1,5, häufig sogar 2 Stellplätze kommen. Und die brauchen wir in Liesing, denn die Stadt hat uns in Liesing so miserabel an den Verkehr angebunden, dass einem fast nichts anderes übrig bleibt. Wer von Rodaun in die Stadt fährt, braucht in etwa 1 Stunde 15 Minuten bis zum Rathaus, um hierher zu kommen. So schaut's aus. Und dann werden draußen bereits am Stadtrand, ich wohne selbst unmittelbar am Stadtrand, die Parkplätze knapp. Wenn man Besuch hat, muss man den rüber nach Perchtoldsdorf schicken, wenn er dort noch einen findet. So sieht nämlich die Verkehrsplanung aus.

Jetzt schauen wir uns ein bisschen was aus der Studie an. Da steht zum Beispiel auf der Seite 14, dass bei der Gebäudehöhe menschliche - wörtlich - Maßstäbe herangezogen werden sollen. Und da steht, dass die Gebäudehöhe nicht größer als zwei Mal die Höhe der Bäume dort haben sollte, und es steht, dass ein Gebäude nicht mehr als drei bis höchstens fünf Etagen haben sollte. Jetzt sind dort bis zu neun Stockwerke geplant. Die höchsten Bauten sind höher als die sich in der Nähe befindliche Kirche. Es wurde auch von der entsprechenden Initiative recht deutlich gemacht und gezeigt, wie das wirklich aussieht. Ich glaube, im Endeffekt waren sogar die Einbringer der Petition überrascht, wie hoch die Bauhöhen sind. Ja, drüber'fah'n ist man, wie üblich in Wien. Die Studie hat allerdings 40 000 EUR, wie gesagt, gekostet.

Eine zweite Geschichte, die einen anderen Bereich von Liesing sehr, sehr stark und zunehmend berührt, ist die Frage der Straßenprostitution. Man hat uns hier mir nichts dir nichts und so einfach drüberfahrend, weil der Bezirksvorsteher der SPÖ nicht in der Lage war, sich durchzusetzen und hier auch nur einigermaßen die Position Liesings zu vertreten - was tut man nicht alles, damit man dann doch Bezirksvorsteher wird? - fast den gesamten Straßenstrich Wiens nach Liesing hinaus exportiert und an die Brunner Straße verlegt. Wir haben jetzt ständig Probleme. Man versucht, sie zu mildern. Das Problem zum Beispiel ist der im wahrsten Sinne des Wortes Dreck von gebrauchten Präservativen, Taschentüchern, Flaschen und allen möglichen Hinterlassenschaften bis zu Gummihandschuhen, der jeden Tag in der Früh herumliegt. Es wird hier jetzt jeden Tag, damit es dem Bürger nicht auffällt - und das ist ja grundsätzlich recht gut,

dass weggeräumt wird -, auf Kosten der Allgemeinheit gesäubert. Da kommt einiges an Kosten im Verlauf des Jahres zusammen.

Damit aber nicht genug. Die Bürger werden belästigt. Wir haben hier ganz massive Belästigungen im Bereich der Haltestellen der Autobuslinien. Wir haben Belästigungen von Bürgern an der Tankstelle. Dort hat sich ja mittlerweile daneben auch schon ein Wohnwagen etabliert, bei dem die Paula und ihre Freundin, wie es so schön heißt, auf ihre Freier warten können, und wo man angedredet wird. Die Autofahrer werden im wahrsten Sinn des Wortes gefährdet, speziell in der Nacht, wenn diese, na ja, Schönen nicht, Damen der Nacht dort plötzlich hinter den dort häufig geparkten LKWs hervorspringen. Wir werden demnächst ein Video davon ins Internet stellen. Das sind keine leeren Behauptungen. Es gab mit einer Prostituierten deswegen sogar schon einen Verkehrsunfall.

Die sind unter großem Leistungsdruck. Das sind relativ junge Frauen, fast noch Mädchen, könnte man sagen, die dort von ihren jeweiligen Zuhältern auf den Strich getrieben werden. Das ist das, was die Frau Hebein anscheinend immer will, weil sie nicht dagegen ist, hier die Straßenprostitution zu verbieten. Hier werden diese jungen Mädchen im wahrsten Sinn des Wortes dem ausgeliefert und sind unter großem Leistungsdruck, weil sie in dem Gebiet auch entsprechend wenig verlangen können - man kann es ja schon im Internet nachlesen, wie die Preisentwicklung dort läuft - und die daher aggressiv werden. Sie gehen zu geparkten Autos hin und öffnen sie, um die Leute anzureden. Sie springen vor die Autos. Das alles läuft hier, ohne dass man etwas tut. Die Zeiten, die Sie, Frau Stadträtin, versprochen haben, werden auch bei Weitem nicht eingehalten. Man findet sie teilweise schon um 17 Uhr am Nachmittag dort draußen.

Also so schaut die Geschichte aus. Die letzte Anzeige wurde nach meinem Wissen heute Nacht auch wegen solcher Vorfälle eingebracht, hat mir ein Bürger geschrieben. Das wird alles ignoriert, da wird drübergefahren. Es interessieren Sie nicht die Interessen der Liesinger! Es interessieren Sie die Interessen der Prostituierten und ihrer Zuhälter! Das muss ich hier schon ganz, ganz deutlich sagen. Wir werden uns das, auch wenn entsprechende Petitionen abgeschmettert werden, nicht gefallen lassen! Das kann ich Ihnen auch versprechen! Wir werden entsprechende Aktionen unternehmen und sind uns der Unterstützung der Bürger gewiss.

Das ist übrigens nicht die letzte Problematik, die bei uns auftaucht. Wir haben es schon x Mal angesprochen, es ist die Verkehrsproblematik bei den Westeinfahrten. Hier wurde schon eine Bürgergruppierung, die Unterschriften sammelt, gegründet. Wir haben die gleiche Problematik nicht nur an der Breitenfurter Straße, sondern auch an der Kaltenleutgebner Straße. Wir haben den Fluglärm nach wie vor, auch wenn uns der Herr Valentin immer von Zeit zu Zeit seine Märchenstunde hält. All das fällt den Liesingern auf den Kopf. Aber Sie sind nicht einmal in der Lage, die Ausfallstraßen einigermaßen ordentlich zu asphaltieren. Ich empfehle

Ihnen, dort einmal an einem Vormittag zu sein, wenn die Schwerlastwagen, Laster mit Anhänger ohne Beladung mit ihren Blechplatten dort drüberdonnern. Das geht auf keine Kuhhaut. Aber das läuft alles, Liesing interessiert Sie nicht, Sie wollen Ihr Fest im Rathaus haben. Sie wollen hier übernächste Woche 800 000 EUR für einen umstrittenen Ball ausgeben. Das Geld für die Bürger in Wien haben Sie nicht! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr Ing Guggenbichler. Ich erteile es ihm.

GR Ing Udo **Guggenbichler**, MSc (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Vertreter der Bürgerinitiativen!

Ich bin sehr froh, dass Sie heute da sind, weil es trägt dazu bei, dass die Vertreter der SPÖ auch auf ihren Plätzen sitzen bleiben, weil wenn weniger Bürger da sind, sieht man die nämlich auch nicht. Deswegen ist das heute ganz gut und Sie sollten vielleicht öfter kommen. Das würde nämlich auch die Mandatare dieser Parteien motivieren, mehr Anwesenheit in diesem Saal zu zeigen, weil es wichtig ist *(Beifall bei der FPÖ.)*, dass sie auch hören, was wir sagen. *(Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Herr Van der Bellen, Sie sind heute auch da. Ich wollte es Ihnen schon ausdrücken, ich habe nämlich auf der Homepage der Währinger Grünen ein wunderschönes Foto gefunden, wo Sie mit dem Klubobmann Kneuer 2 500 Unterschriften abgeben, wo Sie sagen, die GRÜNEN in Währing haben eine Unterschriftenaktion initiiert, um zu verhindern, dass das Semmelweis-Areal verkauft wird. Den Link brauche ich Ihnen nicht schicken, den finden Sie wahrscheinlich selber. Ich finde es auch gut, dass die Bürger da sind, die mit Ihnen gemeinsam diese Unterschriften gesammelt haben und dass sie auch sehen, was jetzt daraus geworden ist. Gehen wir kurz in die Geschichte: Was ist vor zwei Jahren passiert? Das Semmelweis-Areal ist unter 600 EUR pro Quadratmeter verschербelt worden. Sie haben den Bürgern damals Bürgerbeteiligung versprochen, Frau Kickert! Horchen Sie mir bitte zu! Das ist wichtig! *(Aufregung bei GRin Dr Jennifer Kickert.)* Bürgerbeteiligung haben Sie ihnen versprochen! Und auch die Frau VBgmin Brauner hat gesagt, der Bezirk wird eingebunden werden und alle können mitreden.

Wie schaut Mitreden à la Rot-Grün aus? Sie dürfen mitreden bei der Begrünung der Geh-Achsen. Da können Sie sich überlegen, welche Staude die schönste ist, damit Sie durch das Areal durchhoppeln können. Ich habe damals einen Antrag gestellt, dass das Semmelweis-Areal weiter begehbar ist, und ich habe ein neues Wort gelernt: Durchgehbarkeit. Die GRÜNEN wollen, dass man durchgehen kann, aber nicht mehr, dass man reingehen kann.

Ich frage mich dann, warum haben Sie gemeinsam mit den Bürgerinitiativen, Herr Van der Bellen - und vielleicht sagen Sie dann etwas dazu, weil Sie da sitzen. Vielleicht erklären Sie persönlich den Bürgern, die dort oben sitzen, warum Sie diese 2 500 Unterschriften verkauft haben *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolf-*

gang Aigner), warum Sie diese 2 500 Bürger verkauft haben, die für Sie auf der Straße gelaufen sind und wo Sie noch heute auf Ihrer GRÜNEN-Homepage Werbung dafür machen, dass Sie dafür stehen. (GR Mag Wolfgang Jung: Das haben sie vergessen!)

Das ist heute noch google-bar. Geben Sie in Google ein „Van der Bellen Semmelweis Unterschriften“. Dann findet man ein Foto von Ihnen mit einem Plakat mit 2 500 Unterschriften, wo Sie fordern und sagen: „Wir haben das initiiert.“ Aber was habt ihr gemacht? Ihr habt es verkauft an at home, an eine Partie von roten Bauträgern.

Sie haben damals auch eine Garage mit 400 Stellplätzen gefordert. Die ist dann auf der GRÜNEN-Homepage, da hat sich auch einiges geändert: Garagen wollen Sie ja mittlerweile auch keine mehr. An wen haben Sie das verkauft? Wer sitzt in dieser Firma at home? Wissen Sie, wer da drinsitzt? Soll ich Ihnen das kurz vorlesen?

Da sitzt zum Beispiel drin: der Gemeinderat von der SPÖ-Kottingbrunn, Herr Norbert Vielnascher; da sitzt drin Herr Wilhelm Fischer, Vorsitzender der „Neuen Heimat“, Vorsitzender SPÖ-Enzesfeld-Lindabrunn; da sitzt drin Wolfgang Birbamer, stellvertretender Vorsitzender der „Neuen Heimat“; dann sitzt weiterhin drin Max Angermeier, Sektionsvorsitzender SPÖ-Braunau; weiters sitzt drin Friedrich Schwarzenhofer, der Bürgermeister von Mattighofen - ist er, glaube ich, gar nicht mehr, schon abgewählt -; Alois Oberegger, SPÖ-Mitglied des Gemeinderates Liezen; Erich Rippl, Mitglied der SPÖ-Lengau. (GR Mag Wolfgang Jung: Überraschung!)

Sie haben damals gesagt, der Preis von unter 600 EUR ist gerechtfertigt, weil ja ein unabhängiger Prüfer das festgestellt hat. Auf was sind wir draufgekommen? Dass der unabhängige Prüfer selber schon ein Haus auf dem Semmelweis-Areal hat! Selber schon ein Haus hat er, und momentan - und deswegen sage ich Ihnen, Herr Van der Bellen: Die 2 000 Unterschriften, damit hat der Krimi begonnen! Ein Krimi ist immer dann ein Krimi, wenn sich die Gerichte damit beschäftigen.

Herr Van der Bellen, die Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt! (GR Mag Rüdiger Maresch: Da kennt ihr euch sehr gut aus in Kärnten!) Es gibt Anzeigen, und es gibt schon Einvernahmen, seit einem Jahr. (GR Mag Rüdiger Maresch: Ihr kennt euch bei der Korruption sehr gut aus ...) Da haben Sie eine persönliche Verantwortung, eine persönliche Verantwortung den Bürgern gegenüber, mit denen Sie gemeinsam die Unterschriften gesammelt haben! (Beifall bei der FPÖ.)

Deswegen erwarte ich von Ihnen, dass Sie heute hier herauskommen und den Bürgern erzählen, warum Sie zugestimmt haben und dieses Areal um unter 600 EUR pro Quadratmeter verkauft haben! Keine bürgernahe Nutzung haben, sondern 59 Luxuswohnungen dort hinbauen für rote Bonzen, und auf der anderen Seite eine Schule dort hinbauen, die sich nie erhalten kann. Das wissen Sie auch ganz genau. Auch hier ermittelt schon die Staatsanwaltschaft, was dort los ist.

Wenn Sie das lesen, wenn Sie den „News“-Artikel lesen: Da geht es um Verleihung von Staatsbürgerschaft,

alles Mögliche. Eine Anleihe mit 15 Millionen EUR wurde jetzt wieder bedient, das wissen wir. (GR Mag Rüdiger Maresch: Aber mit der Staatsanwaltschaft ... - Berichterstatterin GRin Mag Sonja Ramskogler: Petitionen-Jahresbericht 2013, Herr Kollege!) Herr Maresch ... (GR Mag Rüdiger Maresch: ... ist schon verurteilt!) Herr Maresch ... (GR Mag Rüdiger Maresch: Ihr kennt euch gut aus mit der Korruptionsstaatsanwaltschaft! - „Herr Maresch!“-Rufe bei der FPÖ.)

Herr Maresch, erstens sind wir in Wien, geil! Zweitens habt ihr mit diesen Bürgern dort oben gemeinsam Unterschriften gesammelt. Drittens habt ihr es dann unter 600 EUR verscherbelt und alle Bürger verraten. Und viertens kommt ihr dann her und redet irgendeinen Blödsinn, der nichts damit zu tun hat (GR Mag Rüdiger Maresch: Der war in Kärnten, der Blödsinn!), weil ihr kein Argument habt! (Beifall bei der FPÖ.)

Stellen Sie sich hierher und erzählen Sie den Bürgern, den 2 500 Bürgern, warum Sie ihre Unterschriften verkauft haben! Und heute noch Werbung machen. (GR Mag Rüdiger Maresch: Die FPÖ geht in Konkurs ...) Und heute noch Werbung machen mit dieser Unterschriftenaktion. (GR Mag Rüdiger Maresch: So schauen wir aus: Ihr seid Experten bei der Korruption in Kärnten gewesen! - Zwischenrufe bei der FPÖ. - GR Mag Rüdiger Maresch: ... das Geld zurückgeben!)

Herr Maresch, reden Sie einfach weiter, die Bürger kriegen das mit. (GR Mag Rüdiger Maresch: Ja, eh! Weiß ich eh!) Jedes Wort von Ihnen sind fünf Stimmen weniger, ich weiß das eh. (GR Mag Rüdiger Maresch: Das glaube ich nicht!) Ich will Sie ja nicht einmal unterbrechen. (Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.) Haben Sie noch einen Zwischenruf? Geht noch was? (GR Mag Rüdiger Maresch: Reden wir nächstes Mal weiter! Nächste Woche!)

Reden wir nächste Woche weiter, ja. Ich habe keine Angst. (Berichterstatterin GRin Mag Sonja Ramskogler: Wir haben einen anderen Tagesordnungspunkt!) Herr Maresch, schauen Sie, Sie haben ein Problem. Deswegen darf ich mir das kleine Plakat holen. (Der Redner läuft zu seinem Sitz, kehrt mit einer großen Fotografie, die anscheinend eine Straßenszene mit gewalttätigen Personen zeigt, zum Rednerpult zurück und hält das Bild in Richtung GRÜNE. - Berichterstatterin GRin Mag Sonja Ramskogler: Falscher Tagesordnungspunkt!)

Sie haben sich nämlich von den ordentlichen Bürgern verabschiedet, und das sind Ihre neuen Freunde. (GR Mag Rüdiger Maresch: Ehrlich?) Das sind Ihre neuen Freunde, und das tut mir leid. (Beifall bei der FPÖ. - GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: Verkehrt! - Heiterkeit bei der SPÖ. - Weitere Zwischenrufe.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen zur nächsten Wortmeldung. Zum Wort gemeldet ist Frau Dr Kickert. Zweite Wortmeldung. Restredezeit acht Minuten. - Bitte.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (Grüner Klub im Rathaus): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Weiterhin sehr geehrte ZuhörerInnen oben auf der Galerie!

Was wir jetzt erlebt haben, vergleiche ich mit einem

Bild aus meiner früheren Profession als gelernte Biologin. Das war jetzt ein Schaulaufen der FPÖ, ganz ähnlich dem (*GR Mag Wolfgang Jung: Dann schicken Sie den Herrn Van der Bellen zum Laufen an den Start!*) von *Philomachus pugnax*. Das ist ein Schnepfenvogel, der auch in so einer Arena vor versammeltem Publikum ein sehr spezielles Ritual abhält und gerade im Zentrum dieser Arena sich besonders brüstet. Das ist mir jetzt eingefallen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: Balztänze machen andere hier herinnen! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Aber neben diesem Bild, das ich gehabt habe, möchte ich noch auf die jetzt sachlichsten Hinweise, die es dann doch auch hie und da gegeben hat, eingehen. Herr Wansch zum Beispiel hat gemeint, Petitionsanliegen werden in 18 Minuten erledigt. Wenn er die reine Behandlungszeit in den Ausschüssen nimmt, kommt er wahrscheinlich sehr genau hin. Aber gerade Sie auf der Galerie wissen ziemlich genau, wer sich mit Ihnen allen um die Anliegen gekümmert hat. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja, genau! - GR Johann Herzog: Ihr sicher nicht!*)

Ich spreche tatsächlich mit fast allen PetitionseinbringerInnen, und zwar immer dann, wenn die Begründungen im Petitionstext selbst nicht selbsterklärend sind. Ich habe mich zum Beispiel mit der Einbringerin der Petition zum Fußweg Dornbach getroffen und habe mir die Situation vor Ort angeschaut. Ich habe es mir wirklich nicht leicht gemacht und bin immer noch am Erarbeiten von Lösungen, obwohl wir die Behandlung der Petition bereits abschließen mussten, weil im Rahmen der Möglichkeiten des Petitionsausschusses - Stand heute, mit den jetzigen rechtlichen Rahmenbedingungen - keine Empfehlung auszusprechen ist.

Aber man kann ja an den Rahmenbedingungen arbeiten, und das tun wir! Diese Art von Einsatz halte ich für die tatsächliche BürgerInnennähe, und nicht die Frage, ob in jeder Sitzung eines Gemeinderates zu Petitionen eben Schauläufe durchgeführt werden können oder nicht.

Herr Wansch hat ebenso gemeint, die EinbringerInnen hörten nichts von dem oder über den Verlauf der Petitionsbearbeitung. Ich bringe hier in meinem Redebeitrag eine tatsächliche Berichtigung an: Das ist falsch! Es gibt einen intensiven Schriftverkehr, hauptsächlich durch die MitarbeiterInnen der MA 26. Die EinbringerInnen werden informiert über die Freischaltung. Die EinbringerInnen werden informiert über die Annahme der Petition, nämlich das erste Mal. Die EinbringerInnen werden informiert über den Verlauf der Verhandlung und darüber, welche Stellungnahmen eingeholt worden sind.

All dieser Schriftverkehr steht übrigens auch den Abgeordneten der FPÖ bei jedem Abschluss einer Behandlung zur Verfügung. Das heißt, Herr Wansch hat dies wider besseres Wissen behauptet.

Im Zuge dieses Themas möchte ich mich auch ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MA 26 und der MA 62 bedanken, für die ständige Kommunikation mit den EinbringerInnen, für die Unterstützung unserer Arbeit im Ausschuss und letztlich natürlich auch für die Zusammenstellung des Berichts, der heute

hier Grundlage dieser Diskussion ist. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ich habe mir einiges mehr aufgeschrieben, aber beim Überblicken meiner Mitschriften denke ich, das waren die wesentlichsten Punkte, die ich zu Ihren Redebeiträgen noch sagen wollte. Es gibt Beurteilungen, Bewertungen unserer Arbeit in der Regierung - kann man dazu stehen: Sie haben Ihre, ich habe meine.

Die Art und Weise, wie ich mit PetitionseinbringerInnen, aber auch anderen VertreterInnen von Bürgerinitiativen umgehe und wie ich ihre Anliegen vertrete, halte ich für die einzig richtige: Ich sage ihnen ehrlich, wo ich glaube, was ich bewirken kann und wo nicht. Ich mache ihnen nichts vor, und ich renne vor allem auch nicht Schulter an Schulter mit Bürgerinitiativen in eine Richtung, in die ich nicht laufen möchte. - Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Mag Dr Wansch. Zweite Wortmeldung. Restredezeit fünf Minuten. - Bitte.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Jetzt muss ich schaulaufen mit der Frau Kollegin Kieckert und sage: Es ist ungeheuerlich! Wenn eine Debatte im Gemeinderat, die ohnehin nur ein Mal jährlich möglich ist zum Thema Petitionen, als Schaulaufen bezeichnet wird, dann fehlen wesentliche demokratische Grundsätze. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich möchte dann auch noch eines tatsächlich berichten, weil immer diese Formulierung gewählt wird: Es „musste“ die Bearbeitung eingestellt werden, sie „musste“ eingestellt werden. - Meine Damen und Herren, die Bearbeitung wird deshalb eingestellt, weil Ihre Anliegen den Roten/Grünen lästig sind! Sie werden deshalb mit der Mehrheit der Rot-Grünen abgewürgt. Und jetzt sage ich noch einmal, abgewürgt! Sie „müssen“ nicht abgewürgt werden, sondern Rot und Grün wollen sie abwürgen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt kommen wir zum Hochhaus in Kaisermühlen. Da möchte ich nur Folgendes zu den Anträgen sagen, weil es heißt, es gibt nur zwei Anträge von uns. Bei diesem eigentlichen Demokratieskandal und Immobilienskandal haben wir den Antrag gestellt auf Stellungnahme Verfassungsdienst: Abgelehnt. Stellungnahme Bezirksvertretung statt Bezirksvorsteher, eine Pointe dazu: Es wird der Bezirksvorsteher Scheed - ich werde es dann kurz erwähnen im kurzen geschichtlichen Abriss -, der in der Jury gesessen ist, die dieses Bauvorhaben gekürt hat, derjenige ist und der, der angefragt wird im Zuge des Petitionsverfahrens. Und unser Antrag, dass man sagt, das kann ja nicht wahr sein, dass man da den Betroffenen fragt, der tief drinsteckt, und nicht die Bezirksvertretung, ist abgelehnt worden von der rot-grünen Mehrheit.

Das sind die inhaltlichen Auseinandersetzungen und die Standardanträge, wie Sie sagen, von uns. Schlussendlich ist der Antrag der FPÖ, dem Petitionsanliegen zu folgen und die Flächenwidmung dort nicht zu ändern, mit der Mehrheit von Rot-Grün einfach genauso wieder

abgelehnt worden. Es ist drübergefahren worden.

Jetzt sage ich kurz, warum da drübergefahren worden ist, zur Geschichte. Es gibt einen Stadtentwicklungsplan für diese Gegend aus 2005, der 2010 bestätigt worden ist. Es geht um das Kinogebäude Cineplex Minopolis - für diejenigen, die die Gegend kennen. Dort ist keine Wohnwidmung und keine Widmung, dass man höher als das bestehende Gebäude baut.

Dann kauft 2011 ein persönlicher Freund von Bgm Häupl. Das darf ich so sagen, weil Bgm Häupl persönlich das so dargestellt hat in den Rathausnachrichten: sein persönlicher Freund. Dieser Immobilieninvestor kauft das Grundstück 2011. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wer war denn das?)*

Dann macht er das, was man tut, wenn man in der Stadt einen Freund hat und das der Bürgermeister und die Mehrheitsparteien sind. Dann macht er einen privaten Wettbewerb mit ausgesuchten Architekten und setzt den Bezirksvorsteher, den schon erwähnten Herrn Scheed, rein und setzt den grünen Gemeinderat Chorherr hinein. *(GR Mag Wolfgang Jung: Oh!)* Diese private Jury, die nachher unterstützt wird durch leitende Beamte der zuständigen Magistratsabteilungen, kürt ein Hochhausprojekt gegen die bestehende Höhenwidmung und gegen die bestehende Widmung, dass dort keine Wohnungen möglich sind! Aber dort soll ein Luxuswohnungsturm entstehen.

Das erfahren die Bürger bei einer sogenannten Informationsveranstaltung, und dagegen formiert sich dann der Widerstand der Bürger. Bürger bringen eine Petition ein und schaffen es, diese Bürgerinitiative, dass der Petitionswerber persönlich geladen wird, weil ganz einfach die Unterlagen und das Material, das diese Bürgerinitiative zur Verfügung gestellt hat, aufgezeigt hat, wie mysteriös die Geschichte dieses Bauprojektes ist. Aber das war dann schon genug der Behandlung. Die Petition ist abgewürgt worden.

Dann liest man eine Pressemitteilung, wo zu lesen steht: „Dass das Petitionsgesetz kein Wunschkonzert ist, zeigt die eingereichte Petition ‚Kein weiteres Hochhaus in Kaisermühlen‘. Es gab somit keinen sachlichen Grund zum Stopp des privaten Bauvorhabens ‚Danube Flats‘.“ Jetzt sind wir bei einem privaten Bauvorhaben! Und dann bekommen wir die Auskunft vom Magistrat: Es gibt noch nicht einmal ein Umwidmungsverfahren.

Das ist die Geschichte, die dahintersteckt, die es aufzuklären gilt. Deshalb ist die Angelegenheit im Petitionsausschuss auch beendet worden! Wenn es das Umwidmungsverfahren gibt, gäbe es die Möglichkeit für die Bürger, Stellungnahmen abzugeben im Umwidmungsverfahren. Aber Rot und Grün haben uns schon verkündet, dass das Bauprojekt nicht gestoppt wird. So funktioniert rot-grüne Transparenz in Wien!

Wir Freiheitliche versprechen Ihnen: Wir werden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Licht in diese offensichtliche Geheimvereinbarung, die geheimen Absprachen und die Umstände des Projektes „Danube Flats“ bringen. Und wir werden verhindern, dass rot-grüne Stadtpolitiker gemeinsam mit Immobilienspekulanten ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend):*

Kommen Sie zum Schlusssatz!

GR Mag Dr Alfred **Wansch** *(fortsetzend):* ... ein Immobilienprojekt durchziehen mit dem ausschließlichen Zweck der Erzielung eines möglichst hohen Immobiliengewinnes *(Beifall bei der FPÖ.)*, ohne Rücksicht auf rechtliche und demokratische Grundlagen.

Meine Damen und Herren! Mein Schlusssatz: Recht muss Recht bleiben, und das Recht geht in Österreich vom Volk aus! - Danke. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Haslinger. Ich erteile es ihm.

GR Gerhard **Haslinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen):* Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Plenum und auf der Galerie!

Ja, Jahresbericht Petitionen: Ich möchte nur die Petition Nummer 7 zum Anlass nehmen, um ganz einfach zu zeigen, wie man mit Anliegen von Bürgern und Bürgerinnen umgeht. Wie man es bezeichnet, ob es jetzt als „abgewürgt“ tituliert wird oder abgeschmettert wird oder ob man es so beantwortet, so überdimensional beantwortet, dass man ganz einfach gar nicht zustimmen kann oder es nicht umsetzen kann, bleibt dahin gestellt. Faktum ist, und das bleibt für die Menschen übrig, dass man ihr Anliegen nicht weiterbehandeln oder umsetzen möchte.

Aber worum geht es kurz bei dieser Petition Nummer 7? Da geht es um die Aufhebung der Sperre eines Fußweges auf den Schafberg. Das ist der Mäuserweg, so wird er umgangssprachlich benannt und bezeichnet. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Mäuserweg!)* Das ist ein Trampelpfad, er ist im Flächenwidmungsplan als Fußweg eingezeichnet und der wurde 2006 gesperrt. Die Sperre ist durchaus korrekt, weil es zu einer Gefährdung kommen kann. Eine gemauerte Einfriedung droht umzustürzen, sie ist talwärts geneigt, und es ist gut, wenn man darauf schaut, dass nichts passiert.

Aber die Leute der Umgebung, die den Pfad nutzen, um eine Abkürzung zu verwenden, um auf den Schafberg zu spazieren, um die Natur zu genießen, wurden enttäuscht, indem dieser Weg nicht wiederhergestellt wurde, nicht repariert wurde, sondern ganz einfach versperrt blieb. Es wurde eine Sperre aufgebaut. Die erste Sperre wurde umgangen, vielleicht sogar aufgebrochen. Dann hat man den Weg noch fester mit einem Eisentor versperrt, damit ja niemand mehr vorbei kann.

Daraufhin hat man eine Petition eingebracht, man möge doch diesen Weg wieder freigeben. Diese wurde auch behandelt, so wie die Frau Kollegin Kickert gesagt hat. Es ist ja nicht so, dass man sich nicht darum gekümmert hat. Aber bemerkenswert ist dann dabei, wie man diesen Bericht abgehandelt hat.

Vielleicht sollte man noch vorausschicken, dass der Weg - nicht unproblematisch - teilweise noch im Privatbesitz von Anrainerinnen und Anrainern ist, teilweise von der Stadt Wien verwaltet wird. Eigentlich könnte es auch sein, dass man den Weg gerne gesperrt hat, damit dort niemand mehr vorbeigeht. Aber wenn man sich anschaut, wie dann, um einen kleinen Weg, der ungefähr

einen Meter Breite aufweist und, wenn er verwachsen ist, vielleicht noch schmaler ist, wie man dem dann begegnet, damit man ihn nicht instand setzen muss, dann ist das eigentlich sehr skurril.

Im Zuge dieser Petition wurde eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die dann Folgendes feststellt - auszugsweise -: „Wenn man unter einem Fußweg eine Straßenverkehrsanlage versteht, die vornehmlich für die Benützung durch Fußgängerinnen beziehungsweise Fußgänger bestimmt ist, aber trotzdem eine Breite von mehreren Metern, eine befestigte Oberfläche, zum Beispiel Asphaltierung/Pflasterung, sowie eine Entwässerung besitzt, die womöglich an die öffentliche Kanalisation angeschlossen ist, wenn man weiter voraussetzt, dass ein solcher Fußweg bei Dunkelheit beleuchtet wird und erforderlichenfalls auch von Radfahrerinnen beziehungsweise Radfahrern, Rettungs- und Einsatzfahrzeugen sowie für Wartungs- und Instandhaltungszwecke befahren wird, man an eine Stützmauer, die einen solchen Fußweg absichert, folgende Mindestanforderungen wird stellen müssen. Schon aus Gründen der Sicherheit muss die Stützmauer die auf sie einwirkende Belastung, die im Wesentlichen aus dem Erddruck, einem eventuellen Wasserdruck sowie aus den Verkehrslasten resultiert, schadensfrei und verformungsarm aufnehmen und in den Baugrund ableiten. Das heißt, die Stützmauer darf keine größeren Risse bekommen, sie darf nicht umkippen, sich nicht verschieben, sich nicht schiefstellen und sich nicht übermäßig setzen. Es werden also für die Stützmauer die üblichen statischen und bodenmechanischen Nachweise, wie Nachweise über die Aufnahme der inneren Normalkräfte, der Querkkräfte und Biegemomente, der Kippsicherheitsnachweis, der Gleitsicherheitsnachweis, der Geländebruchnachweis und ein Nachweis über die Einhaltung der zulässigen Soll-druckspannung, zu erbringen sein.“

Dann steht noch drin, es gehört dort eigentlich auch das Ortsbild geschützt und es sollte sich ins dortige Ensemble einfügen. Hallo, da geht es nicht um eine Autobahn! Da geht es um einen Fußweg, um einen Trampelpfad. Aber da wird eine Abhandlung getroffen, mit der man rechtfertigen will, warum man nicht einen Fußweg, der vielleicht ein paar Hundert Meter lang ist, nicht breiter als einen Meter ist, habe ich mir sagen lassen - ich kenne ihn persönlich nicht, und jetzt ist er abgesperrt, ich konnte mich davon nicht überzeugen, aber ich habe es gehört von Leuten, die diesen Weg in Kindertagen benutzt haben, das ist ganz schmal. Und da wird eine Abhandlung getroffen, wie wenn ich, ich weiß nicht, eine Autobahn bauen möchte oder irgendwo eine Brücke über einen Riesenfluss.

So kann man natürlich auch mit Bürgeranliegen umgehen, wenn man sie nicht umsetzen will. Man betretet sie mit einer sehr ausführlich beschriebenen Studie, wo man dann sagt, nein, das können wir nicht machen, denn das würde zu teuer werden!

Wenn man so mit den Menschen umgeht, braucht man sich nicht zu wundern, wenn Worte wie abwürgen oder abschmettern in solchen Bereichen verwendet werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Seidl. Ich erteile es ihm.

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren, vor allem natürlich auf der Galerie!

Ich würde mir ja persönlich wünschen, dass wir öfters so viele Personen wie heute auf der Galerie hätten. Denn erstens einmal: Ich habe noch nie so viele Sozialdemokraten kurz nach 15 Uhr hier im Saal gesehen, auf der einen Seite. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Auf der anderen Seite bekommen Sie jetzt endlich einmal live mit, welchen Zirkus hier Rot und Grün heute aufführen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das ist aber wahrscheinlich auch der Grund, meine Damen und Herren - das ist an Rot-Grün gerichtet -, warum Sie sich zum Beispiel so dagegen wehren, dass man solche Sitzungen live im Fernsehen überträgt. Ich kann es mir vorstellen. Sie bekommen es heute live mit, meine Damen und Herren, wir können uns alle ein Bild davon machen. (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Wenn jemand nie da ist, kann man ihn nicht gut sehen! Das ist das Problem!*) Herr Kollege, wollen Sie mir jetzt vorwerfen, dass ich nie da bin, oder was? (*Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.*) Okay, ist in Ordnung, ja, na selbstverständlich!

Meine Damen und Herren! Ich denke, die Wienerinnen und Wiener können heute sehen, wie Sie die Bevölkerung am Schmä halten. Und das ist jetzt nicht der liebe gemeinte Wiener Schmä, den man uns nachsagt, sondern das, was Sie da machen, grenzt an - na, wie formuliere ich es jetzt am gescheitesten, um keinen Ordnungsruf zu bekommen, ich nehme einmal dieses Wort - Veräppelung. Ich hoffe, das ist nicht ordnungsrufwürdig. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Vor allem Sie auf der Galerie werden sich unter Garantie im Jahr 2013, als das Petitionsrecht auch in Wien Einzug hielt, gedacht haben: Endlich ist es so weit, jetzt haben wir etwas! Jetzt haben wir ein Instrumentarium von der Stadt Wien in die Hand bekommen, das uns ermöglicht, Anliegen direkt an die Politik zu richten. Jetzt gibt es endlich die Möglichkeit, unsere Vorstellungen in das tägliche politische Wirken einzubringen.

Ja, meine Damen und Herren, ich bin mir hundertprozentig sicher, so haben Sie gedacht. Denn das ist es eigentlich, was ein Petitionsrecht ausmachen sollte, also die direkte Einbindung der Bürger in das politische Geschehen. Das ist eigentlich eines der besten Dinge, die in einer Demokratie passieren können, und zwar gerade in Zeiten, meine Damen und Herren, wo die politische Verdrossenheit, die ja fast schon tagtäglich zunimmt, wo die Bürger sich von politischen Entscheidungen abwenden, wo Wahlen boykottiert werden und wo das Image-Ranking der Politiker zwischen einer Sommergrippe und Masern liegt - das ist nun einmal leider Gottes so -, gerade da hätten Sie von den Regierungsparteien mit einem ordentlichen Petitionsrecht, meine Damen und Herren, wirklich toll punkten können.

Aber was haben Sie gemacht? Sie haben es so ge-

macht, wie es eben immer ist, wenn Rot und Grün irgendetwas anpacken: Sie haben es wieder einmal mit Bomben und Granaten versemelt. Meine Damen und Herren, Sie können es halt einfach nicht, das ist eben so! Sie leiden darunter, und Sie wissen, dass es so ist. Sie treten dieses wichtige Instrumentarium der direkten Demokratie mit Füßen und verschaukeln die interessierten und engagierten Bürger.

Einige Petitionen, die dank Ihnen von Rot und Grün ja schon ein Begräbnis erster Klasse bekommen haben, wurden heute bereits genannt. Ich möchte nicht alle Petitionen aufzählen, aber Petitionswerber, die mehrere 10 000 Unterschriften sammeln, da bin ich schon der Meinung, dass es deren Recht ist, ihr Anliegen auch direkt im Ausschuss vorzubringen. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Es wäre wahrscheinlich auch überall selbstverständlich, es ist halt leider in Wien nicht selbstverständlich! Das ist das Problem. Egal, ob es jetzt um die Rettung des Steinhof-Ensembles vor Verbauung, um den Schutz vor Monsterbauten, um den Schutz der alten Ortskerne oder auch um den öffentlichen Zugang zu den Gedenkstätten auf dem Leopoldsberg geht, all diese Petitionen, und natürlich auch all jene, die ich bis jetzt nicht genannt habe, hätten es sich verdient, von Ihnen ernst genommen und eingeladen zu werden. Aber nein, den Damen von Rot und Grün scheint es zu anstrengend zu sein, es interessiert sie anscheinend nicht.

Aus dem Grund haben es nur sehr wenige Petitionen geschafft, bis zu Ihnen in Ihre heiligen Hallen vorzudringen. Aber eine Petition hat es zusammengebracht, und zwar ist es die Petition mit dem rauschenden Titel - ich nenne es jetzt einmal - „Recht auf Marmelade!“ (*GR Mag Wolfgang Jung: Oh!*) Meine Damen und Herren, das ist kein Scherz! Diese Petition gibt es wirklich, und wie gesagt, diese Petition hat es in den Ausschuss geschafft.

Jetzt wissen wahrscheinlich nicht alle, was diese Petition kann, was sie möchte. Aus dem Grund möchte ich ganz kurz den Petitionstext vorlesen und ganz kurz erklären, was „Recht auf Marmelade!“ haben möchte. Die Kurzbeschreibung dieser Petition: „Die Petition wendet sich an die Gesetzgebung und Verwaltung der Stadt Wien und hat das Ziel, mehr und auch seltene Obstbäume in die Stadt zu bringen.“ An sich nichts Uninteressantes, warum nicht!

Der Petitionstext - drei Forderungen werden aufgestellt -: „1. 10 Prozent der vom Wiener Stadtgartenamt auf öffentlichen Flächen gepflanzten Bäume sollen Obstbäume sein - Klammer: zum Großteil seltene Sorten -, 10 Prozent der Sträucher sollen Fruchtsträucher sein.“ (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Ist in Ordnung.

Der zweite Punkt: „2. Gruppen von BürgerInnen sollen die Möglichkeit haben, sich als BaumpatInnen um die Obstbäume in ihrer Nähe selbst zu kümmern.“ Auch okay.

Und das Dritte: „3. Obstbäume sollen in Wien als Nachpflanzungen zugelassen sein.“ So weit, so gut, meine Damen und Herren!

Jetzt muss man allerdings wissen, vor allem jene, die das „Recht auf Marmelade!“ und die Petition nicht ken-

nen: Da möchte ich Ihnen sagen, es gab im Rahmen der „Wienwoche“ im Jahr 2013 - das ist das grüne Festl, das wir alle mit Steuergeld, mit knapp 500 000 EUR subventionieren - eine künstlerische Aktion mit demselben Namen, also mit dem Namen „Recht auf Marmelade!“. Da kann man sich heute noch im Internet durchlesen, was da bei dieser „Wienwoche“ so alles gemacht wurde.

Das ist, ja (*Ruf bei der FPÖ: Powidl!*), ich würde es einmal formulieren mit komisch oder situationselastisch, oder wie auch immer. Ich lese Ihnen das nur ganz kurz vor: „Herzstück der Kampagne ist die sogenannte JAM-TRAM. Die JAM-TRAM-Tour zwischen Karlsplatz und Donaufeld führt nicht nur über die Donau, sondern passiert auch zeitliche Grenzen. Die Reiseleiterin erzählt im Vorbeifahren historische Obst- und Gemüsegeschichten und entwirft die Utopie einer auf Commons basierenden Stadt in einem post-fossilen Zeitalter.“

Also abgesehen davon, dass diese Geschichte mit 500 000 EUR subventioniert wurde - (*in Richtung Galerie*) ich weiß nicht, wie viel Sie bekommen für Ihre Petitionen, ich gehe einmal davon aus, es wird knapp weniger sein, schätze ich -, hat sie es doch tatsächlich geschafft, in den Ausschuss zu kommen. Ich glaube, da kann man sich wirklich auch jeden Kommentar ersparen.

Ich möchte abschließend, meine Damen und Herren, vor allem Ihnen auf der Galerie, die Sie sich tagtäglich so wie wir Freiheitliche für ein besseres, schöneres und lebenswerteres Wien einsetzen, herzlich danken. Ich würde Sie auch bitten: Lassen Sie sich nicht entmutigen! Denn spätestens in einem Jahr, allerspätstens im Jahr 2015, ist dieser rot-grüne Spuk vorbei. Dann wird sich vieles ändern. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir haben ja jede Zeit. Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Nepp.

Ich würde Sie (*in Richtung Galerie*) bitten, dass das nicht herunterfällt: Geben Sie es wieder zurück, bitte!

So, Sie sind am Wort. - (*In Richtung Galerie:*) Darf man nicht.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn die Frau Kickert vorhin meint, eine Petition ist kein Mittel der direkten Demokratie, weil es nicht bindend ist, dann muss man sagen: Das ist ein komisches Verständnis von Demokratie! Denn ein Volksbegehren ist auch nicht grundsätzlich bindend, ist aber durchwegs ein Mittel der direkten Demokratie, und wenn man etwas anderes behauptet, glaube ich, würde es jedem Verfassungsjuristen da irgendwie den Magen umdrehen. Also Sie haben schon ein eigenes Demokratieverständnis.

Wenn der Herr Niedermühlbichler meint, wir beschäftigen uns nicht mit den Petitionen, könnte ich sagen, ich könnte Ihnen über jede einzelne Petition hier drin (*Der Redner hält eine umfangreiche Dokumentensammlung in die Höhe.*) eine Geschichte erzählen, wie sie zustande gekommen ist. Aber es reicht, glaube ich, auch für Sie, damit Sie sich vielleicht einmal auch inhaltlich damit auseinandersetzen, dass ich über die Petitionen kurz etwas sage, die auch Döbling betreffen, weil ich ja auch Abgeordneter aus Döbling bin.

Zum Beispiel „Rettet Grinzing - UNESCO Weltkulturerbe“: eine langjährige Forderung von vielen Bürgern, die in Grinzing wohnen. Zum Glück gibt es ja den Michi Lenzenhofer als Petitionswerber, der schon seit Jahren oder Jahrzehnten selbstständig in Grinzing tätig ist, um historische Funde sicherzustellen und selbst Forschungen anzustellen. Anscheinend ist von Rot-Grün die Umsetzung dieses Weltkulturerbes nicht so erwünscht, weil man vielleicht in Zukunft dort etwaigen Immobilienspekulationen für rote Bauträger nicht mehr Folge leisten kann.

Aber Grinzing ist ja weltbekannt, ein Ort, um den uns eigentlich jeder beneidet. In China wollen sie sogar Grinzing gleich neben Hallstatt errichten und nachbauen. Da bin ich vielleicht nicht so froh darüber, dass es die Chinesen dort nachbauen: Dann fährt jeder nur dort hin und nicht mehr zu uns her, das wäre vielleicht ein kleiner Tourismuseinbruch. Aber bei so vielen Einwohnern in China, glaube ich, würde das den Betrieben in Grinzing auch nicht besonders weh tun.

Wenn wir jetzt auf Seite 77 schauen - in diesem Bericht ist hier die Petition -, kann man sehen, dass die Frau Vassilakou sich an eine Stellungnahme des damaligen Bundesministeriums ranhält, das eben festgestellt hat, dass Grinzing nicht schutzwürdig ist beziehungsweise nicht reif ist oder noch nicht genügend Beweise da sind, dass Grinzing zum Weltkulturerbe ernannt werden kann. Darauf hat sich die Frau VBgmin Vassilakou bezogen.

Jetzt haben wir im Ausschuss gesagt: Ja, aber diese Erkenntnis des Bundesministeriums ist schon einige Jahre alt - ich glaube, aus 2010 war das -, seitdem sind viele neue Funde getätigt worden, viele neue Funde gemacht worden, und man sollte überprüfen, ob eben nicht jetzt dieses Ziel erreicht werden kann. Aber nein, das will man nicht!

Wir haben oft gesagt: Laden wir den Petitionswerber ein, er soll vorbeikommen und erläutern, auch neue Fotos herzeigen et cetera, was dort alles gefunden wurde. Aber das wurde von Ihnen beinhart abgewürgt! Sie sind auf diese neuen Erkenntnisse gar nicht eingegangen, sondern haben mehr oder weniger geantwortet, dass Grinzing als potenzielle Welterbestätte nicht so eingesetzt wird. Also wieder einmal eine Petition wie viele Petitionen, wo der Petitionswerber nicht eingeladen, sondern diese Petition einfach so abgedreht wurde!

Eine weitere Petition, die auch mich in Döbling betrifft, ist die Petition über den Schutz historischer Bauten wie zum Beispiel in Neustift. Dort hat zufälligerweise ein Bagger die Mauer beschädigt, dass sie eingefallen ist, und man reißt gleich das gesamte Haus nieder. Damit so etwas nicht mehr möglich ist, sollte hier endlich auch dieser Petition gefolgt und das umgesetzt werden, aber nicht mit irgendwelchen Baustopps, die dann die Frau Vassilakou kontrollieren muss, inwieweit da vorgegangen wird, und das dann halbherzig exekutiert wird. So wie zufällig immer wieder alte Winzerhäuser, alte Heurigenbetriebe niedergerissen werden und irgendwelche Glaskobel hingebaut werden. Die ganzen alten, historischen Ortskerne eigentlich in Döbling, wie Nußdorf, wie Grinzing, wie Neustift, werden vernichtet.

Mich freut es wirklich, dass wir heute diesen Neustifter Kirtag mehr oder weniger gerettet haben auf Grund unserer Initiative und auch der Bürgermeister zugesichert hat, dass die Kosten übernommen werden für einen Weinbauverein, weil man sonst diesen Kirtag nicht mehr sicherstellen konnte. Aber ich möchte nicht dann einmal in 10 oder 15 Jahren einen Neustifter Kirtag erleben, wo wir nicht mehr durch das jetzige schöne, schützenswerte Neustift durchmarschieren, sondern durch lauter Glaskobel, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das muss sichergestellt werden. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Die Petition über den Leopoldsberg wurde ja auch mehr oder weniger abgedreht. Der Leopoldsberg ist ein Ausflugsziel vieler Familien. Ich selbst gehe fast jeden zweiten Sonntag oben auf dem Leopoldsberg mit meinen Kindern spazieren. Es ist halt schon anstrengend, wenn man den Nasenweg hinaufgeht, nach ungefähr einer halben Stunde oben ankommt und dann vor verschlossenen Toren steht. Das Recht der Wiener Bevölkerung, da hineinzugehen, wird dann verwehrt, und der Leopoldsberg, die Burg, zerfällt immer mehr.

Es gibt dort das Heimkehrerdenkmal et cetera, andere Denkmäler, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen. Hier beruft man sich einfach darauf, dass die Gemeinde Wien sagt oder behauptet, es gibt hier kein Servitut. Wir haben immer gesagt, das ist ein außerbücherliches Servitut. Aber auch das wird hier nicht anerkannt.

Dann haben wir gesagt, bitte, dann ladet den Petitionswerber ein, der weiß mehr darüber Bescheid. Anscheinend wollen Sie das nicht, mehr darüber Bescheid wissen, weil Sie da oben anscheinend wieder irgendwelche Spekulationen vor haben. Somit wird diese Petition abgedreht. Da sieht man: Petitionen, mit denen Sie nichts zu tun haben wollen, drehen Sie eigentlich sofort ab, ohne die Petitionswerber einzuladen!

Auch bei „Stopp das Nikolaus-Verbot!“ haben Sie gesagt, da reicht Ihnen die Stellungnahme des zuständigen Stadtrats. Ich weiß, wir haben diese Nikolaus-Debatte ein Mal im Jahr hier im Gemeinderat, wo wir uns darüber aufregen, dass der Nikolaus verboten wird. Dann heißt es immer von Ihnen: Nein, es stimmt nicht, das sind von uns nur Hirngespinnste.

Jetzt hat man hier endlich einmal einen Petitionswerber, den man selbst fragen kann: Wie kommen Sie überhaupt darauf? Es kann ja sein, dass alle falsch liegen und Sie anscheinend hier vollkommen recht haben. Man hätte den Petitionswerber einfach einladen können, nachfragen: Wie kommen Sie darauf, das stimmt nicht! Gab es so einen Vorfall in einem ihm bekannten Kindergarten oder Schule et cetera? Aber nein, nicht einmal darüber trauen Sie sich anscheinend die Bürger im Petitionsausschuss zu befragen, weil es Ihnen unangenehme Antworten entgegenbringen könnte.

Aber wenn natürlich eine angenehme Petition kommt, und zwar wie zum Beispiel dieses „Free Wien-LAN-Ausbau von freiem, öffentlichem WLAN in Wien“, dann winkt man diese Petition ganz schnell durch. Wenn man schaut, wer der Petitionswerber ist: Das war der Herr

Gremel, das ist der Vorsitzende oder ein Mitglied der Jungen Generation, also einer SPÖ-Vorfeldorganisation. Man sieht - ich habe das hier auf Seite 45 des Berichtes -, dass man diese Petition eigentlich gar nicht bräuchte. Denn ich meine, immerhin sind Sie ja die stimmgebende Fraktion hier in diesem Haus, man hätte das einfach beschließen können.

Wir haben dann einmal den gleichlautenden Antrag gestellt - den Scherz habe ich mir erlaubt -, den gleichen wie in dieser Petition. Ich wollte eigentlich Ihrer Jugendorganisation helfen, dass sie auch einmal etwas durchbringt. Den haben Sie hier niedergestimmt! Höchstwahrscheinlich, weil er von uns gekommen ist.

Aber nichtsdestoweniger wurde diese Petition ganz schnell durchgewinkt. In der einen Sitzung wurde sie als Petition aufgenommen. Dann hat man eine Stellungnahme der zuständigen Stadträtin Frauenberger eingeholt. In der nächsten, der zweiten Sitzung wurde dann die Petition sofort beantwortet. Und man sieht also: „Der Stellungnahme folgend gelangte der Petitionsausschuss zur Ansicht, dass der Zielrichtung der Petition so weit als möglich entsprochen werden kann, und fasste daher in der Sitzung am 7. Oktober den Beschluss, von einer weiteren Verhandlung Abstand zu nehmen.“

Das heißt, wenn Ihnen etwas angenehm ist, dann machen Sie das sofort. Wenn Bürger kommen, die Ihnen nicht nahestehen, machen Sie das nicht. Somit, Frau Kollegin Kickert, gibt es hier schon Petitionen erster und zweiter Klasse!

Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass, wenn Ihnen nahestehende Personen eine Petition machen, das sofort umgesetzt wird. Aber viele Bürger, die dort oben sitzen und ernsthafte Sorgen haben - für das UNESCO-Weltkulturerbe, für Grinzing, für das Otto-Wagner-Spital, et cetera -, diese Anliegen der Bürger nehmen Sie nicht ernst. Sie degradieren diese Bürger, nur weil sie Ihnen, nämlich der SPÖ, nicht nahestehen, als Bürger zweiter Klasse!

Wir sagen: Wir helfen diesen Bürgern, damit sie ihren Petitionswillen durchsetzen können. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Niedermühlbichler. Restredezeit neun Minuten. - Bitte. *(GR Mag Wolfgang Jung: Vielleicht wird es jetzt ernsthafter!)*

GR Georg **Niedermühlbichler** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Ja, wie schon angekündigt, melde ich noch einmal. Ich könnte fast sagen, wir haben ein bisschen in die Zukunft geblickt. Es war mir ja vollkommen klar, dass die FPÖ hier die Reden dazu nutzen wird, um genau das zu tun, was ich vorher gesagt habe: Sie instrumentalisieren die Petitionen, das Petitionsrecht und den Petitionsausschuss.

Aber was noch viel schlimmer ist *(Zwischenruf von GR Dominik Nepp.)*: Sie instrumentalisieren auch die Petitionswerberinnen und Petitionswerber! Das habe ich Ihnen vorher auch schon gesagt, und das hat sich jetzt bestätigt.

Wenn der Kollege Seidl vorhin gesagt hat, es gibt

hier einen rot-grünen Zirkus - also was ein Zirkus ist, haben Sie jetzt hier eindrucksvoll bestätigt mit Ihren Redebeiträgen! Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir nehmen die Petitionen sehr ernst. Wir nehmen alle gleich ernst, behandeln alle gleich. Uns würde es nie einfallen - so wie dem Kollegen Seidl -, uns über einen Petitionswerber oder über eine Petition wie die Petition „Recht auf Marmelade!“ lustig zu machen. Hier sieht man, Sie werten mit zweierlei Maß. Sie sagen hier auch, die eine Petition wurde abgedreht, die andere wurde durchgewinkt. Sie sollten sich also überlegen, wenn Sie schon argumentieren, dass Sie durchgehend gleich argumentieren.

Ich glaube, die Debatte hat gezeigt - und ich versuche jetzt, das Ganze nicht noch einmal anzuheizen, denn sonst kommt vielleicht noch irgendwer von Ihnen auf die Idee, sich zu melden und noch einmal von sich zu geben, was jetzt ohnehin schon alles deutlich gesagt worden ist *(GR Mag Wolfgang Jung: Van der Bellen fehlt uns noch!)* -, dass sich der Petitionsausschuss und das Petitionsrecht in den letzten eineinhalb Jahren sehr bewährt haben. Wir werden auch noch einige Verbesserungen durchführen. Für uns sind alle Petitionswerber gleich viel wert. Wir schauen uns alle Petitionen gleich an, gehen mit allen Petitionen gleich um.

Wir als Petitionsausschuss - und das muss auch klar gesagt werden - sind kein Über-Ausschuss, der bestimmt, was passiert, und anderen Ausschüssen sagt, was sie zu tun haben. Das ist nicht unsere Aufgabe. Aber wir gehen ganz ehrlich mit den Petitionswerbern um. Wir werden jetzt nach der Novelle auch die Möglichkeit haben, noch transparenter zu sein - darauf freue ich mich schon -, damit die Petitionswerber auch die Informationen bekommen.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei allen, die dazu beigetragen haben, wie vorhin schon. Es wird die Berichterstatterin - davon gehe ich aus - noch ein Schlusswort sagen und noch ein bisschen darauf hinweisen, auf sachliche Art und Weise, was das Petitionsrecht bedeutet und was hier geleistet worden ist. In diesem Sinne bedanke ich mich noch einmal. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Mag Sonja **Ramskogler**: Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe KollegInnen!

Ich bin heute als Berichterstatterin zum Petitions-Jahresbericht 2013 hier, um sachlich und inhaltlich über Ihre Petitionen - die, die die Bürger und Bürgerinnen eingebracht haben - zu diskutieren und zu berichten, und eigentlich weniger, um politische Befindlichkeiten von einzelnen Personen zu argumentieren.

Lassen Sie mich zum Petitionsausschuss etwas sagen. Der Petitionsausschuss ist ein Mittel, ein neues Mittel, das sich gefunden hat, wo wir organisatorisch auch diverse Maßnahmen getroffen haben, gemeinsam

mit großen Anstrengungen, um alle Petitionen gleich zu behandeln.

Wir werten nicht im Petitionsausschuss. Wir sagen nicht, eine Petition ist besser, eine Petition ist schlechter, oder zum Beispiel, wie jetzt vorgekommen ist, relativ sich lächerlich gemacht wurde über das „Recht auf Marmelade!“ Ich denke, das ist genauso eine gleichwertige Petition wie eine andere Petition. Wir versuchen, insbesondere in meiner Position als Ausschussvorsitzende, alle Petitionen gleich zu bewerten, genauso auch, Petitionen ohne persönliche Befindlichkeiten zu bewerten, nämlich einfach in der Sache korrekt, klar und sachlich.

Dazu möchte ich auch noch sagen, dass der Jahresbericht, um den es heute geht, einer ist, wo wirklich sehr transparent die Arbeit des Petitionsausschusses aufgezeigt wird. Dazu möchte ich mich in erster Linie bedanken bei allen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, die das Petitionsrecht dazu verwenden, wenn sie Einwände haben, wenn sie Problemstellungen vor Ort sehen, wenn es ihnen darum geht, dass sie ein Anliegen haben, welches sie auch kund tun wollen. Dazu ist das Petitionsrecht da, keine Frage!

Nichtsdestoweniger gibt es immer wieder andere Bürger, die das anders sehen. Das ist ja eine ganz normale Angelegenheit. Es gibt also jene, die es so sehen, und jene, die es anders sehen. All das findet eben nicht in allen Petitionen Berücksichtigung, sondern es gibt Petitionen, wo eine Sichtweise als die wahre gesehen wird. Wir versuchen im Petitionsausschuss so gut wie möglich, sachlich zu jeder Petition eine Stellungnahme einzuholen und diese von den Stadträten, aber auch von verschiedenen anderen Institutionen sachlich zu beurteilen.

Dazu möchte ich mich auch noch ganz herzlich bedanken bei der MA 26, die diese Petitionen immer auch rechtlich gut behandelt und bei uns immer auch dankenswerterweise alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sehr unterstützt. Herzliches Dankeschön an die MA 26! Und ich bitte, das weiterzugeben. *(Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.)*

An und für sich muss ich sagen, im Petitionsausschuss gibt es eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Parteien. Das möchte ich von dieser Stelle aus auch feststellen. Ich bin auch sehr darauf bedacht, dass alle Parteien dementsprechend in Gesprächen, aber auch im Ausschuss selber immer eine gute Möglichkeit haben, sich mit der Petition auseinanderzusetzen. Wie viel Zeit jeder und jede sich damit beschäftigen, sich mit einer Petition auseinanderzusetzen, bleibt demjenigen überlassen.

Ich kann nur sagen, es geht darum, dass man sich ernsthaft mit einer Sache auseinandersetzt und nicht polarisiert. Dazu ist es zu schade, Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern politisch zu verwenden. Ich denke, es ist notwendig, dieses Recht den Bürgern/Bürgerinnen zu lassen, denn politische Parteien haben andere Möglichkeiten, ihr Verständnis von einem Problem darzubringen. Sie haben andere Möglichkeiten, ihr Verständnis - so wie heute zum Beispiel eben diverse Abgeordnete ein anderes Verständnis von einer Sache haben - ist durch-

aus legitim, hat hier Platz. Aber lassen Sie bitte das Petitionsrecht den Bürgern und Bürgerinnen dieser Stadt! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Dietbert Kowarik: Ich bin auch Bürger dieser Stadt! - GR Johann Herzog: Wir sind alle dieser Meinung, Frau Kollegin!)*

Ich würde mich abschließend somit bei allen Kollegen und Kolleginnen des Ausschusses bedanken für ihre konstruktive Zusammenarbeit. Denn ich denke, dieser Ausschuss hat in diesem Jahr auch gezeigt, dass er ein besonderer Ausschuss ist, weil er themenübergreifend ist. Es ist notwendig, mit den Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ausschüssen - insbesondere dem der Flächenwidmung, das wissen Sie auch - zusammenzuarbeiten. Auch da ein herzliches Dankeschön an die Kollegen im Flächenwidmungs Ausschuss, und natürlich auch den Büros der einzelnen Klubs, Mitarbeiter, et cetera, die hier sehr viel mitarbeiten. Denn ich denke, es ist notwendig, jetzt und in Zukunft eben den Bürgern und Bürgerinnen mit dem Petitionsrecht eine gute Möglichkeit zu geben, gemeinsam mit uns politisch zu arbeiten.

Abschließend natürlich ein herzliches Dankeschön an die Frau Stadträtin und ihr Büro! Denn ohne Frau StRin Sandra Frauenberger wäre das Petitionsrecht nicht so, wie wir es jetzt ausführen können. Herzliches Dankeschön auch an dein Büro und an dich! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wird eine Evaluation des Gesetzes geben. Mein Vorgänger Harald Troch hat es gesagt: „Learning by doing.“ Es ist so, dass dieser Ausschuss ein neuer Ausschuss in Wien ist. Es ist so, dass dieser Ausschuss ernst genommen wird in seiner Sache und seiner Angelegenheit, mit allen Bürgerbeteiligungen und mit allen Menschen, die in dieser Stadt konstruktiv mitarbeiten wollen, eine Meinung vertreten und diese auch anbringen.

Daher rufe ich auch dazu auf - und das habe ich immer auch öffentlich gemacht -: Äußern Sie Ihre Meinung! Äußern Sie Ihre Meinung konstruktiv! Geben Sie Ihren Senf dazu! Es ist notwendig, denn ich glaube, wir sind hier wirklich darauf bedacht, gemeinsam ein gutes Petitionsrecht in dieser Stadt zu haben. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Bericht zustimmen wollen oder ihn zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. *(GR Mag Wolfgang Jung: Zur Kenntnis nehmen!)* - Ich danke für die Einstimmigkeit.

Ich schlage nun vor, die Berichterstattung und die Verhandlungen über die Geschäftsstücke 1 und 2 der Tagesordnung, sie betreffen eine Subvention an den ASKÖ - Landesverband WAT und den Verein Zeit!Raum, zusammenzuziehen, die Abstimmung jedoch getrennt durchzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall. Ich bitte daher die Berichterstatterin, Frau GRin Matzka-Dojder, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Anica **Matzka-Dojder**: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Der Sommer kommt, und es findet sich wieder ein Anlass, das reiche Füllhorn über SPÖ-nahe Vereine auszuschütten - ein Schauspiel, das sich ja jedes Jahr wiederholt! Wir haben hier - man kann es gleich in einem behandeln - zwei Vereine in erster Linie, nämlich den Zeit!Raum und den ASKÖ, und indirekt auch Interface, und es handelt sich um eine Summe von zirka 115 000 EUR.

Offiziell läuft das Ganze unter dem Titel Sprachförderung, Verbesserung der Deutschkenntnisse für Schüler etwa vom Volksschulalter weg bis zum 14. Lebensjahr. Wie schaut die Geschichte aber de facto aus? Erstens einmal wundert man sich, dass Schüler erfasst werden, die Deutschkurse brauchen! Denn an sich hat uns ja der Herr Bürgermeister einmal versichert: Es kommt niemand ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Schule. Aber da haben wir in der Zwischenzeit ohnehin schon gesehen, dass die Situation eben in Wirklichkeit eine andere ist.

Jetzt fragen wir uns: Wie läuft denn das Ganze mit diesen Deutschkenntnissen? Die Schüler kommen an zehn Vormittagen in je drei Unterrichtseinheiten mit der deutschen Sprache in Kontakt. Zehn Vormittage, drei Unterrichtseinheiten: Glauben Sie wirklich, dass 30 Stunden - noch dazu, wo sich die Schüler, die Jugendlichen nicht kennen, einiges an Kennenlernzeit und so weiter darauf vergeht und auch nicht alles so diszipliniert abläuft, wie es in einer Schule ablaufen sollte -, dass die eine wesentliche Verbesserung der Deutschkenntnisse mit sich bringen? Nein!

Sie werden am Nachmittag dann zum Sport gebracht, und sie haben auch die Möglichkeit, dort zu essen. In Wirklichkeit läuft das Ganze auf eine Ferienbetreuung hinaus, die hier erfolgt. Wenn man das machen will, dann soll man es als das bekannt geben, aber hier nicht unter diesem falschen Titel tarnen.

Sie unterstützen ja serienweise derartige Aktionen, die, wie üblich, natürlich ohne Überprüfung des Lernerfolges schließen. Es kriegt zwar jeder ein Diplom, damit er sich freuen kann - „Teilgenommen“ -, das sagt aber überhaupt nichts aus, ob die ganze Geschichte eine Verbesserung der Sprachkenntnis gebracht hat oder nicht.

Das Einzige, was bei dem Ganzen herauschaut, ist, dass linientreue Verbände ein Taschengeld dazubekommen und natürlich auch brave Genossinnen und Genossen versorgt werden. Man muss nur die Namen - wir haben ja heute schon einmal so ein Beispiel gebracht - mit Listen von SPÖ-Funktionären und -Funktionärinnen vergleichen.

Unter welchem schönen Namen läuft dieses ganze Projekt? Man wäre versucht, die Innenministerin zu zitieren: „Her mit dem Zaster!“ So heißt es aber nicht, es heißt bloß schlicht und harmlos: „Sowieso Mehr!“ Na, sowieso wollen Sie mehr, immer wieder mehr für die

SPÖ-nahen Vereine! Das ist ohnehin klar. Deswegen kann man auch von den Vereinen die Veranstaltungen ausschreiben, bevor überhaupt eine Finanzierung durch den Gemeinderat genehmigt ist.

Das zeigt Ihr seltsames Demokratieverständnis, meine Damen und Herren von der SPÖ! Die GRÜNEN sind heute, glaube ich, auch im Schwimmbad. Man sollte ihnen ein paar Gummireifen und Taferln hinstellen, damit sie ihre Abwesenheit erklären können. Also ... (*Zwischenruf von GRin Mag Martina Wurzer.*) Bitte, Frau Kollegin? (*GR David Ellensohn: Wo ist der Gudenus? - GRin Mag Martina Wurzer: Was machen Sie ... - GR David Ellensohn: Wo ist der Herr Gudenus? Im Schwimmbad, oder? - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Der Herr Gudenus ist aber - schauen Sie einmal den Unterschied in der Besetzung an, Herr Kollege! Und schauen Sie sich den Unterschied in der Besetzung in den letzten zwei Stunden an! Sie waren am Vormittag ja auch nicht da.

Kommen wir zurück zum „Sowieso Mehr!“, das Sie hier für sich fordern. So ist ohnehin alles klar: Es wird ausgeschrieben, bevor dieser Gemeinderat überhaupt eine Genehmigung erteilt hat. Das zeigt Ihr Verständnis von Demokratie. Sie scheren sich überhaupt nicht darum, dass es eigentlich Gremien gibt, die damit befasst werden, denn „wir fahren eh drüber, wir sind die mehreren“. Noch sind Sie die mehreren, meine Damen und Herren!

Na, da haben wir jetzt einmal diese verschiedenen Vereine. Fangen wir an beim Zeit!Raum mit seinen 24 Angestellten. Der hat eine ganze Menge Aktivitäten in seinem Programm. Ein paar Beispiele: von der „Märchenstunde – Kräuterkunde“ bis zur „Winterwanderung mit Lamas“. Das sind also ganz tolle, unbedingt zu unterstützende und ganz wichtige Projekte, die hier von dem Verein betrieben werden.

Seinem Selbstverständnis nach ist er, wie der Kollege Mahdalik sagen würde, ein Verein eh schon für alles. Ich lese Ihnen vor, was der Verein alles für Zwecke als Ziel des Vereins angibt: „Zeit!Raum ist ein Sozialverein. Zeit!Raum ist ein Sportverein. Zeit!Raum ist ein Kulturverein. Zeit!Raum ist ein Wissenschaft- und Forschungsverein. Zeit!Raum ist ein Verein zur Entwicklungszusammenarbeit. Zeit!Raum ist ein Verein des internationalen Dialogs. Zeit!Raum ist ein soziokultureller Verein.“

Das ist der alles; oder wie Toni Mahdalik sagen würde: ein Verein für eh schon alles. Und weil er eh schon alles macht, macht er auch Deutschkurse! In Kooperation mit wem? Ganz interessant: Mit einem typischen Verein für Sprachkunde, nämlich mit dem ASKÖ. Das ist natürlich der ideale Partner, um die deutsche Sprache zu vermitteln.

Er macht es niederschwellig, auf Augenhöhe, partizipativ und transparent natürlich, das ist das Selbstverständnis dieses Vereins. Und die Mittelaufbringung? Ja, da ist man ganz großspurig. Man fragt sich nämlich, wenn man das durchliest, wieso die überhaupt Subventionen brauchen. Sie schreiben nämlich bei „Mittelaufbringen“: Ja, Mitgliedsbeiträge zum Beispiel; ordentliche

Mitglieder zahlen 5 EUR, Aktivitätsmitglieder 1 EUR! Es wäre wirklich interessant, wie viel an Eigenmitteln der Verein hier in seine Arbeit einbringt. Allzu viel kann es nicht sein. Aber das ist leider nicht zu erfahren.

Ganz zufällig steht dann auch drin: „Zeit!Raum ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur“, in Klammern verschämt: „ASKÖ“. Die hat ja mit der SPÖ nun wirklich nichts zu tun! Wenn man ins Vereinsregister schaut, findet man als Präsidenten zwar den Namen Christian Pöttler, und wer an den echo-Verlag denkt, der liegt nicht mehr ganz falsch damit. Aber der ist ja mittlerweile von der SPÖ abgestoßen.

Ja, das ist ein vielfach mit Förderungen bedachter Verein. Er kriegt ja nicht nur diese Summen, die genannt wurden, denn in beiden Projekten wirken die Vereine zusammen und beziehen auch den Verein Interface mit ein in diese ganze Geschichte.

Interface ist dieser seltsame Verein, der kein Verein mehr ist, sondern eine GmbH ohne Gewinnabsichten. Also auch eher eine Kuriosität im Bereich der GmbHs! Aber ganz SPÖ-fern ist die auch nicht. Das haben wir schon öfter diskutiert, und ich kann es mir ersparen, weiter darauf einzugehen. Ich erinnere mich nur, dass dieser Verein unter anderem auch in seinem letzten Rechenschaftsbericht die Schönheiten des Dativs behandelt hat. Also ein ganz, ganz wichtiger Verein, der unbedingt viel Geld braucht.

Zum Zweck dieser ganzen Geschichte zurückkommend, ist festzustellen: Die Vereine und ihre Funktionäre kommen weitgehend aus dem Vorfeld der SPÖ. Es verstärkt sich der Eindruck, dass es bei diesen Projekten eigentlich darum geht, einerseits SPÖ-nahe Vereine und Funktionäre finanziell zu unterstützen, und dass man zweitens versucht, über diese Vereine an Personen heranzukommen, um sie für sich zu beeinflussen. Man kommt durch diese Veranstaltungen natürlich auch gleich an Namen und Adressen, das ist ein zusätzlicher Vorteil.

Das Interesse dieses Vereines richtet sich ausschließlich an Zuwanderer, und Sie glauben, dass Sie auf diese Art und Weise künftige Wähler an sich binden können. – Das ist eigentlich ein Missbrauch der Gelder der Stadt! (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Sie können es aber ruhig probieren! Sie können in diesem Sektor weitermachen, meine Damen und Herren! Es ist klar, dass Sie nach neuen Wählergruppen suchen, nachdem sich die Wiener im zunehmenden Maß von Ihnen abwenden! Das kann aber auch problematisch werden! Das kann ich Ihnen auch sagen.

Sie haben bei Ihrem letzten Maiaufmarsch eine solche Wählergruppe hinten mitmarschieren lassen, nämlich eine türkische Wählergruppe, die mit Fahnen und Abzeichen der Revolutionären Volksbefreiungsfront marschiert ist und deren erklärtes Ziel der bewaffnete Umsturz in der Türkei ist. Diese Leute marschieren am 1. Mai als neue Wählergruppe bei Ihnen mit! Diese Gruppierung wird von der EU und auch von den Vereinten Nationen als „Terrorgruppe“ bezeichnet, meine Damen und Herren. Sie begeben sich hier also auf einen überaus gefährlichen Weg! Aber das ist Ihre Sache.

Weniger Ihre Sache ist es, dass Sie dafür öffentliche Gelder verwenden. Wir lehnen diese Förderungen ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Anica **Matzka-Dojder**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wie in den letzten Jahren auch heute einige sachliche Bemerkungen von meiner Seite zum Projekt „Sowieso Mehr!“ – Das „Sowieso Mehr!“ mehr richtet sich an alle Kinder und Jugendlichen zwischen 7 und 14 Jahren. Es ist dies ein Angebot für alle Kinder, die in Deutsch die Noten Nicht genügend oder Genügend haben, und es handelt sich hierbei um eine Kooperation zwischen Stadtschulrat, Magistratsabteilung 56 und dem Verein Zeit!Raum sowie dem Verein Interface.

Und frage Sie wieder, Herr GR Jung beziehungsweise die Gemeinderätinnen und -räte von der Freiheitlichen Fraktion: Was können Sie dagegen haben, wenn diese Kinder professionelle Unterstützung bekommen, um Deutsch zu lernen?

Dies geschieht, wie gesagt, in Zusammenarbeit zwischen Stadtschulrat, Magistratsabteilung 56 und mit zwei kompetenten Vereinen.

Sie sagen, Interface ist ein seltsamer Verein. – Ich bitte Sie noch einmal, diese Bemerkungen betreffend diese Kooperationspartner in der Stadt, die wirklich wertvolle Arbeit leisten, zu revidieren! Besuchen Sie einmal Interface, und dann werden Sie sehen, wie großartig dieser Verein die unbegleiteten Jugendlichen in ihren Bestrebungen, Deutsch zu lernen, und auch mit entsprechender Integrationsarbeit unterstützt. Dann werden Sie sehen, dass da wirklich ganz wichtige Institutionen dieser Stadt mit Geldern unterstützt werden! (*GR Mag Wolf-gang Jung: Das haben wir schon debattiert!*)

Wir führen hier in diesem Haus jedes Jahr diese Diskussion, aber ich verliere meinen Optimismus nicht, dass Sie eines Tages doch einsehen könnten, dass die betroffenen Jugendlichen und Kinder diese wertvolle Unterstützung brauchen. Und vielleicht wird die Initiative des Bürgermeisters, dass wir allen Kindern in der Schule Nachhilfeunterricht anbieten, in Zukunft umgesetzt werden. Derzeit sehen wir in diesen Projekten rein integrative Maßnahmen, und ich bitte Sie, darüber nachzudenken, wie wertvoll diese Unterstützung für diese Kinder ist, und unseren Anträgen zuzustimmen. – Vielen Dank. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur Abstimmung, die wir getrennt durchführen.

Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 1 die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Regierungsparteien und der ÖVP unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 2. Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 2 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das

Stimmverhalten hat sich nicht verändert. Postnummer 2 ist damit ausreichend unterstützt.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 31 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Errichtung von Verkehrslichtsignalen und der öffentlichen Beleuchtung am Hauptbahnhof Wien. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn GR Kubik, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch, und ich erteile es ihm. (*Ruf bei den GRÜNEN: Er hat sich streichen lassen!*) Gut. Dann ist niemand zu Wort gemeldet.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer der Postnummer 31 die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich danke für die Einstimmigkeit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 38 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die jährliche Anpassung der Entgeltleistungen für übertragene Aufgaben an die Wohnservice Wien GmbH. Zu Wort ist niemand gemeldet. Ich komme daher zur Abstimmung. Wer der Postnummer 38 die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Ich schlage vor, die Berichterstattung und die Verhandlung über die Geschäftsstücke 10 und 14 der Tagesordnung – sie betreffen Subventionen an den Verein Wiener Kulturservice und an den Verein Wiener Stadtfeste – zusammenzuziehen, die Abstimmung jedoch getrennt durchzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Dies ist nicht der Fall. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn GR Baxant, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Petr **Baxant**, BA: Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger, und ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Das ist sozusagen kein ganz frischer Akt, sondern wir haben über diesen schon viele, viele Male geredet. Ich kann mich an lange Diskussionen erinnern, bei welchen es darum ging, ob soundso viele Millionen Besuche oder Besucher auf dem Donauinselfest waren, je nachdem, wie viele Bühnen besucht wurden.

Ich möchte jetzt gar nicht auf diese Dinge eingehen. Das Donauinselfest soll sein, hat seine Berechtigung. Wir hätten ja gar nichts dagegen! Und auch das Stadtfest – das ist der gleiche Tagesordnungspunkt – soll sein, hat seine Berechtigung. Blödes Wetter habt ihr gehabt. Hat seine Berechtigung, da haben wir gar nichts dagegen!

Das Donauinselfest haben die GRÜNEN früher massiv kritisiert. Früher!

Dann gibt es auch noch quasi das 1.-Mai-Fest, bei dem man sich im Anschluss an die 1.-Mai-Kundgebung noch im Prater versammeln kann. – Von mir aus, soll sein! Dagegen haben wir gar nichts! Aber vor allem das

haben die GRÜNEN früher immer bekrittelt, früher, als sie noch kritisch waren.

Außerdem gibt es in diesem Rahmen noch eine Subvention von Kunst- und Kreativmessen. Und ich habe dann noch ein Beispiel.

So. An sich sind wir ja in der Kultur durchaus verwöhnt beziehungsweise gewohnt, dass wir Akten bekommen, in welchen man die Einnahmen und Ausgaben sehen kann und alles beziehungsweise das meiste irgendwie schlüssig und nachvollziehbar ist. – Jedenfalls gibt es andere Ausschüsse, in denen es viel schlimmer ist! – Herr Dr Denscher wird jetzt ja genau darauf achten, was ich sage, und ich meine: Grundsätzlich ist das bei uns sehr gut.

Es gibt natürlich auch Akte, die einfach zu genehmigen sind, dafür gibt es seit Jahren einen Schimmel.

Das Einzige, was weggefallen ist, sind die einzelnen Teilsommen. Früher ist immer auch noch dort gestanden, wie viel das 1.-Mai-Fest kostet und wie viel die Grätzelfeste kosten. Das steht jetzt nicht mehr dabei.

Anders geworden ist auch, dass das Stadtfest nur mehr die halbe Dotierung hat, weil die andere Hälfte jetzt für die „Wienwoche“ verwendet wird, die allerdings anders organisiert ist. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Ich habe nicht gesagt, besser, ich habe gesagt, anders! (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Und das ist der eigentliche Kritikpunkt, meine Damen und Herren! Ich muss ja gar nicht so lange herumreden. Hier steht, dass es 250 Kultur- und Freizeitveranstaltungen, Straßenfeste und Grätzelfeste gibt, bei welchen auch Künstlern und Kulturschaffenden die Chance geboten wird, ihr Können in der Öffentlichkeit vorzustellen. Das sind die klassischen Events, bei denen die Künstler ihre Kultur zum Besten geben.

In der Praxis schaut das dann so aus: Es wird ein Grätzelfest veranstaltet, und dabei steht: SPÖ-Wien, und daneben steht: Wiener Kulturservice. Und zahlen muss das der Steuerzahler, und das ist nicht korrekt!

Das gibt es in der abgespeckten Version selbstverständlich auch im Zusammenhang mit der Subvention des Stadtfestes. Dort steht dann, weil es ja nur ein Viertel des Betrages ist, nur mehr ein Satz: „Im Rahmen der Nebenaktivitäten plant der Verein, beispielsweise Grätzelfeste zur Belebung der Alltagskultur in einzelnen Stadtvierteln sowie Kleinkunst und Kinovorführungen.“

Super! All das zahlt der Steuerzahler! Das ist nicht korrekt, meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang gibt es nämlich keine Aufzeichnungen, welche Feste da veranstaltet werden. Das weiß kein Mensch! Das steht in dem 17-Seiten-Akt des Wiener Kulturservice nicht. Da geht es, glaube ich, um eine Viertelmillion von den 1,81 Millionen, die für das Donauinselfest ausgegeben werden.

Liebe Susanne! Du bist meine Nachrednerin: Bitte erzähl mir nicht, wie super das Donauinselfest ist! Ich habe das Donauinselfest an sich gar nicht kritisiert. Ich kritisiere, dass mit dieser Subvention unerschwinglich unidentifizierbare Grätzelfeste mit einer Viertelmillion mitsubventioniert werden. Das ist unser eigentlicher Kritikpunkt, und das ist der Grund, warum wir hier dage-

gen sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist GRin Bluma. – Ich erteile es ihr.

GRin Susanne **Bluma** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Vorredner, lieber Kollege!

Ich habe hier ganz zufällig deine Rede, die du vor zwei Jahren zu diesem Thema gehalten hast. Ich lese sie jetzt aber nicht vor, denn wir haben sie nun eh wieder gehört.

Zu deiner damals schon geäußerten Kritik zu den Bezirksveranstaltungen werde ich auch nicht müde, immer wieder zu sagen: Ich finde diese Bezirksveranstaltungen sehr, sehr gut! Das ist Basiskultur.

Mein Zugang als Kulturpolitikerin ist, dass Kunst und Kultur auch dort stattfinden sollen, wo die Menschen leben, wo sie zu Hause sind, und nicht nur in einigen konzentrierten Vierteln. In unserer Stadt leben sehr viele kreative Menschen, die sich selbst einbringen, die aktiv am Kulturgeschehen teilnehmen und die das in ihren Bezirken beziehungsweise Grätzeln auch wunderbar tun können.

Subventionsnehmer ist das Wiener Kulturservice, und das Donauinselfest ist ein großartiger, über die Grenzen Österreichs hinaus bekannter Event, ein von Jung und Alt über alle Fraktionsgrenzen hinweg besuchtes Fest, bei dem das Wetter immer schön ist – und so wird es auch heuer sein –, ein ganz toller Event, das der Stadt Wien natürlich auch sehr viel bringt. Dieses tolle Fest ist gewachsen, bereits zweite und dritte Generationen besuchen dieses Fest jetzt, und sowohl Alt als auch Jung sind begeisterte Donauinselfest-Geher. Auch im Tourismus unserer Stadt spielt das Donauinselfest eine große Rolle. – Das ist die eine Geschichte, und die ist gut.

Auch das Stadtfest, wer auch immer dieses besuchen will, ist eine gute Veranstaltung in unserer Stadt: Es ist wirklich schade, dass es immer regnet, es ist wirklich schade, dass meine Schuhe immer nass sind. Aber es gibt ja auch Gummistiefel, das ist kein Problem!

Aber auch Kunst- und Kreativmessen, auf denen Kunst präsentiert wird, die von Bezirksbewohnerinnen und Bezirksbewohnern selbst aktiv geschaffen wird, geben ganz wichtige Impulse für eine Stadt.

„Die Qualität einer Stadt erkennt man an der Qualität in den Außenbezirken.“ – Das ist ein Ausspruch unseres Bürgermeisters. Ich weiß nicht, ob ich ihn jetzt wortwörtlich zitiert habe, aber das ist, glaube ich, der Sinn seiner Aussage. – Kunst und Kultur dürfen nicht auf der Ringstraße aufhören, und sie dürfen auch nicht am Gürtel aufhören. Auch Floridsdorferinnen und Floridsdorfer, Donaustädterinnen und Donaustädter und alle anderen haben ein Recht darauf, dass Kunst und Kultur in ihrem Bezirk stattfinden. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich befürworte jeden Euro, der in diese Bezirke fließt. Kunst und Kultur sind ein Faktor für Lebensqualität, ein Beitrag zu einem wunderbaren, sinnerfüllten Leben in dieser Stadt. Und deshalb ist jeder Euro dafür gut ausgegeben. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Das war ein sehr engagierter Beitrag. Da ist Kraft dahinter, und ich hoffe, du hast recht mit der Wetterprognose! *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung, die wir getrennt durchführen.

Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 10 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich danke. Dies wird von den Regierungsparteien und der ÖVP unterstützt und hat damit ausreichend Unterstützung.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 14. Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Geschäftsstück zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. – Postnummer 14 wird von den Regierungsparteien, der ÖVP und mit zusätzlicher Unterstützung des Klubunabhängigen angenommen und hat die Mehrheit.

Ich danke für die Abstimmung.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 15 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an die Institution LINK Verein für weiblichen Spielraum. Redner wurden alle gestrichen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Postnummer 15 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von ÖVP und den Regierungsparteien unterstützt und hat damit ausreichende Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 17 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Klub der Wiener Kaffeehausbesitzer. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn GR Baxant, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Petr **Baxant**, BA: Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger.

GR Mag Gerald **Ebinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Dagegen sind wir auch schon länger, aber kurz halte ich mich trotzdem nicht! *(GR Mag Wolfgang Jung: Nicht wieder die vom Vorjahr!)* Ich habe den Akt hier, und ich halte mich an den Akt, ich schreibe mir keine Reden auf! Was soll ich tun, wenn meine Ausführungen dann wieder ähnlich klingen?

Es geht hier um eine kleine Subvention, die mich persönlich aber ärgert, weil ich die Sinnhaftigkeit einfach nicht verstehe! Da wird wahrscheinlich mit der Wirtschaftskammer vereinbart, dass die 25 000 EUR halt gespendet werden müssen. Das sind so eingefahrene Vorgangsweisen, die man doch hinterfragen dürfen wird!

Ich zitiere: „Der Klub der Wiener Kaffeehausbesitzer fördert seit einigen Jahren in zirka 15 traditionellen Wiener Kaffeehäusern die Durchführung von lebender Klaviermusik. Die entsprechenden Klaviere wurden vom Klub der Wiener Kaffeehausbesitzer von der Stadt Wien am 5.10.2005 erworben.“

Es ist übrigens auch lustig, dass es „von der Stadt Wien ... erworben“ heißt. Handelt die Stadt Wien mit Klavieren? – Ich weiß nicht! Aber das ist nicht das The-

ma.

In diesen Kaffeehäusern werden während des gesamten Jahres mindestens ein Mal und maximal sieben Mal pro Woche Klaviervorführungen durchgeführt. Der Klub der Wiener Kaffeehausbesitzer unterstützt diese Kaffeehausbetreiber mit Zuschüssen für die Pianisten. Folgende Kaffeehäuser nehmen an der Aktion vom 1.1. bis 31.12. teil: Schwarzenberg, Bräunerhof, Diglas, Hofburg, Landtmann, Prückel, Weimar, Meierei in Schönbrunn, Imperial, Central, Sperl. – Dabei steht jeweils, wie viele Spieltage jedes Café hat. Insgesamt sind es 49 Spieltage pro Woche. 49 Spieltage! Bitte merken wir uns das!

Schauen wir uns nun die Einnahmen und Ausgaben an. 20 000 EUR beträgt die Subvention der Stadt Wien, MA 7. Ferner gibt es 35 000 EUR Eigenleistung und 20 000 EUR künstlerisch-wissenschaftlichen Sachaufwand, wobei ich nicht weiß, was das konkret ist.

Bei 49 Spieltagen in 52 Wochen macht das, wenn ich die 55 000 EUR zusammenrechne, pro Spieltag 21 EUR, und wenn ich nur den künstlerischen Personalaufwand rechne, also die Bezahlung für die Pianisten selber, macht das pro Spieltag 7,80 EUR. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Er redet bei meiner eigenen Rede drein, das ist ja unglaublich! Ich schaue Maresch an und erwarte Kritik, oder dann kommt es von da hinten! (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*)

Wenn man sich diese 7,80 EUR anschaut, dann muss man sich doch ernsthaft fragen: Ist das eine sinnvolle Subvention? – Das ist ja Ausbeutung, wenn der Pianist dort pro Spieltag um 7,80 EUR spielen muss! All das ist in sich nicht schlüssig!

Meine Damen und Herren! Ich meine, es wäre doch viel gescheiter, dass wir die 20 000 EUR dem Neustifter Kirtag geben! Dort würden wir die gleiche Liga bedienen, zwar nicht die Kaffeehausbesitzer, dafür aber die wirtschaftstreibenden Heurigenbesitzer. Diese könnten sich eine Security leisten, und das Ganze wäre in sich geschlossen. Diesbezüglich können wir eine ganz einfache Umschichtung vornehmen.

Dieser Subvention stimmen wir jedenfalls nicht zu. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Klicka. Ich erteile es ihr.

GRin Marianne **Klicka** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der Akt ist ja nicht neu. Seit 33 Jahren gibt es diese Förderung. Und wir haben vom Rednerpult von Herrn Ebinger in den letzten Jahren Ähnliches wie heute gehört.

Meine KollegInnen und die KollegInnen der Regierungsparteien sind dafür, dass es diese Förderung weiterhin gibt. Diese ist nämlich ein Anstoß für die Kaffeehausbesitzer, auch lebende Klaviermusik anzubieten, und das ist nicht nur für die Touristen und für die Wienerinnen und Wiener interessant, sondern das bietet auch jungen MusikerInnen und Studenten die Gelegenheit, sich etwas dazuzuverdienen. Sie haben dadurch auch

einen Vertrag und eine ordentliche Beschäftigung, und es kommt ja nicht allein dieser Betrag zur Verrechnung.

Auch die Wiener und Wienerinnen schätzen die Gemütlichkeit in ihrem Wiener Traditionskaffeehaus, und die Kaffeehäuser sichern sich dadurch auch ihre Attraktivität und das Überleben, denn wir alle wissen, wie sehr die Mieten in den letzten Jahren besonders in diesen begehrten Gebieten gestiegen sind.

Wien wird mit der lebenden Musik und auch mit dieser Tradition der Kaffeehauskultur dem Ruf als Kulturhauptstadt gerecht, und das wird in Großstädten wie Tokio und anderen auf der ganzen Welt nachgeahmt.

Zum Abschluss möchte ich noch sagen, dass die Meinungsänderung in der Freiheitlichen Partei eigentlich noch nicht so lange zurückliegt. – Ich darf aus dem Wortprotokoll vom 25.2.2011 aus der Rede von GR Johann Herzog Folgendes zitieren: „Der vorliegende Antrag einer Subvention an den Klub der Wiener Kaffeehausbesitzer ist ja ein ausgesprochen angenehmer Tagesordnungspunkt, zu dem man gerne das Wort ergreift, umso mehr, als hier die Zustimmung selbstverständlich ist. Es ist ja keine Frage, dass das Wiener Kaffeehaus eine ganz besondere Bedeutung für Wien hat. Das Wiener Kaffeehaus, würde ich sagen, existiert, es lebt. Ob es gut lebt, wissen wir nicht so genau, aber es lebt zumindest, es ist auf der anderen Seite aber sicherlich auch bedroht.“ – Das war derselbe Akt!

Und auch Herr Ebinger hat sich zu diesem Geschäftsstück damals gemeldet und hat Folgendes gesagt: „Das, wofür diese kleine Subvention hier gewährt wird, ist etwas durchaus Positives. Dass es eine andere Art Konzertbetrieb im Kaffeehaus gibt, ist etwas, worüber man sich als Wiener immer wieder freut, wenn dann Klavier gespielt wird, Geige gespielt wird.“ – Ich sehe schon ein, dass man seine Meinung ändern kann, aber letztlich stammt dieses Protokoll erst aus dem Jahr 2011!

Ich glaube, dass dieses Konzertcafé nach wie vor seine Berechtigung hat, und ersuche um Zustimmung. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlusswort verzichtet.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die der Postnummer 17 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Regierungsparteien und der ÖVP unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 26 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Wiener Filmarchiv der Arbeiterbewegung. Zu Wort ist niemand gemeldet. Ich komme daher zur Abstimmung. Wer der Postnummer 26 die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Regierungsparteien, der FPÖ und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Es gelangt nunmehr Postnummer 43 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Stadt Wien.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Mag Reindl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Mag Thomas **Reindl**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im vorliegenden Akt geht es um zwei wesentliche Änderungen der Geschäftsordnung, die ich kurz anreißen möchte.

Erstens wollen wir heute dem Stadtrechnungshofdirektor die Möglichkeit geben, dass er hier im Gemeinderat zu seinem Tätigkeitsbericht, den er erstmals im Juni vorlegen wird, auch sprechen kann, und zwar natürlich auf sein Verlangen, wenn er das tun möchte. – Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir das einzige Bundesland sind, in dem der Stadtrechnungshofdirektor die Möglichkeit hat, auch hier über seine Arbeit zu sprechen und seine Meinung kundzutun.

Ich dachte, Herr Vorsitzender ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Ich wollte nur sagen: Es gibt in ganz Österreich nur einen Stadtrechnungshofdirektor. (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*)

GR Mag Thomas **Reindl** (*fortsetzend*): Ja, das ist richtig! Aber auch die anderen Rechnungshofdirektoren oder Kontrollamtsdirektoren dürfen nicht im Gemeinderat oder im Landtag sprechen, bei uns aber schon! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Zweitens: Nach Beratung in der Präsidiäle haben wir beschlossen, dass die EU-Abgeordneten nicht nur zu Themen, die die EU betreffen, sondern sozusagen zu jedem Thema sprechen können sollen, auch wenn es nicht unbedingt einen zwingenden Zusammenhang mit EU-Themen hat. – Ich freue mich, dass das alle hier unterstützen werden!

Ich möchte auch in diesem Zusammenhang erwähnen, dass wir 2011 das erste Bundesland und die erste Gemeinde waren, die den EU-Abgeordneten diese Möglichkeit gegeben hat, und ich meine, dass wir das jetzt ausweiten, ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. In der Steiermark gibt es inzwischen auch diese Möglichkeit, allerdings dürfen dort die EU-Abgeordneten nur eingeschränkt zu gewissen Themen sprechen. In anderen Bundesländern und auch im Bund besteht diese Möglichkeit hingegen nicht, also auch diesbezüglich sind wir in Wien Vorreiter. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Zu dem eingebrachten Geschäftsstück möchte ich einen Abänderungsantrag einbringen, weil es in der Endabstimmung einen kleinen Tippfehler gegeben hat, und zwar ist das Wort „sowie“ durch das Wort „soweit“ in Art 1 Ziffer 1 des Antrages zu ersetzen. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Abänderungsantrag, ich bitte Sie um Zustimmung zum Geschäftsstück und zu den weiteren Entwicklungen im Bereich der Demokratie. – Danke.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke dem Berichterstatter vielmals.

Ich lasse nun über den Abänderungsantrag abstimmen. Wer dem Abänderungsantrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Wir kommen nun zur Postnummer 43 insgesamt.

Wer der Postnummer 43 die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich danke auch hier für die Einstimmigkeit.

Ich schlage vor, die Berichterstattung und die Verhandlung über die Geschäftsstücke 4, 5 und 6 der Tagesordnung – sie betreffen Sachkrediterhöhungen für Ersatzbauten für städtisch elementare Bildungs- und Betreuungseinrichtungen im 10. und 20. Bezirk – zusammenzuziehen, die Abstimmung jedoch getrennt durchzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Dies ist nicht der Fall. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn GR Vettermann, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Heinz **Vettermann**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bitte, diese einreferierten Poststücke auch anzunehmen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb, und ich erteile es ihr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vorab möchte ich gleich einmal festhalten, dass wir selbstverständlich nicht ablehnen, dass elementare Bildungs- und Betreuungseinrichtungen in Wien errichtet werden. Gar keine Frage: Wir brauchen diese ganz dringend! Wir haben zwar einen – wie Sie meinen – eh schon sehr tollen Grad der Deckung. Ich sage, da kann man durchaus noch nachbessern!

Wir werden diesen drei Aktenstücken heute dennoch nicht zustimmen, und ich versuche, das jetzt ganz kurz zu erklären. Ich habe es im Gemeinderatsausschuss für Bildung auch schon angesprochen: Es handelt sich hierbei um drei Bauvorhaben, nämlich zwei Bauvorhaben im 10. Bezirk und eines im 20. Bezirk, betreffend welche wir bereits eine Sachkreditgenehmigung abgegeben haben, und wir haben dann zu jeder Sachkrediterhöhung einen sehr dünnen, eigentlich nicht sehr aussagekräftigen Akt bekommen.

Ein kleines Schmankerl möchte ich Ihnen dennoch nicht vorenthalten: Bei den einzelnen Bauvorhaben erhöhen sich die Kosten jetzt nach der Ausschreibung um etwa 10 bis 12 Prozent. Es gibt nur einen Ausreißer, nämlich die Klausenburger Straße im 23. Bezirk, denn man hat auf dem künftigen Bauplatz des Pavillons im Zuge der Ausschreibung plötzlich Feldhamster entdeckt. Jetzt wissen wir – Udo ist eh da –: Ziesel und Feldhamster gehören zu den sehr streng geschützten Tieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch das ist an sich für uns kein Problem. Wenn aber, wie in diesem Fall, von der MA 34 eine Kennwertschätzung und eine Kostenschätzung abgegeben werden, dann sollte sich das nächste Mal vielleicht tunlichst auch jemand zu diesem Bauplatz hinbemühen! Ich nehme nämlich nicht an, dass die Feldhamster böswillig erst während der Ausschreibungsphase zugewandert sind!

Man hat mir dann als Erklärung auch noch Baumfällungen präsentiert. Das finde ich auch interessant! Dabei muss es sich um sehr rasch wachsende Bäume handeln! Ich nehme an, es war Bambus, weil Bäume auch während der Ausschreibungs- und Planungsphase eigentlich

nicht eine so wahnsinnig überraschende Dimension erreichen können!

Kurz gesagt: Ich habe dazu noch entsprechende Details angefordert, die mir heute um 11 Uhr am Vormittag ein sehr netter Herr übergeben hat. – Das ist sehr nett und ambitioniert! Allerdings ist das, was Sie mir gegeben haben, nicht ausreichend, denn das Einzige, was ich jetzt zusätzlich weiß, ist, dass es zu den jeweiligen Baukosten fünf, drei oder drei Angebote gegeben hätte. Es war mir leider nicht möglich, die Sitzung zu verlassen und bei der MA 34 noch einmal Einsicht zu in die Akte zu nehmen, was eigentlich interessant gewesen wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute schon sehr viel über Verantwortung, über mehr Transparenz und darüber gesprochen, dass in der Stadtverfassung nachzulesen ist, dass wir den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit einhalten sollen. – Das gilt auch für uns als Oppositionspolitiker. Deswegen ersuche ich Sie, das nächste Mal Akten vorzulegen, die wir nachprüfen können. Dann werden wir auch gerne zustimmen. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kops, und ich erteile es ihm.

GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich kann mich eigentlich den Kritikpunkten meiner Vorrednerin nur anschließen, und aus diesen Gründen werden auch wir die drei Poststücke ablehnen.

Abschließend möchte ich einen Beschlussantrag betreffend Gratisförderunterricht einbringen: Wir ersuchen den Herrn Stadtrat, die erforderlichen Mittel, nämlich 20 Millionen EUR, aus dem Budgetposten des Presse- und Informationsdienstes PID zu nehmen und in Richtung kostenfreier Förderunterricht umzuschichten. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort ist Herr GR Mag Czernohorszky. Ich erteile es ihm.

GR Mag Jürgen **Czernohorszky** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter!

Wir stimmen den drei Akten selbstverständlich zu. Es sind dies sehr wichtige Akte, weil sie wie viele andere Vorhaben jedes Jahr auch zum Gegenstand haben, das Angebot an Kindergartenplätzen auszubauen, und das ist dringend notwendig.

Kurz noch zu dem, was einem solchen Akt vorausgeht: Sie haben richtig vom Vergleich mit den realen Kosten gesprochen. – Die realen Kosten der Ausschreibung resultierten aus einer Kostenschätzung, und es liegt in der Natur der Sache bei einer Schätzung, dass man die Kosten vorab noch nicht genau kennt. Daher musste man als Grundlage auch für diese Ausschreibung der MA 34 eine Schätzung vornehmen, und die MA 34 liegt bei Schätzungen für Ausschreibungen sehr oft deutlich über dem Betrag, der letztlich ausgegeben wird. Diesmal liegt die Schätzung einmal darunter. – Das liegt, wie gesagt, in der Natur der Sache im Rahmen der

Marktwirtschaft, in der wir uns befinden, und ich nehme an, insbesondere die ÖVP möchte das nicht ändern!

Es gab bei allen drei Bauvorhaben mehrere Angebote, einmal fünf, einmal drei, einmal drei. Daher ist hinreichend erklärt, dass diesfalls der Markt zu einem Preis kommt, in Relation zu welchem die Schätzung aus unterschiedlichen Gründen, die auch schon im Ausschuss diskutiert wurden, darunter lag.

Ich möchte noch etwas zu dem Nebenhalsatz, den Sie geäußert haben, dass es noch Nachbesserungsbedarf beim Wiener Platzangebot gebe, sagen: Selbstverständlich! Das bestreitet auch überhaupt niemand! Es gibt kein Bundesland, das so viel für Kindergartenplätze ausgibt und das auch nur annähernd einen Betreuungsgrad hat wie Wien. Das bedeutet aber natürlich nicht, dass wir uns darauf ausruhen! Allein im nächsten Gemeinderatsausschuss werden wir die Anschlussfinanzierung für 1 663 zusätzliche Plätze beschließen. Und 2013 haben wir übrigens 3 500 zusätzliche Plätze geschaffen.

Damit ist gesichert, dass wir die größte Mittelstandsförderung, jenen bildungspolitischen Meilenstein, den wir in den letzten Jahren in Form des Gratiskindergartens gesetzt haben, weiter fortführen können, und somit kann Wien, wie in vielen anderen Beispielen auch, Vorreiter in Österreich für bildungspolitische Maßnahmen, für Bildungspolitik, die unsere Kinder und unsere Familien unbedingt brauchen, sein.

Dasselbe gilt für die „Förderung 2.0“, die auf Schiene ist: 20 Millionen EUR werden ausgegeben für jene Kinder oder deren Eltern, die sich das sonst nicht leisten können, damit sie durch den Schulalltag kommen und insbesondere dort, wo sie es brauchen, gefördert werden. Die Maßnahme beginnt im Herbst in den Volksschulen und im Februar in den AHS.

Ich freue mich schon sehr darauf! Damit können sich Eltern bis zu 600 Millionen EUR – das ist der Betrag, den sie jetzt in diesem Schulsystem für Nachhilfe ausgeben müssen – ersparen. Und ich füge hinzu: Nein, liebe FPÖ, wir werden nicht darauf verzichten, von dieser Maßnahme zu erzählen! Das fordern Sie nämlich in Ihrem Antrag. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlusswort verzichtet. Wir kommen nun zur Abstimmung, die wir, wie gesagt, getrennt durchführen.

Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 4 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat trotzdem die ausreichende Mehrheit.

Zu Postnummer 4 ist ein Beschlussantrag der FPÖ eingebracht worden. Eine sofortige Abstimmung wurde beantragt: Er behandelt den kostenfreien Förderunterricht an VHS betreffend Neue Mittelschulen und AHS-Unterstufen. Wer diesem Beschlussantrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 5 zur Abstimmung.

mung. Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 5 die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. – Dies wird von den Regierungsparteien unterstützt und ist damit ausreichend unterstützt.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 6 zur Abstimmung. – Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 6 die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Auch dieses Geschäftsstück wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat die ausreichende Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 36 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Vereinbarung mit der Good for Vienna gemeinnützigen GmbH über die Unterbringung von Tieren im Tierheim TierQuarTier Wien. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn GR Mag Spitzer, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Mag Gerhard **Spitzer**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch wenn man es auf Grund der angekündigten Anträge nicht glauben darf: Es geht nicht um meinen Heimatbezirk Floridsdorf, sondern tatsächlich um die Donaustadt und, wie angekündigt, ums TierQuarTier. Deswegen ersuche ich um Zustimmung zum vorliegenden Akt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Holdhaus, und ich erteile es ihr.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir beschließen heute – und auch wir von der ÖVP werden zustimmen –, dass die MA 60 eine Vereinbarung mit einer Firma namens Good for Vienna gemeinnützige GmbH abschließt, um das Tierheim TierQuarTier Wien zu betreiben. Dabei geht es um den Betrag von 300 000 EUR, der einem doch relativ hoch vorkommt, jedenfalls wenn man nicht weiß, was genau mit diesem Geld getan werden soll beziehungsweise getan wird.

Wir hoffen, dass hier nomen est omen gilt: Bei Good for Vienna soll der Tierschutz jedenfalls an erster Stelle stehen, und wir hoffen, dass wir hier nicht sozusagen eine „Red Box“ unterschreiben, dass man also nicht genau weiß, ob bei diesem gemeinnützigen Unternehmen wirklich in erster Linie der Tierschutz oberste Priorität hat. – Aber wir denken positiv und werden hoffentlich nicht negativ überrascht!

Zur Erinnerung: Im TierQuarTier belaufen sich die Kosten auf 15 Millionen EUR für 150 Hunde, 300 Katzen und 200 Kleintiere. 10 Millionen EUR bezahlt die Stadt Wien, 5 Millionen EUR wird die Wiener Tierschutzstiftung über Spenden aufbringen. Dafür gibt es ein Bausteinsystem. Ich habe einmal nachgeschaut: Derzeit wurden bereits 12 016 Bausteine à 10 EUR gekauft, das macht 120 160 EUR, es fehlt also noch einiges auf 5 Millionen EUR! Ich hoffe, dass die 15 Millionen EUR für die Stadt Wien nach wie vor die oberste Grenze sind! Diese Summe trägt nämlich der Steuerzahler für ein durchaus wich-

tiges Projekt bei, nämlich für den Bau eines zweiten Tierheims in Wien.

Der Stadtrechnungshof zeigt uns allerdings in seinem jüngsten Bericht über die Tierhaltung für das Umweltressort, wie man 600 Tiere wesentlich günstiger unterbringen kann. Man hat sich die Arbeit gemacht, aufzulisten, welche und wie viele Tiere im Rahmen des Umweltressorts derzeit untergebracht sind, nämlich ungefähr 600 Tiere, also so viele, wie im TierQuarTier sein werden, und es gibt da durchaus eine große Vielfalt von der Kleinen Dornschrecke über Schafe, Schildkröten, Brillenvögel, Schlangen. (*GR Kurt Wagner: Ziegen!*) Was auch immer das Herz begehrt, es ist alles zu finden! – Wenn man vom Umweltressort spricht, ist manchmal auch von „Klein Schönbrunn“ die Rede.

Wir wollen jedenfalls, dass die Tiere ordentlich, nämlich tiergerecht untergebracht sind, und deswegen wollen wir dem Vorschlag des Stadtrechnungshofes entsprechen, rasch eine zentrale Koordinierungsstelle einzurichten, bei welcher man sich darum kümmert, dass die Tiere artgerecht untergebracht sind, und diverse Unterbringungen koordiniert.

Deswegen bringen heute Kollege Norbert Walter und ich einen Beschlussantrag betreffend Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle für die fachgerechte Tierhaltung im Magistrat der Stadt Wien ein: Zum Schutz der Tiere, aber auch zur Optimierung der Positivwirkungen aus der Tierhaltung in Büros und Einrichtungen der Stadt Wien soll, wie der Stadtrechnungshof in einer dahin gehenden Empfehlung vorgeschlagen hat, eine Koordinationsstelle innerhalb des Umweltressorts geschaffen werden. Diese soll für alle tierhaltenden Dienststellen Richtlinien erarbeiten, deren Einhaltung überprüfen und koordinieren. – Ich bitte um Abstimmung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Guggenbichler, und ich erteile es ihm. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Ein Höhepunkt des Tages!*)

GR Ing Udo **Guggenbichler**, MSc (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Es ist eine Freude, dass man sich auch bei der ÖVP darüber freut, dass wir uns heute am Schluss noch über ein ganz wichtiges Thema unterhalten können, nämlich über die Ziesel! – Ich wurde heute schon zwei Mal gefragt, warum ich diese Anträge jetzt einbringe, und das hat sehr wohl einen gewissen Sinn.

Erstens gibt es dort mit der Aufschotterung an den Grenzflächen dieser Felder vermutlich auch Lenkungsmaßnahmen. (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Sie wissen, Herr Maresch, dort wurde geschottert!

Zweitens erfolgt die Mahd jetzt nur mehr auf dem halben Feld, und der Rest wird daher wahrscheinlich verbuschen, was natürlich auch als Lenkungsmaßnahme zu bewerten ist. Jedenfalls müssen wir aufpassen, ob das nicht sogar dem Bescheid widerspricht.

Drittens – und das ist mir wichtig! – sehe ich, da sich ja auch die ÖVP dieses Themas sehr stark annimmt und

die Junge ÖVP Floridsdorf eine Ziesel-Wanderung aus-schreibt, heute das erste Mal eine große Chance, hier in diesem Haus eine Mehrheit zu finden.

Wir haben betreffend das Semmelweis-Areal zwar schon gesehen, dass die GRÜNEN bereit sind, 2 500 Unterschriften einfach unterm Tisch zu verkaufen und zu verscherbeln und die Bürger zu verhöhnen. Aber ich habe irgendwie das Gefühl, dass Sie nicht nur die Währinger Bürger verhöhnen, sondern wahrscheinlich auch die Floridsdorfer. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Ich habe mir nicht nur die Mühe gemacht, die Währinger Homepage anzuschauen, auf der Sie noch immer damit werben, dass Sie das Semmelweis-Areal erhalten werden, sondern ich habe mir auch die Mühe gemacht, die Anträge der Bezirksvertretung in Floridsdorf anzuschauen. Und Herr Maresch hat einmal in einem Zwischenruf gesagt, dass er meinen Anträgen grundsätzlich nicht zustimmt, weil sie rechtsradikal sind oder sonst irgendetwas. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ich habe nicht gesagt, dass sie „rechtsradikal“ sind, aber ich finde Ihre Anträge nicht so gut!)* Okay, es sind keine guten Anträge!

Herr Maresch! Sie bekommen eine große Chance von mir! Ich habe heute fünf grüne Anträge aus der Bezirksvertretung umgeschrieben. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Ich gebe Ihnen eine Chance, dass Sie zeigen, wie strikt die GRÜNEN sind, dass Sie zeigen, dass die GRÜNEN das, was sie den Bürgern im Bezirk erzählen, auch im Land umsetzen! Deswegen habe ich mir wirklich die Mühe gemacht ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie sind ja ganz schlau heute!)* Ja, heute bin ich gut! – Eigentlich wollte ich kurz reden, weil die SPÖ noch einen Termin hat, aber Herr Maresch erlaubt mir das fast nicht!

Faktum ist, Herr Maresch: Sie gehen am 15. auf die Ziesel-Wanderung! Sie haben gesagt, dass Sie nicht mit mir gehen, aber wir werden beide dort sein. Und es würde mich wirklich interessieren, was Sie Ihren eigenen Bezirksfunktionären und der Bürgerinitiative dort erzählen, wenn Sie den Anträgen, die der Grüne Klub in Floridsdorf eingebracht hat, hier im Gemeinderat, aus welchen Gründen auch immer, wahrscheinlich nicht zustimmen! *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Sagen Sie ihnen das so! Ich würde das für gescheit halten, denn dann wissen die Leute, was man von Ihnen wirklich zu halten hat, nicht nur in Währing, sondern auch in Floridsdorf. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Die Leute wissen, was sie von Ihnen zu halten haben! Glauben Sie mir das!)* Glauben Sie? *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ich sage nur: WKR-Ball!)* Den gibt es schon lange nicht mehr! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ach so! Aha!)* Ist Ihnen das nicht aufgefallen? *(GR Mag Rüdiger Maresch: Na ja, jetzt heißt er halt Akademikerball!)* War das die Geschichte? War das der WKR-Ball am Holocaust-Gedenktag am 27. Jänner 2012, als ein Linksextremist mit einer Bombe aufgetaucht, wovon Sie sich bis heute noch nicht distanzieren haben?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Entschuldigung! Kollege Guggenbichler! Hinter Ihnen spricht jemand! Kann man diese Zwiegespräche bitte

einstellen und wieder zur Sache kommen? Wir behandeln das Geschäftsstück Postnummer 36.

GR Ing Udo **Guggenbichler**, MSc *(fortsetzend)*: Ich komme gerne zur Sache, ich werde das einfach abkürzen.

Ich brauche die Anträge ohnedies nicht zu verlesen. Ich werde diese fünf Anträge einbringen und bitte in formeller Hinsicht um sofortige Abstimmung. – Danke sehr und einen schönen Abend. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Valentin, und ich erteile es ihm.

GR Erich **Valentin** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte gerne zunächst das eigentliche Geschäftsstück beleuchten und dann zur uns nicht unbekanntem Ziesel-Problematik, die die Freiheitlichen eingebracht haben, Stellung nehmen.

Zum einen: Ich glaube, Kollegin Holdhaus, es gibt ein kleines Missverständnis! Der Rechnungshof hat die Frage geprüft, welche Tiere im Zuge einer betrieblichen Tätigkeit im Bereich des Bauernhofs auf dem Cobenzl sind beziehungsweise ging es um die Ziegen auf der Mülldeponie. Es ging also um Tiere, die im Obhut der Stadt sind und im weitesten Sinne zu den betrieblichen Notwendigkeiten der Stadt gehören, in den Diensträumen der Stadt unterwegs sind oder dort auch ihr Leben verbringen. – Das wäre das eine.

Das Zweite ist das TierQuarTier, das wir hier als Geschäftsstück haben. Es basiert auf der gesetzlichen Notwendigkeit des Bundestierschutzgesetzes, wonach die Stadt Wien für alle Tiere verantwortlich ist, die abgenommen werden, die aufgefunden werden, die entlaufen sind, die freigesetzt werden, um ihnen eine tierwürdige Unterbringung zu gewährleisten.

Lassen Sie mich mit der zweiten Gruppe beginnen. Da haben wir uns vor einiger Zeit entschlossen, dass wir, wenn nicht gerade die Situation eintritt, dass 30 Elefanten in Wien stranden, was sicherlich eine Ausnahmesituation wäre, vernünftige Angebote machen, um dieser Verpflichtung, die uns das Bundesgesetz auferlegt, nachzukommen. Da gibt es die Institutionen, die wir bereits in Wien haben, und zusätzliche Kooperationen, wie wir sie beispielsweise auch im Zuge der Gärten in der Donaustadt beschlossen haben, und jetzt das TierQuarTier. Hier geht es darum, ab 2015 für Hunde, für Katzen und für Kleintiere eine dem internationalen Standard entsprechende Unterbringung zu gewährleisten. Das haben wir heute hier vorliegen.

Das, worauf Sie replizieren und mit Ihrem Antrag auch Bezug nehmen, Kollegin Holdhaus, ist die Prüfung des Stadtrechnungshofes, wo es eine Selbstverständlichkeit ist, dass wir als Geschäftsgruppe Umwelt die Anregungen des Stadtrechnungshofes umsetzen. Wir sind bereits in Umsetzung begriffen, und wir werden über diese Umsetzungsvorschläge respektive auch die Umsetzung dieser Vorschläge bereits in den nächsten Wochen berichten können.

Jetzt meinen wir, dass es ein durchaus vernünftiges Spiel ist, dass der Stadtrechnungshof die unterschiedli-

chen Betriebe, aber auch die Magistratsabteilungen überprüft, und dass es eine Selbstverständlichkeit ist, dass man die Anregungen des Stadtrechnungshofes zur Kenntnis nimmt und auch berücksichtigt und umsetzt, notabene, da sowohl die Frau Stadträtin als auch die betroffenen Magistratsdienststellen bei der Prüfung erklärt haben, dass sie es umsetzen wollen.

Jetzt denken wir, wenn wir für jeden Prüfbericht des Stadtrechnungshofes eine eigene Antragsflut entwickeln, ist das nicht gerade sinnvoll, denn das gehört in Wirklichkeit zur anständigen Betrachtung und zur anständigen Bearbeitung der Ergebnisse des Stadtrechnungshofes dazu, dass man sie umsetzt. Deshalb werden wir Ihrer Zuweisung nicht zustimmen können, weil wir erstens die Umsetzung bereits in Angriff genommen haben, wie wir auch publiziert und gesagt haben, und diese zum Zweiten in Wirklichkeit bereits fast beendet ist und die Vorschläge bereits in der Endausarbeitung sind.

Wenn Sie sich, meine Damen und Herren, jetzt die Frage gestellt haben, warum wir bei dem Geschäftsstück des TierQuarTiers die Ziesel-Problematik ein weiteres Mal hier haben, dann haben Sie vielleicht jetzt die Beantwortung bekommen: Weil die Freiheitlichen die GRÜNEN ärgern wollten. Aber grundsätzlich haben wir rein rechtlich da nichts Neues. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Wir haben nach der Flächenwidmung des betroffenen Bereiches nach geraumer Zeit noch Ziesel festgestellt. Daraufhin gab es ein naturschutzrechtliches Verfahren, an dessen Ende ein Bescheid steht. Die Stadt Wien hat gesagt, dass sie das, was sie als Behörde bescheidmäßig erlässt, klarerweise natürlich umsetzt.

Das heißt, wir werden dort weiterhin die Situation haben, dass durch das Angebot von Ersatzflächen, die attraktiv sind, die Ziesel in einer bedeutsamen Menge, die genau im Bescheid festgehalten ist, sozusagen freiwillig umsiedeln – im Bescheid steht, „selbstständig umsiedeln“ –, und dann ist das in Ordnung. Diese selbstständige Umsiedlung impliziert, dass es keine Maßnahmen geben kann, wie man die Ziesel dazu zwingt. Also im Bescheid steht drinnen – und das wird auch überprüft, das wird auch extern überprüft durch die Frau Dr Hoffmann –, werden dort schauen, ob durch das Zurverfügungstellen von Ersatzlebensräumen, die notwendigerweise sehr attraktiv sind, die Ziesel selbstständig übersiedeln. Sollten die Ziesel nicht freiwillig übersiedeln, sind uns laut Bescheid die Hände gebunden, und es tritt ein, was das Bundesgesetz, aber auch das Europäische Recht vorschreiben, nämlich das Gebiet ist nicht verwertbar. Schlicht und ergreifend.

Erst dann, meine Damen und Herren, wenn die im Bescheid klar und deutlich vermerkte Menge an Zieseln diese Übersiedlung freiwillig und selbstständig vorgenommen hat, kann es leichte Lenkungsmaßnahmen geben. Aber das ist nichts Neues, und ich frage mich, warum wir uns hier und heute damit beschäftigen, denn die Lage hat sich nicht geändert. Es gibt die Problematik, es gibt einen Bescheid, und es gibt die unverbrüchliche Zusage der Stadt Wien, die natürlich ihre eigenen Bescheide einhält. Deshalb, meine Damen und Herren, empfehlen wir ganz, ganz dringend, diese gesamten

Anträge zur Ziesel-Problematik, die der Kollege von den Freiheitlichen eingebracht hat, abzulehnen, denn es hat sich nichts geändert.

Eine letzte Anmerkung zu dem Antrag, der ein bisschen Neuland ist. Da geht es darum, dass die Stadt Wien de facto die moralische Verpflichtung hätte, Ersatzgrundstücke anzubieten. Na ja, das wäre eine lustige Veredelungsstrategie von Grundstücken. Ich kaufe mir irgendwo ein Grundstück, dann bringe ich dort ein paar Ziesel hin, und die Stadt muss mir das dann sozusagen ablösen. Also das kann nicht zu einem Präzedenzfall werden, Kollege Guggenbichler. Das kann es nicht sein. Grundsätzlich ist es so: Das, was der Bescheid festhält, das pickt, das wird auch nach Punkt und Beistrich ausgeführt, und zwar so ausgeführt, dass auch externe Fachleute das überprüfen und ihre Expertise abgeben, ob man das dort richtig gemacht hat oder nicht. Alles andere wäre unnütz und ungesetzlich.

Wir brauchen, mit Verlaub gesagt, die Anträge der Freiheitlichen nicht, um das Gesetz durchzuführen, auch wenn es von den GRÜNEN abgeschriebene Anträge sind. Das macht es nicht besser und auch nicht schlechter. Wir brauchen sie schlicht und einfach nicht.

Ich empfehle daher, diesem Geschäftsstück, das wirklich ein richtungweisendes ist und das es in Wirklichkeit gar nicht verdient hätte, dass man ein fünftes Mal die Ziesel-Problematik aufwärmt, zuzustimmen, denn wir machen da wirklich Schritte in eine sehr, sehr qualitative Unterbringung, die europaweit ihresgleichen sucht.

Gleichzeitig ersuchen wir, die eingebrachten Anträge zu etwas, was eine Selbstverständlichkeit ist, nämlich dass man den Stadtrechnungshof in der Form würdigt und auch umsetzt, was er uns mitteilt, und die fünf Beschlussanträge der Freiheitlichen abzulehnen. Lassen Sie es mich so sagen: Wenn wir einen Antrag einbringen, dass morgen Samstag ist, brauchen wir den auch nicht zu beschließen, das ist Realität. Ähnlich verhält es sich mit der Tatsache, dass die Stadt Wien den Gesetzen nachkommt. Auch das ist Realität. Also diese Anträge bitte abzulehnen.

Grundsätzlich denke ich mir, auch wenn es die Stunde und die Lautstärke, die wir heute hier im Saal haben, nicht signalisieren, mit dem TierQuarTier gehen wir wirklich einen qualitativen Schritt vorwärts, der seinesgleichen sucht. – Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Mag Gerhard **Spitzer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist eingetroffen, was ich befürchtet habe, deswegen darf ich wieder zurückführen zum eigentlichen Poststück, zum TierQuarTier, und darf noch einmal daran erinnern, dass wir laut § 30 des Bundestierschutzgesetzes die Verpflichtung haben, entlaufene, ausgesetzte, zurückgelassene oder von der Behörde abgenommene, beschlagnahmte Tiere an entsprechende Personen, Vereine, Institutionen zuzuführen. Ziesel, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden aller Voraussicht nach dort

nicht untergebracht sein.

Ansonsten bin ich überzeugt, dass wir mit Good for Vienna sehr good for Vienna fahren werden, und deswegen ersuche ich um Ihre Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 36 die Zustimmung geben wollen, die Hand zu heben. – Ich danke für die Einstimmigkeit.

Es wurden mehrere Beschluss- und Resolutionsanträge eingebracht. Ich werde sie der Reihe nach zur Abstimmung bringen.

Ein Beschluss- und Resolutionsantrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle für fachgerechte Tierhaltung im Magistrat der Stadt Wien. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuss der Geschäftsgruppe für Umwelt gefordert. Wer diesem Beschluss- und Resolutionsantrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Jetzt kommen einige Beschluss- und Resolutionsanträge der FPÖ. Der erste betrifft das Zurverfügungstellen beziehungsweise den Ankauf einer anderen Liegenschaft. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das wird von der FPÖ und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine ausreichende Mehr-

heit.

Der nächste Beschlussantrag der FPÖ betrifft die Einhaltung der Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie der EU. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird vom Antragsteller und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der nächste Beschlussantrag betrifft dem Artenschutz gerecht werdende Pflegemaßnahmen. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird vom Antragsteller und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Überarbeitung des Ziesel-Bescheides der MA 22. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das Abstimmungsverhalten hat sich nicht geändert. Antragsteller und Klubunabhängiger.

Der letzte Beschlussantrag der FPÖ betrifft den streng geschützten Ziesel-Bestand nördlich des Heerspitals. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wer diesem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Gleiches Abstimmungsverhalten. FPÖ und Klubunabhängiger haben keine Mehrheit.

(Schluss um 17.02 Uhr.)